

# **Archiv der Gossner Mission**

**im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin**



Signatur

**Gossner\_G 1\_0488**

Aktenzeichen

C.

## **Titel**

Gossner Mission in der DDR, Kuratoriumsprotokolle 1973-1976

Band

Laufzeit 1962 - 1976

## **Enthält**

Protokolle Kuratoriumssitzungen der Gossner Mission in der DDR mit Anlagen u. Arbeitsberichten 1973-1976; Einladungen und Tagesordnungen der Sitzungen; Ergänzungsprotokoll zur Satzungen Gossner Mission in der DDR von 1962; Dienstordnungen für Haus Rehobo

### Kuratorium

Berger	(über Kiekbusch)	
Fleischhack	Bund Auguststr. (über Magdeburg)	
Große	" " (über Eisenach)	
Grünbaum	Neue Grünstr., Konsistorium	
Möller	Bund Auguststr. (über Greifswald)	
Natho	" "	
Rottmann	" " (über Dresden)	
<del>Legler</del>	(über Magdeburg)	
D. Jacob	(über M. Richter)	
Michel	(über Magdeburg)	



# Integrationsverhandlungen

Gossner-Mission und ÖMZ

**Protokoll**  
Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR am 18. 11. 1976

**Anwesend:** Burkhardt, Galley, Grünbaum, Gürig, Natho (eine knappe Stunde), Orphal, Rottmann, Heyroth

**Entschuldigt:** Fleischhack, Glöckner, Grosse, Ziegler

**Als ständiger Guest:** Bla-uert

**Von der Dienststelle:** Kiekbusch, Irma Richter, Roepke, Schottstädt, Schüllzen

**Tagesordnung**

1. Meditation
2. Zum Protokoll der Sitzung am 16. 9. 76
3. Zu unserer Standortbestimmung
4. Zu unserem Programm
5. Zum Stellen- und Haushaltsplan 1977
6. Berufung eines Stellvertreters des Beirates für Haus Rehoboth
7. Verschiedenes

**zu 1.** Natho liest die Lösung 3. Mose 19, 34 und meditiert das "Lieben des Freindlings". - Es gelingt uns nicht, das Band der Liebe unter uns zu halten. Nathos Frage: Warum macht uns die Fremdheit des anderen so zu schaffen?

Orphal teilt dem Kuratorium mit, da B die Ehe von Roepke am 15.11.76 geschieden worden ist. Roepke ist bereit, in der Dienststelle der Gossner-Mision weiter zu arbeiten. Falls Anfragen zu dieser Mitteilung sind, so bittet Orphal um Meldung in der Mittagspause.

**zu 2.** Das Protokoll vom 16. 9. 76 wird mit einer Einfügung auf Seite 7 zu Punkt 4: "Folgende Anfragen werden u. a. an die Ausarbeitung gerichtet..." einstimmig gebilligt.

**zu 3.** Schüllzen liest die von ihm ausgearbeitete und in der Mitarbeiterchaft bereits mehrmals beratene und diskutierte "Standortbestimmung - eine Diskussionsgrundlage". Danach diskutieren die Mitglieder des Kuratoriums diesen Text. Folgende Fragen und Gesichtspunkte werden aufgeworfen und diskutiert:

1. Es sollte auch in Zukunft keine "Gessner-Theologie" geben. Von daher ist mit dieser Grundlegung vorsichtig umzugehen.
2. Diese Diskussionsgrundlage möchte dazu helfen, die Arbeit der Gessner-Mission in einer bestimmten Richtung zu vertiefen und nicht sprunghaft dieses oder jenes zu tun. Die Standortbestimmung kann Basis für ein Programm sein.
3. Der Auferstehungshorizont Christi sollte stärker in den Vordergrund treten. Er ist Hoffnungshorizont, und von daher ist der Kampf nicht hoffnungslos.
4. Achtzugeben ist auf den "Umschlagsplatz in die Praxis". Hier sollte beachtet werden: Was sind Arme, Gescheiterte etc. unter uns?
5. Im Blick auf die Situation ist zu fragen, wie mit der Tatsache umgegangen wird, daß in sozialistischen Staaten die Armen die Macht übernommen haben. Die Kirche war in der Vergangenheit wenig die Kirche der Armen, und von daher ist es sehr wichtig, sich klarzumachen, wie eine vom Bürgertum geprägte Kirche in der sozialistischen Gesellschaft ihren Dienst tut und versteht.
6. Die Kirchen in der DDR werden ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft nur in Buße gehen können. Zu lange waren sie festgehalten in einer Einheit mit den Kirchen in der BRD. Diese Einheit wurde oft genug falsch verstanden und falsch kommentiert.
7. Wichtig ist, in einer gewissen Perspektive zu denken, und es ist die Frage, welche Perspektive Christen im Sozialismus haben. Dazu kann die Standortbestimmung helfen.
8. Die Koppelung von gesellschaftlichem Engagement und Frömmigkeit wird als wichtig unterstrichen. Sie ist von den meisten Christen nicht gesehen, und nur Einzelgänger beschreiben dieselbe. Von daher ist diese Frage sehr wichtig.
9. Was die "Tiefe der Geschichte" angeht, so ist in der Geschichte nach menschlichen Begegnungen zu fragen, die geschichtliche Prozesse auslösten, und dieses Auslösen von Prozessen bedeutet Übernahme von Verantwortung. Es geht um den Vollzug von Engagement und Frömmigkeit in der gesellschaftlichen Existenz von Menschen.

10. Wie ist das Verhältnis der Gossner-Mission zur Kirche? Wo haben wir unseren Ort in der Kirche? - Was heißt missionarische Existenz als Beitrag zur Neugestaltung der Welt?
- zu 4. Schottstädt erläutert das "Programm der Gossner-Mission", das einmal in der Dienststelle beraten worden ist. Dieses Programm sollte als Rahmenprogramm für die Arbeit verstanden werden.
- In der Diskussion werden folgende Fragen angesprochen:
1. Punkt 2 - Zusammenarbeit mit der CFK: Die Mitarbeiter der Dienststelle werden gebeten, diesen Punkt noch einmal zu überarbeiten. Insgesamt betonen die Mitglieder des Kuratoriums, daß in der Friedensarbeit gar nicht genug getan werden kann und daß es begrüßt werden muß, wenn auch die Gossner-Mission Friedensarbeit leistet.  
Das Thema "Abtästung" wird als wichtig unterstrichen und sollte auch für die Bewußtseinsarbeit in den Gemeinden genutzt werden. Das Verhältnis zur CFK sollte mit "intensiven Arbeitskontakten" umschrieben werden.
  2. Was den Punkt 3 angeht, so begrüßen die Mitglieder des Kuratoriums die solide Darstellung dieses Arbeitsgebietes.  
Zu 3.4.: Die Kinder- und Jugendarbeit sollte hier weiter gefaßt werden.
  3. Der Punkt 5 läßt sich ausbauen. Auch in unseren Gemeinden kommt die Frage des Lebensstils immer mehr in den Vordergrund. Von daher ist diese Arbeit sehr nützlich. Auch die Frage nach dem Lebenssinn spielt in Kirchengemeinden eine große Rolle. Wenn die Gossner-Mission diese Themen weiter bearbeitet, ist sie ein Hilfsmittel.
  4. Die Reihenfolge der Dienste bringt keine Wertigkeit zum Ausdruck. Bei allen Diensten ist auf die Verzahnung zu achten. Die Dienststelle ist der Ort, wo alle Arbeiten regelmäßig beraten werden müssen.
  5. Im Zusammenhang mit 3.2.1. wird die Frage nach der Zusammenarbeit mit dem ÖMZ insgesamt aufgeworfen. Orphal verweist auf den Brief vom ÖMZ. Es wird aber festgestellt, daß neue Verhandlungsrunden im Blick auf Integration nicht in Sicht seien.

Die Mitglieder diskutieren den Umgang mit beiden Papieren-Standortbestimmung und Rahmenarbeitsprogramm. Die Papiere sind gedacht für die Eigenklärung in Kuratorium und Mitarbeiterchaft. Sie sollen über Gossner-Arbeitskreisen im Lande angeboten werden können; und wenn Pfarrer und Gemeinden nach dem Verständnis der Gossner-Mission fragen, können diese Papiere ausgegeben werden.

Das Kuratorium beschließt: Die Dienststelle wird beauftragt, eine Nacharbeit zu beiden Texten durchzuführen. In der nächsten Kuratoriumssitzung sollen Ziegler und Görig Stellungnahmen zur Standortbestimmung vortragen. Danach soll entschieden werden, wie mit den Texten weiter umgegangen werden soll. Eine Gruppe, bestehend aus Grünbaum, Galley, Schottstädt und Schilzgen, soll das Programm überarbeiten und dem Kuratorium in seiner nächsten Sitzung zum Beschuß vorlegen.

**zu 5.** Burkhardt erläutert dem Kuratorium den Stellen- und Haushaltspf 1977, ebenso den Zusatzplan für die Berufstätige Jugend. Die Pläne liegen diesem Protokoll bei. Sie wurden im Kuratorium diskutiert und beschlossen. Haushaltspf der Gossner-Mission insgesamt mit

171.100,-- M

in Ausgaben und Einnahmen.

Zusatzhaushaltspf Berufstätige Jugend

26.700,-- M in den Einnahmen und

19.000,-- M in den Ausgaben.

Im Blick auf die ungedeckte Summe für die Einnahmen Berufstätige Jugend sollen mit dem Kirchenbund und Berlin-Brandenburg Verhandlungen geführt werden.

Im Blick auf Top 5 des Protokolls vom 16.9.76 liest Burkhardt aus dem Protokoll des Finanzausschusses vom 12.11.76: "Die nochmalige Prüfung der dem Kuratorium am 24.11.75 vorgelegten Jahresrechnung 1974 hatte zum Ergebnis, daß keine rechnerischen Unstimmigkeiten festgestellt werden konnten. Der Finanzausschuss stellt seinerseits fest, daß die vorgelegte Jahresrechnung 1974 mit der dazugehörigen Zusammstellung mit den in der Vermögensaufstellung unter dem Titel "Flüssige Mittel" ausgewiesenen Zahlen identisch ist." Galley ist mit dieser Feststellung zufrieden. Orphal stellt fest: Damit ist diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten.

- zu 6. Nach Vorschlag des Beirates für Haus Rehoboth und nach Befragen wird Rottmann als stellvertretender Vorsitzender des Beirates für Haus Rehoboth einstimmig bestellt.
- zu 7. Schottstädt berichtet dem Kuratorium von Reisevorhaben.
- 7.1. Galley und Roepke sind in der 2. Novemberhälfte und Anfang Dezember in Großbritanien auf Einladung des ÖRK.
- 7.2. Orphal und Richter fahren vom 4. Dezember an nach Frankreich: Strasbourg, Taizé etc., auf Einladung von Kirchenpräsident Appel.
- 7.3. Schottstädt reist mit Ordnung und Blauert vom 1. 12. an zu Konsultationen in den ÖRK nach Genf.

Die nächsten Termine: Montag, 14.3.77, 9.30 Uhr  
Montag, 27.6.77, 9.30 Uhr.

Für das Protokoll:

*W. Rottmann*

Amman

Ihr seid bereit, die Funktion  
des Stellvertreters in Beirat der  
"Reichsbahn" zu übernehmen.

18. 11. 76

Wenzel Rose

W. Rose kusann

## Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin, den 1. 11. 1976  
Göhrener Str. 11  
Ruf: 448 40 50

An die  
Mitglieder des Kuratoriums

### Liebe Freunde,

Anbei überreiche ich Ihnen das Protokoll unserer letzten Kuratoriumssitzung am 16. 9. 76.

Und zugleich lade ich im Auftrag des Vorsitzenden, Pfarrer Orphal, zur nächsten Sitzung ein.

Donnerstag, 18.  $\frac{1}{2}$  76, 9.30 Uhr.

in die Gäßner Str. 11 ein.

Folgende Tagesordnung ist vorzusehen:



Alle Mitglieder werden gebeten, sich zu der Sitzung anzumelden.

Mit freundlichen Grüßen

Tanz / Ezzat

2022 - Bruno Schäfferhardt

## Dienstordnung für das Haus Rehoboth

Durch Beschluß des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR vom 15. 3. 1976 wird die Arbeit im Haus Rehoboth/Buckow wie folgt geregelt:

- I 1. Zur Durchführung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben hat die Gossner-Mission in der DDR durch Vertrag vom 29.5.1964 das Nutzungsrecht an dem Hausgrundstück Buckow, Neue Promenade 24, erworben.
2. Auf diesem Grundstück wird als Einrichtung der Gossner-Mission in der DDR das Rüstseitenheim- Haus Rehoboth betrieben.
- II 3. Grundlegend für die Arbeit des Hauses Rehoboth, Einrichtung der Gossner-Mission in der DDR, sind die Satzung der Gossner-Mission vom 9.8.1962 und die Beschlüsse des Kuratoriums.
4. Die besondere Aufgabe des Hauses Rehoboth ist es, Gemeindelieder aller Altersgruppen in Kursen, Seminaren und Fließwochen zu sammeln und sie auf ihren Auftrag und Dienst in ihren Gemeinden vorzubereiten.
5. Die Verantwortung für die Arbeit im Haus Rehoboth trägt das Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR.
- III 6. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte wird vom Kuratorium der Gossner-Mission ein Beirat für das Haus Rehoboth berufen.
7. Dem Beirat sollen mindestens zwei Mitglieder des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle angehören. Weitere Persönlichkeiten können in den Beirat berufen werden. Die Mitglieder des Beirates können vom Kuratorium jederzeit abgezogen werden.

3. Der Beirat ist zu beachtigt, in Zusammenhang mit dem Haus Rehoboth notwendige Entscheidungen zu treffen und den Sichter im Laufe zu ordnen.
  4. Das Kuratorium trifft sich folgende Entscheidungen vor:
    - a) Verabschließung des Haushaltspolnes
    - b) Anstellung des Heimleiters
    - c) Vermögensfragen über 5.000,-- M.

Es kann darüber hinaus alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung an sich ziehen.
  5. Der Beirat ist dem Kuratorium voll verantwortlich und auf Anforderung jederzeit zur Rechenschaft verpflichtet. Er tritt auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich zusammen. Der Vorsitzende muß ihn einladen, wenn es das Kuratorium oder zwei Mitglieder des Beirates verlangen.
  6. Bei Behinderung von Mitgliedern kann in eingehenden Fällen konziriflich abgestimmt werden. Über die Verhandlungen ist ein Beschußprotokoll zu führen und vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen.
- IV
12. Das Kuratorium der Gossner-Mission besteht aus den Mitgliedern des Beirates den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates.
  13. Der Vorsitzende des Beirates - im Falle seiner Verhinderung der stellvertr. Vorsitzende - und der Heimleiter sind gemeinsam berechtigt, das Kuratorium der Gossner-Mission in allen Angelegenheiten des Hauses Rehoboth zu vertreten. Die Regelung der Bankveilicht bleibt davon unberührt.

- V 14. Die Durchführung der laufenden wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben obliegt dem Heimleiter.
15. Der Heimleiter ist dem Kuratorium und dem Beirat verantwortlich, die ihm Weisungen erteilen können.
16. Der Heimleiter führt die laufenden Angelegenheiten selbstständig durch. Bei Entscheidungen, die über den Rahmen der laufenden Geschäfte hinausgehen und bei allen besonderen Verkommisssen hat er den Beirat umgehend zu verständigen.
17. Der Heimleiter nimmt an allen Sitzungen des Beirates teil. Ist der Heimleiter an einem Gegenstand der Beschlussfassung durch den Beirat persönlich beteiligt, so darf er nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Beirates der Verhandlung beiwohnen und hat sich vor der Abstimmung zu entfernen. Die Beachtung dieser Vorschrift ist im Protokoll festzuhalten.
- VI 18. Streitigkeiten und Zweifelsfragen der Anlegung dieser Ordnung entscheidet das Kuratorium der Gossner-Mission An der DDR.

Berlin, den 16. 9. 1976

Protokoll 16. 9. 76

entnommen von Schule

am 1. 2. 88

Gossner-Mission in der DDR  
- Solidaritätsdienste -  
Lateinamerika

1180 Berlin, den  
Baderscestr. 8

Liebe(r)

Haben Sie herzlichen Dank für die Überweisung von ..... M,  
die am ..... bei uns eingegangen ist. Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, daß wir den Menschen in  
Nicaragua ganz konkret helfen können. Wie nötig diese solidarische  
Hilfe nach wie vor ist, wissen Sie aus den beunruhigenden Nachrichten,  
die uns täglich aus dieser Region Zentralamerikas erreichen.  
Die Solidarität mit unseren Schwestern und Brüdern in Nicaragua  
kommt aber auch zu uns zurück: mit unseren Partnern dort erleben wir  
auf neue Weise die befreiende Kraft des Evangeliums und werden so  
in unserem Christsein hier ermutigt.

In diesem Sinne möchten wir Sie herzlich grüßen und Ihnen für  
alle Verbundenheit danken!

Im Namen aller Mitarbeiter der Gossner-Mission

Ihre

gez.: Bernd Krause

gez.: Harald Messlin

Ort. 25-

Berlin, 18. 10. 1976  
Scho/Kü

Entwurf

Protokoll  
der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR am 16.9.76

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Grünbaum, Görig, Heyroth,  
Michel, Natho, Orphal, Rottmann, Ziegler

Entschuldigt fehlten: Glöckner, Große, Landmann

Als ständiger Guest: Blauert

Von der Dienststelle: Kiekbusch, I. u. M. Richter, ~~Roepke~~,  
Schottstädt, Schülzgen

~~entschuldigt: Roepke~~

- Die Tagesordnung:
1. Zum Protokoll der letzten Sitzung am 6.2.76 und zum Protokoll des Vorstandes vom 29.6.76
  2. Zur Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend"
  3. Zur Integration ÖMZ - Gossner-Mission
  4. Solidaritätsarbeit der Gossner-Mission in der DDR
  5. Zu den Finanzen
  6. Arbeitsberichte aus den Gruppen
  7. Verschiedenes

Die Kuratoriumssitzung beginnt um 9.30 Uhr. Aufgrund eines Versehens stand in der Einladung ~~9.30 Uhr~~. In Zukunft sollen alle Kuratoriumssitzungen immer um 9.30 Uhr beginnen.

Zu Beginn hält Heyroth die Andacht zum 1. Tess. 1, 2 - 10: Gott zeigt seine Gegenwart und will uns benutzen.- Er will in seiner Welt unsere Gegenwart.

Im Blick auf diesen Gesichtspunkt fragt Heyroth nach dem unverwechselbaren Ton der Gossner-Arbeit. Heyroth führt Gedanken zu zwei Begriffen aus: "Parteilichkeit" und "Kooperation".

- zu 1. Mit einer kleinen Änderung, die Roepke schriftlich beantragt hatte zu Punkt 2.2. des Protokolls der Vorstandssitzung vom 29. 6., wo es richtig heißen muß: "Regelmäßig 6mal im Jahr erscheint ein INKOTA-Brief.", werden beide Protokolle einstimmig genebilligt.
- zu 3. Natho spricht zum Thema Integration ÖMZ - Gossner-Mission. Es war seine Vorstellung, die Integration bis Ende Juni unter Dach und Fach zu haben. Nachdem die Integrationskizze der leitenden Mitarbeiter des ÖMZ vorlag, konnte endlich

der Finanzausschuß der EKU zusammenkommen und hat negativ votiert. Schließlich gab es auch noch ein Votum der Kirchenkanzlei, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß nicht einmal das ÖMZ bisher richtig aufgenommen worden ist in die EKU-Arbeit. Natho spricht dann über politische Meinungen und Standpunkte, die eine Rolle gespielt haben bei den Gesprächen. Er geht dann vier Punkte nacheinander durch, die vom Rat der EKU beschlossen worden sind. Die Punkte lauten:

1. Die vorgelegte Skizze des ÖMZ ist nicht geeignet, als Grundlage für eine Integration der Gossner-Mission in das ÖMZ zu dienen.
2. Die EKU ist für weitere Verhandlungen mit der Gossner-Mission offen.
3. Der Rat ist auch für den Fall, daß es nicht zu einer Integration der Gossner-Mission in das ÖMZ kommt, an einer intensiven Kooperation zwischen ÖMZ und Gossner-Mission interessiert.
4. Für weitere Verhandlungen mit der Gossner-Mission gibt der Rat aufgrund der vorgelegten Integrationsskizze folgende Richtlinien:
  - a) Ein besonderer Beirat für eine integrierte Gossner-Mission ist nicht möglich.
  - b) Das Haus Rehoboth kann nicht in die Verantwortung der EKU bzw. des ÖMZ übernommen werden.
  - c) Die Berlin-Arbeit soll aus sachlichen Gründen in die Verantwortung von Berlin-Brandenburg übergehen.
  - d) Die Finanzen einer integrierten Gossner-Mission können nur im Rahmen des Haushalts des ÖMZ abgewickelt werden.
  - e) Der Stellenplan der Gossner-Mission kann nur in folgender Fassung in das ÖMZ übernommen werden:  
3 theologische Mitarbeiter (davon einer zu 55 %),  
2 Sekretärinnen, 1 Verwaltungsmitarbeiter, 1 Karteibearbeiter (zu 50 %).
  - f) Eine besondere Abteilung 3 für eine integrierte Gossner-Mission wird nicht für möglich gehalten. Stattdessen sollen die Aktivitäten mit den beiden vorhandenen Abteilungen fusioniert werden.
  - g) Ein besonderes, räumlich getrenntes Büro für eine integrierte Gossner-Mission wird nicht für möglich gehalten.
  - h) Mit einer Integration muß der Name "Gossner-Mission" als Folge davon verschwinden.

Natho verweist dann auf einen sehr wichtigen Punkt, der im Gespräch eine Rolle gespielt habe: Niemand möchte die Entflechtung ÖMZ - Gossner-Mission wie sie jetzt erreicht ist. Nathos Frage: Was ist zu tun? *Der Erreichte soll nicht auffallen werden*

Schottstädt ergänzt: In der Kuratoriumssitzung am 24.11.75 wurde eine Gruppe beauftragt, mit Vertretern der EKU in die Verhandlungen einzutreten. Die Gruppe setzte sich aus folgenden Personen zusammen: Orphal, Burkhardt, Rottmann, Ziegler, Schottstädt. Das Gespräch mit der EKU fand am 10. März 76 im Gossner-Keller statt. Schottstädt trägt aus seiner Aktennotiz seine Vorschläge vor, die sich dann, in der Skizze des ÖMZ verarbeitet, niedergeschlagen haben, und liest weiter: Falls keine Integration zustande kommt, muß darüber diskutiert werden, wie es mit der Arbeitsgruppe "Christliche Gemeinde in der sozialistischen Stadt" weitergehen soll, denn diese Gruppe hat ein besonderes Verhältnis zu allen Experimentierarbeiten der Gossner-Mission.

Wie die Zuordnung ÖMZ - Gossner arbeitsmäßig aussehen kann und

wie der Solidaritätsdienst als ökumenischer Dienst auszubauen ist.

Schottstädt hat in dem Gespräch mit der EKU ferner darauf hingewiesen, daß Fragen der Gossner-Mission an das ÖMZ da sind, die ~~auch~~ bisher unbeantwortet geblieben sind:

1. Wie steht es mit einem Sonderfonds des ÖMZ? Wie mit projektbezogenen Kollektiven? Wann wird endlich das Einreisen direkt vorgenommen und die Abwicklung über Westberlin verlassen?

Wie wird Theologie und Kirche im Sozialismus im ÖMZ theologisch verhandelt?

Wann ist "nur Afrika" im ÖMZ auch im Heimatdienst überwunden?

Wann entwickelt sich ein neues Arbeiten im Gemeindedienst des ÖMZ?

Wann kommt es endlich dazu, daß auch im Gemeindedienst ein neues theologisches Verständnis über Mission heute einzieht?

Aus dem Gespräch mit Vertretern der EKU erwähnt Schottstädt ~~noch~~ Orphals Hinweis: Zusammenarbeit mit der CFK, die nicht aufgegeben werden kann. Und Winter habe in dem Gespräch drei positive und mehr negative Punkte genannt. Positiv: 1. Die ökumenische Arbeit an der Basis. 2. Die Personalfragen drängen zu einer Lösung und 3.: Der Arbeitszweig könnte auf diese Weise gestrafft werden. Winters Gegengründe waren die politischen Bedenken und: Soll nicht "ein Genie" bei sich selber bleiben?, Krach im Kirchenbund (mit Leuten der Zwei-Reiche-Lehre), keine Änderung von Strukturen und differenzierte Organisationsprobleme überhaupt. Meckel hat im Schlußgespräch auf den 'Kairos' verwiesen und davon gesprochen, daß Situationen da sind, die nicht übersprungen werden dürfen. Er plädierte für eine Integration.

Blauert erläutert die vorgelegte Skizze, die bewußt auf Sonderabteilung orientiert war, denn man war sich ~~aus~~ der Konferenz der leitenden Mitarbeiter darüber im klaren, daß die gebliebene Arbeit der Gossner-Mission ~~nur~~ nicht erneut auseinandergerissen werden darf. Blauert plädiert dafür, daß an der Zusammenarbeit festgehalten werden soll und daß Möglichkeiten gesucht werden, die Zusammenarbeit auszubauen.

In der weiteren Diskussion äußern sich fast alle Mitglieder des Kuratoriums. Folgende Punkte werden angesprochen:

Wie ist das Interesse an einer intensiven Kooperation zu interpretieren?

Warum haben die Finanzleute der EKU ein solches Gewicht?

Warum muß bei einer Integration der Name, der mit der Aufgabenstellung zusammenhängt, fallen?

Der Rat der EKU hat in seinen acht Punkten Vorteilhaftes für ~~ih~~ herausgesucht. Es kommt jetzt darauf an, das Vorteilhafte für die Gossner-Mission herauszusuchen. Es muß gefragt werden: Was dient der Gossner-Arbeit? (Ziegler)

Die Gossner-Mission behält eine dienende Funktion. Davon kann auch die Kirche profitieren. Der Rat der EKU ist am Zuge, ein Modell für eine Integration vorzuschlagen, wenn er eine solche Skizze, die einstimmig vom ÖMZ vorgelegt worden ist, ablehnt.

Nach der ersten Gesprächsrunde stellt Natho drei Fragen:

1. Finden wir uns mit dem Zustand einer gescheiterten Integration ab? und arbeiten wir einfach weiter, als wenn nichts geschehen ist?
2. Wollen wir erneut die Gremien zusammenbringen, um eine neue Skizze für Sachverhandlungen vorzubereiten? *weil*
3. Holen wir alle Mitarbeiter zurück zur Gossner-Mission und machen die Gossner-Mission stark?

In der zweiten Gesprächsrunde setzt sich folgende Meinung durch: Die Integration ist nicht abgeschlossen, sie kann aber nicht von der Gossner-Mission erneut in Gang gebracht werden. Die Gossner-Mission hat jetzt zu fragen, was sie selber zu tun hat. Die acht Punkte werden (von allen Sprechern) als undiskutabel hingestellt. *anschein* Sie geben keine Basis für Verhandlungen. Die Mitglieder des Kuratoriums beraten die Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit mit dem ÖMZ und legen auf Vorschlag von Blauert darauf den Hauptakzent. Die Mitarbeiterschaft der Gossner-Mission und die KLM des ÖMZ können verstärkter zusammenarbeiten.

Nach der zweiten Disskussionsrunde beschließt das Kuratorium:

Das Kuratorium hat in seiner Sitzung am 16. 9. 76 über die Verhandlungen mit dem Rat der EKU am 10. 3. Bericht erhalten. Dem Kuratorium wurde eine vom ÖMZ erarbeitete Skizze zur Integration vorgetragen, auf die sich der Beschuß des Rates der EKU vom 2. 6. 76 bezieht. Das Kuratorium nimmt zur Kenntnis, daß die Skizze des ÖMZ vom Rat der EKU abgelehnt worden ist. Das Kuratorium hält die unter 4 im Ratsbeschuß der EKU aufgeführten Richtlinien für weitere Gespräche mit den verschiedenen Gremien der EKU für ungeeignet.

Das Kuratorium wird seine Arbeitsbeziehungen mit dem ÖMZ erhalten und eine Weiterentwicklung überprüfen.

Der Beschuß wird bei einer Stimmenthaltung gefaßt.

Ziegler beantragt für die nächste Sitzung eine Vorlage der Dienststelle zur weiteren Profilierung der Gossner-Mission - nach Vorgesprächen mit dem Vorsitzenden -, die auch Personal- und Leitungsfragen beinhaltet. *Der Bericht wird zugelassen.*

zu 5. Im Auftrage des Finanzausschusses trägt der Prüfer Ziemann den Prüfungsbericht für das Jahr 1975, getrennt nach Dienststelle Berlin und Haus Rehoboth Buckow, vor. Ziemann hat ausführliche Berichte angefertigt und verweist auf den Finanzausschuß, der ungeklärte Probleme bereits in seiner Sitzung am 13. September 76 behandelt hat.

Die Ergebnisrechnung sieht folgendermaßen aus:

Der Aufwand der Dienststelle Berlin betrug 147.507,26 Mark, davon Abschreibungen (Büroräume, Kfz, Inventar):

61.725,60 Mark

85.781,66 Mark.

Als Erträge der Dienststelle fielen an:

167.915,73 Mark.

Somit verbleiben als Geldüberschuß:

82.134,07 Mark.

~~Das Ha. hält jetzt nicht mehr alle Entgelte~~

~~für die Jahre ab 1975 bei der Dienststelle~~

~~zu Laste~~

~~in der auf die Jahre ab 1975 zu Laste~~

Die Gesamtergebnisrechnung 1975 sieht folgendermaßen aus:

1. Ordentlicher Mehraufwand für Buckow: 27.938,41 M.
2. Ordentlicher Mehraufwand für INKOTA+Soli.Dienste: 10.329,58 M.
3. Ordentlicher Mehraufwand für Berufstätige Jugend: 8.268,37 M.
4. Ordentlicher Mehrertrag Berlin: 20.408,47 M.

Ordentlicher Mehraufwand insgesamt: 26.127,89 M.

5. Außerordentlicher Mehrertrag Gossner-Mission: 23.500,-- M.

Verbleibt ein Gesamtmehraufwand von: 2.627,89 M.

Ziemann bittet das Kuratorium, der Prüfung durch den Finanzausschuß zu vertrauen und der Dienststelle im Blick auf die Geschäftsführung für das Jahr 1975 die Entlastung auszusprechen.

Kuratorium beschließt einstimmig die Entlastung.

Zu Haus Rehoboth:

Ziemann erläutert die Jahresrechnung für 1975 im Blick auf das Haus Rehoboth und stellt fest, daß der Pachtmietvertrag ungenügend sei, daß der Stellenplan mit 2,7 Vollbeschäftigen im Blick auf die Belegung des Hauses zu überprüfen sei, ebenso muß die Bausubstanz des Hauses überprüft werden. Für die Heimleitung sollte ein geeignetes Wohnhaus erstellt werden, damit bessere Übernachtungsmöglichkeiten im Hause angeboten werden können.

1. Kuratorium beschließt einstimmig: Es wird ein Ausschuß eingesetzt, der mit dem Hauseigentümerin in Verhandlungen treten soll im Blick auf Neuschreibung eines Pachtmietvertrages. Dieser Ausschuß soll aus Burkhardt, Ziemann und Herrn Belling (Jurist von I.M.H.W.) bestehen.
2. Der Beirat für das Haus Rehoboth möchte die Wohnverhältnisse der Familie Richter zugunsten des Hauses klären und dem Kuratorium über Möglichkeiten von Verbesserungen berichten.
3. Der Finanzausschuß soll bei Aufstellung des Haushaltplanes 1977 die Kostenstellen überprüfen und einen Mietvertrag für die Familie Richter vorbereiten.

Im Blick auf die Jahresrechnung 1974 wird Ziemann schriftlich die rechnerischen Unklarheiten erläutern.

zu 2. Berger berichtet von den Verhandlungen auf zwei Ebenen:

- a) mit Berlin-Brandenburg,
- b) mit dem Kirchenbund.

Berlin-Brandenburg konnte dem Kirchenbund bisher keine Ausarbeitung im Blick auf die Sicherung der Finanzen für die Berufstätige Jugend vorlegen. Die Jugendkommission des Kirchenbundes hat ein Grundsatzpapier erarbeitet und ist bereit, den Sekretär zu übernehmen. Im Blick auf die Weiterarbeit der Berufstätigen Jugend kann das Kuratorium noch keinen Beschuß fassen. Grünbaum wird gebeten, das Thema Berufstätige Jugend auf die Tagesordnung des Konsistoriums zu bringen und möglichst bald ein Verhandlungsergebnis zu erzielen.

zu 4. Schottstädt erläutert den Entwurf, den Roepke zur Weiterarbeit der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste Algerien/Vietnam erstellt hat. Folgende Anfragen werden an die Ausarbeitung gestellt: *fr. Orpal*:

1. Warum soll der Name Vietnam in dem Titel Solidaritätsdienste nicht mehr erscheinen?
2. Es ist schwierig, von der Solidarität Gottes zu sprechen, wenn diese nicht ausführlich theologisch erläutert wird.
3. Der letzte Absatz des Papiers ist überflüssig. Die Sache ist selbstverständlich.

Von der Dienststelle wird erwartet, daß in der nächsten Sitzung des Kuratoriums eine Standortbestimmung und ein Arbeitsprogramm vorgelegt werden. Mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Standortbestimmung würden einzelne theologische Erläuterungen für die Solidaritätsarbeit wegfallen können. Der Entwurf Roepke ist in den Gesamtentwurf der Dienststelle einzuarbeiten.

zu 6. Emfällt.

zu 7. Schottstädt teilt mit, daß das Konsistorium Berlin-Brandenburg die Dienststelle hat wissen lassen, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg Orphal als Vorsitzenden und Ziegler als stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums für den Zeitraum von vier Jahren nach der Satzung bestätigt hat.

*o. 14*  
Schottstädt legt ~~die~~ Veränderung des Textes der Dienstordnung für Haus Rehoboth vor.

Das Kuratorium beschließt einstimmig folgende Veränderung der Dienstordnung für Haus Rehoboth:

In den Ziffern III/7, III/8, III/10 und III/12:

Die Texte lauten:

III/7: Dem Beirat sollen mindestens zwei Mitglieder des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle angehören. Weitere Persönlichkeiten können in den Beirat berufen werden. Die Mitglieder des Beirates können vom Kuratorium jederzeit abgerufen werden.

III/8: Der Beirat ist berechtigt, in Zusammenhang mit dem Haus Rehoboth notwendige Entscheidungen zu treffen und den Dienst im Hause zu ordnen.

III/10: Der Beirat ist dem Kuratorium voll verantwortlich und auf Anforderung jederzeit zur Rechenschaft verpflichtet. Er tritt ~~nach~~ auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich zusammen. Der Vorsitzende muß ihn einladen, wenn es das Kuratorium oder zwei Mitglieder des Beirates verlangen.

III/12: Das Kuratorium der Gossner-Mission bestellt aus den Mitgliedern des Beirates den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates.

*Nach ob veränderten Dienstordnung für Haus R. kommt die neu best. Beirat*  
Die nächste Sitzung des Kuratoriums findet am Donnerstag, 18. 11., 9.30 Uhr, statt.

*fr. Orpal als Vors. des Beirats. Der Rektor. vors. wird auf*  
*neuer h. Beirat berufen werden.*

Für das Protokoll:

fr. Orpal

*Orpal*

18.10.76

fr. Orpal

*+ auf Vorschlag*  
*als Leiter der*  
*Kirchenleitung*

## Abschrift

### Protokoll

der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 6. Februar 1976

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Heyroth  
Orphal, Rottmann, Ziegler;

entschuldigt: Fleischhack, Grünbaum, Natho, Blauert;

als ständiger Guest: Landmann;

von der Dienststelle: Kiekbusch, M. Richter, (ab 12,00 Uhr) Roepke,  
Schottstädt, Schülzgen.

#### Die Tagesordnung:

- 1) Meditation - Ziegler
- 2) zum Protokoll der Sitzung am 24.11.75 - Orphal
- 3) Verhandlungsergebnisse zur Weiterführung "Berufstätige Jugend"
- 4) Besluß zu 3)
- 5) Inhalt und Ziel unseres Solidaritätsdienstes
- 6) Wahlen ( beide Vorsitzende des Kuratoriums)
- 7) Verschiedenes

#### Zu 1:

Ziegler spricht über den Text aus Off. 1,9-20. Er setzt mit dieser Anrede an eine trostbedürftige Gemeinde folgende Akzente:

1. Der ratlosen Gemeinde wird Jesus in Glanz und Herrlichkeit verkündigt;
2. einer schuldig gewordenen Kirche wird Jesus als der priesterliche König verkündigt;
3. einer zaudernden Kirche wird Jesus Christus als Richter verkündigt;
4. einer verzagten und ohnmächtigen Kirche wird Jesus als der verkündigt, der Totes lebendig machen kann.

#### Zu 2:

Mit drei Korrekturen wurde das Protokoll der Sitzung am 24.11.75 einstimmig gebilligt: S.2 zu 4) heißt es in Zeile 3: "außer den bestellten Mitgliedern Orphal, Berger und Grünbaum war auch Kiekbusch zugegen". - S.2 zu 4), 2. Absatz heißt es: "Zur Erklärung wurde in der Arbeitsgruppe das Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung ausgesprochen. Den Vertretern der 'Berufstätigen Jugend' wurde empfohlen...". - S.3, 3) Zeile von unten anstelle von "S/ Entschuldigung" = "Vergebung".

Im Blick auf die Unstimmigkeit der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 wird der Rechnungsprüfer in der nächsten Kuratoriumssitzung im Zusammenhang mit der Rechnungslegung 1975 Auskunft geben.

Orphal begrüßt Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.

#### Zu 3:

Berger u. Schottstädt berichten aus der Sitzung des Konsistoriums in Berlin-Brandenburg am 30.1.76. Es liegt eine Bereitschaftserklärung des Bundes vor, Herrn Kiekbusch bei der Jugendkommission anzustellen, wenn Berlin-Brandenburg 50% der notwendigen Gelder für die Arbeit der Berufstätigen Jugend sichert. Für Berlin-Brandenburg ist das Ganze eine Zeitfrage. Wenn der 1.4.76 als Einstellungstag nicht in Frage kommt, könnte es nur der 1.7.76 sein. Im Blick auf die Weiterführung der Arbeit soll mit Kiekbusch nach Mitteilung des Termins durch Berlin-Brandenburg ein Aufhebungsvertrag geschlossen werden.

Eine Arbeitsgruppe im Konsistorium ist eingesetzt worden, um eine Konzeption zu erarbeiten. Evtl. soll ein Beirat eingesetzt werden. Von allen Teilnehmern des Gesprächs (Landesjugendpfarramt, Stadtjugendpfarramt, Konsistorium und Gossner-Mission) wurde festgestellt, daß die Arbeitsgruppe ein Stück Jugendarbeit der Kirche ist und in die Verantwortung der Kirche gehört.

Zu 4:

Nach einer Diskussion zu den Berichten kommt das Kuratorium zu folgendem Beschuß:

"Nach Mitteilung des Termins der Übernahme der AG "Berufstätige Jugend" durch den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg werden mit Herrn Kiekbusch und Frau Sieg zu dem entsprechenden Termin Aufhebungsverträge abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitet die AG als Gruppe der Gossner-Mission in der DDR. Die finanzielle Sicherung erwirkt der Leiter der Dienststelle im Einvernehmen mit dem Kirchenbund und mit Berlin-Brandenburg. Der Zusatzhaushaltsplan wird bis zu diesem Zeitpunkt nach der Quartalsberechnung vom 1.1.-31.3.76 unter den vorhandenen Ansätzen entsprechend verlängert".

Zu 5:

Roepke spricht zum Thema "Solidaritätsdienste". Er stellt zunächst die Arbeitsgruppe vor und zeigt die Entwicklung, die in dieser Gruppe vom Hilfsdienst bis zum Solidaritätsverständnis durchgemacht worden ist. Die Ausbeutung der Entwicklungsländer (Rohstoffe, Preise, Zölle etc.) verlangt Veränderungen im Verhalten der westlichen Industrienationen, verlangt aber auch Veränderungen in den Entwicklungsländern, und im Blick auf Solidaritätsarbeit ist politische Parteinahme notwendig. Der Begriff "Solidarität" kommt aus der Arbeiterbewegung und ist zu unterscheiden von Nächstenliebe. Nächstenliebe kennt keine Grenzen, Solidarität geschieht mit anderen zusammen, hat ein klares Ziel und auch Gegner. Nächstenliebe geschieht vorwiegend im individuellen Bereich und ist ein Schenken. Solidarität hat etwas mit Gegenseitigkeit zu tun - "Weil du ein Arbeiter bist, darum mußt du solidarisch handeln". Solidarität und Evangelium sind kein Widerspruch. Roepke zeigt das an dem Verhältnis Gottes mit seinem Volk und des Volkes Gottes mit seinem Gott und am Bild des Leibes Christi im Neuen Testament. Roepke stellt solidarische Lebensweise dar. Sie gehört unverzichtbar zum Ganzen. In diesem Zusammenhang fragt er: "Warum können wir als Christen nicht mehr arm sein?" Zum Schluß stellt er vier Fragen zur Diskussion:

1. Wie paßt der Gedanke der Solidarität zu unserem Christsein?
2. Wie paßt dieser Gedanke in unsere Kirche?
3. Warum verdächtigen viele Gemeindeglieder die politische Komponente in diesem Rahmen?
4. Ist es so, daß Solidarität sich schwerer leben läßt als Helfen (Nächstenliebe)?

Galley ergänzt: Ihm läge daran, daß Nächstenliebe und Solidarität nicht so voneinander abgegrenzt werden, sondern daß deutlicher gedagt wird, was das eine und was das andere meint. Die Liebe, die von Jesus ausgeht, kennt keine Grenzen, von daher kein Ziel, aber Liebe schafft neue Tatbestände. Galley unterstreicht die Begrenzung der Sache der Solidarität, aber sie ist eben anders angelegt. Sie ist kein Kampfbegriff.

In der Diskussion werden folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ist es nicht notwendig, im Blick auf Solidarität einen anderen Ansatz zu finden als den der Nächstenliebe?  
Ein theologischer Ansatz könnte in der Beschreibung des Handelns Gottes mit seinem Volk und somit mit der Völkerwelt liegen, und in dieses Handeln Gottes ist die solidarische Lebensweise einzubeziehen.

2. Die Armen werden von der Christenheit für ihr Heil gebraucht. Um ihretwillen ist in Solidarität mit den Armen zu leben.
3. Wie ist das Thema angepaßt an den einzelnen Menschen? Gott vergibt in Jesus Christus den Menschen. Dies gilt dem Einzelnen. Und wie ist von daher das Verhältnis zum Kollektiv zu beschreiben? In dieser Frage ist es wichtig, ob die Gesellschaft für den Einzelnen ist oder der Einzelne Maßstab für die Gesellschaft.
4. Der Nächste ist der, der in Not steckt, auf den wird in der Liebe orientiert. Wie gehen wir mit diesem Nächsten im Klassenkampf um?
5. Liebe ist keine überholte Sache, sie bleibt die wichtigste Sache des Evangeliums. Die Liebe Christi gilt der Gemeinde und der ganzen Welt. Dieses Denken von der Liebe Christi muß uns in neuen Begriffen auch in Sachen der Solidarität kommen.
6. Christen sind durch die Solidarität politischer geworden, sie denken politischer, und es ist zu fragen, wie in diesem politischen Denken und Arbeiten der Glaube Platz behält.
7. Die Gemeinden sind nicht zu vergessen; wenn der Begriff 'Solidarität' als Kampfbegriff entwickelt wird, so ist das Verhältnis <sup>von</sup> zu dem, der Solidarität übt zu dem, der sie empfängt, im Auge zu behalten (Partnerschaft von Menschengruppen zu Menschengruppen).
8. Es ist nicht so wichtig, wie wir 'Tun' beschreiben und verstehen. Wichtig ist, was einer tut, denn den Nächsten können wir uns niemals aussuchen. Der Nächste, der unter die Räuber gefallen ist, ist einfach da, ihm ist zu dienen. Und die Frage an Christen bleibt auch im Solidaritätsdienst: Wem bist du der Nächste?
9. Die Liebe im Neuen Testament ist mit Kampf und Gruppenbildung zusammen zu sehen. So wie Solidarität etwas mit Kampf zu tun hat, hat auch die Liebe Jesu etwas mit Kampf zu tun. Wir sollten Jesu kämpferische Existenz stärker in den Mittelpunkt stellen als Kampf für Menschen. Und wenn wir den Kampf für Menschen beschreiben, dann sind auch die Prozesse bis hin zum Klassenkampf darzustellen. Die Frage ist: Welche Rolle spielen das Kollektiv oder die Gruppe im Kampf um den Menschen?
10. Wenn wir von Solidarität sprechen, tun wir es heute im ökumenischen Kontext; von Jesus her sind wir mit den Armen und Unterdrückten solidarisch. Und im Solidaritätsdienst bzw. -kampf spielt das Kollektiv für die Bewußtseinsbildung eine entscheidende Rolle.
11. Für den Gemeindedienst wird es wichtig sein, Informationswege zu finden, um Solidaritätsaktionen durch Mittel und Bewußtsein stärker zu unterstützen.

Die dargestellten Fragenkomplexe können der AG "Solidaritätsdienste" bei der weiteren Klärung ihres Einsatzes helfen.

Zu 6: Das Kuratorium wählt nach der Satzung den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bis zum 1.9.79. Vorgeschlagen werden für den Vorsitz: Pfarrer Orphal, für den stellvertretenden Vorsitz: Pfarrer Ziegler. Beide werden in gesonderten Wahlgängen WAH mit je einer Stimmenthaltung einstimmig gewählt.

Zu 7: Die eingesetzte Arbeitsgruppe für die Integrationsverhandlungen mit der EKU tagt am 10.3.76, 16,00 Uhr, Göhrener Str. 11. Schülzgen teilt den Gesprächsstand im Blick auf seinen Arbeitsbereich bei der Gossner-Mission mit; da der Rat der EKU erst Anfang April tagt, wird sein Beginn im Dienst der Gossner-Mission erst am 1.5.76 möglich sein. Nächster Termin: Donnerstag, 16.9.1976, 9,30 Uhr.

Protokoll  
der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 6. Februar 1976

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Heyroth  
Orphal, Rottmann, Ziegler;

entschuldigt: Fleisshack, Grünbaum, Natho, Blauert;

als ständiger Guest: Landmann;

von der Dienststelle: Kiekbusch, M. Richter, (ab 12,00 Uhr) Roepke,  
Schottstädt, Schülzgen.

Die Tagesordnung:

- 1) Meditation - Ziegler
- 2) zum Protokoll der Sitzung am 24.11.75 - Orphal
- 3) Verhandlungsergebnisse zur Weiterführung "Berufstätige Jugend"
- 4) Beschlüsse zu 3)
- 5) Inhalt und Ziel unseres Solidaritätsdienstes
- 6) Wahlen ( beide Vorsitzende des Kuratoriums)
- 7) Verschiedenes

Zu 1:

Ziegler spricht über den Text aus Off. 1,9-20. Er setzt mit dieser Anrede an eine trostbedürftige Gemeinde folgende Akzente:

1. Der ratlosen Gemeinde wird Jesus in Glanz und Herrlichkeit verkündigt;
2. einer schuldig gewordenen Kirche wird Jesus als der priesterliche König verkündigt;
3. einer zaudernden Kirche wird Jesus Christus als Richter verkündigt;
4. einer verzagten und ohnmächtigen Kirche wird Jesus als der verkündigt, der Totes lebendig machen kann.

Zu 2:

Mit drei Korrekturen wurde das Protokoll der Sitzung am 24.11.75 einstimmig gebilligt: S.2 zu 4) heißt es in Zeile 3: "außer den bestellten Mitgliedern Orphal, Berger und Grünbaum war auch Kiekbusch zugegen". - S.2 zu 4), 2. Absatz heißt es: "Zur Erklärung wurde in der Arbeitsgruppe das Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung ausgesprochen. Den Vertretern der 'Berufstätigen Jugend' wurde empfohlen...". - S.3, 3) Zeile von unten anstelle von "Sg Entschuldigung" = "Vergebung".

Im Blick auf die Unstimmigkeit der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 wird der Rechnungsprüfer in der nächsten Kuratoriumssitzung im Zusammenhang mit der Rechnungslegung 1975 Auskunft geben.

Orphal begrüßt Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.

Zu 3:

Berger u. Schottstädt berichten aus der Sitzung des Konsistoriums in Berlin-Brandenburg am 30.1.76. Es liegt eine Bereitschaftserklärung des Bundes vor, Herrn Kiekbusch bei der Jugendkommission anzustellen, wenn Berlin-Brandenburg 50% der notwendigen Gelder für die Arbeit der Berufstätigen Jugend sichert. Für Berlin-Brandenburg ist das Ganze eine Zeitfrage. Wenn der 1.4.76 als Einstellungstag nicht in Frage kommt, könnte es nur der 1.7.76 sein. Im Blick auf die Weiterführung der Arbeit soll mit Kiekbusch nach Mitteilung des Termins durch Berlin-Brandenburg ein Aufhebungsvertrag geschlossen werden.

Eine Arbeitsgruppe im Konsistorium ist eingesetzt worden, um eine Konzeption zu erarbeiten. Bvlt. soll ein Beirat eingesetzt werden. Von allen Teilnehmern des Gesprächs (Landesjugendpfarramt, Stadtjugendpfarramt, Konsistorium und Gossner-Mission) wurde festgestellt, daß die Arbeitsgruppe ein Stück Jugendarbeit der Kirche ist und in die Verantwortung der Kirche gehört.

Zu 4:

Nach einer Diskussion zu den Berichten kommt das Kuratorium zu folgendem Beschuß:

"Nach Mitteilung des Termins der Übernahme der AG "Berufstätige Jugend" durch den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg werden mit Herrn Kickbusch und Frau Sieg zu dem entsprechenden Termin Aufhebungsverträge abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitet die AG als Gruppe der Gossner-Mission in der DDR. Die finanzielle Sicherung erwirkt der Leiter der Dienststelle im Einvernehmen mit dem Kirchenbund und mit Berlin-Brandenburg. Der Zusatzhaushaltsplan wird bis zu diesem Zeitpunkt nach der Quartalsberechnung vom 1.1.-31.3.76 unter den vorhandenen Ansätzen entsprechend verlängert".

Zu 5:

Roecke spricht zum Thema "Solidaritätsdienste". Er stellt zunächst die Arbeitsgruppe vor und zeigt die Entwicklung, die in dieser Gruppe vom Hilfsdienst bis zum Solidaritätsverständnis durchgemacht worden ist. Die Ausbeutung der Entwicklungsländer (Rohstoffe, Preise, Zölle etc.) verlangt Veränderungen im Verhalten der westlichen Industrienationen, verlangt aber auch Veränderungen in den Entwicklungsländern, und im Blick auf Solidaritätsarbeit ist politische Parteinahme notwendig. Der Begriff "Solidarität" kommt aus der Arbeiterbewegung und ist zu unterscheiden von Nächstenliebe. Nächstenliebe kennt keine Grenzen, Solidarität geschieht mit anderen zusammen, hat ein klares Ziel und auch Gegner. Nächstenliebe geschieht vorwiegend im individuellen Bereich und ist ein Schenken. Solidarität hat etwas mit Gegenseitigkeit zu tun - "Weil du ein Arbeiter bist, darum mußt du solidarisch handeln". Solidarität und Evangelium sind kein Widerspruch. Roecke zeigt das an dem Verhältnis Gottes mit seinem Volk und des Volkes Gottes mit seinem Gott und am Bild des Leibes Christi im Neuen Testament. Roecke stellt solidarische Lebensweise dar. Sie gehört unverzichtbar zum Ganzen. In diesem Zusammenhang fragt er: "Warum können wir als Christen nicht mehr arm sein?" Zum Schluß stellt er vier Fragen zur Diskussion:

1. Wie paßt der Gedanke der Solidarität zu unserem Christsein?
2. Wie paßt dieser Gedanke in unsere Kirche?
3. Warum verdächtigen viele Gemeindemitglieder die politische Komponente in diesem Rahmen?
4. Ist es so, daß Solidarität sich schwerer leben läßt als Helfen (Nächstenliebe)?

Galley ergänzt: Ihm läge daran, daß Nächstenliebe und Solidarität nicht so voneinander abgegrenzt werden, sondern daß deutlicher gedagt wird, was das eine und was das andere meint. Die Liebe, die von Jesus ausgeht, kennt keine Grenzen, von daher kein Ziel, aber Liebe schafft neue Tatbestände. Galley unterstreicht die Begrenzung der Sache der Solidarität, aber sie ist eben anders angelegt. Sie ist kein Kampfbegriff. In der Diskussion werden folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ist es nicht notwendig, im Blick auf Solidarität einen anderen Ansatz zu finden als den der Nächstenliebe? Ein theologischer Ansatz könnte in der Beschreibung des Handelns Gottes mit seinem Volk und somit mit der Völkerwelt liegen, und in dieses Handeln Gottes ist die solidarische Lebensweise einzubeziehen.

2. Die Armen werden von der Christenheit für ihr Heil gebraucht. Um ihretwillen ist in Solidarität mit den Armen zu leben.
3. Wie ist das Thema angepaßt an den einzelnen Menschen? Gott vergibt in Jesus Christus den Menschen. Dies gilt dem Einzelnen. Und wie ist von daher das Verhältnis zum Kollektiv zu beschreiben? In dieser Frage ist es wichtig, ob die Gesellschaft für den Einzelnen ist oder der Einzelne Maßstab für die Gesellschaft.
4. Der Nächste ist der, der in Not steckt, auf den wird in der Liebe orientiert. Wie gehen wir mit diesem Nächsten im Klassenkampf um?
5. Liebe ist keine überholte Sache, sie bleibt die wichtigste Sache des Evangeliums. Die Liebe Christi gilt der Gemeinde und der ganzen Welt. Dieses Denken von der Liebe Christi muß uns in neuen Begriffen auch in Sachen der Solidarität kommen.
6. Christen sind durch die Solidarität politischer geworden, sie denken politischer, und es ist zu fragen, wie in diesem politischen Denken und Arbeiten der Glaube Platz behält.
7. Die Gemeinden sind nicht zu vergessen; wenn der Begriff 'Solidarität' als Kampfbegriff entwickelt wird, so ist das Verhältnis von dem, der Solidarität übt zu dem, der sie empfängt, im Auge zu behalten (Partnerschaft von Menschengruppen zu Menschengruppen).
8. Es ist nicht so wichtig, wie wir 'Tun' beschreiben und verstehen. Wichtig ist, was einer tut, denn den Nächsten können wir uns niemals aussuchen. Der Nächste, der unter die Räuber gefallen ist, ist einfach da, ihm ist zu dienen. Und die Frage an Christen bleibt auch im Solidaritätsdienst: Wem bist du der Nächste?
9. Die Liebe im Neuen Testament ist mit Kampf und Gruppenbildung zusammen zu sehen. So wie Solidarität etwas mit Kampf zu tun hat, hat auch die Liebe Jesu etwas mit Kampf zu tun. Wir sollten Jesu kämpferische Existenz stärker in den Mittelpunkt stellen als Kampf für Menschen. Und wenn wir den Kampf für Menschen beschreiben, dann sind auch die Prozesse bis hin zum Klassenkampf darzustellen. Die Frage ist: Welche Rolle spielen das Kollektiv oder die Gruppe im Kampf um den Menschen?
10. Wenn wir von Solidarität sprechen, tun wir es heute im ökumenischen Kontext; von Jesus her sind wir mit den Armen und Unterdrückten solidarisch. Und im Solidaritätsdienst bzw. -kampf spielt das Kollektiv für die Bewußtseinsbildung eine entscheidende Rolle.
11. Für den Gemeindedienst wird es wichtig sein, Informationswege zu finden, um Solidaritätsaktionen durch Mittel und Bewußtsein stärker zu unterstützen.

Die dargestellten Fragenkomplexe können der AG "Solidaritätsdienste" bei der weiteren Klärung ihres Einsatzes helfen.

Zu 6: Das Kuratorium wählt nach der Satzung den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bis zum 1.9.79. Vorgeschlagen werden für den Vorsitz: Pfarrer Orphal, für den stellvertretenden Vorsitz: Pfarrer Ziegler. Beide werden in gesonderten Wahlgängen V/W mit je einer Stimmenthaltung einstimmig gewählt.

Zu 7: Die eingesetzte Arbeitsgruppe für die Integrationsverhandlungen mit der EKU tagt am 10.3.76, 16,00 Uhr, Göhrener Str. 11. Schülzgen teilt den Gesprächsstand im Blick auf seinen Arbeitsbereich bei der Gossner-Mission mit; da der Rat der EKU erst Anfang April tagt, wird sein Beginn im Dienst der Gossner-Mission erst am 1.5.76 möglich sein. Nächster Termin: Donnerstag, 16.9.1976, 9,30 Uhr.

## Abschrift

### Protokoll

der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 6. Februar 1976

---

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Heyroth  
Orphal, Rottmann, Ziegler;

entschuldigt: Fleisshack, Grünbaum, Natho, Blauert;

als ständiger Guest: Landmann;

von der Dienststelle: Kiekbusch, M. Richter, (ab 12,00 Uhr) Roepke,  
Schottstädt, Schülzgen.

#### Die Tagesordnung:

- 1) Meditation - Ziegler
- 2) zum Protokoll der Sitzung am 24.11.75 - Orphal
- 3) Verhandlungsergebnisse zur Weiterführung "Berufstätige Jugend"
- 4) Beschluss zu 3)
- 5) Inhalt und Ziel unseres Solidaritätsdienstes
- 6) Wahlen ( beide Vorsitzende des Kuratoriums)
- 7) Verschiedenes

#### Zu 1:

Ziegler spricht über den Text aus Off. 1,9-20. Er setzt mit dieser Anrede an eine trostbedürftige Gemeinde folgende Akzente:

1. Der ratlosen Gemeinde wird Jesus in Glanz und Herrlichkeit verkündigt;
2. einer schuldig gewordenen Kirche wird Jesus als der priesterliche König verkündigt;
3. einer zaudernden Kirche wird Jesus Christus als Richter verkündigt;
4. einer verzagten und ohnmächtigen Kirche wird Jesus als der verkündigt, der Totes lebendig machen kann.

#### Zu 2:

Mit drei Korrekturen wurde das Protokoll der Sitzung am 24.11.75 einstimmig gebilligt: S.2 zu 4) heißt es in Zeile 3: "außer den bestellten Mitgliedern Orphal, Berger und Grünbaum war auch Kiekbusch zugegen". - S.2 zu 4), 2. Absatz heißt es: "Zur Erklärung wurde in der Arbeitsgruppe das Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung ausgesprochen. Den Vertretern der 'Berufstätigen Jugend' wurde empfohlen...". - S.3, 3) Zeile von unten anstelle von "S. Entschuldigung" = "Vergebung".

Im Blick auf die Unstimmigkeit der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 wird der Rechnungsprüfer in der nächsten Kuratoriumssitzung im Zusammenhang mit der Rechnungslegung 1975 Auskunft geben.

Orphal begrüßt Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.

#### Zu 3:

Berger u. Schottstädt berichten aus der Sitzung des Konsistoriums in Berlin-Brandenburg am 30.1.76. Es liegt eine Bereitschaftserklärung des Bundes vor, Herrn Kiekbusch bei der Jugendkommission anzustellen, wenn Berlin-Brandenburg 50% der notwendigen Gelder für die Arbeit der Berufstätigen Jugend sichert. Für Berlin-Brandenburg ist das Ganze eine Zeitfrage. Wenn der 1.4.76 als Einstellungstag nicht in Frage kommt, könnte es nur der 1.7.76 sein. Im Blick auf die Weiterführung der Arbeit soll mit Kiekbusch nach Mitteilung des Termins durch Berlin-Brandenburg ein Aufhebungsvertrag geschlossen werden.

Eine Arbeitsgruppe im Konsistorium ist eingesetzt worden, um eine Konzeption zu erarbeiten. Evtl. soll ein Beirat eingesetzt werden. Von allen Teilnehmern des Gesprächs (Landesjugendpfarramt, Stadtjugendpfarramt, Konsistorium und Gossner-Mission) wurde festgestellt, daß die Arbeitsgruppe ein Stück Jugendarbeit der Kirche ist und in die Verantwortung der Kirche gehört.

Zu 4:

Nach einer Diskussion zu den Berichten kommt das Kuratorium zu folgendem Beschuß:

"Nach Mitteilung des Termins der Übernahme der AG "Berufstätige Jugend" durch den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg werden mit Herrn Kiekbusch und Frau Sieg zu dem entsprechenden Termin Aufhebungsverträge abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitet die AG als Gruppe der Gossner-Mission in der DDR. Die finanzielle Sicherung erwirkt der Leiter der Dienststelle im Einvernehmen mit dem Kirchenbund und mit Berlin-Brandenburg. Der Zusatzhaushaltsplan wird bis zu diesem Zeitpunkt nach der Quartalsberechnung vom 1.1.-31.3.76 unter den vorhandenen Ansätzen entsprechend verlängert".

Zu 5:

Roepke spricht zum Thema "Solidaritätsdienste". Er stellt zunächst die Arbeitsgruppe vor und zeigt die Entwicklung, die in dieser Gruppe vom Hilfsdienst bis zum Solidaritätsverständnis durchgemacht worden ist. Die Ausbeutung der Entwicklungsländer (Rohstoffe, Preise, Zölle etc.) verlangt Veränderungen im Verhalten der westlichen Industrienationen, verlangt aber auch Veränderungen in den Entwicklungsländern, und im Blick auf Solidaritätsarbeit ist politische Parteinahme notwendig. Der Begriff "Solidarität" kommt aus der Arbeiterbewegung und ist zu unterscheiden von Nächstenliebe. Nächstenliebe kennt keine Grenzen, Solidarität geschieht mit anderen zusammen, hat ein klares Ziel und auch Gegner. Nächstenliebe geschieht vorwiegend im individuellen Bereich und ist ein Schenken. Solidarität hat etwas mit Gegenseitigkeit zu tun - "Weil du ein Arbeiter bist, darum mußt du solidarisch handeln".

Solidarität und Evangelium sind kein Widerspruch. Roepke zeigt das an dem Verhältnis Gottes mit seinem Volk und des Volkes Gottes mit seinem Gott und am Bild des Leibes Christi im Neuen Testament. Roepke stellt solidarische Lebensweise dar. Sie gehört unverzichtbar zum Ganzen. In diesem Zusammenhang fragt er: "Warum können wir als Christen nicht mehr arm sein?" Zum Schluß stellt er vier Fragen zur Diskussion:

1. Wie paßt der Gedanke der Solidarität zu unserem Christsein?
2. Wie paßt dieser Gedanke in unsere Kirche?
3. Warum verdächtigen viele Gemeindemitglieder die politische Komponente in diesem Rahmen?
4. Ist es so, daß Solidarität sich schwerer leben läßt als Helfen (Nächstenliebe)?

Galley ergänzt: Ihm läge daran, daß Nächstenliebe und Solidarität nicht so voneinander abgegrenzt werden, sondern daß deutlicher gesagt wird, was das eine und was das andere meint. Die Liebe, die von Jesus ausgeht, kennt keine Grenzen, von daher kein Ziel, aber Liebe schafft neue Tatbestände. Galley unterstreicht die Begrenzung der Sache der Solidarität, aber sie ist eben anders angelegt. Sie ist kein Kampfbegriff.

In der Diskussion werden folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ist es nicht notwendig, im Blick auf Solidarität einen anderen Ansatz zu finden als den der Nächstenliebe? Ein theologischer Ansatz könnte in der Beschreibung des Handelns Gottes mit seinem Volk und somit mit der Völkerwelt liegen, und in dieses Handeln Gottes ist die solidarische Lebensweise einzubeziehen.

2. Die Armen werden von der Christenheit für ihr Heil gebraucht. Um ihretwillen ist in Solidarität mit den Armen zu leben.
3. Wie ist das Thema angepaßt an den einzelnen Menschen? Gott vergibt in Jesus Christus den Menschen. Dies gilt dem Einzelnen. Und wie ist von daher das Verhältnis zum Kollektiv zu beschreiben? In dieser Frage ist es wichtig, ob die Gesellschaft für den Einzelnen ist oder der Einzelne Maßstab für die Gesellschaft.
4. Der Nächste ist der, der in Not steckt, auf den wird in der Liebe orientiert. Wie gehen wir mit diesem Nächsten im Klassenkampf um?
5. Liebe ist keine überholte Sache, sie bleibt die wichtigste Sache des Evangeliums. Die Liebe Christi gilt der Gemeinde und der ganzen Welt. Dieses Denken von der Liebe Christi muß uns in neuen Begriffen auch in Sachen der Solidarität kommen.
6. Christen sind durch die Solidarität politischer geworden, sie denken politischer, und es ist zu fragen, wie in diesem politischen Denken und Arbeiten der Glaube Platz behält.
7. Die Gemeinden sind nicht zu vergessen; wenn der Begriff 'Solidarität' als Kampfbegriff entwickelt wird, so ist das Verhältnis <sup>von</sup> dem, der Solidarität übt zu dem, der sie empfängt, im Auge zu behalten (Partnerschaft von Menschengruppen zu Menschengruppen).
8. Es ist nicht so wichtig, wie wir 'Tun' beschreiben und verstehen. Wichtig ist, was einer tut, denn den Nächsten können wir uns niemals aussuchen. Der Nächste, der unter die Räuber gefallen ist, ist einfach da, ihm ist zu dienen. Und die Frage an Christen bleibt auch im Solidaritätsdienst: Wem bist du der Nächste?
9. Die Liebe im Neuen Testament ist mit Kampf und Gruppenbildung zusammen zu sehen. So wie Solidarität etwas mit Kampf zu tun hat, hat auch die Liebe Jesu etwas mit Kampf zu tun. Wir sollten Jesu kämpferische Existenz stärker in den Mittelpunkt stellen als Kampf für Menschen. Und wenn wir den Kampf für Menschen beschreiben, dann sind auch die Prozesse bis hin zum Klassenkampf darzustellen. Die Frage ist: Welche Rolle spielen das Kollektiv oder die Gruppe im Kampf um den Menschen?
10. Wenn wir von Solidarität sprechen, tun wir es heute im ökumenischen Kontext; von Jesus her sind wir mit den Armen und Unterdrückten solidarisch. Und im Solidaritätsdienst bzw. -kampf spielt das Kollektiv für die Bewußtseinsbildung eine entscheidende Rolle.
11. Für den Gemeindedienst wird es wichtig sein, Informationswege zu finden, um Solidaritätsaktionen durch Mittel und Bewußtsein stärker zu unterstützen.

Die dargestellten Fragenkomplexe können der AG "Solidaritätsdienste" bei der weiteren Klärung ihres Einsatzes helfen.

Zu 6: Das Kuratorium wählt nach der Satzung den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bis zum 1.9.79. Vorgeschlagen werden für den Vorsitz: Pfarrer Orphal, für den stellvertretenden Vorsitz: Pfarrer Ziegler. Beide werden in gesonderten Wahlgängen WAM mit je einer Stimmehaltung einstimmig gewählt.

Zu 7: Die eingesetzte Arbeitsgruppe für die Integrationsverhandlungen mit der EKU tagt am 10.3.76, 16,00 Uhr, Göhrener Str. 11. Schülzgen teilt den Gesprächsstand in Blick auf seinen Arbeitsbereich bei der Gossner-Mission mit; da der Rat der EKU erst Anfang April tagt, wird sein Beginn im Dienst der Gossner-Mission erst am 1.5.76 möglich sein. Nächster Termin: Donnerstag, 16.9.1976, 9,30 Uhr.

# I Protokoll

der Kuratoriumssitzung der freien Kirche in der DDR am 24.11.75  
9<sup>30</sup>

Ausserord.: Berger, Bürckhardt, Galle, Glöckner, Görig, Grünbaum (bis 12<sup>30</sup>)  
Michel, Nethe (bis 14<sup>30</sup>), Oppahl (bis 15<sup>00</sup>), Rottmann (bis 12<sup>30</sup>),  
Treyler (ab 13<sup>45</sup>)

als ständige Gäste: Blehm, Schmitz

V. d. Brennstelle: Kickbusch, J. u. M. Richter, Scholten, Schulzgen

abwesend: Fleischhacker, Jacob (für das Wirtschaftsamt)

## Tagessordnung:

1. Meditatio
2. Zum Protokoll der Sitzung am 8.9.75
3. Bericht zur Wirtschaft im ÖMZ
4. Bericht der eingesetzten frage zur Abteil - Berichtszeit  
folgend
5. Bericht zur Abteil „Baufällige Arbeitsproppen  
Bemerkungen folgend“
6. Bericht über Berlin - Abteil
7. Jahresrechnung 1974 - Haushaltsplan 1976
8. Zum Schaltstellen des Siedlungsbaus
9. Zur Wirtschaftsberichterstattung
10. Verschiedenes.

Zu 1: Galle West aus Sessja 6 wird nachfrager mi Antwort darauf  
die Frage: „Was kann man mit Worten machen?“.

Zu 2: Zuerst wird die Reihenfolge der Tagessordnung wo folgt vereinbart:  
2 - 6 - 4 - 5 - 3 - 7 - 8 - 9 - 10

Zur Protokoll als letzten Sitzung wird ~~der~~ <sup>der</sup> letzten Satz unter 1 „nur  
wieden“ in „nur wieden“ geändert. Ist dieser korrekt  
wird das Protokoll gebilligt.

zu 6:

frübaum berichtet über eine Zusammenfassung von Gesprächen mit interessierten Gruppen, die er derzeit erheblich Bla-Brog vorziehen hat. Für die Firma wird es verschiedene Möglichkeiten einer Beteiligung an der Arbeit in Berlin in Aussicht genommen:

1. ~~Stadt~~ Beratung in Neustadt-Gemeinde mit Blick auf gesellschaftliche Zusammenarbeit
2. Teilnahme an Gesprächen aller an der Arbeit beteiligten Gruppen
3. Entwicklung der offenen Berlin-Gemeinde
4. gezielte Beteiligung an einem Beratungsdienst - erwartet in einem begrenzten Nutzungsgebiet als neues Arbeitsfeld
5. Stadtverarbeit

Als offene Frage bezüglich frübaum die Ausstellung eines neuen Kulturförderers und die Beteiligung des anderen Kulturförderers insbesondere mit Blick auf Punkt 5. Die Beschlüsse des Kuratoriums für die weitere Arbeit sind abzuwarten.

Diskussionen: Es wird betont, dass eine Arbeit in einem bestimmten Nutzungsgebiet für die Arbeit des fiktiven Kulturförderers sinn könnte. über die Möglichkeiten müsste noch gesprochen werden. Allerdings bedeutet die Gründung einer Ortsgemeinde eine Wirkungsstreuung für die Gesamtarbeit des fiktiven Kulturförderers und wird daher bedacht werden. Auf die Frage von Michael nach einer Konzeption für die gesamte Arbeit antwortet frübaum, dass die kurze Bla-Brog in grundsätzlichen Erwägungen 3 Realisationswege für Nutzungsgebiete festgelegt hat und eine breite Versalbsteindringung größerer Nutzungsgebiete ausbreite.

Beschluss: Das Kuratorium stimmt einer stärkeren Zuwendung zur Berlin-Arbeit zu und bittet den Kulturförderer, ein Konzept zur weiteren Führung des Kuratoriums vorzubereiten. (Enthaltung: 1)

Das Kuratorium erinnert zur Kenntnis, dass die kürzlich erhaltene Bla-Brog frübaum als Verbindungsprinzip des fiktiven Kulturförderers bestimmt hat.

III.

Zu 4: Am 8. 10. 75 hat die Arbeitsgruppe bei Frütbauern gefragt.  
Bückeburk war teilweise. Seine Stellungnahme lag schriftlich vor.  
Außer den bestellten Kartoffeln war auch Kürbischuss zugegangen.  
Frütbauern bestätigt von dieser Sichtung. Es wurde folgende Unterscheidung  
getroffen: 1. die Arbeit der Arbeitsgruppe, Berufstätige fügen " "  
2. die Handhabung  
3. die Erklärung der Arbeitsgruppe, Berufstätige fügen "

Zur Erklärung spricht die Arbeitsgruppe der Bauern über die nationale  
Gefährdung der Ernährung aus. Sie hat die Verbreter der „Berufstätigen  
fügen“ aufgefordert, ein Gespräch mit der Leitung der Dienststelle zu  
suchen, um den entstandenen Konflikt zu beilegen.

Zur Handhabung verzweigt die Arbeitsgruppe auf die unterschiedlichen  
Teile und erklärt, daß die Handhabung eigentlich keine neuen  
Einsichten vermittelt. Der 1. Teil - die Krebstafte - ist unverändert,  
der 2. Teil - gesellschaftliche Forderungen und Erweiterung zum  
Ergänzung - beruft auf die konkrete Rücksfrage, daß der dortige  
Arbeitsplatz zu wenig mitgetragen ist. Der 3. Teil - Anregungen für  
Fördermaßnahmen - ist sehr unterschiedlich zu bearbeiten. Die Vervielfältigung  
der Beispiele ist für den zu Sitter, der die einschlägige Literatur nicht  
kennt, nicht möglich. Dieser Teil ist eher verzweigt als knapp.

Werten  
mitnehmen →

Die Arbeitsgruppe des Kuratoriums kommt zu dem Ergebnis:

Die Erklärung der Leitung der Dienststelle, die Handhabung  
in der sozialen Form nicht zu verschärfen, wird  
bestätigt. Es wird aufgefordert, die Handhabung noch einmal  
einen Faktor vorzulegen und zu überprüfen.

Orthal ergänzt, daß man sich bei der schriftlichen Rücksfrage  
Zurückhaltung auflegen sollte und den Kreis der Adressaten  
gerne abstecken sollte. Bückeburk äußert noch einmal seine  
grundsätzlichen Bedenken, weil er für eine ~~Leitung~~ mitgetragen  
gewünscht hat.

Diskussion: Kürbischuss berichtet, daß die Handhabung mit Verbretern  
der Arbeitsgruppe fiktivartig und mit fiktivartigen Modi einmal  
besprochen worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die methodischen  
Aufgaben der Sitzungsteilnehmer von der Ausbildung hier bekannt

IV.  
und sind in der Handhabung nun auf den Bereich der Arbeitswelt angewandt worden. Da ~~die~~ einige Verstöße ins Bewusstsein gerückt geworden sind, hat die Arbeitsgruppe „Berufstätige Jugend“ einige Stellen überarbeitet. Eine Frühestimmung zu Artikel 1 mit der Handhabung ist aufgeworfen worden. Deshalb der Absatz ist auf Litter von Auszugsverordnungen und Rücksichten zu dieser Praxis festgelegt worden. Außerdem ~~hatten~~ Verhöle des Landesjugendpfarramtes ihre Berechtigung zur Weisungsfähigkeit erhält. Natürlich ist noch nicht beschlossen worden.

Es zeigt sich, dass unterschiedliche Motive zur Kritik an der Handhabung geführt haben. Die Hauptmotive sind

1. Mit der Handhabung kann nur unter Auflösung gearbeitet werden.
2. Die Begründung der gesetzlichen Verantwortung im Erwachsenen ist nicht durchgehend erkenntbar.

Beschluss: Das Kuratorium beschließt, dass die Arbeitsgruppe bestehend aus ~~Bordet~~ Bürger, Bürdelehrer, Frühbaum und Orphal eine überarbeitete Fassung der Handhabung präfieren und dann mit dem Anfang damit einverstanden soll. In der Zukunft aber soll die Entscheidung vom Leiter der Dienststelle getroffen werden.

Schlußfazit unterschreibt, dass durch die „Erklärung“ ein Vertrauensbruch zwischen der Arbeitsgruppe „Berufstätige Jugend“ und dem geschehen ist und es in einem Brief an den Vorsitzenden des Kuratoriums die Verantwortung für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe an das Kuratorium zurückgegeben hat.

Geprägte zur Beilegung des Briefes, wie sie von der Arbeitsgruppe des Kuratoriums empfohlen worden sind, haben nicht stattgefunden.

Bürger nimmt zur Erklärung Stellung: da die Erklärung vor dem Kuratorium abgegeben worden ist, macht er seine Bekanntmachung in diesem Zusammenhang. Er betont, dass ~~er~~ das Ziel der Erklärung eine faire Parteidebatte war, obwohl es aber nicht die Absicht war, persönliche Vorlebungen heranzuführen. Die vom Leiter der Dienststelle für die „Berufstätige Jugend“ geleistete Arbeit wird gewürdet. Da die Erklärung dennoch zu persönlicher Würdeangriff geführt hat, bittet er dafür eine Entschuldigung. Das Kuratorium wurde mit dieser Bekanntmachung sehr beeindruckt. Ein ~~persönliches~~ persönliches Gespräch steht über noch offen.

F. Für leuchtet eine theologische und gesellschaftliche Bedeutung der Pachtzonen in der Froscher Mietstr. Schulte betont, daß der Konspekt nicht auf die Miet der Arbeitsgruppe „Berufstätige Jugend“ bezicht, sondern nur auf die unmittelbare Handlung.

Es wird aufgezeigt, wie Dienstthemen zur theologischen und gesellschaftlichen Arbeit der Froscher Mietstr. verarbeitet werden.

Zu 5: Orphal stellt fest, daß die Arbeit der Arbeitsgruppe „Berufstätige Jugend“ bei der Froscher Mietstr. gemäß ~~dem~~ Beschluss des Kurausschusses vom 14. 12. 73 limitiert ist bis zum 31. 12. 75 erlaubt ist. Ziel der Arbeit war eine „bündesweite“ Ausdehnung. Auch die finanzielle Beteiligung des BZK läuft mit dem 31. 12. 75 aus. Schollstädt ergänzt, daß eine Auflösung an den BZK und die lokale Blau-Brig. nur Würde war, ~~da~~ es sollte aber nach der Weiterführung des Kurausschusses nicht in der Lage gewesen sein, die Verteilung zu weiterzuführen. Büger erläutert, daß die Arbeitsgruppe keine selbständigen Vereinigungen geführt hat.

Die entscheidende Frage ist: ~~Was~~ unter welchen Bedingungen unter welchen Rechtsbrüder ~~rechts~~ kann die Arbeitsmöglichkeit der Arbeitsgruppe für 1976 und die folgenden Jahre am besten gestaltet werden.

~~Schollstädt~~ Das Kurausschuß bildet Schollstädt, die Verantwortung für die Arbeit der Arbeitsgruppe wieder zu übernehmen. Schollstädt erhält seine Befreiung, der Arbeitsgruppe bei der Sache nach einem neuen Rechtsbrüder zu helfen.

Berechung: Das Kurausschuß bildet den Leiter der Schule, um (wirken)? Zusammenwirken mit dem Leiter der Arbeitsgruppe bis zur Weiterführung des Kurausschusses zu klären, unter welcher Rechtsbrüder ~~rechts~~ die Arbeit der Arbeitsgruppe „Berufstätige Jugend“ ab 1. 4. 1976 weitergeführt wird. (Entlastung: 1)

Zu 3: Orphal ~~sieht~~ zitiert zuletzt den Beschluss des Kurausschusses vom 8. 3. 75 das Kurausschuss Froscher Mietstr. - ÖMZ beiriffend und teilt den Brief, den er im Auftrag des Kurausschusses an den Executive-Ausschuß des ÖMZ geschickt hat. Da dieser Brief erst nach der Erörterung des Executive-Ausschusses

beim Vorbringen dieses Antritts aufzugehen ist, kommt der Exekutiv-Bündnis kein Votum dazu abgeben und wird sich auf der nächsten Sitzung am 3. 12. 75 mit der Sache beschäftigen.

Diskussion: Es werden Fragen zur Integration gestellt. Welche Voraussetzungen hat das Kuratorium für eine Integration? Wird durch eine Integration der Rahmen des ÖKZ geprägt? Ist die theologische und gesellschaftliche Richtung der Arbeit des Fossuer Ministrum ein Problem für eine Integration? Wie kann die Möglichkeit für viele Freunde des Fossuer Ministrum zur Identifizierung mit dieser Arbeit erhalten werden? Eine Integration wird auch langwierige Prozesse darstellen, in dessen Verlauf auskluende Fragen zu klären sind. Die Antworten können nicht vorweg genommen werden.

Beschluss: Das Kuratorium bildet eine Arbeitsgruppe, die sich für Voraussetzungen ~~des~~ einer Integration beruft.

Die gehören an: Burchardt, Ophat, Rottmann, Schottstaedt, Schützgen, Siegler.

Für etwaige Voraussetzungen werden vom Kuratorium folgende Forderungen für Berücksichtigung genannt:

Eine Integration muss die Gesamtarbeit des Fossuer Ministrum befreien.

Die Name „Fossuer Ministrum“ muss als Identitätsmerkmal erhalten werden. Arbeitskontakte in den katholischen Kirchen, in der Ökumene und in den Freunden müssen beibehalten werden. Die Richtung des gesellschaftlichen Engagements und die theologische Reflexion gesellschaftlicher Beziehungen sollen erhalten werden. Die Möglichkeiten für eine relative Selbstständigkeit sind zu prüfen. Das Verhältnis zum Gemeindeverlust des ÖKZ ist zu klären.

~~Arbeitsgruppe~~

Nachdem Schützgen auf Aufruf ~~der~~ erklärt hat, dass er seiner Berufung durch das Kuratorium folgen wird, beschließt das Kuratorium:

Beschluss: Das Kuratorium beruft E. Schützgen ~~zum~~ ~~Arbeitsgruppenleiter~~ als Mitarbeiter bei hundert Prozent in den Dienst des Fossuer Ministrum in der DDR mit Wirkung vom 1. 4. 76.

(Entlastung: 1)

Ophat wird eine Berufung dem Präsidenten des EKU mitteilen und über die Freigabe von Schützgen nachsinnen.

Zu 7:

1. Jahresrechnung 1974: Bürklardt legt die Jahresrechnung 1974 vor und referiert den von Biermann aufgestellten Rechnungsprüfungsbericht 1974. Die Abrechnung erfolgte ordnungsgemäß. Kleine Beurteilungen sind bereits für die laufende Arbeit bereitgestellt.

Diskussion: Es wird eine Kostentwicklung auf der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 festgestellt. Sie soll bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Beschluß: Das Kuratorium erläutert Entlastung von der Jahresrechnung 1974.

2. Stellenplan 1976: Bürklardt meintert die einzige leichte Kostenstellenreduzierung, die die neue Form des Stellen- und Haushaltspfanes 1976 bestimmt.

Diskussion: Der Beschäftigungsgrad in Prozenten für die hütlichen Hilfe könnte nicht festgelegt werden, da der Bruttosteil je nach Bedarf stark variiert. Es wird über eine geringe Einstufung der Schwestern gesprochen. Dieses Thema steht in Zusammenhang mit der Übernahme der neuen Vergütungsordnung.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt die Übernahme der neuen Vergütungsordnung mit Wirkung vom 1. 1. 1976. Mit jedem einzelnen Mitarbeiter sind Gespräche darüber zu führen, ob er/sie entsprechend der neuen Vergütungsordnung neu einzuordnen lassen oder bei der alten Vergütungsordnung bleiben will.

~~(Sgeurstrum 1)~~

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, alle Schwestern anstellen mit der Vergütungsgruppe I der neuen Vergütungsordnung zu dotieren. Das betrifft die Planstellen 5 und 14 des Stellenpfanes und die Planstelle 2 des Zusatzstellenpfanes. Alle Neuerstellungen sollen nach dieser Vergütungsgruppe vorzunehmen werden.

~~(Sgeurstrum 1)~~

Beschluss: Das Kuratorium beschließt den Haushaltplan 1976 mit den eingeschränkten Veränderungen (siehe ~~der~~ Beschluss zu vor),  
(Enthaltung: 1)

3. Haushaltplan 1976: Bischöflichkeit erläutert den vorgelegten Haushaltplan 1976 und weist darauf auf, dass es darauf ankommt, dass die Kostenstelle "Berufsfeste Jugend" für 1976 als Zusatzhaushaltplan erscheint, da über die Rechtsströmung für diese Arbeitsgruppe ab 1976 noch nichts entschieden ist. So ist in diesem Zusatzhaushalt ~~noch~~ zumindest das 1. Quartal 1976 für einzett durch die Pfeuermission gesichert.

Beschluss: Das Kuratorium beschließt den Haushaltplan 1976 in Einzelmaße und Ansätze in Höhe von 176.000,- M.  
(Enthaltung)

Beschluss: Das Kuratorium beschließt den Zusatzhaushaltplan ab 1. Quartal 1976 in Höhe von 7400,- M.  
(Gegenstimme: 1; Enthaltung: 2)

zu 8: Der Tagessordnungspunkt wird aus Zeitgründen verzögert.

zu 9: Schößhardt meint vor, die Arbeit des Mitarbeiterkonfenz in der bisherigen Form als eine Gruppe eingeschränkter Mitarbeiter zu brechen und stattdessen eine Mitarbeiterkonfenz aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppen und den Freunden der Pfeuermission durchzuführen.

Beschluss: Das Kuratorium beschließt entsprechend dem Vorschlag Schößhardt die neue Form des Mitarbeiterkonfenz.

zu 10:

1. Feuerwiedereinst: Die Arbeitsgruppe "Feuerwiedereinst" soll in eine Beratergruppe für die Studienbriefe umgewandelt werden. Feuerwiedereinst sollen von allen Mitarbeitern der Dienststelle

W  
durchgeführt werden, Schottstädt ist Leiter der Beratergruppe.

2. Berufung in das Kuratorium. Schottstädt schlägt vor,

Hr. Heyroth (Halle-Nordstadt) in das Kuratorium zu berufen.

Ergebnis: Das Kuratorium beruft Hr. Peter Heyroth als neues  
Mitglied des Kuratoriums.

(Entscheidung: 1)

3. ~~Aufzukauf~~ Mitarbeiter im Finanzausbau. Falley bittet  
um Entlassung aus dem Finanzausbau, da er eine  
neue Pfeinstelle übernehmen wird und seine Zeit zur Erarbeitung  
braucht.

Borchardt ~~sieht~~ sieht Falley für die geleistete Arbeit.

Eine Neuberufung soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

4. Nächste Sitzung: 6. 2. 1976 930

Ende der Sitzung: 16<sup>40</sup>

für das Protokoll

Levin

Unterlagen

Protokollder Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 24.11.1975, 9.30 Uhr

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Grünbaum (bis 12,30), Michel, Natho (bis 14,30), Orphal (bis 15,00), Rottmann (bis 12,30), Ziegler (ab 13,45).

als ständige Gäste: Blauert, Schmutz

von der Dienststelle: Kiekbusch, I.u.M. Richter, Roepke, Schottstadt, Schülzgen

entschuldigt: Fleischhack, Jacob (für das Winterhalbjahr).

Tagesordnung:

1. Meditation
2. Zum Protokoll der Sitzung am 8.9.75
3. Beschuß zur Weiterarbeit im ÖMZ
4. Bericht der eingesetzten Gruppe zur Arbeit - Berufstätige Jugend
5. Beschuß zur Arbeit "Berufstätige Jugend"
6. Bericht über Berlin-Arbeit
7. Jahresrechnung 1974 - Haushaltsplan 1976
8. Zum Inhaltlichen des Solidaritätsdienstes
9. Zur Mitarbeiterkonferenz
10. Verschiedenes.

Zu 1: Galley liest aus Jesaja 6 und meditiert im Anschluß daran die Frage: "Was kann man mit Worten machen?"

Zu 2: Zuerst wird die Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt verändert: 2 - 6 - 4 - 5 - 3 - 7 - 8 - 9 - 10 .  
Im Protokoll der letzten Sitzung wird im letzten Satz unter 1 "ruhig machen" in "ruhig lassen" geändert. Mit dieser Korrektur wird das Protokoll gebilligt.

Zu 6: Grünbaum berichtet über eine Zusammenfassung von Gesprächen mit missionarischen Gruppen, die er der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vorgetragen hat. Für die Gossner-Mission wurden folgende Möglichkeiten einer Beteiligung an der Arbeit in Berlin in Aussicht genommen:

1. Beratung in Neustadt-Gemeinden im Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge
2. Teilnahme an Gesprächen aller an der Arbeit beteiligten Gruppen
  3. Entwicklung der offenen Berlin-Gemeinde
  4. Gezielte Beteiligung an einem Besuchsdienst - evtl. in einem begrenzten Neubaugebiet als eigenes Arbeitsfeld
  5. Studienarbeit.

Als offene Frage bezeichnet Grünbaum die Anstellung eines neuen Mitarbeiters und die Beteiligung des ökumenischen Gesprächspartners insbesondere im Blick auf Punkt 5. Die Beschlüsse des Kuratoriums für die weitere Arbeit sind abzuwarten.

Diskussion: Es wird betont, daß eine Arbeit in einem bestimmten Neubaugebiet für die Arbeit der Gossner-Mission fruchtbar sein könnte. Über die Modalitäten müßte noch gesprochen werden. Allerdings bedeutet die Bindung an eine Ortsgemeinde eine Weichenstellung für die Gesamtarbeit der Gossner-Mission und muß von daher bedacht werden. Auf die Frage von Michel nach einer Konzeption für die ganze Arbeit antwortet Grünbaum, daß die Kirche Berlin-Brandenburg in grundsätzlichen Erwägungen 3 Regionalkonvente für Neubaugemeinden gebildet hat und eine frühe Verselbständigung größerer Neubaugebiete anstrebt.

Beschluß: Das Kuratorium stimmt einer stärkeren Zuwendung zur Berlin-Arbeit zu und bittet die Mitarbeiter, ein Konzept zur nächsten Sitzung des Kuratoriums vorzubereiten.

(Enthaltung: 1)

Das Kuratorium nimmt zur Kenntnis, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg Grünbaum als Verbindungsmann zur Gossner-Mission bestimmt hat.

Zu 4: Am 8.10.75 hat die Arbeitsgruppe bei Grünbaum getagt. Burkhardt war verhindert. Seine Stellungnahme lag schriftlich vor. Außer den bestellten Mitgliedern war auch Kiekbusch zugegen. Grünbaum berichtet von dieser Sitzung. Es wurde folgende Unterscheidung getroffen:

1. Die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend"
2. Die Handreichung
3. Die Erklärung der AG "Berufstätige Jugend".

Zur Erklärung spricht die Arbeitsgruppe ihr Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung aus. Sie hat den Vertretern der "Berufstätigen Jugend" empfohlen, ein Gespräch mit der Leitung der Dienststelle zu suchen, um den entstandenen Konflikt beizulegen.

Zur Handreichung verweist die Arbeitsgruppe auf die unterschiedlichen Teile und erklärt, daß die Handreichung insgesamt keine neuen Einsichten vermittelt. Der 1. Teil - die Meditation - ist unumstritten. Der 2. Teil - gesellschaftliche Funktionen und Ermutigung zum Engagement - veranlaßt die kritische Rückfrage, daß der christliche Auftrag zu wenig integriert ist. Der 3. Teil - Anregungen für Gruppenabende - ist sehr unterschiedlich zu beurteilen. Die Verwendung der Beispiele ist für einen Leiter, der die einschlägige Literatur nicht kennt, nicht möglich. Dieser Teil ist eher verwirrend als hilfreich.

Die Arbeitsgruppe des Kuratoriums kommt zu dem Ergebnis: Die Entscheidung der Leitung der Dienststelle, die Handreichung in der vorliegenden Form nicht zu vervielfältigen,

wird bestätigt. Es wird empfohlen, die Handreichung noch einmal einem Fachberater vorzulegen und zu überarbeiten. Orphal ergänzt, daß man sich bei der schriftlichen Fixierung Zurückhaltung auferlegen sollte und den Kreis der Adressaten genau abstecken sollte. Burkhardt äußert noch einmal seine grundsätzlichen Bedenken, weil er für eine integrierte Gemeindearbeit ist.

Diskussion: Kiekbusch berichtet, daß die Handreichung mit Vertretern der kirchlichen Jugendarbeit und mit Jugendlichen noch einmal besprochen worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die methodischen Anleitungen den Jugendleitern von der Ausbildung her bekannt sind und in der Handreichung nun auf den Bereich der Arbeitswelt angewandt werden. Da einige Verstehensschwierigkeiten deutlich geworden sind, hat die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" einige Stellen überarbeitet. Eine Zielbestimmung zur Arbeit mit der Handreichung ist aufgenommen worden. Der Kreis der Adressaten ist auf Leiter von Gruppenabenden und Rüstzeiten zu dieser Thematik festgelegt worden. Außerdem haben Vertreter des Landesjugendpfarramtes ihre Bereitschaft zur Vervielfältigung erklärt. Näheres ist noch nicht vereinbart worden.

Es zeigt sich, daß unterschiedliche Motive zur Kritik an der Handreichung geführt haben. Die Hauptmotive sind

1. Mit der Handreichung kann nur unter Anleitung gearbeitet werden.
2. Die Begründung der gesellschaftlichen Verantwortung im Evangelium ist nicht durchgehend erkennbar.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, daß die Arbeitsgruppe, bestehend aus Berger, Burkhardt, Grünbaum und Orphal eine überarbeitete Fassung der Handreichung prüfen und dann über den Umgang damit entscheiden soll. In Zukunft aber soll die Entscheidung vom Leiter der Dienststelle getroffen werden.

Schottstädt unterstreicht, daß durch die "Erklärung" ein Vertrauensbruch zwischen der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und ihm geschehen ist und er in einem Brief an den Vorsitzenden des Kuratoriums die Verantwortung für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe an das Kuratorium zurückgegeben hat.

Gespräche zur Beilegung des Konfliktes, wie sie von der Arbeitsgruppe des Kuratoriums empfohlen worden sind, haben nicht stattgefunden.

Berger nimmt zur Erklärung Stellung: da die Erklärung vor dem Kuratorium abgegeben worden ist, möchte er seine Stellungnahme in diesem Gremium vorbringen. Er betont, daß das Ziel der Erklärung eine harte Sachdebatte war, daß es aber nicht die Absicht war, persönliche Verletzungen herbeizuführen. Die vom Leiter der Dienststelle für die "Berufstätige Jugend" geleistete Arbeit wird geschätzt. Da die Erklärung dennoch zu persönlicher Kränkung geführt hat, bittet er dafür um Entschuldigung. Das Kuratorium nimmt diese Stellungnahme zur Kenntnis. Ein persönliches Gespräch bleibt aber noch offen.

Görig empfiehlt eine theologische und gesellschaftliche Bearbeitung der Sachfragen in der Gossner-Mission.

Schülzgen betont, daß sich der Konflikt nicht auf die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bezieht, sondern nur auf die umstrittene Handreichung.

Es wird angeregt, eine Thesenreihe zur theologischen und gesellschaftlichen Arbeit der Gossner-Mission zu erstellen.

Zu 5: Orphal stellt fest, daß die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bei der Gossner-Mission gemäß Beschuß des Kuratoriums vom 14.12.73 bis zum 31.12.75 limitiert ist. Ziel der Arbeit war eine "bundesweite" Ausdehnung. Auch die finanzielle Beteiligung des BEK läuft mit dem 31.12.75 aus. Schottstädt ergänzt, daß eine Angliederung an den BEK und die Kirche Berlin-Brandenburg im Werden war, er sich aber nach der letzten Sitzung des Kuratoriums nicht in der Lage gesehen hat, die Verhandlungen weiterzuführen. Berger erklärt, daß die Arbeitsgruppe keine selbständigen Verhandlungen geführt hat.

Die entscheidende Frage ist: unter welcher Rechtsträgerschaft kann die Arbeitsmöglichkeit der Arbeitsgruppe für 1976 und die folgenden Jahre am besten gesichert werden? Das Kuratorium bittet Schottstädt, die Verantwortung für die Arbeit der Arbeitsgruppe wieder zu übernehmen. Schottstädt erklärt seine Bereitschaft, der Arbeitsgruppe bei der Suche nach einem neuen Rechtsträger zu helfen.

Beschluß: Das Kuratorium bittet den Leiter der Dienststelle, im Zusammenwirken mit dem Leiter der Arbeitsgruppe bis zur nächsten Sitzung des Kuratoriums zu klären, unter welcher Rechtsträgerschaft die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" ab 1.4. 1976 weitergeführt wird. (Enthaltung: 1)

Zu 3: Orphal zitiert einleitend den Beschuß des Kuratoriums vom 8.9.75 das Verhältnis Gossner-Mission - ÖMZ betreffend und verliest den Brief, den er im Auftrag des Kuratoriums an den Exekutivausschuß des ÖMZ geschickt hat. Da dieser Brief erst nach der Sitzung des Exekutivausschusses beim Vorsitzenden dieses Ausschusses eingegangen ist, konnte der Exekutivausschuß kein Votum dazu abgeben und wird er sich erst auf der nächsten Sitzung am 3.12.75 mit der Sache beschäftigen.

Diskussion: Es werden Fragen zur Integration gestellt. Welche Vorstellungen hat das Kuratorium für eine Integration? Wird durch eine Integration der Rahmen des ÖMZ gesprengt? Ist die theologische und gesellschaftliche Richtung der Arbeit der Gossner-Mission ein Problem für eine Integration? Wie kann die Möglichkeit für viele Freunde der Gossner-Mission zur Identifikation mit dieser Arbeit erhalten bleiben? Eine Integration wird einen langwierigen Prozeß darstellen, in dessen Verlauf anstehende Fragen zu klären sind. Die Antworten können nicht vorweggenommen werden.

Beschluß: Das Kuratorium bildet eine Arbeitsgruppe, die sich für Verhandlungen über eine Integration bereit hält. Ihr gehören an: Burckhardt, Orphal, Rottmann, Schottstädt, Schülzgen, Ziegler.

Für Verhandlungen werden vom Kuratorium folgende Gesichtspunkte zur Beachtung genannt:

Eine Integration muß die Gesamtarbeit der Gossner-Mission betreffen. Der Name "Gossner-Mission" muß als Identifikationsmöglichkeit erhalten werden. Arbeitskontakte in den lutherischen Kirchen, in der Ökumene und in den Gemeinden müssen beibehalten werden. Die Richtung des gesellschaftlichen Engagements und die theologische Reflexion gesellschaftlicher Bindungen sollen erhalten werden. Die Möglichkeiten für eine relative Selbständigkeit sind zu prüfen. Das Verhältnis zum Gemeindedienst des ÖMZ ist zu klären.

Nachdem Schülzgen auf Anfrage erklärt hat, daß er einer Berufung durch das Kuratorium folgen wird, beschließt das Kuratorium:

Beschluß: Das Kuratorium beruft E. Schülzgen als Mitarbeiter zu hundert Prozent in den Dienst der Gossner-Mission in der DDR mit Wirkung vom 1.4.76.  
(Enthaltung: 1)

Orphal wird diese Berufung dem Präsidenten der EKU mitteilen und um die Freigabe von Schülzgen nachzusuchen.

Zu 7: 1. Jahresrechnung 1974: Burckhardt legt die Jahresrechnung 1974 vor und referiert den von Ziemann angefertigten Rechnungsprüfungsbericht 1974. Die Abrechnung erfolgte ordnungsgemäß. Kleine Beanstandungen sind bereits für die laufende Arbeit berücksichtigt.

Diskussion: Es wird eine Unstimmigkeit auf der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 festgestellt. Sie soll bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Beschluß: Das Kuratorium erteilt Entlastung von der Jahresrechnung 1974.

2. Stellenplan 1976: Burckhardt erläutert die eingeführte Kostenstellenrechnung, die die neue Form des Stellen- und Haushaltsplanes 1976 bestimmt.

Diskussion: Der Beschäftigungsgrad in Prozenten für die Küchenhilfe konnte nicht festgelegt werden, da die Arbeitszeit je nach Bedarf stark variiert. Es wird über eine gleiche Einstufung der Sekretärinnen gesprochen. Dieses Thema steht in Zusammenhang mit der Übernahme der neuen Vergütungsordnung.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt die Übernahme der neuen Vergütungsordnung mit Wirkung vom 1.1.1976. Mit jedem einzelnen Mitarbeiter sind Gespräche darüber zu führen, ob er

sich entsprechend der neuen Vergütungsordnung neu einstufen lassen oder bei der alten Vergütungsordnung bleiben will.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, alle Sekretärinnenstellen mit der Vergütungsgruppe VI der neuen Vergütungsordnung zu dotieren. Das betrifft die Planstellen 5 und 14 des Stellenplanes und die Planstelle 2 des Zusatzstellenplanes. Alle Neueinstellungen sollen nach dieser Vergütungsgruppe vorgenommen werden. (Gegenstimmen: 1)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Stellenplan 1976 mit den eingearbeiteten Veränderungen (siehe Beschuß zuvor). (Enthaltung: 1)

3. Haushaltsplan 1976: Burckhardt erläutert den vorgelegten Haushaltsplan 1976 und macht darauf aufmerksam, daß die Kostenstelle "Berufstätige Jugend" für 1976 als Zusatzhaushaltsplan erscheint, da über Rechtsträgerschaft für die Arbeitsgruppe ab 1976 noch nichts entschieden ist. So ist in diesem Zusatzhaushalt zunächst das 1. Quartal 1976 finanziell durch die Gossner-Mission gesichert.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Haushaltsplan 1976 in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 176.000,-- M. (einstimmig)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Zusatzhaushaltsplan 1. Quartal 1976 in Höhe von 7.400,-- M. (Gegenstimme: 1; Enthaltung: 2)

Zu 8: Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt.

Zu 9: Schottstädt schlägt vor, die Arbeit der Mitarbeiterkonferenz in der bisherigen Form als eine Gruppe eingeschriebener Mitarbeiter zu beenden und jährlich eine Mitarbeiterkonferenz aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppen und den Freunden der Gossner-Mission durchzuführen.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt entsprechend dem Vorschlag Schottstädt die neue Form der Mitarbeiterkonferenz.

Zu 10: 1. Gemeindedienst: Die Arbeitsgruppe "Gemeindedienst" soll in eine Beratergruppe für die Studienbriefe umgewandelt werden. Gemeindedienste sollen von allen Mitarbeitern der Dienststelle durchgeführt werden. Schottstädt ist Einberufer der Beratergruppe.

2. Berufung in das Kuratorium: Schottstädt schlägt vor, Pfarrer Heyroth/Halle-Neustadt in das Kuratorium zu berufen.

Beschluß: Das Kuratorium beruft Pfarrer Peter Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.  
(Enthaltung: 1)

3. Mitarbeit im Finanzausschuß: Galley bittet um Entlassung aus dem Finanzausschuß, da er eine neue Pfarrstelle übernehmen wird und seine Zeit zur Einarbeitung braucht. Burckhardt dankt Galley für die geleistete Arbeit. Eine Neubesetzung soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

4. Nächste Sitzung: 6. 2. 1976, 9.30 Uhr

Ende der Sitzung: 16.40 Uhr

Für das Protokoll

ges. Schottstädt

ges. Schülzgen

Protokollder Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 24.11.1975, 9.30 Uhr

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Grünbaum (bis 12,30), Michel, Natho (bis 14,30), Orphal (bis 15,00), Rottmann (bis 12,30), Ziegler (ab 13,45).

als ständige Gäste: Blauert, Schmutz

von der Dienststelle: Kiekbusch, I.u.M. Richter, Roepke, Schottstadt, Schülzgen

entschuldigt: Fleischhack, Jacob (für das Winterhalbjahr).

Tagesordnung:

1. Meditation
2. Zum Protokoll der Sitzung am 8.9.75
3. Beschuß zur Weiterarbeit im ÖMZ
4. Bericht der eingesetzten Gruppe zur Arbeit - Berufstätige Jugend <sup>AG</sup>
5. Beschuß zur Arbeit "Berufstätige Jugend"
6. Bericht über Berlin-Arbeit
7. Jahresrechnung 1974 - Haushaltspfian 1976
8. Zum Inhaltlichen des Solidaritätsdienstes
9. Zur Mitarbeiterkonferenz
10. Verschiedenes.

Zu 1: Galley liest aus Jesaja 6 und meditiert im Anschluß daran die Frage: "Was kann man mit Worten machen?"

Zu 2: Zuerst wird die Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt verändert: 2 - 6 - 4 - 5 - 3 - 7 - 8 - 9 - 10 .  
Im Protokoll der letzten Sitzung wird im letzten Satz unter 1 "ruhig machen" in "ruhig lassen" geändert. Mit dieser Korrektur wird das Protokoll gebilligt.

Zu 6: Grünbaum berichtet über eine Zusammenfassung von Gesprächen mit missionarischen Gruppen, die er der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vorgetragen hat. Für die Gossner-Mission wurden folgende Möglichkeiten einer Beteiligung an der Arbeit in Berlin in Aussicht genommen:

- Gruß
1. Beratung in Neustadt-Gemeinden im Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge
  2. Teilnahme an Gesprächen aller an der Arbeit beteiligten Gruppen
  3. Entwicklung der offenen Berlin-Gemeinde
  4. Gezielte Beteiligung an einem Besuchsdienst - evtl. in einem begrenzten Neubaugebiet als eigenes Arbeitsfeld
  5. Studienarbeit.

Als offene Frage bezeichnet Grünbaum die Anstellung eines neuen Mitarbeiters und die Beteiligung des ökumenischen Gesprächspartners insbesondere im Blick auf Punkt 5. Die Beschlüsse des Kuratoriums für die weitere Arbeit sind abzuwarten.

Diskussion: Es wird betont, daß eine Arbeit in einem bestimmten Neubaugebiet für die Arbeit der Gossner-Mission fruchtbar sein könnte. Über die Modalitäten müßte noch gesprochen werden. Allerdings bedeutet die Bindung an eine Ortsgemeinde eine Weichenstellung für die Gesamtarbeit der Gossner-Mission und muß von daher bedacht werden. Auf die Frage von Michel nach einer Konzeption für die ganze Arbeit antwortet Grünbaum, daß die Kirche Berlin-Brandenburg in grundsätzlichen Erwägungen 3 Regionalkonvente für Neubaugemeinden gebildet hat und eine frühe Verselbständigung größerer Neubaugebiete anstrebt.

Beschluß: Das Kuratorium stimmt einer stärkeren Zuwendung zur Berlin-Arbeit zu und bittet die Mitarbeiter, ein Konzept zur nächsten Sitzung des Kuratoriums vorzubereiten.

(Enthaltung: 1)

Das Kuratorium nimmt zur Kenntnis, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg Grünbaum als Verbindungsmann zur Gossner-Mission bestimmt hat.

Zu 4: Am 8.10.75 hat die Arbeitsgruppe bei Grünbaum getagt. Burkhardt war verhindert. Seine Stellungnahme lag schriftlich vor. Außer den bestellten Mitgliedern war auch Kiekbusch zugegen. Grünbaum berichtet von dieser Sitzung. Es wurde folgende Unterscheidung getroffen:

1. Die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend"
2. Die Handreichung
3. Die Erklärung der AG "Berufstätige Jugend".

Zur Erklärung spricht die Arbeitsgruppe ihr Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung aus. Sie hat den Vertretern der "Berufstätigen Jugend" empfohlen, ein Gespräch mit der Leitung der Dienststelle zu suchen, um den entstandenen Konflikt beizulegen.

Zur Handreichung verweist die Arbeitsgruppe auf die unterschiedlichen Teile und erklärt, daß die Handreichung insgesamt keine neuen Einsichten vermittelt. Der 1. Teil - die Meditation - ist unumstritten. Der 2. Teil - gesellschaftliche Funktionen und Ermutigung zum Engagement - veranlaßt die kritische Rückfrage, daß der christliche Auftrag zu wenig integriert ist. Der 3. Teil - Anregungen für Gruppenabende - ist sehr unterschiedlich zu beurteilen. Die Verwendung der Beispiele ist für einen Leiter, der die einschlägige Literatur nicht kennt, nicht möglich. Dieser Teil ist eher verwirrend als hilfreich.

Die Arbeitsgruppe des Kuratoriums kommt zu dem Ergebnis: Die Entscheidung der Leitung der Dienststelle, die Handreichung in der vorliegenden Form nicht zu vervielfältigen,

wird bestätigt. Es wird empfohlen, die Handreichung noch einmal einem Fachberater vorzulegen und zu überarbeiten. Orphal ergänzt, daß man sich bei der schriftlichen Fixierung Zurückhaltung auferlegen sollte und den Kreis der Adressaten genau abstecken sollte. Burkhardt äußert noch einmal seine grundsätzlichen Bedenken, weil er für eine integrierte Gemeindearbeit ist.

Diskussion: Kiekbusch berichtet, daß die Handreichung mit Vertretern der kirchlichen Jugendarbeit und mit Jugendlichen noch einmal besprochen worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die methodischen Anleitungen den Jugendleitern von der Ausbildung her bekannt sind und in der Handreichung nun auf den Bereich der Arbeitswelt angewandt werden. Da einige Verstehensschwierigkeiten deutlich geworden sind, hat die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" einige Stellen überarbeitet. Eine Zielbestimmung zur Arbeit mit der Handreichung ist aufgenommen worden. Der Kreis der Adressaten ist auf Leiter von Gruppenabenden und Rüstzeiten zu dieser Thematik festgelegt worden. Außerdem haben Vertreter des Landesjugendpfarramtes ihre Bereitschaft zur Vervielfältigung erklärt. Näheres ist noch nicht vereinbart worden.

Es zeigt sich, daß unterschiedliche Motive zur Kritik an der Handreichung geführt haben. Die Hauptmotive sind

1. Mit der Handreichung kann nur unter Anleitung gearbeitet werden.
2. Die Begründung der gesellschaftlichen Verantwortung im Evangelium ist nicht durchgehend erkennbar.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, daß die Arbeitsgruppe, bestehend aus Berger, Burkhardt, Grünbaum und Orphal eine überarbeitete Fassung der Handreichung prüfen und dann über den Umgang damit entscheiden soll. In Zukunft aber soll die Entscheidung vom Leiter der Dienststelle getroffen werden.

Schottstädt unterstreicht, daß durch die "Erklärung" ein Vertrauensbruch zwischen der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und ihm geschehen ist und er in einem Brief an den Vorsitzenden des Kuratoriums die Verantwortung für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe an das Kuratorium zurückgegeben hat.

Gespräche zur Beilegung des Konfliktes, wie sie von der Arbeitsgruppe des Kuratoriums empfohlen worden sind, haben nicht stattgefunden.

Berger nimmt zur Erklärung Stellung: da die Erklärung vor dem Kuratorium abgegeben worden ist, möchte er seine Stellungnahme in diesem Gremium vorbringen. Er betont, daß das Ziel der Erklärung eine harte Sachdebatte war, daß es aber nicht die Absicht war, persönliche Verletzungen herbeizuführen. Die vom Leiter der Dienststelle für die "Berufstätige Jugend" geleistete Arbeit wird geschätzt. Da die Erklärung dennoch zu persönlicher Kränkung geführt hat, bittet er dafür um Entschuldigung. Das Kuratorium nimmt diese Stellungnahme zur Kenntnis. Ein persönliches Gespräch bleibt aber noch offen.

Görig empfiehlt eine theologische und gesellschaftliche Bearbeitung der Sachfragen in der Gossner-Mission. Schülzgen betont, daß sich der Konflikt nicht auf die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bezieht, sondern nur auf die umstrittene Handreichung. Es wird angeregt, eine Thesenreihe zur theologischen und gesellschaftlichen Arbeit der Gossner-Mission zu erstellen.

Zu 5: Orphal stellt fest, daß die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bei der Gossner-Mission gemäß Beschuß des Kuratoriums vom 14.12.73 bis zum 31.12.75 limitiert ist. Ziel der Arbeit war eine "bundesweite" Ausdehnung. Auch die finanzielle Beteiligung des BEK läuft mit dem 31.12.75 aus. Schottstädt ergänzt, daß eine Angliederung an den BEK und die Kirche Berlin-Brandenburg im Werden war, er sich aber nach der letzten Sitzung des Kuratoriums nicht in der Lage gesehen hat, die Verhandlungen weiterzuführen. Berger erklärt, daß die Arbeitsgruppe keine selbständigen Verhandlungen geführt hat. Die entscheidende Frage ist: unter welcher Rechtsträgerschaft kann die Arbeitsmöglichkeit der Arbeitsgruppe für 1976 und die folgenden Jahre am besten gesichert werden? Das Kuratorium bittet Schottstädt, die Verantwortung für die Arbeit der Arbeitsgruppe wieder zu übernehmen. Schottstädt erklärt seine Bereitschaft, der Arbeitsgruppe bei der Suche nach einem neuen Rechtsträger zu helfen.

Beschluß: Das Kuratorium bittet den Leiter der Dienststelle, im Zusammenwirken mit dem Leiter der Arbeitsgruppe bis zur nächsten Sitzung des Kuratoriums zu klären, unter welcher Rechtsträgerschaft die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" ab 1.4. 1976 weitergeführt wird. (Enthaltung: 1)

Zu 3: Orphal zitiert einleitend den Beschuß des Kuratoriums vom 8.9.75 das Verhältnis Gossner-Mission - ÖMZ betreffend und verliest den Brief, den er im Auftrag des Kuratoriums an den Exekutivausschuß des ÖMZ geschickt hat. Da dieser Brief erst nach der Sitzung des Exekutivausschusses beim Vorsitzenden dieses Ausschusses eingegangen ist, konnte der Exekutivausschuß kein Votum dazu abgeben und wird er sich erst auf der nächsten Sitzung am 3.12.75 mit der Sache beschäftigen.

Diskussion: Es werden Fragen zur Integration gestellt. Welche Vorstellungen hat das Kuratorium für eine Integration? Wird durch eine Integration der Rahmen des ÖMZ gesprengt? Ist die theologische und gesellschaftliche Richtung der Arbeit der Gossner-Mission ein Problem für eine Integration? Wie kann die Möglichkeit für viele Freunde der Gossner-Mission zur Identifikation mit dieser Arbeit erhalten bleiben? Eine Integration wird einen langwierigen Prozeß darstellen, in dessen Verlauf anstehende Fragen zu klären sind. Die Antworten können nicht vorweggenommen werden.

Beschluß: Das Kuratorium bildet eine Arbeitsgruppe, die sich für Verhandlungen über eine Integration bereit hält. Ihr gehören an: Burckhardt, Orphal, Rottmann, Schottstädt, Schülzgen, Ziegler.

Für Verhandlungen werden vom Kuratorium folgende Gesichtspunkte zur Beachtung genannt:

Eine Integration muß die Gesamtarbeit der Gossner-Mission betreffen. Der Name "Gossner-Mission" muß als Identifikationsmöglichkeit erhalten werden. Arbeitskontakte in den lutherischen Kirchen, in der Ökumene und in den Gemeinden müssen beibehalten werden. Die Richtung des gesellschaftlichen Engagements und die theologische Reflexion gesellschaftlicher Bindungen sollen erhalten werden. Die Möglichkeiten für eine relative Selbständigkeit sind zu prüfen. Das Verhältnis zum Gemeindedienst des ÖMZ ist zu klären.

Nachdem Schülzgen auf Anfrage erklärt hat, daß er einer Berufung durch das Kuratorium folgen wird, beschließt das Kuratorium:

Beschluß: Das Kuratorium beruft E. Schülzgen als Mitarbeiter zu hundert Prozent in den Dienst der Gossner-Mission in der DDR mit Wirkung vom 1.4.76.  
(Erhaltung: 1)

Orphal wird diese Berufung dem Präsidenten der EKU mitteilen und um die Freigabe von Schülzgen nachzusuchen.

Zu 7: 1. Jahresrechnung 1974: Burckhardt legt die Jahresrechnung 1974 vor und referiert den von Ziemann angefertigten Rechnungsprüfungsbericht 1974. Die Abrechnung erfolgte ordnungsgemäß. Kleine Beanstandungen sind bereits für die laufende Arbeit berücksichtigt.

Diskussion: Es wird eine Unstimmigkeit auf der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 festgestellt. Sie soll bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Beschluß: Das Kuratorium erteilt Entlastung von der Jahresrechnung 1974.

2. Stellenplan 1976: Burckhardt erläutert die eingeführte Kostenstellenrechnung, die die neue Form des Stellen- und Haushaltsplanes 1976 bestimmt.

Diskussion: Der Beschäftigungsgrad in Prozenten für die Küchenhilfe konnte nicht festgelegt werden, da die Arbeitszeit je nach Bedarf stark variiert. Es wird über eine gleiche Einstufung der Sekretärinnen gesprochen. Dieses Thema steht in Zusammenhang mit der Übernahme der neuen Vergütungsordnung.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt die Übernahme der neuen Vergütungsordnung mit Wirkung vom 1.1.1976. Mit jedem einzelnen Mitarbeiter sind Gespräche darüber zu führen, ob er

sich entsprechend der neuen Vergütungsordnung neu einstufen lassen oder bei der alten Vergütungsordnung bleiben will.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, alle Sekretärinnenstellen mit der Vergütungsgruppe VI der neuen Vergütungsordnung zu dotieren. Das betrifft die Planstellen 5 und 14 des Stellenplanes und die Planstelle 2 des Zusatzstellenplanes. Alle Neueinstellungen sollen nach dieser Vergütungsgruppe vorgenommen werden.  
(Gegenstimmen: 1)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Stellenplan 1976 mit den eingearbeiteten Veränderungen (siehe Beschuß zuvor). (Enthaltung: 1)

3. Haushaltplan 1976: Burekhardt erläutert den vorgelegten Haushaltplan 1976 und macht darauf aufmerksam, daß die Kostenstelle "Berufstätige Jugend" für 1976 als Zusatzhaushaltspalan erscheint, da über Rechtsträgerschaft für die Arbeitsgruppe ab 1976 noch nichts entschieden ist. So ist in diesem Zusatzhaushalt zunächst das 1. Quartal 1976 finanziell durch die Gossner-Mission gesichert.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Haushaltplan 1976 in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 176.000,-- M. (einstimmig)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Zusatzhaushaltspalan 1. Quartal 1976 in Höhe von 7.400,-- M.  
(Gegenstimme: 1; Enthaltung: 2)

Zu 8: Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt.

Zu 9: Schottstädt schlägt vor, die Arbeit der Mitarbeiterkonferenz in der bisherigen Form als eine Gruppe eingeschriebener Mitarbeiter zu beenden und jährlich eine Mitarbeiterkonferenz aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppen und den Freunden der Gossner-Mission durchzuführen.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt entsprechend dem Vorschlag Schottstädt die neue Form der Mitarbeiterkonferenz.

Zu 10: 1. Gemeindedienst: Die Arbeitsgruppe "Gemeindedienst" soll in eine Beratergruppe für die Studienbriefe umgewandelt werden. Gemeindedienste sollen von allen Mitarbeitern der Dienststelle durchgeführt werden. Schottstädt ist Einberufer der Beratergruppe.

2. Berufung in das Kuratorium: Schottstädt schlägt vor, Pfr. Heyroth/Halle-Neustadt in das Kuratorium zu berufen.

Beschluß: Das Kuratorium beruft Pfr. Peter Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.  
(Enthaltung: 1)

3. Mitarbeit im Finanzausschuß: Galley bittet um Entlassung aus dem Finanzausschuß, da er eine neue Pfarrstelle übernehmen wird und seine Zeit zur Einarbeitung braucht. Burckhardt dankt Galley für die geleistete Arbeit. Eine Neubesetzung soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

4. Nächste Sitzung: 6. 2. 1976, 9.30 Uhr

Ende der Sitzung: 16.40 Uhr

Für das Protokoll

gez. Schottstädt

gez. Schülggen

Protokollder Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 24.11.1975, 9.30 Uhr

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Grünbaum (bis 12,30), Michel, Natho (bis 14,30), Orphal (bis 15,00), Rottmann (bis 12,30), Ziegler (ab 13,45).

als ständige Gäste: Blauert, Schmutz

von der Dienststelle: Kickbusch, I.u.M. Richter, Roepke, Schottstädt, Schülzgen

entschuldigt: Fleischhack, Jacob (für das Winterhalbjahr).

Tagesordnung:

1. Meditation
2. Zum Protokoll der Sitzung am 8.9.75
3. Beschuß zur Weiterarbeit im ÖMZ
4. Bericht der eingesetzten Gruppe zur Arbeit - Berufstätige Jugend <sup>AG</sup>
5. Beschuß zur Arbeit "Berufstätige Jugend"
6. Bericht über Berlin-Arbeit
7. Jahresrechnung 1974 - Haushaltsplan 1976
8. Zum Inhaltlichen des Solidaritätsdienstes
9. Zur Mitarbeiterkonferenz
10. Verschiedenes.

Zu 1: Galley liest aus Jesaja 6 und meditiert im Anschluß daran die Frage: "Was kann man mit Worten machen?"

Zu 2: Zuerst wird die Reihenfolge der Tagesordnung wie folgt verändert: 2 - 6 - 4 - 5 - 3 - 7 - 8 - 9 - 10 .  
Im Protokoll der letzten Sitzung wird im letzten Satz unter 1 "ruhig machen" in "ruhig lassen" geändert. Mit dieser Korrektur wird das Protokoll gebilligt.

Zu 6: Grünbaum berichtet über eine Zusammenfassung von Gesprächen mit missionarischen Gruppen, die er der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vorgetragen hat. Für die Gossner-Mission wurden folgende Möglichkeiten einer Beteiligung an der Arbeit in Berlin in Aussicht genommen:

1. Beratung in Neustadt-Gemeinden im Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge
2. Teilnahme an Gesprächen aller an der Arbeit beteiligten Gruppen
  3. Entwicklung der offenen Berlin-Gemeinde
  4. Gezielte Beteiligung an einem Besuchsdienst - evtl. in einem begrenzten Neubaugebiet als eigenes Arbeitsfeld
  5. Studienarbeit.

Als offene Frage bezeichnet Grünbaum die Anstellung eines neuen Mitarbeiters und die Beteiligung des ökumenischen Gesprächspartners insbesondere im Blick auf Punkt 5. Die Beschlüsse des Kuratoriums für die weitere Arbeit sind abzuwarten.

Diskussion: Es wird betont, daß eine Arbeit in einem bestimmten Neubaugebiet für die Arbeit der Gossner-Mission fruchtbar sein könnte. Über die Modalitäten müßte noch gesprochen werden. Allerdings bedeutet die Bindung an eine Ortsgemeinde eine Weichenstellung für die Gesamtarbeit der Gossner-Mission und muß von daher bedacht werden. Auf die Frage von Michel nach einer Konzeption für die ganze Arbeit antwortet Grünbaum, daß die Kirche Berlin-Brandenburg in grundsätzlichen Erwägungen 3 Regionalkonvente für Neubaugemeinden gebildet hat und eine frühe Verselbständigung größerer Neubaugebiete anstrebt.

Beschluß: Das Kuratorium stimmt einer stärkeren Zuwendung zur Berlin-Arbeit zu und bittet die Mitarbeiter, ein Konzept zur nächsten Sitzung des Kuratoriums vorzubereiten.

(Enthaltung: 1)

Das Kuratorium nimmt zur Kenntnis, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg Grünbaum als Verbindungsmann zur Gossner-Mission bestimmt hat.

Zu 4: Am 8.10.75 hat die Arbeitsgruppe bei Grünbaum getagt. Burkhardt war verhindert. Seine Stellungnahme lag schriftlich vor. Außer den bestellten Mitgliedern war auch Kiekbusch zugegen. Grünbaum berichtet von dieser Sitzung. Es wurde folgende Unterscheidung getroffen:

1. Die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend"
2. Die Handreichung
3. Die Erklärung der AG "Berufstätige Jugend".

Zur Erklärung spricht die Arbeitsgruppe ihr Bedauern über die emotionale Geladenheit der Erklärung aus. Sie hat den Vertretern der "Berufstätigen Jugend" empfohlen, ein Gespräch mit der Leitung der Dienststelle zu suchen, um den entstandenen Konflikt beizulegen.

Zur Handreichung verweist die Arbeitsgruppe auf die unterschiedlichen Teile und erklärt, daß die Handreichung insgesamt keine neuen Einsichten vermittelt. Der 1. Teil - die Meditation - ist unumstritten. Der 2. Teil - gesellschaftliche Funktionen und Ermutigung zum Engagement - veranlaßt die kritische Rückfrage, daß der christliche Auftrag zu wenig integriert ist. Der 3. Teil - Anregungen für Gruppenabende - ist sehr unterschiedlich zu beurteilen. Die Verwendung der Beispiele ist für einen Leiter, der die einschlägige Literatur nicht kennt, nicht möglich. Dieser Teil ist eher verwirrend als hilfreich.

Die Arbeitsgruppe des Kuratoriums kommt zu dem Ergebnis: Die Entscheidung der Leitung der Dienststelle, die Handreichung in der vorliegenden Form nicht zu vervielfältigen,

wird bestätigt. Es wird empfohlen, die Handreichung noch einmal einem Fachberater vorzulegen und zu überarbeiten. Orphal ergänzt, daß man sich bei der schriftlichen Fixierung Zurückhaltung auferlegen sollte und den Kreis der Adressaten genau abstecken sollte. Burkhardt äußert noch einmal seine grundsätzlichen Bedenken, weil er für eine integrierte Gemeindearbeit ist.

Diskussion: Kiekbusch berichtet, daß die Handreichung mit Vertretern der kirchlichen Jugendarbeit und mit Jugendlichen noch einmal besprochen worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die methodischen Anleitungen den Jugendleitern von der Ausbildung her bekannt sind und in der Handreichung nun auf den Bereich der Arbeitswelt angewendet werden. Da einige Verstehensschwierigkeiten deutlich geworden sind, hat die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" einige Stellen überarbeitet. Eine Zielbestimmung zur Arbeit mit der Handreichung ist aufgenommen worden. Der Kreis der Adressaten ist auf Leiter von Gruppenabenden und Rüstzeiten zu dieser Thematik festgelegt worden. Außerdem haben Vertreter des Landesjugendpfarramtes ihre Bereitschaft zur Vervielfältigung erklärt. Näheres ist noch nicht vereinbart worden.

Es zeigt sich, daß unterschiedliche Motive zur Kritik an der Handreichung geführt haben. Die Hauptmotive sind

1. Mit der Handreichung kann nur unter Anleitung gearbeitet werden.
2. Die Begründung der gesellschaftlichen Verantwortung im Evangelium ist nicht durchgehend erkennbar.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, daß die Arbeitsgruppe, bestehend aus Berger, Burkhardt, Grünbaum und Orphal eine überarbeitete Fassung der Handreichung prüfen und dann über den Umgang damit entscheiden soll. In Zukunft aber soll die Entscheidung vom Leiter der Dienststelle getroffen werden.

Schottstädt unterstreicht, daß durch die "Erklärung" ein Vertrauensbruch zwischen der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und ihm geschehen ist und er in einem Brief an den Vorsitzenden des Kuratoriums die Verantwortung für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe an das Kuratorium zurückgegeben hat. Gespräche zur Beilegung des Konfliktes, wie sie von der Arbeitsgruppe des Kuratoriums empfohlen worden sind, haben nicht stattgefunden.

Berger nimmt zur Erklärung Stellung: da die Erklärung vor dem Kuratorium abgegeben worden ist, möchte er seine Stellungnahme in diesem Gremium vorbringen. Er betont, daß das Ziel der Erklärung eine harte Sachdebatte war, daß es aber nicht die Absicht war, persönliche Verletzungen herbeizuführen. Die vom Leiter der Dienststelle für die "Berufstätige Jugend" geleistete Arbeit wird geschätzt. Da die Erklärung dennoch zu persönlicher Kränkung geführt hat, bittet er dafür um Entschuldigung. Das Kuratorium nimmt diese Stellungnahme zur Kenntnis. Ein persönliches Gespräch bleibt aber noch offen.

Görig empfiehlt eine theologische und gesellschaftliche Bearbeitung der Sachfragen in der Gossner-Mission.

Schätzgen betont, daß sich der Konflikt nicht auf die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bezieht, sondern nur auf die umstrittene Handreichung.

Es wird angeregt, eine Thesenreihe zur theologischen und gesellschaftlichen Arbeit der Gossner-Mission zu erstellen.

Zu 5: Orphal stellt fest, daß die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" bei der Gossner-Mission gemäß Beschuß des Kuratoriums vom 14.12.73 bis zum 31.12.75 limitiert ist. Ziel der Arbeit war eine "bundesweite" Ausdehnung. Auch die finanzielle Beteiligung des BEK läuft mit dem 31.12.75 aus. Schottstädt ergänzt, daß eine Angliederung an den BEK und die Kirche Berlin-Brandenburg im Werden war, er sich aber nach der letzten Sitzung des Kuratoriums nicht in der Lage gesehen hat, die Verhandlungen weiterzuführen. Berger erklärt, daß die Arbeitsgruppe keine selbständigen Verhandlungen geführt hat.

Die entscheidende Frage ist: unter welcher Rechtsträgerschaft kann die Arbeitsmöglichkeit der Arbeitsgruppe für 1976 und die folgenden Jahre am besten gesichert werden? Das Kuratorium bittet Schottstädt, die Verantwortung für die Arbeit der Arbeitsgruppe wieder zu übernehmen. Schottstädt erklärt seine Bereitschaft, der Arbeitsgruppe bei der Suche nach einem neuen Rechtsträger zu helfen.

Beschluß: Das Kuratorium bittet den Leiter der Dienststelle, im Zusammenwirken mit dem Leiter der Arbeitsgruppe bis zur nächsten Sitzung des Kuratoriums zu klären, unter welcher Rechtsträgerschaft die Arbeit der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" ab 1.4. 1976 weitergeführt wird. (Enthaltung: 1)

Zu 3: Orphal zitiert einleitend den Beschuß des Kuratoriums vom 8.9.75 das Verhältnis Gossner-Mission - ÖMZ betreffend und verliest den Brief, den er im Auftrag des Kuratoriums an den Exekivausschuß des ÖMZ geschickt hat. Da dieser Brief erst nach der Sitzung des Exekivausschusses beim Vorsitzenden dieses Ausschusses eingegangen ist, konnte der Exekivausschuß kein Votum dazu abgeben und wird er sich erst auf der nächsten Sitzung am 3.12.75 mit der Sache beschäftigen.

Diskussion: Es werden Fragen zur Integration gestellt. Welche Vorstellungen hat das Kuratorium für eine Integration? Wird durch eine Integration der Rahmen des ÖMZ gesprengt? Ist die theologische und gesellschaftliche Richtung der Arbeit der Gossner-Mission ein Problem für eine Integration? Wie kann die Möglichkeit für viele Freunde der Gossner-Mission zur Identifikation mit dieser Arbeit erhalten bleiben? Eine Integration wird einen langwierigen Prozeß darstellen, in dessen Verlauf anstehende Fragen zu klären sind. Die Antworten können nicht vorweggenommen werden.

Beschluß: Das Kuratorium bildet eine Arbeitsgruppe, die sich für Verhandlungen über eine Integration bereit hält. Ihr gehören an: Burckhardt, Orphal, Rottmann, Schottstädt, Schülzgen, Ziegler.

Für Verhandlungen werden vom Kuratorium folgende Gesichtspunkte zur Beachtung genannt:

Eine Integration muß die Gesamtarbeit der Gossner-Mission betreffen. Der Name "Gossner-Mission" muß als Identifikationsmöglichkeit erhalten werden. Arbeitskontakte in den lutherischen Kirchen, in der Ökumene und in den Gemeinden müssen beibehalten werden. Die Richtung des gesellschaftlichen Engagements und die theologische Reflexion gesellschaftlicher Bindungen sollen erhalten werden. Die Möglichkeiten für eine relative Selbständigkeit sind zu prüfen. Das Verhältnis zum Gemeindedienst des ÖMZ ist zu klären.

Nachdem Schülzgen auf Anfrage erklärt hat, daß er einer Berufung durch das Kuratorium folgen wird, beschließt das Kuratorium:

Beschluß: Das Kuratorium beruft E. Schülzgen als Mitarbeiter zu hundert Prozent in den Dienst der Gossner-Mission in der DDR mit Wirkung vom 1.4.76.  
(Erhaltung: 1)

Orphal wird diese Berufung dem Präsidenten der EKU mitteilen und um die Freigabe von Schülzgen nachzusuchen.

Zu 7: 1. Jahresrechnung 1974: Burckhardt legt die Jahresrechnung 1974 vor und referiert den von Ziemann angefertigten Rechnungsprüfungsbericht 1974. Die Abrechnung erfolgte ordnungsgemäß. Kleine Beanstandungen sind bereits für die laufende Arbeit berücksichtigt.

Diskussion: Es wird eine Unstimmigkeit auf der letzten Seite der Jahresrechnung 1974 festgestellt. Sie soll bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Beschluß: Das Kuratorium erteilt Entlastung von der Jahresrechnung 1974.

2. Stellenplan 1976: Burckhardt erläutert die eingeführte Kostenstellenrechnung, die die neue Form des Stellen- und Haushaltsplanes 1976 bestimmt.

Diskussion: Der Beschäftigungsgrad in Prozenten für die Küchenhilfe konnte nicht festgelegt werden, da die Arbeitszeit je nach Bedarf stark variiert. Es wird über eine gleiche Einstufung der Sekretärinnen gesprochen. Dieses Thema steht in Zusammenhang mit der Übernahme der neuen Vergütungsordnung.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt die Übernahme der neuen Vergütungsordnung mit Wirkung vom 1.1.1976. Mit jedem einzelnen Mitarbeiter sind Gespräche darüber zu führen, ob er

sich entsprechend der neuen Vergütungsordnung neu einstufen lassen oder bei der alten Vergütungsordnung bleiben will.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt, alle Sekretärinnenstellen mit der Vergütungsgruppe VI der neuen Vergütungsordnung zu dotieren. Das betrifft die Planstellen 5 und 14 des Stellenplanes und die Planstelle 2 des Zusatzstellenplanes. Alle Neueinstellungen sollen nach dieser Vergütungsgruppe vorgenommen werden.  
(Gegenstimmen: 1)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Stellenplan 1976 mit den eingearbeiteten Veränderungen (siehe Beschuß zuvor). (Enthaltung: 1)

3. Haushaltsplan 1976: Bürckhardt erläutert den vorgelegten Haushaltplan 1976 und macht darauf aufmerksam, daß die Kostenstelle "Berufstätige Jugend" für 1976 als Zusatshaushaltsposten erscheint, da über Rechtsträgerschaft für die Arbeitsgruppe ab 1976 noch nichts entschieden ist. So ist in diesem Zusatshaushalt zunächst das 1. Quartal 1976 finanziell durch die Gossner-Mission gesichert.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Haushaltsposten 1976 in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 176.000,- M. (einstimmig)

Beschluß: Das Kuratorium beschließt den Zusatshaushaltsposten 1. Quartal 1976 in Höhe von 7.400,- M.  
(Gegenstimme: 1; Enthaltung: 2)

Zu 8: Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt.

Zu 9: Schottstädt schlägt vor, die Arbeit der Mitarbeiterkonferenz in der bisherigen Form als eine Gruppe eingeschriebener Mitarbeiter zu beenden und jährlich eine Mitarbeiterkonferenz aus den Mitarbeitern der Arbeitsgruppen und den Freunden der Gossner-Mission durchzuführen.

Beschluß: Das Kuratorium beschließt entsprechend dem Vorschlag Schottstädt die neue Form der Mitarbeiterkonferenz.

Zu 10: 1. Gemeindedienst: Die Arbeitsgruppe "Gemeindedienst" soll in eine Beratergruppe für die Studienbriefe umgewandelt werden. Gemeindedienste sollen von allen Mitarbeitern der Dienststelle durchgeführt werden. Schottstädt ist Einberufer der Beratergruppe.

2. Berufung in das Kuratorium: Schottstädt schlägt vor, Pfr. Heyroth/Halle-Neustadt in das Kuratorium zu berufen.

Beschluß: Das Kuratorium beruft Pfr. Peter Heyroth als neues Mitglied des Kuratoriums.  
(Enthaltung: 1) —

3. Mitarbeit im Finanzausschuß: Galley bittet um Entlassung aus dem Finanzausschuß, da er eine neue Pfarrstelle übernehmen wird und seine Zeit zur Einarbeitung braucht. Bureckhardt dankt Galley für die geleistete Arbeit. Eine Neubesetzung soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

4. Nächste Sitzung: 6. 2. 1976, 9.30 Uhr

Ende der Sitzung: 16.40 Uhr

Für das Protokoll

gez. Schottstädt

gez. Schüllzgen

Protokoll vom 8.9.75 entnommen und zur Kenntnisnahme an  
Propst Winter, Ev. Konsistorium gesandt.

Berlin, 2.12.75

ff.d.R.: *R. Schi*

21X

~~Entwurf~~

Protokoll

der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 8.9.75

Anwesend: Berger, Burkhardt, Fleischhack, Galley, Glöckner,  
Görig, Grünbaum, Michel, Natho, Orphal, Rottmann  
als ständige Gäste: Blauert, D. Jacob  
entschuldigt: Große, Landmann, Ziegler  
v.d. Dienststelle: Kiekbusch, Roepke, Schottstädt, Schülzgen  
" entschuldigt: I. u. M. Richter

1. Meditation
2. zum Protokoll der letzten Sitzung am 10.4. 75
3. zum Verhältnis ÖMZ und Gossner-Mission
4. zur Weiterarbeit der AG "Berufstätige Jugend"
5. zum Inhaltlichen des Solidaritätsdienstes
6. verschiedenes

Zu 1: liest Glöckner die Losung des Tages aus Prediger 7, 29. und meditiert das Verhältnis Engagement und Arrangement. Glöckner macht deutlich, was Aufrichtigkeit und Gerade-Sein bedeutet und spricht das Nachdenken (Grübeln) über die Künste an. Die Frage ist, wo ist der einfache Mensch? Der gerade Mensch, der seinen geraden Weg geht? Im Zusammenhang mit Joh. 3 zeigt Glöckner, daß es wichtig bleibt, den einzelnen Menschen im Blick zu behalten. Glöckner schließt mit der Frage: wie ist es mit der Gossner-Mission - steht sie im Engagement oder im Arrangement? "Es darf uns nicht ruhig machen, wenn von anderen gesagt wird: die arrangieren sich."

Zu 2: Nach einer Bemerkung von Grünbaum zum Protokoll der Sitzung am 10.4.75 (S. 3, Zeile 5 "Die Beratung der gesamten Berlin-Arbeit in Neubaugebieten.... diskutieren die Mitglieder das Verständnis dieses Satzes. Nach Grünbaums Meinung ist der Auftrag für die Gossner-Mission hier zu umfassend dargestellt. Es wird festgestellt: im Blick auf diesen Satz handelt es sich um eine Interpretationsfrage. Da die Berlin-Arbeit der Gossner-Mission mit Grünbaum und dem Konsistorium abgesprochen wird und Thesen vorgelegt werden sollen, erübrigte sich eine Änderung des Protokolls. Das Protokoll wird einstimmig gebilligt.

Zu 3: <sup>Schätzgen</sup> ~~Orphal~~ leitet das Gespräch zu diesem Punkt ein. Bei der Einstellung von ~~Schätzgen~~ in den Dienst der Gossner-Mission im vergangenen Jahr ist die Anstellung zunächst bis 31.12.75 legitimiert worden. Ab 1.1.76 sollte klar sein, wer von beiden - Schottstädt oder Schülzgen - die Dienststelle der Gossner-Mission leitet und wer Abtl. I übernimmt. Inzwischen habe sich heraus-

*Umrücksicht*

gestellt, daß dieses nicht geht und die Frage ist jetzt: was soll werden? Der jetzige Zustand geht nicht zu verlängern, gerade im Blick auf den Dienst der Gossner-Mission geht das nicht. Beider Schwerpunkt liegt z.Zt. im ÖMZ, in der Arbeit der Gossner-Mission bleiben bestimmte Dinge liegen. Schülzgen stellt die Frage nach Entflechtung oder Integration, sollen wir den Prozeß betreiben, die Gossner-Mission als ein Ganzes in das ÖMZ einzuführen, oder sollen sich beide Mitarbeiter aus dem ÖMZ nach und nach herausziehen. Es geht um die Frage nach den Perspektiven in beiden Institutionen.

Der Stand der Diskussion unter uns: bei der Gossner-Mission gäbtes nach einer gewissen Durststrecke jetzt Entwicklungen in der Arbeit. Besonders zu entwickeln sind ~~zu~~ in Zukunft

1. die Berlin-Gemeinde

2. die thematische Arbeit "Kirche und Theologie im Sozialismus"  
3. das Gespräch mit Freunden im Lande (regionale Treffen etc.)

Die Entwicklung des ÖMZ ist schwieriger einzuschätzen. Mit dieser Arbeit kommt man sehr bald an eine Grenze. Wenn es nicht gelingt, die Arbeit über die Beziehung zu den Partnerkirchen hinaus auszuweiten, Im ÖMZ stoßen wir ~~immer~~ an eine Grenze, weil die mit der Tradition zu tun hat und die sich theologisch und personell manifestiert. Bis heute ist es nicht gelungen, eine gemeinsame Linie in der Arbeit zu entwickeln.

Innerhalb der Landeskirchen werden Ökumene-Referenten ~~ausgebaut~~, die sehr bald das partnerschaftliche Verhältnis zu den Kirchen übernehmen können. Das ÖMZ kann dann noch ein wenig mitdenken und vermitteln, Geld und Kollekten für diese Kirchen in Übersee sammeln.

Beschwerlich ist es, daß es bisher nicht gelungen ist, aus der DDR heraus einen eigenständigen Weg zu den jungen Kirchen aufzubauen. Es ist auch nicht gelungen, eine eigene Beziehung zu anderen ökumenischen Gruppen mit Hilfe von Unterstützung und Solidaritätsprogrammen zu gestalten. Das ÖMZ hat als Anhänger an Berliner Missionstraditionen keine gute Perspektive.

Schülzgen berichtet dann, daß er zusammen mit Schottstädt versucht habe herauszufinden, ob es denkbar ist, die Gossner-Arbeit in das ÖMZ aufzunehmen. Es haben Gespräche über Integration begonnen und von Anfang an steht die Frage, ob man diese Arbeit im ÖMZ verkraften könne. Es steht auch die Frage, ob es für die Gossner-Mission gut wäre, den Schritt in Richtung Integration zu unternehmen. Das letzte Wort habe nach Schülzgens Meinung die EKU. Und der zweite Test: Gelder für die jungen Kirchen nicht mehr im Umrechnungsverfahren wie bisher abzuführen, sondern in einem direkten Weg. Aber auch in dieser Frage hat die EKU zu entscheiden, die Zukunftschancen ~~mindest~~ sind nicht sehr groß.

Schottstädt ergänzt den Bericht von Schülzgen und verweist noch einmal auf die Vergangenheit. Die Gossner-Mission war bereit, mit seinen drei Abteilungen voll in das ÖMZ zu integrieren. Es war aber in den Jahren 1970/71 nicht möglich, die Arbeitsgebiete Rehoboth, Berlin-Arbeit, Solidaritätsdienste und Mitarbeiter-Konferenz ~~mit~~ in das ÖMZ aufzunehmen. Und so kam es zu dem Beschuß 1971, diese Gebiete im Bereich der Gossner-Mission neu zu profilieren. Schottstädt stellt dann dar, was die Dienststelle in einer Klausurtagung beschlossen hat:

Die Dienststelle empfiehlt dem Kuratorium, innerhalb des nächsten Jahres die beiden Mitarbeiter Schülzgen und Schottstädt wieder mehr bei der Gossner-Mission einzusetzen mit dem Trend, sie ganz in die Arbeit zurückzuholen.

An der folgenden Diskussion, die bis in den Nachmittag hinein geht, beteiligen sich alle Mitglieder des Kuratoriums.

Folgende Fragen werden aufgeworfen:

1. ist der Spielraum im ÖMZ wirklich erheblich geringer als bei der Gossner-Mission?
2. Wer hat den Stein für eine Weiterentwicklung ins Rollen zu bringen?
3. Verkraftet es die Gossner-Mission finanziell, die Arbeit selbständig weiterzuführen?
4. Was bedeuten die eingebrachten Arbeitskontakte innerhalb der ökumenischen Bewegung für das Gespräch mit dem Kirchenbund?
5. Ist es nicht eine Aufgabe vieler Gruppen innerhalb der Kirche "Kirche und Theologie im Sozialismus" zu entwickeln? Ist das noch Proprium der Gossner-Mission?
6. Muß die Gossner-Mission nicht doch an der Integration (Teilintegration) festhalten?
7. Lassen sich Prozesse, die 1 1/2-Jahrzehnte bereits gelaufen sind, rückgängig machen?

In einem Zwischenbericht verweist Blauert auf die Entwicklung seit 1960, an der Schottstädt im ÖMZ im Wesentlichen mitgearbeitet habe. Blauert These: Nach Übernahme der ÖMZ-Arbeit durch die EKU ist nun die Bahn frei, die gesamte Gossner-Arbeit ins ÖMZ zu übernehmen.

Blauert stimmt Schülzgens Analyse im wesentlichen zu, möchte aber keine Entflechtung in der Arbeit und damit keinen totalen Neuanfang. Nach seiner Meinung geht es vielmehr darum, die Zusammenarbeit aller missionarischen Kräfte im Bereich der EKU zu entwickeln und für die Gemeinden fruchtbar zu machen. Im Blick auf die Chancen-Beurteilung, setzt sich Blauert von Schülzgen ab. Im Blick auf die Gossner-Mission äußert Blauert, daß ihn immer beeindruckt habe eine gewisse Geschlossenheit des Mitarbeiter-Teams und die Entwicklung der Ökumenearbeit nach vorn - Erfahrung der eigenen Arbeit wurden in das ÖMZ eingebracht. Blauert hofft, daß der Weg der Integration weiter gegangen werden kann.

Grünbaum: wir haben hier im Kuratorium nicht nur über die Gossner-Mission zu entscheiden, aber wir müssen die Arbeit der Gossner-Mission im Auge haben. Deutlich ist: die Institutionen werden nicht beweglicher. Das Programm der Gossner-Mission hatte einmal auch mit seinen ökumenischen Kontakten eine große Praxisnähe im eigenen Raum, dies ist im Zuge der Entwicklung der Arbeit in den letzten Jahren etwas zurück gegangen und es muß alles getan werden, hier wieder Neues zu versuchen. Man kann nicht in alte Zustände zurückspringen, man kann sich aber seine Flexibilität erhalten. Und da ist die Frage: ist Flexibilität im Zuge der Integration möglich?

Alle Mitglieder des Kuratoriums sind sich darin einig, daß

1. eine völlige Aufgabe der Arbeit der Gossner-Mission z.Zt. nicht möglich ist. *aber*
2. Es bleibt bei Integration oder Teilintegration und Entflechtung ist in dem Sinne nicht möglich.

3

*der 1. ist möglich*

3. Schülzgen und Schottstädt müssen ab 1976 Arbeitsentlastung erfahren. Es soll nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß einer der beiden ganz im Bereich der Gossner-Mission arbeitet.

Grünbaum formuliert für Beschuß-Möglichkeiten zwei Varianten:

1. ÖMZ stellt einen neuen Mitarbeiter ein und einer der beiden (Schülzgen oder Schottstädt) kann dann schon ganz bei der Gossner-Mission arbeiten, der andere bleibt vorläufig zur Hälfte Mitarbeiter des ÖMZ. Damit ist die Querverbindung gewahrt.
2. Bei der Gossner-Mission wird ein neuer Mitarbeiter eingestellt und beide Mitarbeiter arbeiten wie bisher im ÖMZ und bei der Gossner-Mission.

Beide Varianten könnten das gleiche Ziel haben und halten die Zukunft offen. Im weiteren Gesprächsverlauf äußern sich mehrere Mitarbeiter und unterstützen Variante 1.

Schottstädt erläutert den Mitgliedern des Kuratoriums die Arbeitsmöglichkeiten bei der Gossner-Mission, die so im Blick auf diese Arbeit im ÖMZ nicht vorhanden sind:

1. Ausbau der Berlin-Arbeit mit Hauskreisen, Gesprächen mit Einzelnen etc.
2. Gespräche mit gesellschaftlichen Kräften (Schriftsteller, Politiker)
3. Arbeitsgruppen im Lande mit Pfarrern und Gemeindegliedern (orientiert an den Studienbriefen)
4. Solidaritätsarbeit
5. Offene Arbeit in Buckow
6. Theologische Arbeit zu gesellschaftsbezogenen Themen.

Was die Finanzen angeht, so wird die Gossner-Mission von bestimmten Kreisen aus dem Lande unterstützt und auch ökumenische Gruppen sind an der Arbeit interessiert.

Das Kuratorium diskutiert die Alternativ-Vorschläge von Grünbaum, möchte aber im Blick auf die Weiterentwicklung noch keine Entscheidung fällen. Kuratorium beschließt:

Der Vorsitzende des Kuratoriums schreibt einen Brief an den Exekutivausschuß des ÖMZ und an die Konferenz der leitenden Mitarbeiter und teilt den Stand der Diskussion im Kuratorium mit. Der Vorsitzende möchte die Integration anbieten und mitteilen, daß die Gossner-Mission bereit ist, eine Sonderabteilung im Rahmen des ÖMZ zu werden, dabei muß Flexibilität in der Arbeit gesichert sein.

In der nächsten Kuratoriumssitzung im November ds. Jhs. soll eine Entscheidung im Blick auf die Weiterarbeit von Schottstädt und Schülzgen geklärt werden.

Zu 4: berichtet Kiekbusch von der neuen Aktivität unter Jugendlichen in Berlin und nennt im besonderen die Mitarbeiter Seidenschnur und Schneider, mit denen in ihren Gemeinden versucht wird, die Probleme der Jugendlichen, besonders von solchen, die Schwierigkeiten haben, aufzunehmen.

Berger erklärt, daß die Gespräche mit dem Bund und mit Berlin-Brandenburg in Gang sind, aber noch nicht zu Resultaten geführt haben. Nach dieser kurzen Mitteilung verliest er eine Erklärung der Leitungsgruppe der AG "Berufstätige Jugend", in der nach einer nochmaligen Aufzählung des Inhaltes der Arbeit der AG und der Zielstellung die Schwierigkeiten in der Erfüllung der Arbeit dargestellt werden. Die Erklärung nimmt Gespräche mit Schottstädt

und Schülzgen auf und berichtet von Entscheidungen des Leiters der Dienststelle im Blick auf die sog. "Handreichung", durch die die Arbeit behindert worden sei.

Nach dem Anhören der Erklärung äußern sich Karz Opphal, Glöckner, Schülzgen und Schottstädt. Eine Diskussion zur Erklärung wird von den Mitgliedern des Kuratoriums auf Grund der vorgerückten Zeit abgelehnt.

Auf Antrag von Grünbaum wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Weiterführung der Arbeit "Berufstätige Jugend" beschäftigen soll. Das Kuratorium wählt in die Gruppe Orphal, Burkhardt, Grünbaum und Berger. Ernberufer ist Orphal. Allen Mitgliedern dieser Gruppe und dem Leiter der Dienststelle sollen je ein Exemplar der Handreichung und der Erklärung zugestellt werden.

Zu 5: wird vertagt.

Zu 6: Die nächste Kuratoriumssitzung wird für Montag, 24.11.75, 9.30 Uhr verabredet.

Ende der Sitzung gegen 16,15 Uhr.

für das Protokoll:

*Grünbaum*

*Oppal*

Protokoll der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission  
in der DDR am 10. April 1975.

Anwesend: Görig, Rottmann, Berger, Glöckner,  
Burkhardt, Orphal  
von der Dienststelle: Schottstädt, Kiekbusch, Schülzgen,  
I. und M. Richter, I. Burkhardt  
entschuldigt: Grünbaum, Ziegler, Große, Natho,  
Galley, Michel

Tagesordnung:

1. Biblische Besinnung - Dr. Jacob
2. Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen und Berichte von Schülzgen und Richter über ihre Reise nach Indien und Vietnam.
4. Diskussion zum Referat von Jürgen Michel "Was bedeutete die Gossner-Mission in der Vergangenheit für die Kirche und Gesellschaft und was kann sie in Zukunft bedeuten?"
5. zum Stand der Finanzen - Schottstädt
6. zur Berlin-Arbeit der Gossner-Mission - Schottstädt
7. Personalfragen - Schottstädt
8. Verschiedenes

zu 1: Dr. Jacob hält die Andacht zu Joh. 21: Petrus, der einmal stark gewesen war, begegnet dem Auferstandenen, der ihm die hilfsbedürftigen Schafe anvertraut. Andreas Schmutz stellt sich als neuer ökumenischer Gesprächspartner vor.

zu 2: Das Protokoll der Sitzung vom 22. 11. 74 wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 9 und 6 des Protokolls ergänzt Schottstädt: Im Februar dieses Jahres hat ein Gespräch zwischen Theologen, die in nichtkirchlichen Berufen tätig sind und dem Bischof von Berlin-Brandenburg stattgefunden. Es wird nach dem Echo auf das Fest vom 29. Dezember 74 (zwanzigjähriges Bestehen der Gossner-Mission in der DDR) gefragt. Es wird empfohlen zu Beginn einer solchen Zusammenkunft doch ein Wort zu stollen. Und die Plätze sollten während einer solchen Feier gewechselt werden. Gefragt wird, ob nicht jedes Jahr eine solche Gelegenheit zur Kommunikation auf diese Weise gegeben werden könnte.

zu 3: Schülzgen und Richter berichten von ihrer Reise nach Indien und Vietnam. Neben den tiefen Eindrücken von der Armut in Indien berichten sie von den Spannungen

in die sie Einblick gewonnen hatten, von den Religionen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren aber auch Kräfte zur Veränderung freimachen und mit Fantasie und Mut den Kampf mit dem Elend führen.

Vietnam dagegen erschien friedlich, von einem starken Willen zur Einheit geleitet und entschlossen, den langen Krieg um Unabhängigkeit bis zum Ende zu führen. - Auch in Vietnam nehmen die religiösen Gruppen, die beide trafen, die Katholiken, Protestanten und Buddhisten, an der Veränderung teil.

Schottstädt berichtet von seiner Japan-Reise:

Er war im Auftrag der CFK in Gemeinden in Nordjapan unterwegs und nahm an einer Tagung in der Nähe von Tokio teil. - Die CFK in Japan nimmt mit großen Interesse an der Friedensarbeit teil. Den Christen in Japan wird immer mehr bewußt, daß die Politik von den Großkonzernen bestimmt wird. Viele Christen sind seit dem Krieg durch die amerikanische Politik enttäuscht worden und haben die Kirchen wieder verlassen. - Christen wirken meist durch das geschriebene Wort in Zeitschriften und Zeitungen. - Das religiöse Leben ist in Bewegung, neue Sekten entstehen, auch der Tennokult macht sich mehr und mehr bemerkbar. Christliche Gruppen suchen das Gespräch mit sozialistischen Ländern als Gegengewicht gegen die Vorherrschaft der USA im Pazifik. - Auf der UMI-Tagung waren von 70 bis 80 Teilnehmern nur knapp 15 Weiße. (Europäer und Amerikaner) Das UMI-Programm hat sich sehr verstärkt. Ihm stehen viele Menschen und viele Gelder zur Verfügung. In Asien und besonders in Lateinamerika bekommt das Wort Solidarität eine neue Bedeutung.

Die Berichte von Schülzgen, Richter und Schottstädt werden diskutiert.

Auf Berichte aus den Arbeitsgruppen wird verzichtet. Es sollen zum Schluß der Tagung Anfragen an die Mitarbeiter gestellt werden.

zu 4: Auf Grund des Fehlens von Michel muß der Punkt vertagt werden.

zu 5: Schottstädt berichtet über die Finanzen. Die Kosten - stellencochnung hat sich bewährt. Sie macht Haushalt und Jahresrechnung durchsichtiger. Die EKU hat im letzten Jahr einen verhältnismäßig hohen Betrag überwiesen. Mit Hilfe dieses Beitrages und anderer größerer Kollekten ist es möglich geworden, die Finanzen so zu gestalten, daß der Haushalt für ein halbes Jahr gesichert ist.

zu 6: Schottstädt berichtet über den Stand des Gespräches im Blick auf die Berlin-Arbeit. Es haben Gespräche mit Propst Winter und einer Arbeitsgruppe im Konsistorium und

Generalsuperintendent Grünbaum stattgefunden. In diesen Gesprächen wurde der Gossner-Mission empfohlen, eine volle Planstelle für einen Pfarrer in der Berlin-Arbeit zu schaffen und die Kreispfarrstelle in Berlin Stadt I mit einem Mitarbeiter zu besetzen. Die Beratung der gesamten Berlin-Arbeit in Neubaugebieten etc. soll durch Schätzgen und Schottstädt wahrgenommen werden. Schätzgen baut eine Arbeitsgruppe auf, die Erfahrungsaustausch übt und dabei besonders die gesellschaftsbezogenen Dienste beachtet. Schottstädt berät in gesamtkirchlichen Arbeitskreisen. Für die Einstellung eines Hauptamtlichen in der Berlin-Arbeit der Gossner-Mission spricht, daß viele Probleme in den Häusern der Glieder der Arbeitsgruppe vorhanden sind. Es müssen Gespräche geführt werden in Sachen Kindererziehung, christliche Unterweisung, Familienleben und Ehekrisen. Vor allen Dingen aber sollen diese hauptamtlichen Mitarbeiter die Zusammenkünfte der Berlin-Gruppe theologisch und organisatorisch vorbereiten.

Der Kreispfarrer in Berlin Stadt I soll nach Möglichkeit - so Generalsuperintendent Grünbaum - sein "geistliches Zuhause" bei der Gossner-Mission haben. Personen können im Blick auf beide Stellen nicht genannt werden. Was die Besetzung der Stelle für die Gossner-Mission angeht, so müßte die Planstelle von Inge Burkhardt für diese Arbeit umfunktioniert werden. Inge Burkhardt geht demnächst nach Halle. Schottstädt bittet das Kuratorium die Arbeitsintensionen des Generalsuperintendenten und der Arbeitsgruppe beim Konsistorium zur Kenntnis zu nehmen. In der Herbstsitzung wird die Dienststelle ein genaues Konzept für die Berlin-Arbeit der Gossner-Mission in der DDR vorlegen.

zu 7: Schottstädt berichtet über Roepkes Ergehen und teilt mit, daß die Arbeitsregelung in Sachen Solidaritätsdienste und INKOTA bis 31. 3. 76 gilt, dann muß über diese Arbeit neu beraten werden. Über die Stelle Burkhardt kann noch nicht entschieden werden, da Magdeburg die Berufung noch nicht ausgesprochen hat. Sie ist aber zu erwarten. In der Dienststelle ist als Sekretärin ab 1. Februar 1975 Frau Schenke tätig.

zu 8: Kiekbusch wird angefragt im Blick auf die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend": Die Gruppe stößt immer wieder auf das Problem junge "Nichtberufstätige". Über die Arbeit mit diesen jungen Christen soll in der Dienststelle und im Kuratorium später beraten werden. Die Arbeitsgruppe steht vor der Frage, mit welchen Kräften sie neu beginnen muß und in welcher Richtung zu arbeiten sei.

Schottstädt berichtet von der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste und teilt mit, daß Roepke von Zeit zu Zeit im Büro tätig ist. Er verweist auf die Vietnamabrechnung, die Algerienabrechnung

- 4 -

kommt demnächst.

Die nächste Sitzung wird für Montag, den 8. September 1975,  
um 9.30 Uhr (bis 16.00 Uhr) vereinbart. Die biblische Be-  
sinnung übernimmt Dr. Glöckner.

gez.: M. Richter

gez.: B. Schottstädt

Protokoll  
der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR  
am 22. November 1974

Anwesend: Fleischhack, Glöckner, Görig, Natho,  
Orphal, Rettmann, Ziegler, Ziemann  
von der Dienststelle: Burkhardt, Grabert, Kiekbusch, Schottstädt  
von Gästen: Blauert  
entschuldigt: Berger, G. Burkhardt, Galley, Große,  
Landmann, Michel, Stolpe  
von der Dienststelle: I. und M. Richter, Schülzgen

Tagesordnung:

1. Biblische Besinnung - Fleischhack
2. zu den Protokollen der Sitzungen am 12. und 13. März und 22. Juni 1974
3. zu den Finanzen
  - 3.1 Jahresrechnung 1973 - Burkhardt
  - 3.2 Stellenplan 1975 - Burkhardt
  - 3.3 Haushaltsplan 1975 - Burkhardt
4. Bericht über die Entwicklung der Arbeit im ÖMZ - Schottstädt
5. Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen - Mitarbeiter der Dienststelle
6. zum Berlin-Projekt - Schottstädt
7. zum Referat von Jürgen Michel (war allen Mitgliedern zugesellt worden)
8. zur kirchenpolitischen Situation - Natho
9. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet die Zusammenkunft.

Wegen der Abwesenheit von J. Michel wird die Tagesordnung geändert. Michel hat darum gebeten, daß sein Referat (Punkt 7 der Tagesordnung) in seinem Beisein besprochen wird. Das Kuratorium trägt dieser Bitte Rechnung.

Die Tagesordnung wird in folgender Reihenfolge besprochen:  
2., 3., 8., 4., 5., 9., 6.

Zu 1: Fleischhack hält die biblische Besinnung zu Versen aus 1. Kor. 10.

Zu 2: Das Protokoll der Zusammenkunft vom 12./13. März 1974 wird angenommen und ebenso das Protokoll vom 22. Juni 1974. Im Zusammenhang mit dem letzten Protokoll wird nach der Arbeitsregelung für Schülzgen gefragt. Blauert erläutert, daß Schülzgen ab 1.7.1974 mit 55% seiner Arbeitskraft in der Abt. I des ÖMZ beschäftigt und damit Pfarrer der EKU ist.

Schottstädt ergänzt, daß die Dienstbeschreibung für Schülzgen bei der Gossner-Mission in der DDR für den Zeitraum bis 31.12.75 vorliegt.

Sie enthält folgende Punkte:

- Mitarbeit in der Berlin-Gruppe
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Gemeindedienste
- theologische Weiterbildung der Mitarbeiter
- Vertreter für Schottstädt

Zu 3: Die Zahlenaufstellungen der Jahresrechnung 1973 sowie der Stellenplan 1975 und der Haushaltplan 1975 im Entwurf liegen den Anwesenden vor.

Ziemann, der im Auftrag der Gossner-Mission diese Aufstellungen geprüft hat, gibt die notwendigen Erläuterungen dazu. Alle Papiere wurden bereits mit dem Finanzausschuß vorbesprochen. Der Finanzausschuß schlägt für das Haus "Rehoboth" nach dem Jahresabschluß 1974 eine Rentabilitätsuntersuchung vor.

Aufgrund der eingehenden Prüfung der Jahresrechnung 1973 stellt Ziemann den Antrag auf Erteilung von Entlastung für 1973. Dieser Antrag gelangt zur Abstimmung.

Beschluß:

Die Jahresrechnung 1973 wird einstimmig und ohne Stimmenthaltung beschlossen.

Den Stellenplan 1975 erläutert Schottstädt. Dabei entsteht die Frage, ob eine in Zukunft anzustellende neue Sekretärin für den Dienststellenleiter nach A 6 bezahlt werden müßte. Diese Frage kann erst nach Anstellung entschieden werden. Eine Veränderung der bisherigen Lohngruppe muß vom Kuratorium genehmigt werden.

Der Haushaltplan 1975 wird in Einnahmen und Ausgaben besprochen. Er ist in seiner Titelleinteilung neu aufgebaut, so daß direkte Vergleichsmöglichkeiten in den einzelnen Titeln erst ab 1976 ablesbar sind.

In der Diskussion über das Haus "Rehoboth" wird vorgeschlagen, daß für die Finanzierung der Rüsten, die gemeinsam mit den Anstalten in Fürstenwalde durchgeführt werden, ein Vertrag zwischen "Rehoboth" und Fürstenwalde geschlossen werden sollte.

Beschluß:

Der Stellenplan und der Haushaltplan für die Dienststelle und Haus "Rehoboth" 1975 werden einstimmig ohne Stimmenthaltung angenommen.

Zu 8: Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Eberhard Natho über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche und die innerkirchliche Situation wird festgestellt: an verschiedenen Punkten gehen die Vorhandlungen zwischen Staat und Kirche weiter. Eine neue juristische Beschreibung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ist zu erwarten. Die Frage des gesellschaftlichen Engagements von Christen zu diskutieren, ist nach wie vor in der Breite der Gemeinden beschwerlich, sowohl bei Gemeindegliedern als auch bei Amtsträgern wird häufig Resignation sichtbar.

Innerhalb der Kirche beobachten wir oft, daß die notwendige Kommunikation zwischen Gemeinden und Kirchenleitungen fehlt. Das bedingt eine fehlende Offenheit bis hin zum Mißtrauen. Die gleiche Situation ist auch unter den kirchenleitenden Persönlichkeiten anzutreffen. Um diese Situation zu ändern, bedarf es großer Anstrengungen. Hier liegt auch für eine Gruppe wie die Gossner-Mission eine Aufgabe.

Zu 4: Durch die Überführung bestimmter Aktivitäten in das ÖMZ ist das ökumenische Gespräch für die Gossner-Mission weiterhin abgeschnitten. In unserer Arbeit bleiben:

- die Beziehungen zu den historischen Friedenskirchen
- besondere Gespräche mit Einzelvertretern aus der Ökumene, die bei uns zu Gast sind,
- die Fragen der Arbeitswelt
- die Solidaritätsdienste.

In der Abt. I des ÖMZ, deren Leiter Bruno Schottstädt ist, sind insgesamt 10 ökumenische Arbeitsgruppen entwickelt:

3 zu den Volksdemokratien, fünf Gruppen zu überseeischen Kirchen, eine Gruppe ökumenische Partnerhilfe, eine Gruppe "Christliche Gemeinde in der sozialistischen Stadt" (UHM).

Diese Gruppen arbeiten größtenteils schon sehr selbständig und haben ein festes Arbeitsprogramm.

Zu 5: Aus den Arbeitsgruppen der Gossner-Mission in der DDR berichten Schottstädt, Kiekbusch und Burkhardt.

Zu 9 und 6: Der Erkundungsauftrag zur Frage der "Pfarrer in Nebenamt" wurde durchgeführt und an die Kirchenleitung Bln.-Brandenburg zurückgegeben. Von dort ist bisher kein Echo erfolgt.

Das Berlin-Projekt der Kirchenleitung, in das die Gossner-Mission einbezogen werden sollte, ist noch nicht weiter entwickelt worden. Evtl. soll eine Kreispfarrstelle durch die Gossner-Mission besetzt werden. Darüber hinaus wird die Gossner-Mission jedoch verantwortlich mit Pfarrern in Berlin zusammenarbeiten, die schon lange mit uns im Gespräch sind (Rottmann, Freyer u.a.).

Am 29.12.1974 feiert die Gossner-Mission in der DDR ihr 20jähriges Bestehen. Dazu soll um 17.00 Uhr in den großen Saal der Eliasgemeinde eingeladen werden. Als Gäste werden vor allem ehemalige Mitarbeiter und Freunde der Gossner-Mission in der DDR erwartet.

Die nächste Sitzung des Kuratoriums ist für Donnerstag, den 10. April 1975, um 9.30 Uhr vorgesehen.

Berlin, 7. Dezember 1974

gez. Schottstädt

gez. I. Burkhardt

Z. H. Herr Schottstädt

Protokoll  
der Sitzung des Kuratoriums am 22. Nov. 1974

Anwesende: Rottmann, Görig, Blauert, Ziegler, Natho,  
Orphal, Ziemann, Glöckner ~~Fleischh~~  
von der Dienststelle: Schottstädt, Grabert, Kiekbusch,  
Inge Burkhardt  
entschuldigt: Galley, Berger, Michel, Stolpe, Burkhardt,  
Große, Landmann  
von der Dienststelle: Schülzgen, I. und M. Richter

Tagesordnung:

1. Biblische Besinnung - Fleischhack
2. zu den Protokollen der Sitzungen am 12. und 13. März und 22. Juni 1974
3. zu den Finanzen
  - 3.1 Jahresrechnung 1973 - Burkhardt
  - 3.2 Stellenplan 1975 - Burkhardt
  - 3.3 Haushaltsplan 1975 - Burkhardt
4. Bericht über die Entwicklung der Arbeit im ÖMZ - Schottstädt
5. Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen - Mitarbeiter der Dienststelle
6. zum Berlin-Projekt - Schottstädt
7. zum Referat von Jürgen Michel (war allen Mitgliedern zugestellt worden)
8. zur kirchenpolitischen Situation - Natho
9. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet die Zusammenkunft.

Wegen der Abwesenheit von Jürgen Michel wird die Tagesordnung geändert. Herr Michel hat darum gebeten, daß sein Referat (Punkt 7. der Tagesordnung) in seinem Beisein besprochen wird. Das Kuratorium trägt dieser Bitte Rechnung.

Die Tagesordnung wird in folgender Reihenfolge besprochen:  
2., 3., 8., 4., 5., 9., 6.

Zu 1. ~~Propst~~ Fleischhack hält die biblische Besinnung zu Versen aus 1. Kor. 10

Zu 2. Das Protokoll der Zusammenkunft vom 12./13. März 1974 wird angenommen und ebenso das Protokoll vom 22. Juni 1974. Im Zusammenhang mit dem letzten Protokoll wird nach der Arbeitsregelung für E. Schülzgen gefragt. Blauert erläutert, daß Schülzgen ab 1. 7. 1974 mit 55 % seiner Arbeitskraft in der Abt. 1 des ÖMZ beschäftigt und damit Pfarrer der EKU ist.

Schottstädt ergänzt, daß die Dienstbeschreibung für Schülzgen bei der Gossner-Mission für den Zeitraum bis 31. 12. 1975 vorliegt.

Sie enthält folgende Punkte:

- Mitarbeit in der Berlingruppe
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Gemeindedienste
- theologische Weiterbildung der Mitarbeiter
- Vertreter für Schottstädt.

Zu 3. Die Zahlenaufstellungen der Jahresrechnung von 1973 sowie der Stellenplan 1975 und der Haushaltsplan 1975 im Entwurf liegen den Anwesenden vor.

Hepr Ziemann, der im Auftrag der Gossner-Mission diese Aufstellungen geprüft hat, gibt die notwendigen Erläuterungen dazu. Alle Papiere wurden bereits mit dem Finanzausschuß vorbesprochen. Der Finanzausschuß schlägt für das Haus "Rehoboth" nach dem Jahresabschluß 1974 eine Rentabilitätsuntersuchung vor.

Aufgrund der eingehenden Prüfung der Jahresrechnung 1973 stellt Ziemann Antrag auf Erteilung von Entlastung für 1973. Dieser Antrag gelangt zur Abstimmung.

Beschluß:

Die Jahresrechnung 1973 wird einstimmig und ohne Stimmenthaltung beschlossen.

Den Stellenplan 1975 erläutert Schottstädt. Dabei entsteht die Frage, ob eine in Zukunft anzustellende neue Sekretärin für den Dienststellenleiter nach A 6 bezahlt werden müßte. Diese Frage kann erst nach Anstellung entschieden werden. Eine Veränderung der bisherigen Lohngruppe muß vom Kuratorium genehmigt werden.

Der Haushaltsplan 1975 wird in Einnahmen und Ausgaben besprochen. Er ist in seiner Titeleinteilung neu aufgebaut, so daß direkte Vergleichsmöglichkeiten in den einzelnen Titeln erst ab 1976 ablesbar sind.

In der Diskussion über das Haus "Rehoboth" wird vorgeschlagen, daß für die Finanzierung der Rüsten, die gemeinsam mit den Anstalten in Fürstenwalde durchgeführt werden, ein Vertrag zwischen "Rehoboth" und Fürstenwalde geschlossen werden sollte.

Beschluß:

Der Stellenplan und der Haushaltsplan für die Dienststelle und Haus "Rehoboth" 1975 werden einstimmig ohne Stimmenthaltung angenommen.

Zu 8. Im Zusammenhang mit den Ausführungen von Eberhard Natho über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche und die innerkirchliche Situation wird festgestellt; an verschiedenen Punkten gehen die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche weiter. Eine neue juristische Beschreibung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ist zu erwarten. Die Frage des gesellschaftlichen Engagements von Christen zu diskutieren, ist nach wie vor in der Breite der Gemeinden beschwerlich, sowohl bei Gemeindegliedern als auch bei Amtsträgern wird häufig Resignation sichtbar.

Innerhalb der Kirche beobachten wir oft, daß die notwendige Kommunikation zwischen Gemeinden und Kirchenleitungen fehlt. Das bedingt eine fehlende Offenheit bis hin zum Mißtrauen.

Die gleiche Situation ist auch unter den kirchenleitenden Persönlichkeiten anzutreffen. Um diese Situation zu ändern, bedarf es großer Anstrengungen. Hier liegt auch für eine Gruppe wie die Gossner-Mission eine Aufgabe.

Zu 4. Durch die Überführung bestimmter Aktivitäten in das ÖMZ ist das ökumenische Gespräch für die Gossner-Mission weithin abgeschnitten. In unserer Arbeit bleiben:

- die Beziehungen zu den historischen Friedenskirchen
- besondere Gespräche mit Einzelvertretern aus der Ökumene, die bei uns zu Gast sind
- die Fragen der Arbeitswelt
- die Solidaritätsdienste.

In der Abt. 1 des ÖMZ, deren Leiter Bruno Schottstädt ist, sind z. B. insgesamt 10 ökumenische Arbeitsgruppen entwickelt: drei zu den Volksdemokratien, fünf Gruppen zu überseeischen Kirchen, eine Gruppe ökumenische Partnerhilfe, eine Gruppe "Christliche Gemeinde in der soz. Stadt" (UIM). Diese Gruppen arbeiten größtenteils schon sehr selbständig und haben ein festes Arbeitsprogramm.

Zu 5. Aus den Arbeitsgruppen der Gossner-Mission berichten Schottstädt, Kiebusch und Burkhardt.

Zu 9. und 6. Der Erkundungsauftrag zur Frage der ~~arbeitenden Theologen~~ "Pfarr im Netzwerk" wurde durchgeführt und an die Kirchenleitung Bln.-Brandenburg zurückgegeben. Von dort ist bisher kein Echo erfolgt.

Am 29. 12. 1974 feiert die Gossner-Mission ~~ihre~~ 20-jähriges Bestehen. Dazu soll um 17.00 Uhr in den großen Saal der Eliasgemeinde eingeladen werden. Als Gäste werden vor allem ehemalige Mitarbeiter und Freunde der Gossner-Mission erwartet. Das Berlinprojekt der Kirchenleitung, in das die Gossner-Mission einbezogen werden sollte, ist noch nicht weiter entwickelt worden.

Evt. soll eine Kreispfarrstelle durch die Gossner-Mission besetzt werden. Darüber hinaus wird die Gossner-Mission jedoch verantwortlich mit Pfarrern in Berlin zusammenarbeiten, die schon lange mit uns im Gespräch sind (Rottmann, Freyer usw.).

Die nächste Sitzung des Kuratoriums ist für Donnerstag, den 10. April 1975, um 9.30 Uhr vorgesehen.

7. Dez. 1974

fg. Bräuer

gez. Burkhardt

Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin, am 30. Juli 1974

Göhrnener Str. 11

Ruf: neu: 448 40 50

An die

Mitglieder des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR

---

Sehr verehrte Brüder,

anbei übergebe ich Ihnen das Protokoll der letzten Kuratoriums-  
Kurssitzung, die wir im Rahmen unserer Jahrestagung durchgeführt  
haben. Unsere nächste Sitzung haben wir für

Freitag, 22. November, 9.30 Uhr  
als Ganztagsitzung vereinbart. Bitte, notieren Sie alle diesen  
Termin fest vor.

Anbei übergebe ich Ihnen auch den Vortrag, den Dorothee Sölle  
bei der Gossner-Mission West anlässlich des 200. Geburtstages  
von Johannes Gossner gehalten hat. Wir werden uns mit diesem  
Vortrag auch zu beschäftigen haben.

Gute Urlaubswünsche und herzliche Grüße

Ihr / Euer

*Bruno Matzic*

# Protokoll

der Kuratoriumssitzung der Gossner-Mission in der DDR, 22.6.74  
mittags 12 Uhr (während der Jahrestagung der Gossner-Mission)

Anwesend: Berger, Burkhardt, Galley, Glöckner, Görig, Grünbaum,  
Orphal, Ziegler, Schottstädt  
als Guest: Landmann

Entschuldigt fehlen: Natho, Stolpe; von der Dienststelle: Burkhardt,  
Kiekbusch, I.u.M. Richter, Roepke, Schottstädt, Schülzgen

Zu Beginn der Sitzung werden die Tagesordnungspunkte festgelegt.

1. zum Protokoll der Vorstandssitzung am 24.5.
2. Anstellung Schülzgen
3. Termin für nächste Sitzung
4. Verschiedenes

Zu 1: Schottstädt erläutert das Protokoll der Vorstandssitzung vom 24.5. Das Protokoll wird nach Rückfragen einstimmig gebilligt. Das Kuratorium macht sich den Beschuß des Vorstandes zu eigen. Schülzgen ist damit ab 1.6.74 theologischer Mitarbeiter der Dienststelle der Gossner-Mission u. stellvertretender Leiter der Dienststelle.

Zu 2: Nach kurzer Diskussion beschließt Kuratorium bei 3 Stimmehaltungen, Schülzgen zu 45% in der Gossner-Mission anzustellen. Schülzgen wird hauptamtlich Pfarrer der EKU. Die Anstellung bei der Gossner-Mission ~~mindestens~~ gilt bis zum 31.12.75. In der nächsten Sitzung des Kuratoriums soll eine Dienstbeschreibung für Sch. vorgelegt werden.

Zu 3: Kuratorium beschließt die nächste ordentliche Sitzung findet am Freitag, 22. November 74, 9.30 Uhr, in der Göhrener Str. 11 statt.

Zu 4: Schottstädt berichtet dem Kuratorium von der Anfrage der EKU. Die EKU möchte auch ihn als Pfarrer der EKU übernehmen. Nach Diskussion empfiehlt das Kuratorium ein klarendes Gespräch mit verantwortlichen Kirchenjuristen zu führen und dann eine Entscheidung im Blick auf eine evtl. Übernahme von Sch. als Pfarrer der EKU zu beschließen. Die Meinung des Kuratoriums ist es, daß der Leiter der Dienststelle der Gossner-Mission in der DDR gemäß der Satzung der Gossner-Mission seinen Hauptauftrag im Werk Gossner-Mission behalten sollte.

Schottstädt berichtet dem Kuratorium von einem Brief von Pfr. Möller. Dieser soll allen Mitglieder abschriftlich zugestellt werden.

Ende der Sitzung gegen 13 Uhr.

f.d. Protokoll:

*Wurzler*

A b s c h r i f t

Ökumenischer Ausschuß  
des Kreiskirchenrates Barth

238 Barth, 18. Juni 1974  
Papenstr. 6  
Tel.: 2783

An das  
Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR

1058 Berlin  
Göhrener Str. 11

Sehr geehrter Herr Versitzender!  
Liebe Mitarbeiter!

Verzeißen Sie bitte, daß wir erst heute auf den Brief Ihrer Dienststelle vom 3. Januar 1974, der die Mitgliedschaft im Kuratorium betrifft, zurückkommen.

Unsere Meinung zur Mitgliedschaft läßt sich nicht in einem Satz sagen.

1. Wir finden es richtig, daß unsere Greifswalder Landeskirche in Zukunft einmal anders vertreten sein wird als durch uns. Wir können nur hoffen, daß von der Mitgliedschaft für den neuen Mann, seinen Arbeitskreis und für die Landeskirche etwas herausspringt, so wie für uns der enge Kontakt zur Gossner-Mission von recht entscheidender Bedeutung war. Wenn es dem neuen Mann gelingen sollte, auf den Boden der Landeskirche mehr auszurichten als wir, würde es uns besonders freuen. Sollte freilich die Mitgliedschaft der Landeskirche durch die Neuregelung nur formal sein, würden wir das sehr bedauern.

2. Wir wurden außer durch Ihr Schreiben auch schon durch ein Schreiben unseres Konsistoriums vom 2. Oktober 1973 auf die beabsichtigte Neuregelung hingewiesen. Das Konsistorium nahm unsere Nachricht, daß wir partnerschaftlich den Sitz wahrnehmen wollten, zum Anlaß, die 1962 durch Bischof D. Kummacher an unser Mitglied Möller erteilte Delegierung zurückzuziehen. Wir können diese Motivierung nur sehr bedauern und fragen gleichzeitig beim Konsistorium noch nach den Gründen an. Da unsere Kirchleitung sich wiederholt zur Partnerschaft bekannt hat, müssen wir befürchten, daß es sich, wie an unserem Fall wahrnehmbar ist, um Lippenbekenntnisse gehandelt hat. Wir können nur sehr hoffen, daß dies kein ungünstiges Zeichen für die Neubesetzung ist.

3. Wir sagen der Gossner-Mission Dank für alles, was wir von ihr in vielen Jahren empfangen haben. Wir denken dabei be-

sonders

senders

- an die intensiven Beziehungen zur Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, die bei uns gepflegt werden und die wir letzten Endes Ihrer Arbeit verdanken;
- an die Beratungsarbeit, die verschiedenen Ihrer Mitarbeiter bei uns geleistet haben und die bis heute nicht überboten worden ist;
- an die landeskirchlichen Aktivitäten, die unsere Zusammenarbeit erbrachte, z.B. die Konventreise von 1964, die Reisen der indischen Mitarbeiter Saban Surin und Aind, die Reise der Delegation des Schweizerischen Kirchenbundes;
- an die konkrete Hilfe der Gossner-Papers, insbesondere über die Thematik "Gruppendienste in der Gemeinde", "Partnerschaftliche Leitung im Kirchenkreis" und "Versuch einer katechetischen Neuorientierung";
- an Reisedienste und Mitarbeit bei Missionsfesten.

4. Wir werden im Pfarrkonvent in der nächsten Zeit darüber sprechen, wie wir nun weitermachen. Dabei wird u.a. zur Diskussion stehen, ob die Beratung über "Kirche und Gesellschaft" in kritischer Begleitung unserer Arbeit eine Fortsetzung finden kann; ferner werden wir die Brüder fragen, ob einige von ihnen - Ihrer Anregung folgend - Mitglieder der Mitarbeiterkonferenz werden wollen.

In diesem Sinne verabschieden wir uns vom Kuratorium, keinesfalls aber von der Gossner-Mission und der von ihr vertretenen Sache.

Mit Grüßen an alle Mitarbeiter!

gez.: S. Pfeiler

gez.: G. Zietz

gez.: E. Maeltze?

(unleserlich)

gez.: J.M. Möller

Eine Abschrift dieses Schreibens senden wir an das Evangelische Konsistorium Greifswald.

Protocol

der Klausurtagung des Kuratoriums der Gossner-Mission  
in der DDR am 12. und 13. März 1974 in Bad Saarow

Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Fleischhuck, Galley,  
Glöckner, Michel, Ophal,  
Rottmann

Entschuldigt fehlten: Burkhardt, Böbig, Große, Grün-  
baum, Natho, Stolpe, Ziegler  
Blauert, Jacob, Landmann

Von der Dienststelle: Burkhardt, Kickbusch, Leu, M.  
Richter, Schottstädt

Entschuldigt fehlte: Roepke

Die Tagesordnung:

1. Vortrag von Jürgen Michel: "Was bedeutete die Gossner-Mission in der Vergangenheit für Kirche und Gesellschaft - was kann sie in Zukunft bedeuten?"
2. Kurzinformationen aus den Arbeitsgruppen - gezielte Fragen der Mitglieder des Kuratoriums an die Mitarbeiter (in 2 Gruppen)
3. Beschlüsse
  - a) im Blick auf Auftrag Roepke
  - b) im Blick auf Algerien
  - c) zur Arbeit der Gruppen (Vorsitzender etc.)
4. Echo aus den Gemeinden auf unsere Arbeit (dargestellt durch Inge Burkhardt)
5. Zur Gesamtperspektive der Gossner-Mission in der DDR
  - a) Verklammerung mit dem ÖMA
  - b) Zusammenarbeit mit anderen Werken und Gruppen
  - c) Personalfragen  
(Einführung Schottstädt)
6. Zur Finanzsituation - Einnahmen (Darstellung durch Schottstädt)
7. Vorbereitung der Junikonferenz
8. Zum Berlin-Projekt
9. Verschiedenes.

- Zu 1.:
- a) Orphal verliest den Spruch der Woche:  
"Der Herr hat mir das Ohr geöffnet ..." / "Im aufeinanderhören vollzieht sich das Seien auf die Stimme des Herrn."
  - b) Nach einer Korrektur des Protokolls der Sitzung vom 14.12.1973 auf Seite 2 letzter Satz im zweitletzten Absatz, der jetzt lautet: "Dienststelle und Arbeitsgruppe können jetzt besser zusammenarbeiten", wird das Protokoll von den Mitgliedern einstimmig genehmigt.
  - c) Orphal begrüßt Glöckner und teilt mit, daß Glöckner als Entsandter der Landeskirche Greifswald anstelle von Möller zum Mitglied des Kuratoriums benannt worden ist. Nach kurzer Diskussion beschließt Kuratorium: Glöckner wird als Mitglied des Kuratoriums berufen.
  - d) Michel hält seinen Vortrag: "Was bedeutete die Gossner-Mission in der Vergangenheit für Kirche und Gesellschaft - was kann sie in Zukunft bedeuten?" Der Untertitel: "Von der Pionier- zur Etablierphase". (Das Referat wird allen Mitgliedern des Kuratoriums zugestellt).  
An der Diskussion zum Referat beteiligen sich alle Mitglieder und alle Mitarbeiter der Dienststelle. Orphal befragt die Grundthese: Was heißt kirchliche Erneuerung für die Gesellschaft?  
Von anderen wird das Verhältnis Auftrag und Wirklichkeit angesprochen (Fleischhack, Glöckner).  
Das Referat wird am zweiten Tag der Klausur erneut in die Diskussion aufgenommen. Es soll als Arbeitsmaterial der "Bilanzgruppe" zugestellt werden.  
Ausgehend von dem Referat soll noch einmal die theologische Position diskutiert werden.  
Folgende Diskussionsfragen stehen an:  
Wie verhält sich unser Gottesverständnis zu den sozial-ethischen Fragen?  
Was bedeutet politisches Engagement für die theologische Reflexion?  
Wie ist das Verhältnis Praktiker und Theoretiker?  
Wie rangiert die Strukturdiskussion im Verhältnis zum Leben aus dem Geist Gottes?  
Wie muß die Gossner-Mission als Dienstgruppe arbeiten, und welche Rolle spielt darin die Mitarbeiterschaft der Dienststelle?

Zu 2.:

- 2.1. Re. Richter berichtet von Buckow. Die Arbeit muß besonders im Blick auf die Kinderarbeit neu überdacht werden. Die Frage ist, wer kann die Kontrollinstanz sein, die mitreflektiert, was inzwischen in Buckow geschehen ist? Es mußte noch jeder Arbeitstagung ein Aufsatz über das Geschehenen stattfinden.  
L. Richter berichtet von dem Vorheben mit einer Schrift, von einer nicht geglückten Literaturrunde und von der Weiterarbeit an den katechetischen Fragen (Erkundungsauftrag).

- 3 -

Die Frage ist, wie kann das, was in Buckow geschieht, für andere umgesetzt werden?

In Anfragen und Diskussionen zum Rehoboth-Programm unterstreichen die Mitglieder des Kuratoriums und die Mitarbeiter der Dienststelle, daß es sehr darauf ankommt, daß die Beobachtungen von der Arbeitsgruppe in Rehoboth direkt aufgeschrieben werden, daß aber beim Sprechen nach außen andere mit einbezogen werden können.

Berger fragt nach der Zielstellung. Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe sollten die Zielstellung für Rehoboth immer wieder neu diskutieren. Es könnte sich sonst die Gefahr einschleichen, daß es bei einer unreflektierten Zielstellung bleibt.

- 2.2. Galley berichtet von der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste". Er verweist im besonderen auf die Reaktionen auf den Chilebrief und spricht über die Einsätze der Gelder über Dr. Landmann, die schwieriger geworden sind. Galley erklärt die Vorhaben der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und bittet, den Beschuß zu den Algeriengeldern zu revidieren.

Nach Diskussion beschließt das Kuratorium:

Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" möchte klären, ob nicht doch das Geld für Algerien in Einsatz gebracht werden kann. Bis zu einer Klärung wird über das vorhandene Geld (6.000,-- M) anderweitig nicht verfügt.

Im Blick auf die Arbeit von Roepke liegt dem Kuratorium ein Antrag von der Arbeitsgruppe INKOTA vor (wird dem Protokoll beigefügt). Schottstädt verliest den Antrag.

Nach Diskussion beschließt das Kuratorium:

Roepke arbeitet ab 1.4.1974 für 2 Jahre als Sekretär für die Arbeitsgruppe INKOTA. Kuratorium nimmt Schreiben von Hans-Detlef Peter zur Kenntnis und sieht die Finanzen für die Arbeit von Roepke als gesichert an.

- 2.3. M. Richter und Schottstädt berichten von der Arbeit der Mitarbeiterkonferenz. Sie verweisen noch einmal auf das Material, das allen Mitgliedern zugehen soll und nennen auch die Schwierigkeiten, die in der Gestaltung der Arbeit kommen. Schottstädt erwähnt die regionale Arbeit und verweist auf die Beschlüsse der Mitarbeiterklausur: "Es ist nicht unbedingt der Ausbau der Institution zu forcieren. Im Rahmen der jetzigen Arbeit sollte man darauf achten, daß Neuanfänge geschehen - regional und thematisch."

- 4 -

Schottstädt erwähnt auch den Hinweis auf den Laienkonvent. Engagierte Laien sollen mit engagierten Theologen zu einer Laienarbeitsgruppe zusammengefaßt werden. Dies ist für den Spätherbst - nach der Tagung der Mitarbeiterkonferenz vorgesehen.

- 2.4. Kieckbusch berichtet von den Gesprächen mit dem AKJ und von der Tagung in Buckow, die für die Arbeitsgruppe ein gewisser Höhepunkt war.

Fleischhack fragt nach der Arbeit in der Magdeburger Kirche und nach der Zusammenarbeit mit den Landesjugendpfarrern. Glöckner nach der Arbeit mit Internatsjugend, und Michal erwähnt Jungmännerarbeit.

Kieckbusch erläutert die Arbeit mit den Landes- und Kreisjugendpfarrern und wird den Hinweis auf stärkere Arbeit in der Kirchenprovinz Sachsen aufnehmen. Im Blick auf die Internatsjugend stellt er auch fest, daß es schwierig ist, von der Ortsgemeinde her, solche jungen Christen aufzufangen. (Die Berichte Burkhardt und Schottstädt kommen unter den Punkten 4 und 8).

- 2.5. Was den Versuch in den Arbeitsgruppen angeht, so arbeiten die meisten schon ohne einen ständigen Vorsitzenden, der Mitglied des Kuratoriums ist. Den Arbeitsgruppen wird empfohlen, ca. alle 2 Jahre neu über den Vorsitz bzw. Leitung der Gruppe zu befinden. Es sollte darauf geachtet werden, daß ein Mitglied der Gruppe zugleich Mitglied des Kuratoriums ist, dieser muß nicht Vorsitzender sein. Im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Arbeitsverhältnisses Kuratorium / Dienststelle soll über diesen Punkt noch einmal gesprochen werden.

- Zu 4.: Das Echo aus den Gemeinden im Blick auf Anfragen wird von Inge Burkhardt dargestellt. Sehr viele Briefe erreichen die Dienststelle, in denen hauptsächlich die Thesen "Der Nichtchrist - unser Zeitgenosse" und das Heft "In der Sprache unserer Zeit beten" bestellt werden. Das Gespräch mit den Gemeinden vollzieht sich in der Korrespondenz zwischen Dienststelle und Gemeinden und einzelnen Spendern. Diese Korrespondenz wird vorwiegend von Schottstädt geführt. Man kann sie als ein "kontinuierliches Gespräch" bezeichnen. Das Echo auf Studienbriefe geschieht in schriftlicher und mündlicher Form. Der Vermerk "zu hoch" erreicht uns von solchen, die nicht kontinuierlich mittenken. Wenn man in die Gemeinden kommt, merkt man allerdings, wie stark unsere Anliegen aufgenommen werden. Von den Gemeinden her (die uns anfragen) ist ein Suchen nach Bundesgenossen zu spüren.

Dies hängt mit der Polarisierung der Meinungen in der Kirche zusammen. Das Beraten und Begleiten der Gemeinden wird auf Dauer schwierig. Es ist eigentlich erst nach konkretem Einsatz in Gemeinden möglich.

In der Diskussion wird die Frage behandelt: "Haben einmalige Besuche in Gemeinden Sinn?" (Berger) Müsste nicht die Voraussetzung der Besuchserbeit die sein, daß man Anstöße geben möchte und nur dort hingehört, wo Menschen bereit sind, Gruppen zu bilden?

In diesem Zusammenhang wird auf den Doppelcharakter der Arbeit der Gossner-Mission hingewiesen:

- a) Gemeinden zu helfen, Dienstgemeinden in der Situation der DDR zu werden und für Gemeinden Material aufzubereiten bis hin zur methodischen Verarbeitung.
- b) Zum anderen mit Hilfe von Kollektien in den Gemeinden den Dienst der Gossner-Mission zu tun und gezielt missionarische Einsätze durchzuführen.

Weil dieser Zusammenhang besteht, kann auch ein einmaliger Besuch in einer Gemeinde sinnvoll sein. (Schottstädt)

Zu 5: Schottstädt erläutert dem Kuratorium die Arbeit in der Abteilung I des ÖMA, im Gemeindedienst und in der Studienabteilung des Amtes und erklärt: Die sog. Integration ist zunächst abgeschlossen. Durch die Entscheidung, die Gossner-Mission weiterszuführen, ist im Moment an eine Hineinnahme der Gossnerarbeit ins Amt nicht zu denken. Die Akzente werden in der Arbeit sehr unterschiedlich gesetzt. Das ÖMA hat seine Eigengesetzlichkeit und gestaltet mit der Abteilung I vor allen Dingen die Beziehungen zu Kirchen in sozialistischen Ländern und zu Kirchen in Asien, Lateinamerika und Afrika. Für diese Gestaltungsarbeit braucht es die Rückkopplung in die Gemeinde, braucht es auch die Rückkopplung in das Experiment Gossner-Mission. Schottstädt fragt nach der Möglichkeit der Weiterarbeit in beiden Bereichen und sieht für sich persönlich die Unmöglichkeit, beide Verantwortungsbereiche gleich stark zu entwickeln. "Ein Sektor wird immer nachhinken." In der Diskussion wird die Meinung vertreten, daß die Gossner-Mission nicht in das ÖMA zu integrieren geht und daß von daher stärker konzentriert gearbeitet werden muß (Glöckner). "Wenn eine Gruppe beweglich bleiben will, muß sie klein bleiben" (Durkhardt). Für die Weiterführung der Arbeit in Abteilung I und in der Gossner-Mission wird Schottstädt z.Zt. an beiden Stellen gebraucht (Orphal). Es sollte darum danach Ausschau gehalten werden, wie eine gewisse Übergangslösung erreicht werden kann. Schottstädt schlägt vor, Schülzgen zum 1.7.1974 zu 50 % in den Dienst der Gossner-Mission zurückzuholen. Die Mitglieder des Kuratoriums begrüßen diesen Vorschlag.

Zu 6.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium die Einnahmen 1973, die 180.000,-- M betragen.

20.000,-- M sind Teilgehalter Schottstädt / Roopke / Kickbusch, die vom BMA und von der Eliasgemeinde gezahlt wurden.

60.000,-- M sind Zuschüsse der Kirchen

60.000,-- M kommen direkt aus den Gemeinden

40.000,-- M sind Sondereinnahmen - Tagungen, Betriebsküche, Ausgleichszahlung etc.

Der Finanzausschuß soll sich in seiner nächsten Sitzung ausführlich mit den Finanzen 1974 beschäftigen und die Prüfung der Jahresrechnung veranlassen.

Das Kuratorium erwartet in seiner nächsten Sitzung Bericht.

Zu 7.: Die geplante Junikonferenz. Beginn: Freitag, 21.6., 18.30 Uhr mit dem Abendessen. Ende: Sonntag, 23.6. am Nachmittag. Als Hauptarbeitsthema wird vorgeschlagen: "Die Gossner-Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft." Es sollten Fragen an die Arbeitsgruppen herausgehen, und die Konferenz soll dazu dienen, daß Informationen ausgetauscht werden.

Es soll der Versuch gemacht werden, gemeinsam die Gesamtarbeit zu reflektieren. Mit der Tagung geht es um eine Identitätsfindung (Orphal), um die Beschreibung der Wechselwirkung von Experiment und Reflexion (I. Richter), um das Gespräch zur Legitimität unserer gesellschaftsbezogenen Arbeit (Glöckner).

Allen Mitarbeitern in den Arbeitsgruppen sollen die Thesen "Der Nichtchrist - unser Zeitgenosse" und "In der Sprache unserer Zeit beten" zugestellt werden. Sie sollten aufgefordert werden, sich mit diesen Materialien auf die Konferenz vorzubereiten.

Die Dienststelle bekommt den Auftrag, in der nächsten Sitzung die Junikonferenz vorzubereiten und das Programm zu verschicken.

Zu 8.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium noch einmal das Arbeitsprotokoll, das er zusammen mit Propst Winter für die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg erstellt hat. Aufgrund der Sicht der Dinge und eines ersten Arbeitsplanes ist klar, daß mit zwei Kreispfarrern begonnen werden muß. Um diese Arbeit in Gang zu bekommen, braucht es die Stärkung der Berlin-Gemeinde der Gossner-Mission, und diese Stärkung verlangt einen neuen Mitarbeiter, der in der Lage ist, Besuche zu machen und das theologische Gespräch mit der Gruppe regelmäßig zu führen. Schottstädt hofft, daß Schilzgen Pastor der Berlin-Gemeinde der Gossner-Mission werden kann.

Im Gespräch zu diesem Komplex verweisen die Mitglieder des Kuratoriums auf ehrenamtliche Mitarbeit von Pfarrern (Galley) und bitten zu prüfen, ob nicht die Arbeitsgruppe, die neu zu bilden ist, sich einer Parochie stärker zuordnen kann (Michel).

Orphal unterstreicht die Möglichkeit der Besetzung von 2 Kreispfarrstellen durch die Gossner-Mission und erläutert den Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe Berlin. Es braucht eine tragende Gruppe, die vor allen Dingen aus Laien besteht und die die Pastoren ständig beraten kann.

Zu 9.: Die nächste Kuratoriumssitzung soll im Rahmen der Jahrestagung aller Arbeitsgruppen der Gossner-Mission vom 21. - 23. Juni 1974 stattfinden. Aller Voraussicht nach am Samstag, 22. Juni nachmittags.

gez. Orphal

Für das Protokoll:

gez. Schottstädt

Abschrift

Protokoll

der Klausurtagung des Kuratoriums der Gossner-Mission  
in der DDR am 12. und 13. März 1974 in Bad Saarow

Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Fleischhacker, Galley, Glöckner, Michel, Orphal, Rottmann

Entschuldigt fehlten:

Burkhardt, GÜrig, Große, Grünbaum, Nethe, Stolpe, Ziegler, Blauert, Jacob, Landmann

Von der Dienststelle:

Burkhardt, Kickbusch, I.u.U., Richter, Schottstädt

Entschuldigt fehlte:

Roepke

Die Tagesordnung:

1. Vortrag von Jürgen Michel: "Was bedeutete die Gossner-Mission in der Vergangenheit für Kirche und Gesellschaft - was kann sie in Zukunft bedeuten?"
2. Kurzinformationen aus den Arbeitsgruppen - gezielten Fragen der Mitglieder des Kuratoriums an die Mitarbeiter (in 2 Gruppen)
3. Beschlüsse
  - a) im Blick auf Auftrag Roepke
  - b) im Blick auf Algerien
  - c) zur Arbeit der Gruppen (Vorsitzender etc.)
4. Echo aus den Gemeinden auf unsere Arbeit (dargestellt durch Inge Burkhardt)
5. Zur Gesamtperspektive der Gossner-Mission in der DDR
  - a) Verklammerung mit dem UMA
  - b) Zusammenarbeit mit anderen Werken und Gruppen
  - c) Personalfragen  
(Einführung Schottstädt)
6. Zur Finanzsituation - Einnahmen (Darstellung durch Schottstädt)
7. Vorbereitung der Junikonferenz
8. Zum Berlin-Projekt
9. Verschiedenes

- Zu 1.: a) Orphal verliest den Spruch der Woche:  
"Der Herr hat mir das Ohr geöffnet ..."  
"Im Aufeinanderhören vollzieht sich das Hören auf  
die Stimme des Herrn."
- b) Nach einer Korrektur des Protokolls der Sitzung vom  
14.12.1973 auf Seite 2 letzter Satz im zweitletzten  
Absatz, der jetzt lautet: "Dienststelle und Arbeits-  
gruppe können jetzt besser zusammenarbeiten", wird  
das Protokoll von den Mitgliedern einstimmig  
gebilligt.
- c) Orphal begrüßt Glöckner und teilt mit, daß Glöckner  
als Entsandter der Landeskirche Greifswald anstelle  
von Möller zum Mitglied des Kuratoriums benannt  
worden ist. Nach kurzer Diskussion beschließt  
Kuratorium: Glöckner wird als Mitglied des Kuratoriums  
berufen.
- d) Michel hält seinen Vortrag: "Was bedeutet die  
Gossner-Mission in der Vergangenheit für Kirche und  
Gesellschaft - was kann sie in Zukunft bedeuten?"  
Der Untertitel: "Von der Pionier- zur Etablierphase".  
(Das Referat wird allen Mitgliedern des Kuratoriums  
zugestellt).  
An der Diskussion zum Referat beteiligen sich alle  
Mitglieder und alle Mitarbeiter der Dienststelle.  
Orphal befragt die Grundthese: Was heißt kirchliche  
Erneuerung für die Gesellschaft?  
Von anderen wird das Verhältnis Auftrag und Wirklich-  
keit angesprochen (Fleischhack, Glöckner).  
Das Referat wird am zweiten Tag der Klausur erneut  
in die Diskussion aufgenommen. Es soll als Arbeits-  
material der "Bilanzgruppe" zugestellt werden.  
Ausgehend von dem Referat soll noch einmal die  
theologische Position diskutiert werden.  
Folgende Diskussionsfragen stehen an:  
Wie verhält sich unser Gottesverständnis zu den  
sozial-ethischen Fragen?  
Was bedeutet politisches Engagement für die theolo-  
gische Reflexion?  
Wie ist das Verhältnis Praktiker und Theoretiker?  
Wie rangiert die Strukturdiskussion im Verhältnis  
zum Leben aus dem Geist Gottes?  
Wie muß die Gossner-Mission als Dienstgruppe  
arbeiten, und welche Rolle spielt darin die Mit-  
arbeiterschaft der Dienststelle?

Zu 2.:

- 2.1. I. Richter berichtet von Buckow. Die Arbeit muß be-  
sonders im Blick auf die Kinderarbeit neu überdacht  
werden. Die Frage ist, wer kann die Kontrollinstanz  
sein, die mitreflektiert, was inzwischen in Buckow  
geschehen ist? Es müßte nach jeder Arbeitstagung ein  
Aufarbeiten des Geschehenen stattfinden.  
I. Richter berichtet von den Vorhaben mit einer Seidel-  
rüste, von einer nicht geglückten Literaturliste und  
von der Weitersarbeit an den katechetischen Fragen  
(Erkundungsauftrag).

Die Frage ist, wie kann das, was in Buckow geschieht, für andere umgesetzt werden? In Anfragen und Diskussion zum Rehoboth-Programm unterstreichen die Mitglieder des Kuratoriums und die Mitarbeiter der Dienststelle, daß es sehr darauf ankommt, daß die Beobachtungen von der Arbeitsgruppe in Rehoboth direkt aufgeschrieben werden, daß aber beim Sprechen nach außen andere mit einbezogen werden können. Berger fragt nach der Zielstellung. Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe sollten die Zielstellung für Rehoboth immer wieder neu diskutieren. Es könnte sich sonst die Gefahr einschleichen, daß es bei einer unreflektierten Zielstellung bleibt.

2.2. Galley berichtet von der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste". Er verweist im besonderen auf die Reaktionen auf den Chilebrief und spricht über die Einsätze der Gelder über Dr. Landmann, die schwieriger geworden sind. Galley erklärt die Vorhaben der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und bittet, den Abschluß zu den Algeriengeldern zu revidieren.

Nach Diskussion beschließt das Kuratorium:

Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" möchte klären, ob nicht doch das Geld für Algerien in Einsatz gebracht werden kann. Bis zu einer Klärung wird über das vorhandene Geld (6.000,-- M) anderweitig nicht verfügt.

Im Blick auf die Arbeit von Roepke liegt dem Kuratorium ein Antrag von der Arbeitsgruppe INKOTA vor (wird dem Protokoll beigefügt). Schottstädt verliest den Antrag.

Nach Diskussion beschließt das Kuratorium:

Roepke arbeitet ab 1.4.1974 für 2 Jahre als Sekretär für die Arbeitsgruppe INKOTA. Kuratorium nimmt Schreiben von Hans-Detlef Peter zur Kenntnis und sieht die Finanzen für die Arbeit von Roepke als gesichert an.

2.3. M. Richter und Schottstädt berichten von der Arbeit der Mitarbeiterkonferenz. Sie verweisen noch einmal auf das Material, das allen Mitgliedern zugehen soll und nennen auch die Schwierigkeiten, die in der Gestaltung der Arbeit kommen. Schottstädt erwähnt die regionale Arbeit und verweist auf die Beschlüsse der Mitarbeiterklausur: "Es ist nicht unbedingt der Ausbau der Institution zu forcieren. In Rahmen der jetzigen Arbeit sollte man darauf achten, daß Neuanfänge geschehen - regional und thematisch."

Schottstädt erwähnt auch den Hinweis auf den Laienkonvent. Engagierte Laien sollen mit engagierten Theologen zu einer Laienarbeitsgruppe zusammengefaßt werden. Dies ist für den Spätherbst - nach der Tagung der Mitarbeiterkonferenz vorgesehen.

- 2.4. Kickbusch berichtet von den Gesprächen mit dem AKJ und von der Tagung in Buckow, die für die Arbeitsgruppe ein gewisser Höhepunkt war.

Fleischhnek fragt nach der Arbeit in der Magdeburger Kirche und nach der Zusammenarbeit mit den Landesjugendpfarrern. Glöckner nach der Arbeit mit Internatsjugend, und Michel erwähnt Jungmännerarbeit.

Kickbusch erläutert die Arbeit mit den Landes- und Kreisjugendpfarrern und wird den Hinweis auf stärkere Arbeit in der Kirchenprovinz Sachsen aufnehmen. Im Blick auf die Internatsjugend stellt er auch fest, daß es schwierig ist, von der Ortsgemeinde her, solche jungen Christen einzufangen.

(Die Berichte Burkhardt und Schottstädt kommen unter den Punkten 4 und 8).

- 2.5. Was den Versuch in den Arbeitsgruppen angeht, so arbeiten die meisten schon ohne einen ständigen Vorsitzenden, der Mitglied des Kuratoriums ist. Den Arbeitsgruppen wird empfohlen, ca. alle 2 Jahre neu über den Vorsitz bzw. Leitung der Gruppe zu befinden. Es sollte darauf gesichtet werden, daß ein Mitglied der Gruppe zugleich des Kuratoriums ist, dieser muß nicht Vorsitzender sein. Im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Arbeitsverhältnisses Kuratorium/Dienststelle soll über diesen Punkt noch einmal gesprochen werden.

Zu 4.: Das Echo aus den Gemeinden im Blick auf Anfragen wird von Inge Burkhardt dargestellt. Sehr viele Briefe erreichen die Dienststelle, in denen hauptsächlich die Thesen "Der Nichtchrist - unser Zeitgenosse" und das Heft "In der Sprache unserer Zeit beten" bestellt werden. Das Gespräch mit den Gemeinden vollzieht sich in der Korrespondenz zwischen Dienststelle und Gemeinden und einzelnen Spendern. Diese Korrespondenz wird vorwiegend von Schottstädt geführt. Man kann sie als ein "kontinuierliches Gespräch" bezeichnen. Das Echo auf Studienbriefe geschieht in schriftlicher und mündlicher Form. Der Vernerk "zu hoch" erreicht uns von solchen, die nicht kontinuierlich mitdenken. Wenn man in die Gemeinden kommt, merkt man allerdings, wie stark unsere Anliegen aufgenommen werden. Von den Gemeinden her (die uns anfragen) ist ein Suchen nach Bundesgenossen zu spüren.

Dies hängt mit der Polarisierung der Meinungen in der Kirche zusammen. Das Beraten und Begleiten der Gemeinden wird auf Dauer schwierig. Es ist eigentlich erst nach konkretem Einsatz in Gemeinden möglich.

In der Diskussion wird die Frage behandelt: "Haben einmalige Besuche in Gemeinden Sinn?" (Berger) Müßte nicht die Voraussetzung der Besuchsarbeit die sein, daß man Anstöße geben möchte und nur dort hingehört, wo Menschen bereit sind, Gruppen zu bilden?

In diesem Zusammenhang wird auf den Doppelcharakter der Arbeit der Gossner-Mission hingewiesen:

- a) Gemeinden zu helfen, Dienstgemeinden in der Situation der DDR zu werden und für Gemeinden Material aufzubereiten bis hin zur methodischen Verarbeitung.
- b) Zum anderen mit Hilfe von Kollekten in den Gemeinden den Dienst der Gossner-Mission zu tun und gezielt missionarische Einsätze durchzuführen.

Weil dieser Zusammenhang besteht, kann auch ein einmaliger Besuch in einer Gemeinde sinnvoll sein. (Schottstädt)

Zu 5.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium die Arbeit in der Abteilung I des UMA, im Gemeindedienst und in der Studienabteilung des Amtes und erklärt: Die sog. Integration ist zunächst abgeschlossen. Durch die Entscheidung, die Gossner-Mission weiterzuführen, ist im Moment an eine Hineinnahme der Gossnerarbeit ins Amt nicht zu denken. Die Akzente werden in der Arbeit sehr unterschiedlich gesetzt. Das UMA hat seine Eigengesetzlichkeit und gestaltet mit der Abteilung I vor allen Dingen die Beziehungen zu Kirchen in sozialistischen Ländern und zu Kirchen in Asien, Lateinamerika und Afrika. Für diese Gestaltungsarbeit braucht es die Rückkopplung in die Gemeinde, braucht es auch die Rückkopplung in das Experiment Gossner-Mission. Schottstädt fragt nach der Möglichkeit der Weiterarbeit in beiden Bereichen und sieht für sich persönlich die Unmöglichkeit, beide Verantwortungsbereiche gleich stark zu entwickeln. "Ein Sektor wird immer nachhinken." In der Diskussion wird die Meinung vertreten, daß die Gossner-Mission nicht in das UMA zu integrieren geht und daß von daher stärker konzentriert gearbeitet werden muß (Glückner). "Wenn eine Gruppe beweglich bleiben will, muß sie klein bleiben" (Burkhardt). Für die Weiterführung der Arbeit in Abteilung I und in der Gossner-Mission wird Schottstädt z.Zt. an beiden Stellen gebraucht (Orphal). Es sollte darum danach Ausschau gehalten werden, wie eine gewisse Übergangslösung erreicht werden kann. Schottstädt schlägt vor, Schulzgen zum 1.7.1974 zu 50% in den Dienst der Gossner-Mission zurückzuholen. Die Mitglieder des Kuratoriums begrüßen diesen Vorschlag und erwarten in der Junisitzung Bericht.

Zu 6.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium die Einnahmen 1973, die 180.000,-- M betragen.

20.000,-- M sind Teilgehälter Schottstädt / Roepke/ Kickbusch, die vom ÖMA und von der Eliassgemeinde gezahlt wurden.

60.000,-- M sind Zuschüsse der Kirchen

60.000,-- M kommen direkt aus den Gemeinden

40.000,-- M sind Sondereinnahmen - Tagungen, Betriebsküche, Ausgleichszahlung etc.

Der Finanzausschuß soll sich in seiner nächsten Sitzung ausführlich mit den Finanzen 1974 beschäftigen und die Prüfung der Jahresrechnung veranlassen.

Das Kuratorium erwartet in seiner nächsten Sitzung Bericht.

Zu 7.1 Die geplante Junikonferenz. Beginn: Freitag, 21.6., 18.30 Uhr mit dem Abendessen. Ende: Sonntag, 23.6. am Nachmittag. Als Hauptarbeitsthema wird vorgeschlagen: "Die Gossner-Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft." Es sollten Fragen an die Arbeitsgruppen herausgehen, und die Konferenz soll dazu dienen, daß Informationen ausgetauscht werden.

Es soll der Versuch gemacht werden, gemeinsam die Gesamtarbeit zu reflektieren. Mit der Tagung geht es um eine Identitätsfindung (Orphal), um die Beschreibung der Wechselwirkung von Experiment und Reflexion (I. Richter), um das Gespräch zur Legitimität unserer gesellschaftsbezogenen Arbeit (Glöckner).

Allen Mitarbeitern in den Arbeitsgruppen sollen die Thesen "Der Nichtchrist - unser Zeitgenosse" und "In der Sprache unserer Zeit beten" zugestellt werden.

Sie sollten aufgefordert werden, sich mit diesen Materialien auf die Konferenz vorzubereiten.

Die Dienststelle bekommt den Auftrag, in der nächsten Sitzung die Junikonferenz vorzubereiten und das Programm zu verschicken.

Zu 8.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium noch einmal das Arbeitsprotokoll, das er zusammen mit Propst Winter für die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg erstellt hat. Auf Grund der Sicht der Dinge und eines ersten Arbeitsplanes ist klar, daß mit zwei Kreispfarrern begonnen werden muß. Um diese Arbeit in Gang zu bekommen, braucht es die Stärkung der Berlin-Gemeinde der Gossner-Mission, und diese Stärkung verlangt einen neuen Mitarbeiter, der in der Lage ist, Besuche zu machen und das theologische Gespräch mit der Gruppe regelmäßig zu führen. Schottstädt hofft, daß Schilzgen Pastor der Berlin-Gemeinde der Gossner-Mission werden kann.

Im Gespräch zu diesem Komplex verweisen die Mitglieder des Kuratoriums auf ehrenamtliche Mitarbeit von Pfarrern (Galley) und bitten zu prüfen, ob nicht die Arbeitsgruppe, die neu zu bilden ist, sich einer Parochie stärker zuordnen kann (Michel).

Orphal unterstreicht die Möglichkeit der Besetzung von 2 Kreispfarrstellen durch die Gossner-Mission und erläutert den Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe Berlin. Es braucht eine tragende Gruppe, die vor allen Dingen aus Laien besteht und die die Pastoren ständig beraten kann.

Zu 9.1 Die nächste Kuratoriumssitzung soll im Rahmen der Jahrestagung aller Arbeitsgruppen der Gossner-Mission vom 21. - 23. Juni 1974 stattfinden. Aller Voraussicht nach am Samstag, 22. Juni nachmittags.

gez. Orphal

Für das Protokoll:

gez. Schottstädt

F.d.R.d.A. flörsch

## Protokoll

### des ersten Gesprächs für eine Gossnerbilanz am 2. März 1974

Anwesend: Heyroth, Kiebusch, I. und M. Richter, Roepke, Schülzgen, Vetter, Ludwig, Berger, F. Richter, Schottstädt

Der Gruppe liegen 2 Briefe von Prof. Holtz aus Rostock vor, die von M. Richter und Schottstädt vorgelesen werden, und der Fragenkatalog aus der Einladung vom 28.11.1973.

Schottstädt trägt 3 Punkte vor, die diskutiert werden sollten:

1. Zweck und Ziel - für wen? Aus welchem Grunde?
2. Wie ist das mit den vorhandenen Ansätzen? - Haben wir nur aufgenommen oder nur selber angeregt? Oder beides zusammen? Von wem haben wir aufgenommen? - Unterwegskreis? Französischer Arbeiterpriester? Industriearbeit Symanowski?
3. Was ist geschehen und wo liegen Schwerpunkte?
  - a) Gruppenarbeit
  - b) Kirchenkreisleitung
  - c) arbeitende Theologen
  - d) Wohnwagenarbeit
  - e) Aufbahrung
  - f) ökumenische Verbindungen (besonders Indien und sozialistische Länder)
  - g) Katechetik und Buckow
  - h) Studentenarbeit

Für das ganze gilt: Die Gossner-Mission hat gesellschaftsbezogen gearbeitet und versucht, gemeindlich zu erneuern. Sie hat sich mit aktuellen Fragen beschäftigt, dabei besonders berücksichtigt:

- a) Bewältigung der Vergangenheit
- b) Annäherung der Gegenwart
- c) Gespräch mit Andersdenkenden.

Von Martin Richter wird aufgrund einer Vorarbeit der Fragenkatalog ergänzt:

Haben wir uns die Aufgaben nur gesucht oder haben wir sie von der Kirche bekommen?

Welches sind die Resultate?

Was ist nicht geworden?

Martin Richter unterstreicht aufgrund des Briefes von Prof. Holtz "konkrete Rechenschaftslegung".

In der Diskussion verweist Schülggen darauf, daß man eine Begrenzung vornehmen muß. Die Begrenzung muß gezielt auf exemplarische Dinge geschehen.

Vetter fragt nach Friedensarbeit, nach gesellschaftlichem Engagement, nach Ost-West-Beziehungen, Treffen Engagierter etc. Er verweist im besonderen auf theologische Fragen.

Wer ist heute der Nächste?

Wie verhält es sich mit dem Dienst und der Ohnmacht im Verhältnis zur Macht?

Wie ist das Verhältnis von Revolution und Reformation?

Was heißt, "Kreuz als Symbol ernst nehmen?"

Im Blick auf die Zielstellung einigen sich alle dahin, daß es darum geht, daß wir uns selber klarmachen müssen, welchen Weg wir gegangen sind und was mit unserem Dienst in der Kirche geschehen ist. "Wir müssen zur eigenen Klarheit kommen".

(Heyroth)

Schülggen fragt, stimmt die These: Die Gossner-Mission hat viele Anstöße gegeben - die Kirche hat sie aufgenommen?

Roepke: Es muß noch eine andere Zielgruppe außer uns geben.

Berger: Wir haben die zwei verschiedenen Kirchen zu beachten, in denen wir vorhanden sind. "Unser Beitrag muß ein Gespräch für Leute sein, die wirklich im Dialog sein wollen."

Schottstädt: Die Zielgruppe sind Menschen in der Kirche, die mit uns auf dem Wege sind und die uns auf dem Wege befragen!

Vetter verweist auf den Unterschied von Bilanz und Inventur. Wenn wir wirklich eine Bilanz machen, hat das enorme Konsequenzen für unsere gesamte Weiterarbeit. Vielleicht sollten wir vorsichtiger von Inventur sprechen.

Schottstädt nennt die Gebiete, die nach seiner Sicht behandelt werden müsten:

1. Gruppendifenste / Teampfarrämter (dazu Wohnwagen, Aufbau-lager, Pastorenarbeitslager, arbeitende Theologen)
2. Gesellschaftliches Engagement (dazu Laienfrage, gesell-schaftliche Diakonie etc.)
3. Christliche Unterweisung (dazu alle Dokumente in der Erziehungsarbeit, praktische Arbeit in Buckow, Katechetische Neuorientierung)
4. Retraite (dazu Mitarbeiterkonferenz, Gemeindedienste, Begleitung, Gebet)
5. Solidaritätsdienste und ökumenische Dienste (gesellschafts-bezogene Arbeit an den Kirchen in sozialistischen Ländern).

Schülzgen gibt dem ganzen eine inhaltliche Ausrichtung und nennt fünf Sätze, die von allen angenommen werden:

1. Die Bemühung um Veränderung in der Kirche
2. Politische Mitarbeit in der Gesellschaft, Mitarbeit für den Frieden
3. Die Vorbereitung auf ein Leben in Kirche und Gesellschaft
4. Die Anregung der Reflexion über ein Leben in Kirche und Gesellschaft
5. Mit welchen Instrumentarien (Gemeinschaften) wurde die Arbeit getan?  
Wie war das Verhältnis zu anderen Gruppen?

Zu den ersten vier Punkten werden Gruppen eingesetzt.

Zu 1. Schülzgen, Heyroth, F. Richter, H. Berger.  
Einberufer Schülzgen

Zu 2. Roepke, Vetter, Ludwig, Schottstädt.  
Einberufer Roepke

Zu 3. - I. und M. Richter, Kiekbusch  
Einberufer M. Richter

Zu 4. Rottmann, Schottstädt.  
Einberufer Schottstädt

Die Gruppen können sich mit anderen ergänzen.

Die Gruppe trifft sich als Arbeitsgruppe erst wieder am  
Samstag, 30. November 1974 um 10.30 Uhr bei der Gossner-Mission,  
rechter Seitenflügel zwei Treppen.

Bis dahin sollen die Untergruppen erste Ergebnisse zusammen-  
getragen haben.

Allen Gruppen werden die Briefe von Prof. Holtz als  
Anregung mitgegeben.

Für das Protokoll:

*Bosse, Personals*

Anhang: 2 Briefe von Prof. Holtz, Rostock

A b s c h r i f t

Rostock, den 1.8.1973

Lieber Bruder Schottstädt,

ich habe Ihnen doppelt zu danken:  
für Ihren Brief vom 22. Juni und die Vermittlung von  
"Konkret-Verbindlich". Meinen Dank statte ich Ihnen heute ab.

Ihre Druckschrift habe ich aufmerksam studiert. In einem entscheidenden Punkt hat sie mich nicht befriedigt, wahrscheinlich auch Sie selbst nicht.

Zunächst ein Wort zu dem Verbindlichen. Die Probleme, die Sie im Aufsatzteil und den Dokumenten aufrollen, haben mich schon seit zehn Jahren und länger lebhaft beschäftigt, sowohl in meiner akademischen Lehrtätigkeit wie in der Be- rührung mit meinen Schülern, die z.T. auch Ihre Mitarbeiter gewesen sind - ich denke z.B. an Pastorin Inge Schmidt - und mit denen ich in Erfahrungsaustausch geblieben bin. Je älter ich geworden bin, umso mehr hat mich der Schritt aus der Theorie in die Praxis bewegt. Daß Sie und Ihre Freunde Schrittmacher der Praxis gewesen sind und weiter sind, hat mich seit langem auf Sie aufmerken lassen. Es konnte mir natürlich auch nicht verborgen bleiben, daß die alten Missionsgesellschaften auf neue Arbeitsfelder ausziehen mußten. Da haben Sie wohl die energischsten Schritte getan.

Der Aufsatzteil ist einheitlich und anregend, aber sagt wesentlich Neues nicht. Das ist von mir nicht überbewertet. Immerhin: wer den synodalen Verhandlungen und den theologischen Diskussionen an allen Orten gefolgt ist, wer auch Hoekendijk gelesen und sich mit ihm auseinandergesetzt hat, der weiß Bescheid, ~~sieh~~ <sup>schon wenn</sup> er Ihr Buch in die Hand nimmt. Sie werden neue Leser erreichen wollen, und das kann ich Ihnen und unserer gemeinsamen Sache natürlich nur wünschen. Wozu aber muß Jacob die ganze schwere theologische Artillerie auffahren lassen? Steht so ein Aufsatz an seinem rechten Ort? Eine einsame Stimme läßt Schönherr laut werden, - mit dem Wort zum Gebet. Ich hatte mich in den letzten Wochen mit dem Buch von Marcel Légaut, Meine Erfahrung mit dem Glauben, Herderverlag 1972, auseinanderzusetzen. Dieser französische Laie, der den Weg vom Mathematikprofessor zum Bauern gegangen ist, ruft eindrucksvoll nach einer Neuerweckung der Mystik. Es könnten mehr solcher Stimmen laut werden. Ihnen müßte in Büchern wie dem Ihrigen wohl begegnet werden.

Aber die bisherigen Bemerkungen sollen keine eigentliche Kritik sein, denn die Übereinstimmung überwiegt. Was ich nun wirklich vermisse, ist eine nüchterne Rechenschafts- ablegung über Fortschritte und Enttäuschungen in der Arbeit, um die verrufenen Worte "Erreichtes", "Erfolg" zu vermeiden.

Memorandum 1 stammt vom Jahr 1961. Was ist in den bisherigen 12 Jahren in Lübbenau und Schwarze Pumpe geglückt oder schief gegangen? Tritt man auf der Stelle? Steht man im Gespräch mit verantwortlichen politischen Funktionären? Hat man heute immer noch nur Gastrecht in einer katholischen Kirche? Wie denkt man sich den Fortgang der Arbeit? Ich bin gewiß, daß Sie darüber ständig mit Ihren Mitarbeitern beraten. Es wird gewiß viele interne Protokolle geben. Aber nun wandten Sie sich an die Öffentlichkeit, ohne - "Bilanz" zu ziehen. Können Sie sich das leisten in einer so schnell-lebigen Zeit, die immerzu neue Aufgaben stellt? Ich würde z.B. gern einen Vergleich ziehen mit der Aufbauarbeit in den Neustädten von Rostock. Da gäbe es manchen Berührungspunkt mit Ihnen, aber auch Unterschiede, z.B. im zähen Bemühen um ein Gemeindezentrum, das zur Zeit am Rande von Lütten Klein entsteht. Es gibt wieder Annäherungen an die konventionelle kirchliche Arbeit.

Noch eins: ich würde es begrüßen, wenn wir nüchterne Berichte über Partnerschaftsarbeit bekämen. Der Forderungen wird man überdrüssig. Die Zeit zum Strukturenvergleich reift heran, nicht in theologischer Kontroverse, sondern in konkreter Rechenschaftsablage.

Lieber Bruder, Sie haben mich herausgefordert. Sein Wort zu sagen ist leicht, besonders wenn man nicht mehr im Frontdienst steht. Wie hoch ich Sie und Ihre Arbeit achte, möchte ich damit andeuten, daß ich Ihrem Konto 200,-- M überweise.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

gez. D. Holtz

Prof. D. Holtz  
25 Rostock  
Georginenweg 7

Rostock, den 5.11.1973

Lieber Bruder Schottstädt,

Sie erwiesen mir Ehre und Vertrauen, indem Sie mich zu einer Mitarbeiterkonferenz einluden. Aber ich kann Ihrem Ruf nicht folgen. Sie können schlecht wissen, daß ich leidend bin. Es ist mir nur unter großer Anstrengung und Pein möglich, meinen Kopf einen vollen Tag hochzuhalten. Mir fehlt über ein Drittel der Nackenmuskulatur. Von quälenden Schmerzen bin ich nie frei. Längere Reisen kann ich nur in Notfällen riskieren. Außerdem: ich werde in wenigen Wochen 75 Jahre alt! Und ich habe bisweilen Furcht, hundert Jahre alt zu werden!

Spezielle Fragen ergeben sich nach meiner Erfahrung aus dem Gespräch, wenigstens dann, wenn sie gezielt sein sollen. So habe ich kaum Mut, einige zu formulieren. Ich sehe im Geist, wie einer Ihrer Mitarbeiter eine solche Liste vornimmt und sie in 15 Minuten erledigt. Das wäre fast ein normaler Ablauf. Darum zurückhaltend nur ein Weniges:

Wie urteilt man nach 10 Jahren Erfahrung und länger über den Zeitaufwand bei stets offener Tür im Vergleich mit der Sprechstunde, die zu gelegener Zeit anzusetzen ist; wie erwehrt man sich der Schwätzer;

Welche Ziele werden anvisiert und - erreicht, soweit man davon im Ernst reden kann: Gebet, Gebetsgemeinschaft, Bibellesen, Nachbarschaftshilfe; welche kritische Linie hat sich hier ergeben.

Hat die vielberufene Partnerschaft wesentlich über Programme hinausgeführt; ist die Verantwortlichkeit realiter verteilt; beobachtet man kritisch, daß man sich hinter Programmen und dem Rücken anderer versteckt;

Trägt man zur "religionslosen Theologie" etwas hinzu, das über Theoretisieren und Rhetorik hinausgeht; welche Erfahrungen liegen hier in Seelsorge und Verkündigung vor;

Öffnen sich politische Türen; merken die Funktionäre auf; wie reagieren sie;

Kann man eine christliche Kontinuität im Generationen- und Partnerwechsel beobachten;

Bekennen die jungen Mitarbeiter feste Kirchlichkeit und praktizieren sie sie. Wundern sie sich nicht über diese Frage.

An allen theologischen Sektionen beobachtet man, daß die Theologiestudenten nicht zum Gottesdienst gehen, nicht selten während des ganzen Studiums zu keinem einzigen.

Ein Beispiel: In Greifswald befand sich ein Theologiestudent so gut wie geheilt in der Klinik. Die Stationsschwester sagt am Morgen zu ihm: Sie gehen doch gewiß in die Kirche. Er entrüstet: ich gehe nie in die Kirche.

Wenn unsere Gemeinden nicht so verlottert wären, würden sie mit Vikaren, die ihnen zugemutet werden, ein Gespräch führen, in dem auch die Frage käme: Wie oft sind Sie am Sonntag während Ihres Studiums zum Gottesdienst gegangen? Bei negativer Antwort müßte gesagt werden: "Geh Du nur wieder hin, wo Du gewesen hast, und binde Deinen Gaul an einen dünnen Ast";

Auch noch die Frage nach der Sexualität, - nicht der "Gemeindeglieder" - wie es da aussieht, weiß man - sondern der "Missionare", wenigstens der werdenden. Ein Theologiestudent wird morgens um 6 Uhr verhaftet; die Polizei findet ihn mit einem Mädchen im Bett; das geschah in einem Konvikt und scheint typisch zu sein. Ein Assistent der Theologie, verheiratet, setzt sich in den W. ab, ohne seine Frau. Das Paar führte mit einem anderen Paar zusammen eine "Ehe" zu Viert.

So sieht es aus! Es wäre gut, wenn die Gossner-Mission die theologischen Studentenschaften in ihr Programm aufnähme.

Aber, lieber Bruder Schottstädt, ich bin 75 Jahre alt! Manchem sagt das schon genug!

Fritzsche sagte mir, er hätte Ihnen nicht schreiben können, weil die Sache es nicht erlaube. Es würde aber aus ihr bestimmt nichts werden.

Nun wünsche ich für Ihre Arbeit einen gesegneten Fortgang und grüße Sie und die Brüder und Schwestern.

Ihr

gez. Holtz

## Protokoll

### des ersten Gesprächs für eine Gossnerbilanz am 2. März 1974

Anwesend: Heyroth, Kickbusch, I. und M. Richter, Roepke, Schülzgen, Vetter, Ludwig, Berger, F. Richter, Schottstädt

Der Gruppe liegen 2 Briefe von Prof. Holtz aus Rostock vor, die von M. Richter und Schottstädt vorgelesen werden, und der Fragenkatalog aus der Einladung vom 28.11.1973.

Schottstädt trägt 3 Punkte vor, die diskutiert werden sollten:

1. Zweck und Ziel - für wen? Aus welchem Grunde?
2. Wie ist das mit den vorhandenen Ansätzen? - Haben wir nur aufgenommen oder nur selber angeregt? Oder beides zusammen? Von wem haben wir aufgenommen? - Unterwegskreis? Französischer Arbeiterpriester? Industriearbeit Symanowski?
3. Was ist geschehen und wo liegen Schwerpunkte?
  - a) Gruppenarbeit
  - b) Kirchenkreisleitung
  - c) arbeitende Theologen
  - d) Wohnwagenarbeit
  - e) Aufbaulager
  - f) ökumenische Verbindungen (besonders Indien und sozialistische Länder)
  - g) Kätechetik und Buckow
  - h) Studentenarbeit

Für das ganze gilt: Die Gossner-Mission hat gesellschaftsbezogen gearbeitet und versucht, gemeindlich zu erneuern. Sie hat sich mit aktuellen Fragen beschäftigt, dabei besonders berücksichtigt:

- a) Bewältigung der Vergangenheit
- b) Annäherung der Gegenwart
- c) Gespräch mit Andersdenkenden.

Von Martin Richter wird aufgrund einer Vorarbeit der Fragenkatalog ergänzt

Haben wir uns die Aufgaben nur gesucht oder haben wir sie von der Kirche bekommen?

Welches sind die Resultate?

Was ist nicht geworden?

Martin Richter unterstreicht aufgrund des Briefes von Prof. Holtz "konkrete Rechenschaftslegung".

In der Diskussion verweist Schülgzen darauf, daß man eine Begrenzung vornehmen muß. Die Begrenzung muß gezielt auf exemplarische Dinge geschehen.

Vetter fragt nach Friedensarbeit, nach gesellschaftlichem Engagement, nach Ost-West-Beziehungen, Treffen Engagierter etc. Er verweist im besonderen auf theologische Fragen.

Wer ist heute der Nächste?

Wie verhält es sich mit dem Dienst und der Ohnmacht im Verhältnis zur Macht?

Wie ist das Verhältnis von Revolution und Reformation?

Was heißt, "Kreuz als Symbol ernst nehmen?"

Im Blick auf die Zielstellung einigen sich alle dahin, daß es darum geht, daß wir uns selber klarmachen müssen, welchen Weg wir gegangen sind und was mit unserem Dienst in der Kirche geschehen ist. "Wir müssen zur eigenen Klarheit kommen".

(Heyroth)

Schülgzen fragt, stimmt die These: Die Gossner-Mission hat viele Anstöße gegeben - die Kirche hat sie aufgenommen?

Roepke: Es muß noch eine andere Zielgruppe außer uns geben.

Berger: Wir haben die zwei verschiedenen Kirchen zu beachten, in denen wir vorhanden sind. "Unser Beitrag muß ein Gespräch für Leute sein, die wirklich im Dialog sein wollen."

Schottstädt: Die Zielgruppe sind Menschen in der Kirche, die mit uns auf dem Wege sind und die uns auf dem Wege befragen!

Vetter verweist auf den Unterschied von Bilanz und Inventur. Wenn wir wirklich eine Bilanz machen, hat das enorme Konsequenzen für unsere gesamte Weiterarbeit. Vielleicht sollten wir vorsichtiger von Inventur sprechen.

Schottstädt nennt die Gebiete, die nach seiner Sicht behandelt werden müßten:

1. Gruppendienste / Teampfarrämter (dazu Wohnwagen, Aufbau-lager, Pastorenarbeitslager, arbeitende Theologen)
2. Gesellschaftliches Engagement (dazu Laienfrage, gesell-schaftliche Diakonie etc.)
3. Christliche Unterweisung (dazu alle Dokumente in der Erziehungsarbeit, praktische Arbeit in Buckow, Katechetische Neuorientierung)
4. Retraite (dazu Mitarbeiterkonferenz, Gemeindedienste, Begleitung, Gebet)
5. Solidaritätsdienste und Ökumenische Dienste (gesellschafts-bezogene Arbeit an den Kirchen in sozialistischen Ländern).

Schülzgen gibt dem ganzen eine inhaltliche Ausrichtung und nennt fünf Sätze, die von allen angenommen werden:

1. Die Bemühung um Veränderung in der Kirche
2. Politische Mitarbeit in der Gesellschaft, Mitarbeit für den Frieden
3. Die Vorbereitung auf ein Leben in Kirche und Gesellschaft
4. Die Anregung der Reflexion über ein Leben in Kirche und Gesellschaft
5. Mit welchen Instrumentarien (Gemeinschaften) wurde die Arbeit getan?  
Wie war das Verhältnis zu anderen Gruppen?

Zu den ersten vier Punkten werden Gruppen eingesetzt.

Zu 1. Schülzgen, Meyroth, F. Richter, H. Berger.  
Einberufer Schülzgen

Zu 2. Roepke, Vetter, Ludwig, Schottstädt.  
Einberufer Roepke

Zu 3. I. und M. Richter, Kiekbusch  
Einberufer M. Richter

Zu 4. Rottmann, Schottstädt.  
Einberufer Schottstädt

Die Gruppen können sich mit anderen ergänzen.

Die Gruppe trifft sich als Arbeitsgruppe erst wieder am  
Samstag, 30. November 1974 um 10.30 Uhr bei der Gossner-Mission,  
rechter Seitenflügel zwei Treppen.

Bis dahin sollen die Untergruppen erste Ergebnisse zusammen-  
getragen haben.

Allen Gruppen werden die Briefe von Prof. Holtz als  
Anregung mitgegeben.

Für das Protokoll:

*Rosenberg*

Anhang: 2 Briefe von Prof. Holtz, Rostock

A b s c h r i f t

Rostock, den 1.8.1973

Lieber Bruder Schottstädt,

ich habe Ihnen doppelt zu danken:  
für Ihren Brief vom 22. Juni und die Vermittlung von  
"Konkret-Verbindlich". Meinen Dank statte ich Ihnen heute ab.

Ihre Druckschrift habe ich aufmerksam studiert. In einem  
entscheidenden Punkt hat sie mich nicht befriedigt, wahr-  
scheinlich auch Sie selbst nicht.

Zunächst ein Wort zu dem Verbindlichen. Die Probleme,  
die Sie im Aufsatzteil und den Dokumenten aufrollen, haben  
mich schon seit zehn Jahren und länger lebhaft beschäftigt,  
sowohl in meiner akademischen Lehrtätigkeit wie in der Be-  
rührung mit meinen Schülern, die z.T. auch Ihre Mitarbeiter  
gewesen sind - ich denke z.B. an Pastorin Inge Schmidt -  
und mit denen ich in Erfahrungsaustausch geblieben bin.  
Je älter ich geworden bin, umso mehr hat mich der Schritt  
aus der Theorie in die Praxis bewegt. Daß Sie und Ihre  
Freunde Schrittmacher der Praxis gewesen sind und weiter sind,  
hat mich seit langem auf Sie aufmerken lassen. Es konnte mir  
natürlich auch nicht verborgen bleiben, daß die alten Missions-  
gesellschaften auf neue Arbeitsfelder ausziehen mußten.  
Da haben Sie wohl die energischsten Schritte getan.

Der Aufsatzteil ist einheitlich und anregend, aber sagt  
wesentlich Neues nicht. Das ist von mir nicht überbewertet.  
Immerhin: wer den synodalen Verhandlungen und den theolo-  
gischen Diskussionen an allen Orten gefolgt ist, wer auch  
Hoekendijk gelesen und sich mit ihm auseinandergesetzt hat,  
der weiß Bescheid, ~~schon~~ <sup>wenn</sup> er Ihr Buch in die Hand nimmt.  
Sie werden neue Leser erreichen wollen, und das kann ich  
Ihnen und unserer gemeinsamen Sache natürlich nur wünschen.  
Wozu aber muß Jacob die ganze schwere theologische Artillerie  
auffahren lassen? Steht so ein Aufsatz an seinem rechten Ort?  
Eine einsame Stimme läßt Schönherr laut werden, - mit dem  
Wort zum Gebet. Ich hatte mich in den letzten Wochen mit dem  
Buch von Marcel Légaut, Meine Erfahrung mit dem Glauben,  
Herderverlag 1972, auseinanderzusetzen. Dieser französische  
Laie, der den Weg vom Mathematikprofessor zum Bauern gegangen  
ist, ruft eindrucksvoll nach einer Neuerweckung der Mystik.  
Es könnten mehr solcher Stimmen laut werden. Ihnen müßte in  
Büchern wie dem Ihrigen wohl begegnet werden.

Aber die bisherigen Bemerkungen sollen keine eigentliche  
Kritik sein, denn die Übereinstimmung überwiegt. Was ich  
nun wirklich vermisste, ist eine nüchterne Rechenschafts-  
ablegung über Fortschritte und Enttäuschungen in der Arbeit,  
um die verrufenen Worte "Erreichtes", "Erfolg" zu vermeiden.

Memorandum 1 stammt vom Jahr 1961. Was ist in den bisherigen 12 Jahren in Lübbenau und Schwarze Pumpe geglückt oder schief gegangen? Tritt man auf der Stelle? Steht man im Gespräch mit verantwortlichen politischen Funktionären? Hat man heute immer noch nur Gastrecht in einer katholischen Kirche? Wie denkt man sich den Fortgang der Arbeit? Ich bin gewiß, daß Sie darüber ständig mit Ihren Mitarbeitern beraten. Es wird gewiß viele interne Protokolle geben. Aber nun wandten Sie sich an die Öffentlichkeit, ohne - "Bilanz" zu ziehen. Können Sie sich das leisten in einer so schnell-lebigen Zeit, die immerzu neue Aufgaben stellt? Ich würde z.B. gern einen Vergleich ziehen mit der Aufbauarbeit in den Neustädten von Rostock. Da gäbe es manchen Berührungspunkt mit Ihnen, aber auch Unterschiede, z.B. im zähen Bemühen um ein Gemeindezentrum, das zur Zeit am Rande von Lütten Klein entsteht. Es gibt wieder Annäherungen an die konventionelle kirchliche Arbeit.

Noch eins: ich würde es begrüßen, wenn wir nüchterne Berichte über Partnerschaftsarbeit bekämen. Der Forderungen wird man überdrüssig. Die Zeit zum Strukturenvergleich reift heran, nicht in theologischer Kontroverse, sondern in konkreter Rechenschaftsablage.

Lieber Bruder, Sie haben mich herausgefordert. Sein Wort zu sagen ist leicht, besonders wenn man nicht mehr im Frontdienst steht. Wie hoch ich Sie und Ihre Arbeit achte, möchte ich damit andeuten, daß ich Ihrem Konto 200,-- M überweise.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

gez. D. Holtz

Prof. D. Holtz  
25 Rostock  
Georginenweg 7

Rostock, den 5.11.1973

Lieber Bruder Schottstädt,

Sie erwiesen mir Ehre und Vertrauen, indem Sie mich zu einer Mitarbeiterkonferenz einluden. Aber ich kann Ihrem Ruf nicht folgen. Sie können schlecht wissen, daß ich leidend bin. Es ist mir nur unter großer Anstrengung und Pein möglich, meinen Kopf einen vollen Tag hochzuhalten. Mir fehlt über ein Drittel der Nackenmuskulatur. Von quälenden Schmerzen bin ich nie frei. Längere Reisen kann ich nur in Notfällen riskieren. Außerdem: ich werde in wenigen Wochen 75 Jahre alt! Und ich habe bisweilen Furcht, hundert Jahre alt zu werden!

• Spezielle Fragen ergeben sich nach meiner Erfahrung aus dem Gespräch, wenigstens dann, wenn sie gezielt sein sollen. So habe ich kaum Mut, einige zu formulieren. Ich sehe im Geist, wie einer Ihrer Mitarbeiter eine solche Liste vornimmt und sie in 15 Minuten erledigt. Das wäre fast ein normaler Ablauf. Darum zurückhaltend nur ein Weniges:

Wie urteilt man nach 10 Jahren Erfahrung und länger über den Zeitaufwand bei stets offener Tür im Vergleich mit der Sprechstunde, die zu gelegener Zeit anzusetzen ist; wie erwehrt man sich der Schwätzer;

Welche Ziele werden anvisiert und - erreicht, soweit man davon im Ernst reden kann: Gebet, Gebetsgemeinschaft, Bibellesen, Nachbarschaftshilfe; welche kritische Linie hat sich hier ergeben.

Nat die vielberufene Partnerschaft wesentlich über Programme hinausgeführt; ist die Verantwortlichkeit realiter verteilt; beobachtet man kritisch, daß man sich hinter Programmen und dem Rücken anderer versteckt;

Trägt man zur "religionslosen Theologie" etwas hinzu, das über Theoretisieren und Rhetorik hinausgeht; welche Erfahrungen liegen hier in Seelsorge und Verkündigung vor;

Öffnen sich politische Türen; merken die Funktionäre auf; wie reagieren sie;

Kann man eine christliche Kontinuität im Generationen- und Partnerwechsel beobachten;

Bekennen die jungen Mitarbeiter feste Kirchlichkeit und praktizieren sie sie. Wundern sie sich nicht über diese Frage. An allen theologischen Sektionen beobachtet man, daß die Theologiestudenten nicht zum Gottesdienst gehen, nicht selten während des ganzen Studiums zu keinem einzigen.

Ein Beispiel: In Greifswald befand sich ein Theologiestudent so gut wie geheilt in der Klinik. Die Stationsschwester sagt am Morgen zu ihm: Sie gehen doch gewiß in die Kirche. Er entrüstet: ich gehe nie in die Kirche.

Wenn unsere Gemeinden nicht so verlottert wären, würden sie mit Vikaren, die ihnen zugemutet werden, ein Gespräch führen, in dem auch die Frage käme: Wie oft sind Sie am Sonntag während Ihres Studiums zum Gottesdienst gegangen? Bei negativer Antwort müßte gesagt werden: "Geh Du nur wieder hin, wo Du gewesen hast, und binde Deinen Gaul an einen dünnen Ast";

Auch noch die Frage nach der Sexualität, - nicht der "Gemeindeglieder" - wie es da aussieht, weiß man - sondern der "Missionare", wenigstens der werdenden. Ein Theologiestudent wird morgens um 6 Uhr verhaftet; die Polizei findet ihn mit einem Mädchen im Bett; das geschah in einem Konvikt und scheint typisch zu sein. Ein Assistent der Theologie, verheiratet, setzt sich in den W. ab, ohne seine Frau. Das Paar führte mit einem anderen Paar zusammen eine "Ehe" zu Viert.

So sieht es aus! Es wäre gut, wenn die Gossner-Mission die theologischen Studentenschaften in ihr Programm aufnähme.

Aber, lieber Bruder Schottstädt, ich bin 75 Jahre alt! Manchem sagt das schon genug!

Fritzsche sagte mir, er hätte Ihnen nicht schreiben können, weil die Sache es nicht erlaube. Es würde aber aus ihr bestimmt nichts werden.

Nun wünsche ich für Ihre Arbeit einen gesegneten Fortgang und grüße Sie und die Brüder und Schwestern.

Ihr

gez. Holtz

## CHRISTSEIN IN DER DRITTEN KONFESSION

Festvortrag aus Anlaß des 200. Geburtstages von Johannes Evangelista Gossner am 16. Dezember 1973 im Hause der Kirche in Berlin

Liebe Freunde, als Johannes Gossner, den es um 1824 nach Leipzig verschlagen hatte, dort mit 15 bis 20 Personen abendlich Hausgottesdienste abhielt, informierten die Nachbarn die Polizei, daß in der Wohnung dieses Mannes, der aus Rußland verbannt war, allabendlich Leute zusammenkämen. Die Polizei stand auf der Straße und wartete bis die Leute ihre frommen Lieder zu Ende gesungen hatten, und als sie dann ahnungslos herauskamen, wurden ihre Namen aufgeschrieben, und der Rädelshörer, Gossner, wurde gründlich verhört. Auf die Frage, welcher Konfession er sei, gab er zur Antwort: er sei ein Christ. Die Polizei war damit nicht zufrieden. Das sei nicht genug, ob katholisch, lutherisch usw. Gossner bemerkte dazu, nun wisse er doch von Amts wegen, daß es mitten in der Christenheit nicht genug sei, ein Christ zu sein.

Nun, meine Damen und Herren, an diesen Tatbeständen und Erfahrungen, an diesem Skandal hat sich bis heute nichts geändert. Im Dezember 1967 wollte in Köln ein kleiner Kreis, im Anschluß an einen Sonntags-Gottesdienst, ein Gespräch über Vietnam führen. Das Generalvikariat verbot dort das Verweilen im Kirchenraum und einer der Eingeladenen informierte vorsorglich den Verfassungsschutz. Die Versammlung fand dann, bei klirrender Kälte, draußen auf dem Kirchplatz statt.

Ich denke, wir können den Mann, zu dessen Gedenken wir hier versammelt sind, am besten so ehren, daß wir seine Erfahrungen weiter denken und sie mit unseren eigenen Erfahrungen vermitteln. Dieser Weg legt sich mir auch aus ganz persönlichen Gründen besonders nahe, weil ich in eine ähnliche Geschichte wie die Gossners, nämlich die Ablösung aus einer Konfession und das Suchen einer Neuen verstrickt bin.

Mein Vortrag hat drei Teile, den ersten nenne ich "Verwurzelung und Auszug", den zweiten "Die Ökumene von oben", den dritten "Die dritte Konfession" - Vision und Realität.

1. Das Problem der dritten Konfession über Protestantismus und Katholizismus hinaus kann nur der verstehen, der ein Stück Verwurzelung in der ihn überkommenen Konfession hat, der also bestimmte Heimatgefühle besitzt, die ihn mit dem Herkommen, den Bräuchen, den spezifischen Gewohnheiten und Vorurteilen seiner Kirche verbinden.

Die Trennung der Konfessionen wird hier bei uns normalerweise als selbstverständlich angesehen, der darin liegende Skandal oder die Unsinnigkeit wird von vielen Menschen kaum mehr empfunden. Im Gegenteil: An Abgrenzungssucht und verborgener oder auch offener Aggressivität stehen sich beide Konfessionen kaum nach. Ich nenne nur ein Vorurteil in meiner protestantischen Konfession, daß man z. B. in meiner Familie hören konnte, über einen Menschen: Er ist katholisch, aber wirklich intelligent. Und dieses "Aber" sagt alles. Das ist durchaus üblich; ein

ganz selbstverständliches, ganz normales Vorurteil. Auch dann, wenn solche Vormeinungen im Kopf aufgehoben sind, bleiben doch die Heimatgefühle an der eigenen Konfession hängen, die Bewertungen bleiben, und zwar meistens an Gewohnheiten oder an qualitativ nicht ausgewiesenen Dingen. Die Konfessionstrennung ist heute wesentlich dadurch bestimmt, daß das Unwesentliche wesentlich genommen wird. Man orientiert sich dann mit Vorliebe an den schwächsten Stellen der anderen Konfession. Man sucht sie an ihren miesesten Punkten auf und beurteilt sie von da. Zum Beispiel verwechseln Protestanten fast durchgängig Katholizismus und Amtskirche. Sie haben keinerlei Erfahrungen mit der Realität des Katholizismus und gehen daher von einem Vorverständnis aus, das Amtskirche und Katholizismus in eins setzt. Sie müssen erst in einem langsamem Lernprozeß erfahren, daß dies in Wirklichkeit nicht mehr das gleiche ist.

Jeder Auszug aus der eigenen Konfession, ihren Gewohnheiten und Vorurteilen, ist von Ängsten begleitet. Es entsteht dann häufig ein zwiespältiger Zustand, gerade bei engagierten Katholiken ist das der Fall. Einerseits ist man dem System entwachsen, man umgeht einen großen Teil der amtskirchlichen Vorschriften, man lebt in ganz anderen Kategorien. Man feiert das Abendmahl ohne Absegnung von Hierarchie außerhalb der konfessionellen Grenzen, andererseits bemüht man sich vielfach, fast verkrampft, um ein Darinsein oder Darinbleiben.

Ähnliche Erfahrungen hat auch der katholische Priester Gossner in Dirlewang gemacht. Er hat dort Kreise erweckt, die dann noch lange Zeit in der römischen Kirche existierten, einigermaßen unbehelligt von oben und selber gleichgültig geworden gegen die abgestreiften Sitten und Gebräuche ihrer eigenen Kirche.

Aber für diese Christen - und das trifft nun wieder für beide Konfessionen zu - entsteht aus diesem gewissen Zwiespalt des "Draußenseins" und "Drinnenseins", eine Hoffnung auf Reformen, die sie lange Zeit in diesem Zustand aushalten läßt.

Diese Hoffnung ist meiner Meinung nach häufig überdimensional und illusionistisch geworden. Es ist z. B. erschütternd zu lesen, daß schon für Gossner und seine Freunde die Annahme, der Zölibat werde demnächst abgeschafft - also in den frühen Jahren des vorigen Jahrhunderts! - in ihren Gesprächen herumgeisterte. Nun, sicher hat Gossner auch eine Zeit lang Anteil an dieser Hoffnung auf Reformen gehabt, aber er war doch viel zu radikal, um sich von dieser illusionistischen Speise zu ernähren. Als sein Freund, der Kaplan Lindell, ihm erklärte, daß er mit Zustimmung nach dem Willen Gottes das Zölibat abschüttete und mit seiner Braut den Treuebund der Ehe geschlossen habe, gibt ihm Gossner mit der Bemerkung, wenn Gott sie zusammengeführt hätte, so hätte er nichts dagegen, den Segen. Der Biograph Gossners, das erwähne ich nur nebenbei, der durchgehend den Standpunkt der protestantischen Amtskirche vertritt, beurteilt dieses Verhalten als "unbesonnen". Das Genehmigungsdenken, das sich hier ausspricht, ist sicher im Protestantismus tiefer, weil verinnerlichter verwurzelt als im Katholizismus.

Ich erinnere mich z.B. an eine Begebenheit in unserer Gruppe, dem politischen Nachtgebet, daß wir auf den Gedanken kamen, gemeinsam Abendmahl zu feiern, und ich spontan unsere Katholiken fragte: "Ja, dürft ihr das denn?" und sie lachten mich aus wegen der Rückständigkeit meiner Frage, die selbst noch im Legitimationsdenken verhaftet war, in diesem ängstlichen nach-oben-Fragen. Dieser Abbau des Genehmigungsdenkens ist ein Schritt in den Befreiungsprozeß aus der Konfessionalität. Wir müssen alle daran arbeiten, dieses Genehmigungsdenken aufzuheben. Das ist natürlich ein weiter Weg. Ich befürchte nur, die sich ins Unendliche verlagernden Hoffnungen auf Reform machen Menschen krank, und dies im Protestantismus nicht weniger als im Katholizismus.

Die zähe Verteidigung der Volkskirche ist solch eine falsche reformistische Hoffnung von Menschen, die diesen Auszug aus der eigenen und das Gehen in eine neue Konfession geistig noch nicht vollzogen haben. Ich spreche jetzt nicht über den institutionellen Vollzug des Übertritts, zu dem schon Gossner ausschließlich aus pragmatischen Überlegungen kam, nicht etwa durch die Einbildung, das Evangelium sei im Protestantismus reiner bewahrt als im Katholizismus. Er hat seinen eigenen Übertritt, den er nicht gern mit diesem Wort beschrieb, weil ihn das an Übertreter also eine Art von Verräter - erinnerte, rein pragmatisch gerechtfertigt und begründet. Er hatte schon sehr früh Erfahrungen gemacht, von denen ich also auch sehr viel erzählen könnte: Von einer Gemeinschaft von Christen, die vergessen zu haben scheinen, daß sie verschiedenen Kirchen angehörten.

Es ist eine Erfahrung, die wir sehr lange Zeit gemacht haben, daß wir von bestimmten Leuten aus unserer Gruppe Nachtgebet nicht wußten, welcher Konfession sie angehörten oder ob sie ausgetreten waren. Der Biograph Gossners kann sich darüber nur wundern, daß man das Trennende so völlig übersehen kann, er nennt das harmlos und naiv. Und das ist es im gewissen Sinne auch. Gossner redete einem Freund, als er den Wunsch hatte, zum Protestantismus überzutreten, diesen mit den Worten aus: "Bleib wo du bist, der lutherische Teufel ist ebenso schwarz wie der katholische." Der Exodus aus bestehender Konfessionalität hat dann, wenn er vollzogen wird, und das kann man auch an Gossners Erlebnissen nachweisen, häufig etwas von einer fast spielerischen Befreiung. Die neue Verständigung untereinander in wirklich ökumenischen Gruppen knüpft nicht nur an die Schwächen der anderen Konfession an, sondern an ihre Stärke. Ein Beispiel: In unserer Gruppe kam es vor, daß bei bestimmten komplizierten Aufträgen oder Verhandlungen mit Behörden jemand sagte: "Ach, das ist zu schwierig für einen Protestant. Die haben doch keine Phantasie und fallen immer so mit der Tür ins Haus; da muß ein Katholik hin." Es geht also um eine spielerische Überwindung von Gegensätzen, die in einer gemeinsamen Arbeit aufgehoben werden.

Die Angst vor dem Verlust von Heimat verwandelt sich in die Lust des Grenzenüberschreitens. Man muß sich klar sein, daß

in solchen Prozeßen natürlich Rückfälle immer wieder vorkommen. Da fragte eine gut katholische Freundin von uns nach einem gemeinsamen Gottesdienst, ob sie dann noch in die Messe müßte. Wir empfanden es als einen sehr starken Rückfall, solch eine Frage zu stellen. Gleichzeitig kann man auch beobachten, wie die Selbstverständlichkeit wächst, so daß man den normalen Konfessionalismus gar nicht mehr verstehen kann. Noch ein Beispiel dafür: Als baskische Priester mit einem Todesurteil bedroht waren, waren wir mit Heinrich Böll und einigen Spaniern in den Dom gegangen, dort hatten wir Gebete vorgelesen und uns dann mit den Spaniern zusammen einschließen lassen. Es gab eine lange Verhandlung mit der Behörde und einem Weihbischof. Am anderen Tage mußte ich eine Rede halten und sagte dann, wir seien in den Dom gegangen; es ist schließlich unsere Kirche, sie gehöre ja doch nicht dem Generalvikariat oder dem Bischof. Dann kam hinterher eine Frau zu mir und sagte: "Ja, das versteht ich gar nicht, Sie sind doch evangelisch. Wie können Sie dann sagen, der Dom sei unsere Kirche?" Es war mir tatsächlich gar nicht aufgefallen, daß jemand auf den Gedanken kommen könnte, daß ich als Evangelischer so etwas nicht sagen könnte.

Was ich damit beschreiben möchte, ist die Entstehung von gelebter und noch nicht institutionalisierter Konfession - dritter Konfession -, und diese können wir an sehr vielen Stellen heute beobachten.

Ich möchte noch einige Beispiele dieser Art anführen. Sie können sicher alle aus ihrem eigenen Erfahrungskreis Zeugnisse dafür geben, wo dritte Konfession - also Überwindung von Konfessionsgrenzen - entsteht. Ich habe z. B. in New York in einer Jesuiten-Kommune gewohnt. Dort war am Freitagabend ein gemeinsamer Gottesdienst, der aus einem Rundgespräch über die Ereignisse der Woche bestand, einem Gebet, einem gemeinsamen Schweigen, einer Art Abendmahl - ohne daß das den Formeln oder der Transsubstantiationslehre angepaßt gewesen wäre - und gemeinsames Essen. Ähnliches kann man von den Shalom-Gruppen in Holland erzählen. Auch dort entstehen Aktionen und selbstverständlich Gemeinschaften, die nicht mehr auf ein Legitimationsdenken angewiesen sind. Der Kreis um die Brüder Berigan wäre auch ein interessantes Beispiel für diese entstehende neue Ökumene von unten. Diese Gruppen konzentrieren sich nicht darauf, was ihnen gemeinsam ist oder was sie trennt. Das ist eine Frage, die immer unwichtiger wird. Das ist eine bloße konfessionalistische Fragestellung, Die eigentliche Frage, die diese Frage bewegt, ist viel tiefer angesetzt. Sie heißt: "Wie können wir christförmiger werden, oder wie können wir Christus klarer, weniger zweideutig, weniger klerikal verhüllt oder zerstört - in unserem Leben bezeugen? Wie können wir das neue Sein leben?"

2. Ökumene von oben. Eines der Haupthindernisse auf dem Weg zu einer neuen Frömmigkeit, in der eine andere Gemeinsamkeit erlebt wird, ist dieses theologische und verwaltungsmäßige Zusammenspiel kirchlicher Herrschaft. Auch da kann man sehr schön an Gossners Erfahrungen anknüpfen. Er wollte das

Evangelium aller Kreatur, sie sei katholisch oder lutherisch, predigen. Er mußte aber, als er zum Protestantismus übertrat, eine Prüfung über sich ergehen lassen. Er schildert das in einem Brief, aus dem ich wenigstens ein kleines Stück zitieren möchte: "Ach, welche Tage! Nimmer nimmermehr möchte ich sie wieder erleben, es sei denn, der Herr wolle es. Was möchte man ihm zuliebe nicht alles tun; durch die Hölle gehen, wäre jetzt nicht zu viel. Verließ er doch für uns den Himmel, warum sollten wir nicht vor dem Konsistorium stehen und uns zurufen lassen, ob wir buchstabieren können das ABC der Welt.

Ach, wenn sie doch das arme Schülerchen gesehen hätten (immerhin ein 54jähriger Mann mit internationalen Beziehungen und Erfahrungen!), wie es dasaß vor den hohen Geistern und nichts wußte als ah, ah, ah. Sie hätten ein Vaterunser für mich gebetet. Aber nun ist's vorbei. Nun danken sie mir, ich bin nun konsistorialiter erklärt, daß ich predigen darf und kann, und nun habe ich den Schlüssel zu den lutherisch-evangelischen Kanzeln gefunden. Und den zu den katholischen haben sie mir genommen. Ich hätte lieber beide gehabt, aber das dulden die Menschen nicht."

Gossner, der einen sehr klaren Realitäts-Sinn besaß, erkannte, daß die strukturelle Ähnlichkeit der Kirchen viel wichtiger ist als ihre dogmatischen Verschiedenheiten. Nicht Christus stellt die Einheit dieser Ökumene dar, sondern dieselbe Struktur von Herrschaft, Ordnungssinn und Bürokratie. Deswegen fand Gossner keinen bemerkenswerten Unterschied zwischen der konsistorialen Leitung der Kirche und der bischöflichen. In beiden Lagern ein Bürokratismus, der sich nicht im Dienste des Herrn weiß. Es ist in den späteren Äußerungen Gossners immer wieder die gewisse Gereiztheit eines langjährigen Predigers unverkennbar etwa über die ahnungslosen, taktlosen, klerikale Herrschaftsallüren kaum verhüllenden Fragen seiner neuen Herren in Berlin, die ihm etwa zum Schreiben einer lateinischen Prüfungsarbeit und zum Ablegen von Prüfungen zwingen. Auch darin hat sich außerordentlich wenig geändert, bis heute. Gossner wurde z. B. gefragt, ob er das unverfälschte lautere Evangelium predigen wolle, und sagte klar darauf: "Dreißig Jahre habe ich das getan, warum jetzt nicht mehr?"

Während also seine Frager offenbar unterstellten, daß er innerhalb des Katholizismus dies nie getan haben könne ... nun, auch dafür könnte ich eine Reihe von Beispielen aus den Erfahrungen, die mein Mann mit der Rheinischen Kirchenleitung gemacht hat, die in ganz ähnlichem Geiste abgelaufen sind, erzählen. Eine der glücklichsten Erfahrungen Gossners war die Zeit in Petersburg, als er sah, wie um ihn herum eine Gemeinde entstand, deren Glieder äußerlich drei verschiedenen Kirchen angehörten, der Russisch-Orthodoxen, der Katholischen und der Evangelischen, und die auch in diesen Kirchen blieben, dabei aber geflissentlich die Trennungspunkte übersahen, weil sie eben nicht mehr wichtig für sie waren. Wo lebendige dritte Konfession entsteht, da verschwindet das Interesse an diesen

Trennungspunkten ganz von selber. Es nimmt aber kein Wunder, daß dann die Konflikte mit den Kirchenleitungen nicht abreissen. Das ist für Gossner sehr charakteristisch: der lange Umgang mit Menschen in einem institutionell nicht abgesicherten und auch nicht ritualisierten Rahmen entfernt ihn gründlich von allem Erlaubnisdenken.

Einmal hat er Missionare, die nach Ost-Indien gingen, eingezogen, und wurde gefragt, in wessen Auftrag er das denn eigentlich getan habe. Er sagte, in seinem eigenen. Das war nicht gerade eine sehr fromme Antwort, die man ja auch hätte erwarten können, und dann fragte er selbst, ob das Konsistorium es wirklich für etwas Böses halte, Missionare öffentlich vor der christlichen Gemeinde einzusegnen.

Das Bewußtsein einer Trennung ist immer dort stärker, wo Theologie und Verwaltung lebendige Frömmigkeit ersetzen. Auf dem Kirchentag in Düsseldorf in diesem Jahr haben katholische und evangelische Christen gemeinsam das Abendmahl genommen und hatten kaum das Bewußtsein, etwas Besonderes zu tun. Die katholischen Bischöfe in Nordrhein-Westfalen erklärten dazu am 10. 6. 1973: "Aus vielfach gegebenem Anlaß werden Priester und Gläubige erneut darauf hingewiesen, daß das Kreuzesopfer Jesu Christi ver gegenwärtig ist, wo ein geweihter Priester die Eucharistiefeier in gültiger Weise vollzieht. Daraus ergibt sich der fundamentale Unterschied zwischen der heiligen Messe und dem evangelischen Abendmahl." Nun, man muß natürlich fragen, für wen ist dieser Unterschied eigentlich fundamental? Wer zerbricht sich den Kopf über die Leuenberger Konkordie und hält sie für ein wesentliches Ereignis? Wer hat ein Interesse an einem konfessionell gegebenen Religionsunterricht? Sicher nicht die Schüler, sicher nicht die Gemeinden, sicher nicht die Basis. Das Bewußtsein der Trennung, also das konfessionalistische Bewußtsein, ist sehr exakt abgestuft. Es ist überprofiliert bei den Kirchenleitungen. Es ist deutlich erkennbar bei Theologen. Es ist relevant bei den Gliedern der Volkskirche, die die kirchlichen Dienstleistungen gelegentlich benutzen, aber im Grunde am Rand stehen. Es ist immer weniger wichtig bei den Gemeinden. In diesem Abstufungssystem haben die Theologen die Funktion, die Unterschiede zu rechtfertigen und sie als wichtig hinzustellen. Dabei entsteht eine gewisse Über-Theologisierung. Man hat ein Interesse daran, die Konfessionsgrenzen zu erhalten, weil ja die Funktionäre dieser Konfessionsgrenzen sozusagen selber überflüssig würden, wenn die Konfessionsgrenzen wegfielen. Diese Frage der Unterscheidung und der Unterscheidbarkeit ist also mehr eine Frage der Profis als eine Frage der Menschen, die miteinander glauben, Glauben lernen und im Glauben handeln. Ich meine, man sollte daraus die Konsequenz ziehen, daß es sinnlos ist, sich an solchen Strukturen weiter abzuarbeiten, also immer aufs neue um Erlaubnis für Selbstverständlichkeiten zu ersuchen, immer wieder aufs neue an absolut irrelevant gewordenen Formeln herumzudenken oder Probleme durchzudeklinieren, die uns nur noch historisch interessieren können.

Die Gefährlichkeit eines Zusammenspiels der "Ökumene von oben" hat sich gerade in der letzten Zeit erwiesen, als beide Kirchen (worunter man übrigens in unserer Presse prinzipiell die Amtskirchen-versteht) gemeinsam eine Erklärung zu § 218 herausgaben, die nun weiter hinter das, was in zahlreichen Gremien erarbeitet worden ist, zurückfällt. Daß der Rat der EKD, dessen einzelne Mitglieder vielleicht in anderen Gremien bereits sehr viel humanere Vorstellungen artikuliert hatten, sich nun auf das Niveau des Amtskatholizismus herunterdrücken ließen in ihrer Erklärung, ist ein sehr interessanter Fall für das Funktionieren der "Ökumene von Oben". Es handelt sich eigentlich um einen glatten Fall ökumenischer Erpressung, in der man protestantischerseits das Gewissen zu Gunsten der funktionierenden Einheit von oben geopfert hat. Ich persönlich neige dazu, das inhaltliche Problem für diese schöne Harmonie der Kirchen dann noch eher in einer allgemeinen politischen Hinsicht für wichtig anzusehen. Bei der Dis-kussion um § 218 geht es weniger um Embryos als um anstehende Steuer- und Bodenrechtsformen und vor allem um die nächste Wahl, und ich frage mich, ob dies hier nicht ein Fall ist, in dem es den Kirchen als eine Agentur des Kapitals sehr gelegen kommt, an einem beliebigen, aber emotional sehr hoch besetzten Thema den Klassenkampf von oben zu proben und sich dann nach gewissen wenigen Abweichungen, die einige unternommen haben, wieder auf die richtige Seite zu stellen. Die "Ökumene von Oben" erreicht die Absprache der Herrschenden untereinander. Aber darüberhinaus kann sie nichts leisten.

Was an dritter Konfession heute real da ist, das ist unter Protest oder in selbstverständlicher Entwicklung neuer Formen des Glaubens und Handelns gefunden worden. Neue Ziele und neue Interessen standen am Beginn der Gruppen, die sich nicht mehr in den bestehenden Kirchen formuliert fanden.

3. Neue Ziele und Interessen hängen mit der Vision und der Realität der dritten Konfession zusammen, d.h. sie hängen vor allem zusammen mit einer neuen veränderten Frömmigkeit. Sie ist, meiner Meinung nach, die Grundlage der entstehenden dritten Konfession. Ich versuche zunächst, die Realität der Erfahrungen etwas zu reflektieren. Ein wichtiges Merkmal für die entstehende neue Konfession ist, daß sie in Gruppen entsteht. Gemeinsamkeit ist also ein wesentliches Merkmal. Es geht nicht um individualistische Erweckung von einzelnen. Gerade weil die dritte Konfession im Kampf gegen falsche kirchliche Praxis entsteht, gerade darum muß sie das Merkmal von Gruppen haben. Ich denke etwa an die vielen Gruppen, die sich gegen das skandalöse, jahrelange Verschweigen von Vietnam in den Kirchen gewandt haben, oder später gegen das halbherzige, neutralistische Darüber-hin-reden. Gerade solche Gruppen haben Erfahrungen gemacht. Sie sind diffamiert worden durch die erste und die zweite Konfession und haben dann/praktisch erfahren, was diese Konfessionen leisten. Darum ist auch das Überschreiten

älterer konfessioneller Grenzen eine Art Gruppenvollzug. Wir hörten etwa in unserer Gruppe immer mehr auf, Zwangsgrenzen wie etwa die zwischen den Konfessionen oder die zwischen Theologen und sogenannten Laien oder die zwischen den verschiedenen Begabungen wie Hand- und Kopfarbeit - so überaus ernst zu nehmen. Ritualisierung liegt ja überall dort vor, wo Lachen und Denken verboten ist. In sehr vielen Gottesdiensten der bestehenden Konfessionen ist Lachen und Denken, die beide sehr eng zusammenhängen, verboten. Als bei uns, im politischen Nachgebet, zum erstenmal laut und schallend gelacht wurde, was sicher die Steine dieser mittelalterlichen Kirche auch noch nicht gehört hatten, da war dies für uns eine große Erfahrung der Befreiung, die auch unsere neue Beziehung zum Gottesdienst ausdrückt. Neue Gesten des Umgangs miteinander, neues Spielen gehören auch in dieses Verlassen bestehender Rituale hinein. Ein weiteres Merkmal ist eine neue Art der Enttheologisierung oder vielleicht besser gesagt ein Abbau von theologischer Fremdbestimmung, wie es sich auch in der maßlosen Überschätzung etwa philologisch-theologischer Bildung ausdrückt. Auch dies ist ein Zug, den man schon bei Gossner findet. Theologisch akademische Fragen, die nur für die Institutionsträger selber von Bedeutung sind, interessierten ihn nicht. Man kann in der Anlage seiner Kritik oder seiner Abwehr gegen solches Denken auch die Erkenntnis entdecken, daß Theologie ja auch immer Herrschaftswissen gewesen ist, mit der Absicht, den Theologen von der Masse des Volkes zu unterscheiden. Wenn man etwa die heutige akademisch theologische Diskussion beobachtet, mit ihrem ungeheuren intellektuellem Aufwand, der betrieben wird, etwa um den Wissenschaftscharakter der Theologie nachzuweisen, so wird es sehr wahrscheinlich, daß aus diesem Akademismus nichts an Grenzüberschreitungen bestehender kirchlicher Strukturen zu erwarten ist. Jede Art von Praxisbezug ist unter dem Niveau dieser Art von Herrschaftswissen. Die produktive Spannung, die alle große Theologie zur Frömmigkeit gehabt hat, ich denke z. B. an die Theologie Rudolf Bultmanns, die aus dieser großen Spannung heraus überhaupt nur verständlich ist, ist heute weit hin im akademischen Raum verschwunden.

Damit komme ich nun zu dem wesentlichen Merkmal, nämlich einer neuen Art von Frömmigkeit, das die neue Konfession bestimmt.

Es ist natürlich nicht ganz einfach, darüber etwas zu sagen, weil man das nicht nur in der Methode des Beschreibens machen kann. Ich muß zugleich versuchen, ein Stück unserer Vision darzustellen. Das wichtigste Merkmal gegenüber früherer Frömmigkeit ist eine andere Beziehung zur Welt. Wir können den Glauben nicht mehr aussprechen, indem wir von der Wirklichkeit abssehen und indem wir ein in sich klappendes, in sich richtiges System der Glaubensformeln etwa wiederholen. Wir können Golgatha nicht verstehen, wenn wir nicht wissen, was im Stadion von Santiago de Chile geschieht. Die Zerstörung etwa der politischen Hoffnungen, die Chile für uns bedeutete, ist auch eine Niederlage des Glaubens. Vielleicht kann man den Glauben, wie er dort in der dritten Konfession artikuliert wird, so verstehen, daß er fähig wird, Niederlagen zu erfahren.

Er kennt so etwas wie Gethsemane, das nicht nur solche Erfahrungen mit einem Ostersonntagsbewußtsein, so nivelliert, längst hinter sich gelassen hat. Mit Christus verbunden sein, bedeutet für uns nicht, an Zielen angekommen zu sein, oder sozusagen die Früchte seiner Anstrengungen zu genießen, sondern es bedeutet, seinen Weg zu gehen. Dann haben aber alle Leiden oder alle Freuden dieser Welt eine leibliche, materiell erfahrene Bedeutung. Der Glaube ist dann nicht mehr ein Instrument, um die Wichtigkeit der Welt herunterzuspielen oder sich auf Höheres zu besinnen, er ist eher die Vision einer Welt, in der alle Menschen werden können. Daher stärkt der Glaube unsere Fähigkeiten, die Welt wahrzunehmen, er sensibilisiert uns, unsere Wahrnehmungsfähigkeit für die Schmerzen anderer wird größer. Glauben lernen bedeutet, in einen Prozeß zu kommen, in dem man sich mehr und mehr reibt und verwundbar wird. Wie Christus sich schutzlos gemacht hat und zerstörbar, so führt auch unser Weg immer mehr dazu, alle Privilegien, die wir z. B. als Weiße oder als Mittelklasse haben, aufzugeben, also schutzloser zu werden und uns schutzlos in einen Weltbezug hineinbegeben.

Zur neuen Frömmigkeit gehört ja, dies übrigens wie zur alten, die Radikalität des Lebens. Daß das Wort "Radikaler" bei uns in der BRD so ein Schimpfwort geworden ist, zeigt auch, wie weit wir von jedem Verständnis von Frömmigkeit abgekommen sind. Ein Radikaler war ganz sicher auch Johannes Gossner. Ungeteilt sein, die ganze Hingabe leben, sich nicht zerstückeln lassen in dies und das, niemals aus der Radikalität der Liebe herausfallen, sie nicht relativieren zugunsten anderer Einsichten (wie Ordnung oder wie glattes Funktionieren) eines Sein und eines Wollen: das ist die Radikalität des Glaubens. Unsere Vision gewinnt ja ihre Kraft nicht aus der Stärke einer eigens zu entwickelnden Theorie der Weltveränderung. Wir partizipieren an den Theorien anderer, im wesentlichen an den Theorien der Sozialisten. Aber durch die Kraft der Hingabe, die uns trägt und die wir tragen, dadurch lebt diese Sache; und ich meine, so Gossner zu verstehen, wenn er "Christus in uns" sagt.

In dieser neuen Vision steckt auch ein Glaube an den Menschen, und zwar ein Glaube, der gerade im Protestantismus gründlich und substantiell zerstört worden ist. Es ist ja für die Großkirchen, im Gegensatz etwa zu den Sekten, immer bezeichnend gewesen, wie sehr sie das Volk verachteten; wie sehr sie die Ich-Stärke der Menschen schwächten oder verkrüppelten; wie sehr sie die Ängste und die falschen Schuldgefühle förderten. Das säkulare Gegenbild dieser religiösen Erziehung ist heute die spätkapitalistische Ohnmachtserfahrung, gekoppelt mit einer fatalistischen Hoffnung auf ein privates Arrangement mit dem Schicksal. Wenn ich das etwas bildhaft sagen darf: Man hat den Eindruck, viele Leute beten immerzu: "Mit unserer Macht ist nichts getan, aber vielleicht kann ich im Lotto gewinnen." Das ist ungefähr die Geisteshaltung, die von dieser säkularisierten Frömmigkeit noch übrig geblieben ist: Fatalismus dem wirklichen Schicksal gegenüber, religiös verklärt durch diese merkwürdige Vermischung von Sündenverständnis und Ohnmachtserfahrung, und dies dann gekoppelt mit spätkapitalistischen Wünschen.

Unsere neue Vision vom Menschen ist vielleicht der Jesu näher als der Luthers; etwa die Vision Jesu in den Sätzen: "Blinde sehen, Taube hören, Lahme gehen, und den Armen wird das Evangelium gesagt." Es heißt also nicht: wir sind und bleiben hier auf Erden blind und taub - auch wenn man das noch so oft hören kann, sondern Jesus sagt: "Blinde sehen und Taube hören." So etwas passiert, das ist Realität, und das kann nicht auf irgendwann abgeschoben werden. Christus spricht vom reichen Menschen, reich an Möglichkeiten, an menschlichen Beziehungen, an Ausstrahlungen, an Fähigkeit, Wunder zu tun. Der Mensch, der immer freier wird, immer furchtloser, immer offener, wird in eine doppelte Bewegung gerissen. Beides ist in unserer Vision ein Prozeß. Wir werden die theologische Verstümmelung überwinden, die darin besteht, wir könnten nur als Ohnmächtige, als Unterdrückte überhaupt ein Gesicht haben. Ernesto Cardenal, ein katholischer Priester und Revolutionär, schreibt in seinem "Nationalallied für Nikaragua": "Es gibt so viel Mais zu pflanzen, so viele Kinder zu unterrichten, so viele Kranke zu heilen, so viel Liebe zu verwirklichen, so viel Gesang. Ich singe ein Land, das bald geboren wird, der See an einigen Stellen blau, an anderen silber und gold; am Himmel fliegen Reiher. Kommunismus oder Reich Gottes auf Erden: das ist das gleiche. Die Tanks in Traktoren verwandelt, die Polizeiwagen in Schulbusse. Und die Maschine wird der beste Freund des Menschen. Und ich träume von dem Tag, an dem es keine Reichen mehr gibt. Jetzt aber laßt uns diese Worte an die Wände schreiben. Das Leben ist subversiv, oder: die Liebe ist der Agitator."

Sicher gehört Ernesto Cardenal zu dieser überall entstehenden dritten Konfession. Er spricht von der neuen Einheit von Sozialismus und christlichem Glauben, die sich in Lateinamerika bildet. Damit komme ich zu den Folgen der neuen Frömmigkeit. Ich möchte sie mit den Stichworten andeuten: Demokratie und Sozialismus. Niemand von uns könnte den Glauben leben, wenn wir gezwungen wären, beide Werte aufzugeben. Die konservative Vorstellung von einem Glauben im politikfreien Raum ist für uns nicht mehr vollziehbar. Schlimmer noch: Wir können diese Vorstellung nur als eine verschleierte politische Parteinahme für das Bestehende, also für den Zustand, in dem weder Sozialismus noch Demokratie verwirklicht sind, ansehen. Die Demokratisierungsforderung der dritten Konfession hat sich ja zunächst an den Kirchen orientiert. Zahllose Konflikte mit der Hierarchie, zahllose Erfahrungen hierarchischer Arroganz, Übergehen der Basis, Benutzen des theologischen Herrschaftswissens zur Einschüchterung von Menschen haben Menschen, die unter diesem Zustand litten, auf den Weg, auf die Suche nach neuen Formen gebracht.

Ein konkreter Ausdruck der dritten Konfession ist z.B. in der Fülle neuer Gebete, Glaubensbekenntnisse und Lieder zu sehen. Selbst für die schwächsten oder unklarsten dieser Texte gilt, daß sie nicht mehr konfessionell gebunden sind. Sie werden in beiden Kirchen gebraucht bzw. sie sind in beiden Kirchen verboten. Der Glaube kann sich heute nicht mehr in den Formulierungen der vorindustriellen Welt ausdrücken.

Und diese Selbstformulierung und das Recht auf Selbstformulierung ist ein Teil unseres Verständnisses von Demokratie.

Wichtiger vielleicht ist noch die Demokratisierung für die politischen Entscheidungen, die die Kirchen treffen. Wir können und sollen von unseren Kirchen Mitspracherecht, Partizipation an Entscheidungen verlangen. Die Entmündigung (z.B. eben die, die der Rat der Kirchen uns jetzt gerade angetan hat, indem eben eine sozusagen isolierte Cliquenentscheidung zu § 218 verabschiedet wurde) kann man nicht auf sich beruhen lassen. Wenn der Rat sich in dieser Weise durch die Ökumene von oben erpressen und überfahren läßt, dann müßte man ihn zur Rechenschaft ziehen. Ich glaube, in unserer Situation in der BRD werden die Glieder der dritten Konfession, d. h. also alle Menschen, die in solchen Gruppen arbeiten und leben, immer darauf zu achten haben, daß die in ihren Kirchen jeweils diskriminierten Personen oder die in ihren Kirchen jeweils verletzten Interessen in der anderen Konfession Hilfe bekommen.

Der katholische Kaplan, der aus Chile kommend von seinem Pfarrer keine Erlaubnis, im Gemeindesaal zu sprechen, erhält, geht zum evangelischen Kollegen und umgekehrt. Dieses praktische Zusammenspiel an der Basis ist ebenfalls eine Überholung des Konfessionalismus.

Ich breche die Diskussion über die Demokratisierung hier ab und möchte noch etwas zum Sozialismus der Christen sagen. Es ist ja gerade dies eine Vokabel, die auch außerordentlich starken Widerstand hervorruft. Das Problem, welcher Sozialismus denn nun gemeint ist, ist dabei außerordentlich umstritten. Dieser Streit oder diese Diskussion ist keineswegs entschieden. Klar scheint mir nur die Absage an den Kapitalismus. Es ist für alle Christen in dieser Bewegung eindeutig, daß eine Absage an den Kapitalismus heute ein essentieller Vorgang in dem christlichen Glauben selber ist. Man kann, so sagte Ernesto Cardenal in Köln, nicht Christ sein im Kapitalismus. Man kann die radikale Hingabe hier nicht verwirklichen. Jeder, der das versucht, scheitert und zwar nicht an menschlicher Unzulänglichkeit oder an Schwäche oder an irgendwelchen widrigen Umständen, sondern an der wirtschaftlichen Struktur, der wir unser Leben unterworfen haben. Man kann nicht Christ sein und an der Unterdrückung mitarbeiten. Man kann nicht Christ sein und Verbündeter der faschistischen NATO-Länder. Man kann nicht Christ sein, Mitbeteiligter und Kollaborateur an dem Unrecht eines Systems, das den meisten Menschen eine menschenwürdige, menschengesichtige Arbeit verweigert. Man kann nicht Christ sein und behaupten, man hielte sich aus dem Streit zwischen den gesellschaftlichen Systemen heraus. Niemand kann zwei Herren dienen. Entweder er wird den einen hassen oder den anderen lieben, oder er wird dem einen an-

hangen und den anderen verachten. "Ihr könnt nicht Gott und dem Kapital dienen." Ich möchte die Konservativen fragen, welchen Christus sie eigentlich wollen. Wollen sie den himmlischen Sieger, den König, den Richter der Welt, den Herrn, der Herrschaft ausübt? Oder wollen sie den Erstgeborenen unter vielen Brüdern, den Anwalt aller Verfolgten und Beleidigten; den, der unsere Befreiung nicht als ein Fremdes über uns verhängt, sondern der mit uns auf dem Weg ist? Vielleicht gibt es tatsächlich ein unterschiedliches Verständnis von Gott, d.h. von dem, was Liebe wirklich bedeutet. Ist Liebe denkbar als Macht, die sich herabneigt von oben, die in einem total asymmetrischen Verhältnis zu uns steht, die uns als Abhängige will, erhält und braucht? Ist nicht Liebe die Aufhebung aller Abhängigkeitsstruktur? Ich meine, Gott ist nicht der Reiche oben, der uns Bettler da unten etwas schenkt, aber so, daß wir Bettler bleiben. Ich meine, man könnte vielleicht sagen, Gott ist die Aufhebung der Bettelei.

Dorothee Sölle

## Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 14.12.1973

### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Fleischhacker, Görig,  
Grünbaum, Michel, Orphal, Rottmann

b) ständige Gäste: Blauert, Landmann

Entschuldigt fehlten: Burkhardt, Galley, Große,  
Natho, Jacob, Stolpe

Von der Dienststelle: Burkhardt, Eickbusch,  
I. und M. Richter, Roepke,  
Schottstädt

### Die Tagesordnung:

1. Andacht
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 27.9.73
3. Vereinbarung mit Berlin-Brandenburg in Sachen Berlin-Dienst
4. Vereinbarung mit den BURD in Sachen "Berufstätige Jugend"
5. Verschiedenes

Zu 1.: Orphal liest die Lösung und spricht ein Gebet.

Zu 2.: Nach einer Änderung auf Seite 2 3. Absatz von unten "Galley beantragt in der nächsten Sitzung..." und auf Seite 6 13. Zeile von unten "Die Pfarrerschaft ist an vielen Stellen noch nicht reif zur Teamarbeit..." wird das Protokoll vom 27.9.73 einstimmig gebilligt.

Zu 4.: (wird vorgezogen)

Berichtet Schottstädt von dem Gespräch am 3.12.73, das er mit Stolpe, Monch und Mann geführt hat. Er verliest das von Stolpe angefertigte Protokoll:

"Arbeit der Berufstätigen Jugend (Stadtjugendarbeit)  
Gespräch am 3.12.75

1. Gossner-Mission wird gebeten, für weitere zwei Jahre (1974-75) die AG Berufstätige Jugend in ihrer Verantwortung zu halten.  
Es wird erwartet, daß in dieser Zeit die AG sich stärker profilieren und evtl. bundesweit wird.  
Es kann aber auch sein, daß sich herausstellt, daß diese AG ein notwendiger Bestandteil der urbanen Mission bei der Gossner-Mission ist.
2. AKJ ist bereit, die Facharbeit der AG zu begleiten: er wird zwei Vertreter in die AG entsenden. Umgekehrt wird die AG vom AKJ bei entsprechenden Fragen herangezogen. Diese Vertreter werden bereit sein, im Auftrage von der Gossner-Mission geplante Vervielfältigungen mitzulesen.
3. Sekretariat wird aufbeschadet der Sachhilfe der Gossner-Mission für diese Arbeit 1974 + 75 je 7,5 T-Mark bereitstellen.

gez. Stolpe"

In der Diskussion zu diesem Punkt wird von Berger gefragt, wie das stärkere Sich-Profilieren der Gruppe zu verstehen sei und was mit dem Wort "bundesweit" gemeint ist. Unklar sei auch "das Mitlesen von Vervielfältigungen". Berger betont, daß das Ergebnis positiv aufzunehmen sei und daß nun der Arbeitsplan der Gruppe weiterhin die Basis abgeben müsse. Es sei jetzt auch möglich, von der Arbeitsgruppe her mit dem Leiter der Dienststelle enger zusammenzuarbeiten.

Die Gruppe und das Kuratorium müssen sich Klarheit darüber verschaffen, ob man Berlin-Brandenburg ganz aus der Verantwortung entlassen soll.

Kiebusch äußert sich überrascht über das Schluß-Gespräch. Alle Gespräche davor seien in einer anderen Richtung gelaufen, und es müsse nun geprüft werden, wie im Rahmen des Bundes wirklich gearbeitet werden kann.

Schettstädt versucht, die Worte "profilieren" und "bundesweit" zu erklären. "Profilieren" bedeute, inhaltlich weiterhin die Arbeit unter der berufstätigen Jugend voranzutreiben, und "bundesweit" verlange Arbeitsgruppen innerhalb der einzelnen Landeskirchen.

In der Diskussion verweisen die Mitglieder des Kuratoriums auf die Erfahrungen, die in der Gossner-Mission vorhanden sind, auf die Verbindung zu den Kreiskirchenräten, die rechtzeitig anzubahnen ist, auf das Gespräch mit Stadtpfarrern, die für eine Arbeitsgruppe in Frage kommen und vor allen Dingen auf die Laien, die von Anfang an die Hauptverantwortlichen der Gruppe sein sollten (Berger, Görig, Michel, Orphal).

Frau Burkhardt betont die Einseitigkeit einer solchen neuen Arbeit und die Erstellung einer Konzeption, die aus der Berlinergruppe der Gossner-Mission herauswachsen muß.

Das Kuratorium begrüßt die neue Initiative für eine Berlinarbeit und bittet die Berliner Arbeitsgruppe, eine Konzeption für die in Angriff zu nehmende Arbeit anzufertigen.

Landmann fragt nach der Einführung der neuen Satzung. Orphal: Zunächst soll es um eine Vereinbarung im Blick auf die neue Stadtarbeit von Berlin gehen. Im Anschluß daran soll neu mit der Kirchenleitung über die Satzung gesprochen werden.

- Zu 5.: Schottstädt berichtet über die Finanzsituation. Am 6.12.73 waren über 75.000,— M auf den Konten vorhanden. Für Vietnam und Algerien wurden bisher 26.400,— M gesammelt. Wenn man die 25 % beachtet, die einbehalten werden, die Gehälter abzieht und 10.000,— M, die in den letzten Tagen eingegangen sind, dazurechnet, wird der Kontostand Ende des Jahres bei über 50.000,— M liegen.
- Roepke berichtet von der Arbeitsgruppe INKOTA, die ihn ab 1.4.1974 hauptamtlich als Sekretär für Bewußtseinsbildung einsetzen möchte. Er bleibt Angestellter der Gossner-Mission. Gelder kommen aus den verschiedensten Gruppen, die die INKOTA-Arbeit tragen. Sein Auftrag für Bewußtseinsbildung soll für 2 Jahre gelten. Darüber soll in der nächsten Kuratoriumssitzung beraten und beschlossen werden.
- Auf Grund einer Anfrage von Schottstädt erklärt Landmann, daß z.Zt. keine Möglichkeit besteht, die Algeriengelder einzusetzen. Landmann empfiehlt, die gesammelten 8.000,— M für Bewußtseinsbildung mit Hilfe des Solidaritätsdienstes bei der Gossner-Mission einzubehalten.

Von den Mitgliedern des Kuratoriums (Orphal, Grünbaum, Blaauert) wird unterstrichen, daß die Gruppe als Arbeitsgruppe der Gossner-Mission bundesweit arbeiten soll. Sie befindet sich bei der Gossner-Mission in einer relativ großen Freiheit und sollte den Mut zum Risiko behalten. Das Ziel muß bleiben, wirklich gute Arbeit zu leisten.

**Kuratorium beschließt:**

Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" wird unter der Hauptverantwortung der Gossner-Mission in der DDR für 1974 und 1975 weitergeführt.

Kuratorium nimmt das von Stelpe angefertigte Protokoll vom 3.12.73 mit der Maßgabe, 7.500,-- M jährlich für 1974 und 1975 vom Bund an die Gossner-Mission in der DDR abzuführen, zur Kenntnis und begrüßt den Punkt 2, in dem die Zusammenarbeit beschrieben wird.

- Zu 3.: Berichtet Orphal von den Gesprächen mit dem Bischof von Berlin-Brandenburg. Die Kirche Berlin-Brandenburg möchte, daß die Gossner-Mission in der DDR eine neue Stadtmissionsarbeit in Berlin beginnt. Dafür sollen 4 halbe Pfarrerstellen bereitgestellt werden. Im letzten Gespräch ging es um 2 Kreispfarrerstellen. Schottstädt ergänzt auf Grund des Gespräches mit Propst Winter, mit dem er zusammen ein Protokoll über das Gespräch am 4.12.73 anzufertigen habe. Danach soll es zu einer Vereinbarung zwischen der Gossner-Mission und den betreffenden Kreiskirchenräten kommen. Von Anfang an sollen auch der Stadtsynodalverband, der Generalsuperintendent und das Konsistorium mit eingeschaltet sein, damit Stellenpläne und Finanzierung gesichert sind. Personalfragen sollen erst dann besprochen werden, wenn sich Realisierungsmöglichkeiten des Planes zeigen. Die Aufgabe wird so umschrieben: Ökumenisch weit und weit offen, fragende und unbefriedigte Menschen zu sammeln. Die Mitte der Arbeit: Besuchsdienste, Seelsorge, Elasseminare, Elternarbeit, Gottesdienste in verschiedenen Formen, Wochenendrücken. 2 Kreispfarrer sollen von der Gossner-Mission ausgesucht und von der Kirche angestellt werden. Um sie soll eine Arbeitsgruppe in Berlin gebildet werden.

Kuratorium beschließt:

Das 1973 gesammelte Geld für Algerien wird für Bevölkerungsbildung einbehalten, von Vietnam-Konto nur 25 %. Für die 75 % des Vietnam-Kontos (ca. 12 - 13.000,-- M) sucht Landmann entsprechende Projekte.

Schottstädt teilt dem Kuratorium das Ergebnis des Erkundungsauftrages der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg mit und bittet das Kuratorium, die Angelegenheit damit als abgeschlossen zu betrachten.

Die nächste Sitzung des Kuratoriums ist die Klausurtagung in Bad-Saarow am 12. und 13.3.74.

Für das Protokoll:

gez. Orphal

*Wortgloss*

## Entwurf

### Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 14.12.1973

---

#### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Fleischhack, Görig,  
Grünbaum, Michel, Orphal,  
Rottmann

b) ständige Gäste: Blauert, Landmann

Entschuldigt fehlten: Burlhardt, Galley, Große,  
Natho, Jacob, Stolpe

Von der Dienststelle: Burkhardt, Kiekbusch,  
I. und M. Richter, Roepke,  
Schottstädt

#### Die Tagesordnung:

1. Andacht
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 27.9.73
3. Vereinbarung mit Berlin-Brandenburg in Sachen Berlin-Dienst
4. Vereinbarung mit dem Bund in Sachen "Berufstätige Jugend"
5. Verschiedenes.

Zu 1.: Orphal liest die Losung und spricht ein Gebet.

Zu 2.: Nach einer Änderung auf Seite 2 3. Absatz von unten "Galley beantragt in der nächsten Sitzung...." und auf Seite 6 13. Zeile von unten "Die Pfarrerschaft ist an vielen Stellen noch nicht reif zur Teamarbeit...." wird das Protokoll vom 27.9.73 einstimmig gebilligt.

Zu 4.: (Wird vorgezogen)

Berichtet Schottstädt von dem Gespräch am 3.12.73, das er mit Stolpe, Mönch und Bemm geführt hat. Er verliest das von Stolpe angefertigte Protokoll.

a Arbeit der Berufstätigen Jugend (Stadtjugend-  
werk aus 3. 12. 74)

- ✓ 1. Die Gossner-Mission wird gebeten, für weitere zwei Jahre (1974-75) die AG Berufstätige Jugend in ihrer Verantwortung zu halten.  
Es wird erwartet, daß in dieser Zeit die AG sich stärker profiliert und evtl. bundesweit wird.  
Es kann aber auch sein, daß sich herausstellt, daß diese AG ein notwendiger Bestandteil der urbanen Mission bei der Gossner-Mission ist.
2. Der AKJ ist bereit, die Sacharbeit der AG zu begleiten: er wird zwei Vertreter in die AG entsenden. Umgekehrt wird die AG vom AKJ bei entsprechenden Fragen herangezogen. Diese Vertreter werden bereit sein, im Auftrage von der Gossner-Mission geplante Vervielfältigungen mitzulesen.
3. Das Sekretariat wird unbeschadet der Sachhilfe der AG der Gossner-Mission für diese Arbeit 1974 + 75 je 7,5 T Mark bereitstellen.

gez. Stolpe"

In der Diskussion zu diesem Punkt wird von Berger gefragt, wie das stärkere Sich-Profilieren der Gruppe zu verstehen sei und was mit dem Wort "bundesweit" gemeint ist.

Unklar sei auch "das Mitlesen von Vervielfältigungen". Berger betont, daß ~~das~~ <sup>das</sup> Ergebnis positiv aufzunehmen sei und daß nun der Arbeitsplan der Gruppe weiterhin die Basis abgeben müßte. Es sei jetzt auch möglich, von der Arbeitsgruppe her mit dem Leiter der Dienststelle enger zusammenzuarbeiten.

Die Gruppe und das Kuratorium müssen sich Klarheit darüber verschaffen, ob man Berlin-Brandenburg ganz aus der Verantwortung entlassen soll.

Kielburger Kuratorium äußert sich überrascht über das Schlußgespräch.

Alle Gespräche davor seien in einer anderen Richtung gelaufen, und es müsse nun geprüft werden, wie im Rahmen des Bundes wirklich gearbeitet werden kann.

Schottstädt versucht, die Worte "profilieren" und "bundesweit" zu erklären. - Profilieren bedeute, inhaltlich weiterhin die Arbeit unter der berufstätigen Jugend voranzutreiben, und bundesweit verlangt Arbeitsgruppen innerhalb der einzelnen Landeskirchen.

Von den Mitgliedern des Kuratoriums (Orphal, Grünbaum, Blauert) wird unterstrichen, daß die Gruppe als Arbeitsgruppe der Gossner-Mission bundesweit arbeiten soll. Sie befindet sich bei der Gossner-Mission in einer relativ großen Freiheit und sollte den Mut zum Risiko behalten. Das Ziel muß bleiben, wirklich gute Arbeit zu leisten.

*Arbeitsgruppe beschließt*  
Nach der Diskussion beschließt das Kuratorium: Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" wird unter der Hauptverantwortung der Gossner-Mission in der DDR für 1974 und 1975 weitergeführt.

Kuratorium nimmt das von Stolpe angefertigte Protokoll vom 3.12.73 mit der Maßgabe, 7 500,-- M jährlich für 1974 und 1975 vom Bund an die Gossner-Mission in der DDR abzuführen, zur Kenntnis und begrüßt den Punkt 2, in dem die Zusammenarbeit beschrieben wird.

Zu 3.: Berichtet Orphal von den Gesprächen mit dem Bischof von Berlin-Brandenburg. Die Kirche Berlin-Brandenburg möchte, daß die Gossner-Mission in der DDR eine neue Stadtmissionsarbeit in Berlin beginnt. Dafür sollten 4 halbe Pfarrerstellen bereitgestellt werden. Im letzten Gespräch ging es um 2 Kreispfarrerstellen. Schottstädt ergänzt auf Grund des Gespräches mit Propst Winter, mit dem er zusammen ein Protokoll über das Gespräch am 4.12.73 anzufertigen habe. Danach soll es zu einer Vereinbarung zwischen der Gossner-Mission und den betreffenden Kreiskirchenräten kommen. Von Anfang an sollen auch der Stadtsynodalverband, ~~die~~ Generalsuperintendenten und das Konsistorium mit eingeschaltet sein, damit Stellenpläne und Finanzierung gesichert sind. Personalfragen sollen erst dann besprochen werden, wenn sich ~~die~~ Realisierungsmöglichkeiten des Planes zeigen.

Die Aufgabe wird so umschrieben: Ökumenisch weit und weltoffen, fragende und unbefriedigte Menschen zu sammeln.

Die Mitte der Arbeit: Besuchsdienste, Seelsorge, Eheseminare, Elternarbeit, Gottesdienste in verschiedenen Formen, Wochenendrügen.

2 Kreispfarrer sollen von der Gossner-Mission ausgesucht und von der Kirche angestellt werden. Um sie soll eine Arbeitsgruppe in Berlin gebildet werden.

In der Diskussion verweisen die Mitglieder des Kuratoriums auf die Erfahrungen, die in der Gossner-Mission vorhanden sind, auf die Verbindung zu den Kreiskirchenräten, die rechtzeitig anzubahnen ist, auf das Gespräch mit Stadtpfarrern, die für eine Arbeitsgruppe in Frage kommen und vor allen Dingen auf die Laien, die die von Aufbau aus die Hauptverantwortlichen der Gruppe sein sollten (Berger, Görig, Michel, Orphal).

Frau Burkhardt betont die Einseitigkeit einer solchen neuen Arbeit und die Erstellung einer Konzeption, die aus der Berlingruppe der Gossner-Mission herauswachsen muß.

Das Kuratorium begrüßt die neue Initiative für eine Berlinarbeit und bittet die Berliner Arbeitsgruppe, eine Konzeption für die in Angriff zu nehmende Arbeit anzufertigen.

Landmann fragt nach der Einführung der neuen Satzung. Orphal: Zunächst soll es um eine Vereinbarung im Blick auf die neue Stadtarbeit von Berlin gehen. Im Anschluß daran soll neu mit der Kirchenleitung über die Satzung gesprochen werden.

Zu 5.: Schottstädt berichtet über die Finanzsituation.

Am 6.12.73 waren über 75 000,-- M auf den Konten vorhanden. Für Vietnam und Algerien wurden bisher 26 400,-- M gesammelt.

Wenn man die 25% beachtet, die einbehalten werden, die Gehälter abzieht und 10 000,-- M, die in den letzten Tagen eingegangen sind, dazurechnet, wird der Konto-stand Ende des Jahres bei über 50 000,-- M liegen.

Roepke berichtet von der Arbeitsgruppe INKOTA, die ihn ab 1.4.1974 hauptamtlich als Sekretär für Bewußtseinsbildung einsetzen möchte. Dazu soll in der nächsten Zukunft eine Abreise nach Algerien geplant werden. Aufgrund einer Frage von Roethke ist er laut Landmann, abg. 2.21. keine möglich. 5-  
bestellt, wie Befreiungsfahrten zu setzen. → Milder

Landmann empfiehlt, die jährlichen  
8,000 m³ mit der Kreuzstrasse abzulegen  
mit Hilfe des Schotterborts einzeln  
bei der sogenannten Miss' am unteren Wehrtal.

Wasserbau beschreibt:

Das ~~Alptal~~<sup>15.7.23</sup> jährliche Volumen  
würde auf der Kreuzstrasse abzulegen  
einschalten, von Wettau -  
Unter ~~allgemein~~<sup>gegen</sup> um 25%.  
Für diese 25% des Wettauer-Maars  
(ca. 12 - 13.000 m³) sind  
Landmann entsprechende  
~~Abfertigungs~~ Projekte.

① Er bleibt Angestellter der Gossner-Mission. Gelder kommen aus den verschiedensten Gruppen, die die INKOTA-Arbeit tragen. Sein Auftrag für Bewußtseinsbildung soll für 2 Jahre gelten.

Schottstädt teilt dem Kuratorium das Ergebnis des Erkundungsauftrages der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg mit und bittet das Kuratorium, die Angelegenheit damit als abgeschlossen zu betrachten.

Die nächste Sitzung des Kuratoriums ist die Klausurtagung in Bad-Saarow am 12. und 13.3.74.

Für das Protokoll:

*hertzsow*

*Ophel*

A b s c h r i f t

4276 - Arbeitsgemeinschaft Berufstätige Jugend

A k t e n n o t i z

AG Berufstätige Jugend (Stadtjugendarbeit)  
Gespräch am 3. 12. 1973  
Schottstädt, Mönch, Bemm und Stolpe

1. Die Gossner-Mission wird gebeten, für weitere zwei Jahre (1974 - 75) die AG Berufstätige Jugend in ihrer Verantwortung zu halten.  
Es wird erwartet, daß in dieser Zeit die AG sich stärker profiliert und evtl. bundesweit wird.  
Es kann aber auch sein, daß sich herausstellt, daß diese AG ein notwendiger Bestandteil der urbanen Mission bei der Gossner-Mission ist.
2. Der AKJ ist bereit, die Sacharbeit der AG zu begleiten: er wird 2 Vertreter in die AG entsenden. Umgekehrt wird die AG vom AKJ bei entsprechenden Fragen herangezogen.  
Diese Vertreter werden bereit sein, im Auftrage von der Gossner-Mission geplante Vervielfältigungen mitzulesen.
3. Das Sekretariat wird unbeschadet der Sachhilfe der AGF der Gossner-Mission für diese Arbeit 1974 + 75 je 7,5 T Mark bereitstellen.

gez. Stolpe

Zusatzstellenplan der Gossner-Mission in der DDR  
für das Jahr 1974

June Football  
at the Meadows 27. 8. 23  
Vans after  
Lanc.

Nr.	Planstelle	Name	Besold.-Gruppe	VBE %	Vergleich Nr.	100 %	Anmerkung
10.	(zu Spalte B) <u>Berufstätige Jugend und Rehoboth-Arbeiten</u>	Joach. Kiekbusch	A V	100	7	50	+
11.	(zu Spalte C) <u>Sekretärin</u>	Irmgard Sieg	A VII	90	9	90	
12.	(zu Spalte E) <u>Theol. Mitarbeiter</u>	Martin Richter	P.-Besold.	100	12	50	<u>Dienstände im 1. Halbjahr</u>
*)	Planstelle 8 <u>Leiterin Haus Rehoboth</u>	Irma Richter	V	50	8	100	

Zusatzhaushaltsplan für das Jahr 1974

Gossner-Mission in der DDR, Berlin

Aufwendungen	Brutto-	Soziale	Lohnzu-	Wohnzu-	Versorg.-	Neben-	Personalkosten
	gehalt	Abgaben	schlag	schuss	Kasse	kosten	gesamt
	M	M	M	M	M	M	M
<u>Zu B</u>							
10. Herr Kickbusch	7.752,--	745,--	84,--	-	-	-	8.581,--
<u>Zu C</u>							
11. Frau Sieg	4.983,--	512,--	180,--	-	-	-	5.675,--
Pos. 10 - 11	12.735,--	1.257,--	264,--	-	-	-	14.256,--

Haus Rehoboth, Buckow

Zu E

12. Martin Richter	5.013,50	-	-	-	990,-	-	12.002 <del>6.003,50</del>
8. ./. 1/2 Gehalt Frau Richter	3.372,--	336,--	42,--	-	-	-	3.750,--
	1.641,50						2.253,50

Zusatzzstellenplan der Gossner-Mission in der DDR  
für das Jahr 1974

June Football  
at Mr. Wadsworth's Farm  
rain 27. 8. 23  
at 8 P.M. *Gen.*

Nr.	Planstelle	Name	Besold.-Gruppe	VBE %	Vergleich nr.	1947 %	Anmerkung
10.	(zu Spalte B) <u>Berufstätige Jugend und Rehoboth-Arbeiten</u>	Joach. Kiekbusch	A V	100	7	50	+
11.	(zu Spalte C) <u>Sekretärin</u>	Irmgard Sieg	A VII	90	9	90	
12.	(zu Spalte E) <u>Theol. Mitarbeiter</u>	Martin Richter	P.-Besold. 100	12	50		Dienstende im 1. Halbjahr
+) Planstelle 8 <u>Leiterin Haus Rehoboth</u>	Irma Richter	V	50	8	100		

Zusatzhaushaltsplan für das Jahr 1974  
Gossner-Mission in der DDR, Berlin

Aufwendungen	Brutto-	Soziale	Lohnzu-	Wohnzu-	Versorg.-	Neben-	Personalkosten
	gehalt	Abgaben	schlag	schuss	Kasse	kosten	gesamt
	M	M	M	M	M	M	M
<u>Zu B</u>							
10. Herr Kickbusch	7.752,--	745,--	84,--	-	-	-	8.581,--
<u>Zu C</u>							
11. Frau Sieg	4.983,--	512,--	180,--	-	-	-	5.675,--
Pos. 10 ~ 11	12.735,--	1.257,--	264,--	-	-	-	14.256,--

Haus Rehoboth, Buckow

<u>Zu E</u>							
12. Martin Richter	5.013,50	-	-	-	990,--	-	72.002 6.003,50
8. ./. 1/2 Gehalt Frau Richter	3.372,--	336,--	42,--	-	-	-	3.750,--
	1.641,50						2.253,50

A u f w e n d u n g e n (Berlin) - (s. Seite 3)	M	93.068,40
zusätzliche Personalkosten 1974	M	14.256,--
	<hr/>	
	M	107.324,40
Aufrundung	M	675,60
	<hr/>	
Aufwendungen insgesamt	M	108.000,--

---

E i n n a h m e n (s. Seite 4)	M	95.000,--
Sonderspenden Bund der Ev. Kirchen	M	10.000,--
Spenden aus Gemeinden	M	3.000,--
	<hr/>	
Einnahmen insgesamt	M	108.000,--

---

A u f w e n d u n g e n (Buckow) - (s. Seite 3)	M	39.158,--
zusätzliche Personalkosten 1974	M	8.253,50
	<hr/>	
	M	41.411,50
Aufrundung	M	588,50
	<hr/>	
Aufwendungen insgesamt	M	42.000,--

---

E i n n a h m e n (s. Seite 4)	M	40.000,--
Sonderspenden für Rohoboth	M	2.000,--
	<hr/>	
Einnahmen insgesamt	M	42.000,--

## Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 27.9.1973

### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums	Berger, Burkhardt, Galley, Görig, Grünbaum, Michel, Möller, Orphal, Rottmann
b) ständige Gäste	Jacob, Landmann
Entschuldigt fehlten	Große, Natho, Stelpe, Ziegler <sup>+</sup> ( <sup>+</sup> kommt vor Ende der Sitzung für ca. 20 Minuten), Blauert
Von der Dienststelle	Burkhardt, Kieckbusch, Irma und Martin Richter, Schottstädt
Entschuldigt fehlt	Roepke

### Die Tagesordnung:

- |   |               |
|---|---------------|
| 1. Andacht  | - Rottmann    |
| 2. Zum Protokoll der Sitzung vom 25.6.73                                    |               |
| 3. Erlebte Kirche in der DDR - die Erwartungen<br>westeuropäischer Kirchen" | - Cunz        |
| 4. Arbeitsbericht der Dienststelle  | - Schottstädt |
| 5. Zum Stellen- und Haushaltsplan 1974                                      |               |
| 6. Verschiedenes  |               |

Zu 1.: Rottmann liest die Kirchenjahreslese 1.Thess.1, 2-10. Er beschreibt das Unterwegssein der Gemeinde zur Welt hin: Was ausstrahlt, ist das Wort des Herrn. Vom Text her meint er, daß das Verhältnis Praxis und Credo der Gemeinde die aufgeworfene Frage sei. Die Aufgabe der Gemeinde sei es, immer wieder offen zu werden und Gemeinschaft zu bauen. Rottmann schließt mit der Frage: Was bedeutet apostolische Existenz?

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 25.6.73 wird ohne Beanstandung einstimmig gebilligt.

Zu 3.: M. Cunz gibt seinen Ausführungen eine neue Thematik: Politische und theologische Einsichten - Fragen und Antworten. Sein Vortrag wird diskutiert. Die Mitglieder des Kuratoriums bitten darum, daß das Referat allen zugänglich gemacht wird.

Zu 5.: (Wird vorgezogen)

Burkhardt trägt die erarbeiteten Pläne - Zusatzstellen- und Zusatzhaushaltsplan - wie sie vom Vorstand und dem Finanzausschuß am 18.9.73 erarbeitet wurden, vor. Danach betragen Einnahmen und Ausgaben für die Dienststelle 108 000,-- M und für das Haus "Rehoboth" 42 000,-- M.

Rottmann ergänzt den Vortrag. Die Arbeitsgruppe "Rehoboth" konnte erst am 24.9. tagen und sich mit der Weiterführung der Arbeit im Hause beschäftigen. Sie ist zu der Meinung gekommen, daß das Ehepaar Richter für die Weiterführung unbedingt in "Rehoboth" bleiben muß. Darum hat die Arbeitsgruppe folgenden Vorschlag: Martin Richter wird Leiter des Hauses "Rehoboth" und bekommt eine volle Stelle im Stellenplan. Irma Richter bleibt Wirtschaftsleiterin und bekommt eine halbe Planstelle. Damit erhöht sich der Haushaltsplan für "Rehoboth" in Einnahmen und Ausgaben um 6 000,-- M. Es sind für "Rehoboth" nicht nur 2 000,-- M Sonder- spenden aufzubringen, sondern 8 000,-- M. Einnahmen und Ausgaben betragen 48 000,-- M.

Nach längerer Debatte verabschiedet das Kuratorium den Zusatzstellen- und Zusatzhaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1974 mit den entsprechenden Änderungen. Die Aufwendungen und Einnahmen für die Dienststelle in Berlin sind mit 108 000,-- M geplant; in Buckow mit 48 000,-- M.

Galley beantragt, in einer der nächsten Sitzungen die Einnahmesituation der Gossner-Mission gründlich zu besprechen. Orphal: Dieser Bitte werden wir nachkommen.

Berger fragt nach dem Arbeitsaufwand für Kiekbusch im Blick auf das Haus "Rehoboth". Schottstädt: Nach dem neuesten Stand werden es ca. 20 bis 25 % sein.

Damit erklärt sich Berger einverstanden.

Schottstädt informiert das Kuratorium über den Entschluß von Roepke. Roepke will ein Pfarramt übernehmen und möchte weiterhin als Sekretär der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" (ehrenamtlich) tätig bleiben.

Nach Aussprache beschließt das Kuratorium:

Kuratorium nimmt Roepkes Entschluß, ein Pfarramt zu übernehmen, zur Kenntnis. Bis zur Anstellung in einem Pfarramt bleibt Roepke Mitarbeiter der Gossner-Mission in der DDR und des Ökumenisch-missionarischen Amtes. Roepke bleibt (ehrenamtlich) Sekretär der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste".

Der Beschuß des Kuratoriums vom 25.6.73, der die finanzielle Unterstützung von Roepkes Arbeit im ÖMA betrifft, ist damit hinfällig geworden. Der Auftrag an die Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste", dem Kuratorium einen Vorschlag für den Einsatz von Geldern für Bewußtseinsbildung zu unterbreiten, bleibt bestehen.

Pastor Martin Richter wird ab sofort mit der Leitung des Hauses "Rehoboth" beauftragt. Für ihn wird eine volle Planstelle für "Rehoboth" eingerichtet. Irma Richter behält die Wirtschaftsführung des Hauses, für sie bleibt eine halbe Planstelle für 1974 bestehen.

Zu 4.:

Schottstädt berichtet dem Kuratorium Arbeiten und Vorhaben der Dienststelle, wie sie in der Klausurtagung vom 3.-5.9.73 besprochen worden sind.

1. Die Berlingruppe hat Thesen zum Selbstverständnis der öffentnen Gemeinde erarbeitet. (Diese Thesen werden von Schottstädt verteilt.) Es nehmen immer mehr Katholiken an den Kellergottesdiensten teil. Sie feiern mit der Gemeinde das Herrenmahl, haben aber Fragen nach dem Verständnis des Abendmahls, nach dem Verständnis des Gottesdienstes und dem Gemeindesein. Diese Fragen werden in nächsten Arbeitssitzungen besprochen. Die Berlingruppe hat unter sich diskutiert, wie weit Verbindlichkeit mit einer Erklärung erzeugt werden soll und wie weit nicht. Einige wollen die offene Gemeinde ohne jede Erklärung festhalten, andere drängen auf eine gemeinsam erarbeitete Erklärung. Die Mitarbeiter der Dienststelle waren der Meinung, daß auf keinen Fall eine schriftliche Erklärung den einzelnen abgefordert werden darf. Wohl kann für die Kerngruppe das Thesenmaterial Grundlage für ein Selbstverständnis sein. Die Leistungsgruppe ist sehr aktiv. Ihr Verhältnis zur Versammlung der Gemeinde ist noch nicht geklärt.

2. Im Blick auf die Mitarbeiterkonferenz ist die Dienststelle auf Grund der Erfahrungen bei Besuchen der Meinung, daß es nicht nur darum geht, die vorhandene Institution auszubauen. Es soll zunächst am Alten festgehalten werden, aber zugleich ein Neuanfang praktiziert werden. Es haben bereits mehrere regionale Tagungen stattgefunden, die letzte in Magdeburg. Diese sollen ausgebaut werden. Schottstädt erläutert das Programm für die Oktobertagung der Konferenz. Die drei Sekretäre konnten noch nicht zusammen reisen. Dieses ist aber für die Zukunft vorgesehen.
3. Im Gemeindedienst ist die Serie "Studienbriefe zur Gottesfrage" abgeschlossen. Die Arbeitsgruppe erarbeitet z.Zt. eine neue Reihe zum Thema "Kirche und Gesellschaft". Die Dienststelle ist der Meinung, daß danach die Fragen in Studienbriefen behandelt werden sollen, die in den einzelnen Arbeitsgruppen Themen sind. Im Blick auf die Gemeindebegleitung, dem zweiten Hauptpunkt der Arbeit von Pastorin Burkhardt, ist eine stärkere Zusammenarbeit mit Linn, Berlin, und Delitzsch, Magdeburg, angesprochen worden. Die Arbeitsgruppe sollte nach Meinung der Dienststelle dazu kommen, gemeinsame Gemeindedienste durchzuführen.
4. Die Verzahnung der Arbeitsgruppe "Gemeindedienste" mit der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" sollte bedacht werden. Die theologischen und politischen Einsichten zu Fragen der Solidarität heute müßten auch im Gemeindedienst reflektiert werden. Gemeinsam sollten beide Arbeitsgruppen prüfen, wie sie im Blick auf die Bewußtseinsbildung zusammenarbeiten können.
5. Solidaritätsdienste: Die Arbeitsgruppe hat Thesen zur sozialistischen Entwicklungsförderung erarbeitet. Es wird vorgeschlagen, diese Thesen zu veröffentlichen. Roepke möchte für die Thesen ein Vorwort schreiben. Es ist daran gedacht, über die Mitarbeit in der Solidarität für Vietnam und Algerien stärker in Kirchenzeitungen zu berichten. (Schottstädt verweist auf das gute Echo zu den Bildreportagen Algerien) Was den Hilfsdienst für Algerien angeht, so wird die Arbeitsgruppe direkt mit dem Roten Kreuz in Dresden Verbindung aufnehmen; es ist zu hoffen, daß diese wiederum mit dem "Roten Halbmond" in Algerien so zusammenarbeiten kann, daß Materialien über diesen Kanal direkt nach Frenda und in andere Teams kommen.

6. Haus "Rehoboth" hat nach Meinung der Mitarbeiter durch die Arbeit von Richters einen sehr starken Familiencharakter erhalten. Alle Arbeitsgruppen waren auch in einer gewissen Weise Familiengruppen. So die Familienrüsten im Frühjahr und Herbst der letzten Jahre, so die Gestaltungsrüsten, die in diesem Jahr mit Pastor Dutschmann durchgeführt wurden, und so in besonderer Weise die Christenlehre-Wochenenden mit Kindergruppen aus Berlin-Pankow, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Köpenick. So auch Musik- und Literaturrüsten, in denen Frau Dr. Herrmann und Klaus Gubener gearbeitet haben.  
Um das Haus noch mehr auszulasten als bisher und um Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter stärker in Gestaltungsarbeiten mit einzubeziehen, ist daran gedacht, im Jahre 1974 einen ersten Pfarrerkursus durchzuführen. Eckhard Schilzgen hat sich bereit erklärt, in diesem Kursus mitzuarbeiten. Das gleiche könnte mit Katecheten und Studenten der Theologie geschehen. Auch im Blick auf "Rehoboth" gilt: mehr publizieren. Es ist daran gedacht, Bildreportagen in Kirchenzeitungen zu veröffentlichen.
7. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll in die Verantwortung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR auf Grund eines sog. Tendenzbeschlusses des AKJ übergehen. Damit ist der Jugendausschuss für die Arbeitsgruppe voll verantwortlich. Kiekbusch bleibt Sekretär dieser Arbeitsgruppe und bleibt bei der Gossner-Mission angestellt. Die Sekretärin kann evtl. ganz beim Bund angestellt werden. Vom Jugendausschuss werden im Laufe eines Rechnungsjahres ca. 10 000,- M für die Arbeit der Gossner-Mission aufgebracht. Die Arbeitsgruppe hat in letzten Jahr mehrere regionale Tagungen durchgeführt und an der Studie weitergearbeitet.
8. Die Mitarbeiter der Dienststelle haben abgesprochen, 1974 eine Bilanz aller Dienste der Gossner-Mission in den letzten 20 Jahren zu erarbeiten. Es soll festgestellt werden, welche Aktivitäten von der Kirche aufgenommen worden sind, welche nicht, welche Arbeiten sich verändert haben, welche gescheitert sind und was auch für die Zukunft von Wichtigkeit bleibt.
9. Die theologische Arbeit der Dienststelle bleibt von Wichtigkeit. Die Mitarbeiter verstehen sich als ein gewisses Koordinierungsinstrument. Hier wird auch die praktische Arbeit regelmäßig besprochen.

10. Die Mitarbeiter der Dienststelle halten es für wichtig, daß alle Glieder der Arbeitsgruppen einmal zu einer Jahrestagung zusammenkommen, nach Möglichkeit mit dem Kuratorium. Sie schlagen dem Kuratorium dafür ein Wochenende im Juni 1974 vor.

Diskussion:

Galley fragt nach der Arbeitsgruppe 6 - nach ihrer Weiterarbeit und ihrer Zuordnung zur Gossner-Mission.  
Berger: Für die Angestellten der Gossner-Mission in der Arbeitsgruppe besteht eine gewisse Dienstaufsicht. Die Fachaufsicht liegt beim AKJ.

Nach Bergers und Schottstädts Meinung wird es aber wichtig bleiben, dem Kuratorium regelmäßig über den Fortgang der Arbeit zu berichten.

Orphal spricht zu dem Bilanzvorhaben und schlägt vor, eine erste Bilanz in der Junisitzung vorzutragen.

Michel: Es müssen rechtzeitig Aufträge für eine solche Bilanzierungsarbeit erteilt werden.

Im Blick auf die Gettoisierung und Isolierung von Gemeinde und Pfarrerschaft entwickelt sich zwischen allen Mitgliedern des Kuratoriums ein Gespräch. Es wird die Meinung vertreten, daß Gemeindeaufbau ohne Weltbewußtsein nicht möglich ist. (Michel)

Auf Grund der verschiedenen Teamarbeiten in Gemeinden und in Kirchenkreisen ist eine gute Kooperation zwischen den Pfarrern in Gang gekommen. Die Gefahr liegt darin, das Eigentliche aus den Augen zu verlieren und auch die Dimension des Zeugnisses, die in Richtung Welt geht. Laien werden zum Teil aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung herausgerissen und kommen zurück in den Binnenbereich der Kirche. (Grünbaum) Es wird zu fragen sein, wie wir zu einer neuen Bewegung kommen und welche Impulse wir erhalten. Wir werden gegen die modischen Fluchterscheinungen, die gekoppelt sind mit gesellschaftlichem und kirchlichem Aktivismus, auftreten müssen und ganz neu zu bedenken haben, wie denn unser Christsein auszusehen hat, was der Grund unseres Glaubens ist. (Orphal) Die Pfarrerschaft in Berlin ist noch nicht reif zur Teamarbeit. Die Teamarbeit wird noch nicht als Notwendigkeit erkannt, und man ist gar nicht in der Lage, sich auf den anderen einzustellen. Die Pfarrer sind zu sehr Individualisten. Wer Zusammenarbeit geübt hat, der kann den anderen gelten lassen, der kann kritisieren und Kritik annehmen, der zeigt, wie er wirklich ist und hat nichts zu verbergen. (Berger) Die Mitglieder des Kuratoriums sind sich darin einig, daß z.Zt. eine neue Struktur und Inhaltsskrise der Gemeinden in der DDR zu durchleben ist. Da dies besonders die Pfarrer trifft, begrüßt das Kuratorium die Wieder- aufnahme von Pfarrerkreisen.

Zu 6.: verliest Orphal ein Schreiben von Gerhard Johann vom 18.8.73, mit dem Johann bittet, ihn zum 1.9.1973 aus dem Kuratorium zu entlassen. Das Kuratorium stimmt Johanns Ausscheiden aus dem Kuratorium mit Bedauern zu.

Die Dienststelle wird beauftragt, Namen für die Mitgliedschaft im Kuratorium vorzuschlagen, nach Möglichkeit aus der Lutherischen Landeskirche Sachsen.

Berger berichtet, daß die gegen ihn ausgesprochene Ordnungsstrafe von 300,-- auf 100,-- M herabgesetzt worden ist. Die Summe wurde eingezahlt. Das Kuratorium nimmt Bergers Bericht zur Kenntnis.

Termine:

Als Eventualtermin für eine Kuratoriumssitzung wird Freitag, der 14.12. 10.00 Uhr, vereinbart. Die Klausur findet am 12. und 13.3.74 in Bad Saarow statt. (Beginn am 12.3. mittags, Ende am 13.3. nachmittags) Die Jahrestagung aller Arbeitsgruppen mit dem Kuratorium vom 21.-23.6.74. Die Mitglieder werden gebeten, alle drei Termine wahrzunehmen.

Für die Festveranstaltung zum 200. Geburtstag von Johannes Evangelista Gossner geht allen Mitgliedern rechtzeitig eine Einladung zu.

Ende der Sitzung: 16.10 Uhr.

Für das Protokoll:

gez.: Orphal

*Wenzel*

## Entwurf

### Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 27.9.1973

---

#### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums	Berger, Burkhardt, Galley, Görig, Grünbaum, Michel, Möller, Orphal, Rottmann
b) ständige Gäste	Jacob, Landmann
Entschuldigt fehlten	Große, Natho, Stolpe, Ziegler <sup>+</sup> ( <sup>kommt vor Ende der Sitzung</sup> <sup>für ca. 20 Minuten</sup> ), Blauert
Von der Dienststelle	Burkhardt, Kiekbusch, Irma und Martin Richter, Schottstädt
Entschuldigt fehlt	Roepke

#### Die Tagesordnung:

1. Andacht - Rottmann
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 25.6.73
3. Erlebte Kirche in der DDR - die Erwartungen  
westeuropäischer Kirchen" - Cunz
4. Arbeitsbericht der Dienststelle - Schottstädt
5. Zum Stellen- und Haushaltsplan 1974
6. Verschiedenes.

Zu 1.: Rottmann liest die Kirchenjahreslese 1. Thess. 1, 2-10.  
Er beschreibt das Unterwegssein der Gemeinde zur Welt hin:  
Was ausstrahlt, ist das Wort des Herrn. Vom Text her meint  
er, daß das Verhältnis Praxis und Credo der Gemeinde  
die aufgeworfene Frage sei. Die Aufgabe der Gemeinde  
sei es, immer wieder offen zu werden und Gemeinschaft  
zu bauen. Rottmann schließt mit der Frage: Was bedeutet  
apostolische Existenz?

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 25.6.73 wird ohne Beanstandung  
einstimmig gebilligt.

Zu 3.: M. Cunz gibt seinen Ausführungen eine neue Thematik: Politische und theologische Einsichten - Fragen und ~~Antw~~rten. Sein Vortrag wird diskutiert. Die Mitglieder des Kuratoriums bitten darum, daß das Referat allen zugänglich gemacht wird.

Zu 5.: (Wird vorgezogen)

Burkhardt trägt die erarbeiteten Pläne - Zusatzstellen- und Zusatzhaushaltsplan - wie sie vom Vorstand und dem Finanzausschuß am 18.9.73 erarbeitet wurden, vor.

Danach betragen Einnahmen und Ausgaben für die Dienststelle 108 000,-- M und für das Haus "Rehoboth" 42 000,-- M. ~~Rottmann~~ ergänzt den Vortrag. Die Arbeitsgruppe "Rehoboth" konnte erst am 24.9. tagen und sich mit der Weiterführung der Arbeit im Hause beschäftigen. Sie ist zu der Meinung gekommen, daß das Ehepaar Richter für die Weiterführung unbedingt in "Rehoboth" bleiben muß. Darum hat die Arbeitsgruppe folgenden Vorschlag: Martin Richter wird Leiter des Hauses "Rehoboth" und bekommt eine volle Stelle im Stellenplan. Irma Richter bleibt Wirtschaftsleiterin und bekommt eine halbe Planstelle. Damit erhöht sich der Haushaltsplan für "Rehoboth" in Einnahmen und Ausgaben um 6 000,-- M. Es sind für "Rehoboth" nicht nur 2000,-- M Sonderspenden aufzubringen, sondern 8 000,-- M. ~~Und~~ Einnahmen und Ausgaben betragen 48 000,-- M.

Nach längerer Debatte verabschiedet das Kuratorium den Zusatzstellen- und Zusatzhaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1974 mit den entsprechenden Änderungen. Die Aufwendungen und Einnahmen für die Dienststelle in Berlin sind mit 108 000,-- M geplant; in Buckow mit 48 000,-- M.

Galley beantragt, in einer der nächsten Sitzungen die Einnahmesituation der Gossner-Mission gründlich zu besprechen. Orphel: Dieser Bitte werden wir nachkommen.

Berger fragt nach dem Arbeitsanfall für Kiekbusch im Blick auf das Haus "Rehoboth". Schottstädt: Nach dem ~~gibt~~ <sup>8/10/7</sup> neuesten Stand werden es ca. 20 bis 25% sein. Damit ~~gibt~~ sich Berger zufrieden. ~~zuviszane~~.

Schottstädt informiert das Kuratorium über den Entschluß von Roepke. Roepke will ein Pfarramt übernehmen und möchte weiterhin als Sekretär der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" (ehrenamtlich) tätig bleiben.

Nach Aussprache beschließt das Kuratorium: Kuratorium nimmt Roepkes Entschluß, ein Pfarramt zu übernehmen, zur Kenntnis.

zuviszane →  
Bis zur Anstellung in einem Pfarramt bleibt Roepke Mitarbeiter der Gossner-Mission in der DDR und des Ökumenisch-missionarischen Amtes. Roepke bleibt (ehrenamtlich) Sekretär der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste".

Der Beschuß des Kuratoriums vom 25.6.73, der die finanzielle Unterstützung von Roepkes Arbeit im ÖMA betrifft, ist damit hinfällig geworden. Der Auftrag an die Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste", dem Kuratorium einen Vorschlag für den Einsatz von Geldern für Bewußtseinsbildung zu unterbreiten, bleibt bestehen.

Pastor Martin Richter wird ab sofort mit der Leitung des Hauses "Rehoboth" beauftragt. Für ihn wird eine volle Planstelle für "Rehoboth" eingerichtet. Irma Richter behält die Wirtschaftsführung des Hauses, für sie bleibt eine halbe Planstelle für 1974 bestehen.

Zu 4.: Schottstädt berichtet dem Kuratorium Arbeiten und Vorhaben der Dienststelle, wie sie in der Klausurtagung vom 3.-5.9.73 besprochen worden sind.

1. Die Berlingruppe hat Thesen zum Selbstverständnis der offenen Gemeinde erarbeitet. (Diese Thesen werden von Schottstädt verteilt) Es nehmen immer mehr Katholiken an den Kellergottesdiensten teil.

Sie feiern mit der Gemeinde das Herrenmahl, haben aber ~~noch~~ Fragen nach dem Verständnis des Abendmahls, nach dem Verständnis des Gottesdienstes und dem Gemeindesein.

Diese Fragen werden in nächsten Arbeitssitzungen besprochen. Die Berlingruppe hat unter sich diskutiert, wieweit Verbindlichkeit mit einer Erklärung erzeugt werden soll und wieweit nicht. Einige wollen die offene Gemeinde ohne jede Erklärung festhalten, andere drängen auf eine gemeinsam erarbeitete Erklärung.

Die Mitarbeiter der Dienststelle waren der Meinung, daß auf keinen Fall eine schriftliche Erklärung den einzelnen abgefordert werden darf. Wohl kann für die Kerngruppe das Thesenmaterial Grundlage für ein Selbstverständnis sein. Die Leitungsgruppe ist sehr aktiv. ihr Verhältnis zur Versammlung der Gemeinde ist noch nicht geklärt.

2. Im Blick auf die Mitarbeiterkonferenz ist die Dienststelle der Meinung, daß es nicht nur darum geht, die vorhandene Institution auszubauen, sondern auf Grund der Erfahrungen bei Besuchen sind die Mitarbeiter der Meinung, daß wohl zunächst am Alten festgehalten werden soll, aber zugleich soll ein Neuanfang praktiziert werden. Es haben bereits mehrere regionale Tagungen stattgefunden, die letzte in Magdeburg. Diese sollen ausgebaut werden. Schottstädt erläutert das Programm für die ~~Okto~~ Oktobertagung der Konferenz. Die drei Sekretäre konnten noch nicht zusammen reisen. Dieses ist aber für die Zukunft vorgesehen.
3. Im Gemeindedienst ist die Serie "Studienbriefe zur Gottesfrage" abgeschlossen. Die Arbeitsgruppe erarbeitet z.Zt. eine neue Reihe zum Thema "Kirche und Gesellschaft". Die Dienststelle ist der Meinung, daß danach die Fragen in Studienbriefen behandelt werden sollen, die in den einzelnen Arbeitsgruppen Themen sind.

Im Blick auf die Gemeindebegleitung, dem zweiten Hauptpunkt der Arbeit von Pastorin Burkhardt, ist ~~es~~ eine stärkere Zusammenarbeit mit Linn, Berlin und Dudey, Magdeburg angesprochen worden. Die Arbeitsgruppe sollte nach Meinung der Dienststelle dazu kommen, gemeinsame Gemeindedienste durchzuführen.

4. Die Verzahnung ~~von~~ der Arbeitsgruppe "Gemeindedienste" mit der Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste" sollte bedacht werden. Die theologischen und politischen Einsichten zu Fragen der Solidarität heute müßten auch im Gemeindedienst reflektiert werden. Gemeinsam sollten beide Arbeitsgruppen prüfen, wie sie im Blick auf die Bewußtseinsbildung zusammenarbeiten können.
5. Solidaritätsdienste: Die Arbeitsgruppe hat Thesen zur sozialistischen Entwicklungsförderung erarbeitet. Es wird vorgeschlagen, diese Thesen zu veröffentlichen. Roepke möchte für die Thesen ein Vorwort schreiben. Es ist daran gedacht, über die Mitarbeit in der Solidarität für Vietnam und Algerien stärker in Kirchenzeitungen zu berichten. (Schottstädt verweist auf das gute Echo zu den Bildreportagen Algerien) Was den Hilfsdienst für Algerien angeht, so wird die Arbeitsgruppe direkt mit dem Roten Kreuz in Dresden Verbindung aufnehmen, ~~und~~ es ist zu hoffen, daß dieses wiederum mit dem "Roten Halbmond" in Algerien so zusammenarbeiten kann, daß Materialien über diesen Kanal direkt nach Frenda und in andere Teams kommen.
6. Haus "Rehoboth" hat nach Meinung der Mitarbeiter durch die Arbeit von Richters einen sehr starken Familiencharakter erhalten. Alle Arbeitsgruppen waren auch in einer gewissen Weise Familiengruppen. So die Familienrüsten im Frühjahr und Herbst der letzten Jahre, so die Gestaltungsrüsten, die in diesem Jahr mit Pastor Dutschmann durchgeführt wurden, und so in besonderer Weise die Christenlehre-

wochen-enden mit Kindergruppen aus Berlin-Pankow, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Köpenick. So auch Musik- und Literaturrüssen, in denen Frau Dr. Herrmann und Klaus Gubener gearbeitet haben.

Um das Haus noch mehr auszulasten als bisher und um Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter stärker in Gestaltungsarbeiten mit einzubeziehen, ist daran geacht, im Jahre 1974 einen ersten Pfarrerkursus durchzuführen. Eckhard Schülzgen hat sich bereit erklärt, in diesem Kursus mitzuarbeiten. Das gleiche könnte mit Katecheten und Studenten der Theologie geschehen. Auch im Blick auf "Rehoboth" gilt: mehr publizieren. Es ist daran gedacht, Bildreportagen in Kirchenzeitungen zu veröffentlichen.

- x der  
Bundes  
IV. Koden  
SOC/ONR*
7. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll in die Bundesverantwortung auf Grund eines sog. Tendenzbeschlusses des AKJ übergehen. Damit ist der Jugendausschuß für die Arbeitsgruppe voll verantwortlich. Kiekbusch bleibt Sekretär dieser Arbeitsgruppe und bleibt bei der Gossner-Mission angestellt. Die Sekretärin kann evtl. ganz beim Bund angestellt werden. Vom Jugendausschuß werden im Laufe eines Rechnungsjahres ca. 10 000,-- M für die Arbeit der Gossner-Mission aufgebracht. Die Arbeitsgruppe hat im letzten Jahr mehrere regionale Tagungen durchgeführt und an der Studie weitergearbeitet.
  8. Die Mitarbeiter der Dienststelle haben abgesprochen, 1974 eine Bilanz aller Dienste der Gossner-Mission in den letzten 20 Jahren zu ziehen. Es soll festgestellt werden, welche Aktivitäten von der Kirche aufgenommen worden sind, welche nicht, welche Arbeiten sich verändert haben und welche gescheitert sind und was auch für die Zukunft von Wichtigkeit bleibt.
  9. Die theologische Arbeit in der Dienststelle bleibt von Wichtigkeit. Die Mitarbeiter verstehen sich als ein gewisses Koordinierungsinstrument. Hier wird auch die praktische Arbeit regelmäßig besprochen.

10. Die Mitarbeiter der Dienststelle halten es für wichtig, daß alle Glieder der Arbeitsgruppen einmal zu einer Jahrestagung zusammenkommen, nach Möglichkeit mit dem Kuratorium. Sie schlagen dem Kuratorium dafür ein Wochenende im Juni 1974 vor.

26

Diskussion:

Galley fragt nach der Arbeitsgruppe 6 - nach ihrer Weiterarbeit und ihrer Zuordnung zur Gossner-Mission.

Berger: Für die Angestellten der Gossner-Mission in der Arbeitsgruppe besteht eine gewisse Dienstaufsicht. Die Fachaufsicht <sup>liegt bei der</sup> erledigt der AKJ.

Nach Bergers und Schottstädts Meinung wird es aber wichtig bleiben, dem Kuratorium regelmäßig über den Fortgang der Arbeit zu berichten. Orphal spricht zu dem Bilanzvorhaben und schlägt vor, eine erste Bilanz in der Junisitzung vorzutragen. Michel: Es müssen rechtzeitig Aufträge für eine solche Bilanzierungsarbeit erteilt werden.

Im Blick auf die Gettoisierung und Isolierung von Gemeinde und Pfarrerschaft entwickelt sich zwischen allen Mitgliedern des Kuratoriums ein Gespräch.

Es wird die Meinung vertreten, daß Gemeindeaufbau ohne Weltbewußtsein nicht möglich ist. (Michel)

Auf Grund der verschiedenen Teamarbeiten in Gemeinde und im Kirchenkreis, ist eine gute Kooperation zwischen den Pfarrern in Gang gekommen. Die Gefahr liegt darin, das Eigentliche aus den Augen zu verlieren und auch die Dimension des Zeugnisses, die in Richtung Welt geht. Laien werden zum Teil aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung herausgerissen und kommen zurück in den Binnenbereich der Kirche.

(Grünbaum) Es wird zu fragen sein, wie wir zu einer neuen Bewegung kommen und welche Impulse wir erhalten. Wir werden gegen die modischen Fluchterscheinungen, die gekoppelt sind mit gesellschaftlichem und kirchlichem Aktivismus, auftreten müssen und ganz

neu zu bedenken haben, wie denn unser Christsein auszusehen hat, was der Grund unseres Glaubens ist. (Orphal) Die Pfarrerschaft in Berlin ist noch nicht reif zur Teamarbeit. Die Teamarbeit wird noch nicht als Notwendigkeit erkannt, und man ist gar nicht in der Lage, sich auf den anderen einzustellen. Die Pfarrer sind zu sehr Individualisten. Wer Zusammenarbeit geübt hat, der kann den anderen gelten lassen, der kann kritisieren und Kritik annehmen, der zeigt, wie er wirklich ist und hat nichts zu verbergen. (Berger) Die Mitglieder des Kuratoriums sind sich darin einig, daß z.Zt. eine neue Struktur und Inhaltskrise der Gemeinde in der DDR zu durchleben ist. Da dies besonders die Pfarrer trifft, begrüßt das Kuratorium die Wiederaufnahme von Pfarrerkursen.

Zu 6.: Verliest Orphal ein Schreiben von Gerhard Johann vom 18.8.73, mit dem Johann bittet, ihn zum 1.9.1973 aus dem Kuratorium zu entlassen. Das Kuratorium stimmt Johanns Ausscheiden aus dem Kuratorium mit Bedauern zu. Die Dienststelle wird beauftragt, Namen für die Mitgliedschaft im Kuratorium vorzuschlagen.; nach Möglichkeit aus der Lutherischen Landeskirche Sachsens. Berger berichtet, daß die gegen ihn ausgesprochene Ordnungsstrafe von 300,-- auf 100,-- M herabgesetzt worden ist. Die Summe wurde eingezahlt. Das Kuratorium nimmt Bergers Bericht zur Kenntnis.

Termine:

Als Eventualtermin für eine Kuratoriumssitzung wird Freitag, der 14.12., 10.00 Uhr, vereinbart. Die Klausur findet am 12. und 13.3.74 in Bad Saarow statt. (Beginn am 12.3. mittags, Ende am 13.3. nachmittags) Die Jahrestagung aller Arbeitsgruppen mit dem Kuratorium vom 21.-23.6.74. Die Mitglieder des Kuratoriums werden gebeten, alle drei Termine wahrzunehmen. Für die Festveranstaltung zum 200. Geburtstag von Johannes Evangelista Gowsner geht allen Mitgliedern rechtzeitig eine Einladung zu. Ende der Sitzung 16.10 Uhr.

*meuse*

*Orphal*

Politische und theologische Einsichten, Fragen und Antworten –  
Notizen über Kirche und Gesellschaft in der DDR

---

(Gehalten von Martin Cunz am 27. September 1973 vor dem  
Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR)

### Einleitung

Als ich im Sommer 1970 nach Berlin kam, war ich mir bewußt, daß ich in den kommenden Jahren ein besonderes Stück Deutschland kennenlernen würde, das sich von dem Deutschland, dem ich auf Reisen und während des Studiums begegnet bin, radikal unterschied: Das sozialistische, kommunistische Deutschland. In diesem neuen Deutschland würde ich aber auch eine andere Kirche antreffen, eine Kirche zumindest in einer anderen politischen und gesellschaftlichen Situation als in Westdeutschland oder in einem anderen westlichen Land. Eine Kirche auf neuen Wegen, die diese Wege nicht nur deshalb betreten hat, weil sie aufgrund der neuen politischen Lage dazu gezwungen war, sondern auch weil sie in evangelischem Gehorsam den Ruf der Stimme Gottes aus der Bibel neu hörte.

Um das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft in der DDR theologisch und politisch richtig beschreiben zu können, bedarf es einer eingehenden Analyse der historischen Entwicklung seit 1945. Darüber hinaus ist auch die deutsche und europäische Geschichte seit 1848 im Auge zu behalten. Die Aufarbeitung von Geschichte bewahrt uns vor dem häufig in der westlichen Literatur über die DDR, speziell der Literatur über die Kirche in der DDR, anzutreffenden Fehler, politische Vorgänge mit phänomenologischen Kategorien, v.a. mit dem Begriff des Totalitarismus, zu beschreiben. Ich meine, daß die phänomenologische Methode keine primäre Erkenntnis-aufschließende Relevanz für das Verständnis historischer Vorgänge haben kann. Der Begriff des Totalitarismus ist als polemischer Begriff gegen den "totalen Staat" des Nationalsozialismus entstanden.<sup>1)</sup> "Die Erforschung der Funktionen und Mechanismen des Staats- und Wirtschaftsapparates zielte dabei notwendig auf Herrschaftsaufbau und Herrschaftstechnik, nicht so sehr auf die Gesellschaft selbst und ihre Konflikte." (P.Ch. Ludz, Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft, in: Soziologie der DDR, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8/1964, Köln und Opladen 1964, S.13) Er vermag jedoch nicht politische Inhalte und Zielsetzungen analytisch zu erfassen.

Dem Anspruch auf eine umfassende Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie kann ich an dieser Stelle nicht gerecht werden. Ich möchte aber versuchen, einige Elemente zu dieser Auseinandersetzung beizutragen, v.a. was den kirchlichen Antikommunismus betrifft, der bis heute im Gewand des Antitotalitarismus einhergeht.

---

1) Vgl. Hans Joachim Lieber, Aspekte totalitären Denkens, hg. vom Allg. Studentenausschuß der Freien Universität Berlin, Berlin 1962, S.4

I

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat mit dem in der Geschichte zu verwirklichenden Ziel, den Sozialismus zu errichten, und unter dem Schutz der Roten Armee eine neue und geplante Gesellschaftsentwicklung in die Wege geleitet. Die DDR hat mit den Mächten gebrochen, die die Welt in die Katastrophen von 1914 - 1918 und in den darauffolgenden Faschismus gestürzt hatten: Großgrundbesitzer, Eigentümer von Banken und Konzernen und die Wirtschaftsmonopole üben in diesem Land keine Macht mehr aus. Ein neues Wirtschaftssystem wurde durchgesetzt, das der DDR zu einem konstanten und stabilen Wachstum verholfen und sie in die Wirtschaft der sozialistischen Staaten integriert hat und den Bürgern eine in der Geschichte noch nie dagewesene soziale Sicherheit garantiert. Breite Bevölkerungsschichten sind in die Planung und Durchführung dieser Wirtschaftsordnung miteinbezogen, ohne damit den Zwecken einer sich zwar ab und zu liberal gebenden, im übrigen aber ausbeuterischen kapitalistischen Machtclique dienen zu müssen, wie dies im Westen der Fall ist. Ein neues Recht und neue Einrichtungen der Rechtssprechung wurden entwickelt mit dem Ziel, das durch Ausbeuterordnung und Faschismus korrumptierte Rechtsempfinden zu ändern, v.a. was die Eigentumsfrage betrifft. Es besteht gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Frau. Ihre Arbeit wird gleich bezahlt wie die des Mannes, sie hat die gleichen Rechte und Chancen der Weiterbildung. Den Bürgern steht kostenlose ärztliche Betreuung und kostenloser Erhalt von Medikamenten zu. Ein sehr hoher Prozentsatz von Arbeiter- und Bauernkindern sind an den Erweiterten Oberschulen und an den Universitäten untergebracht...

Ich will diese Tatsachen nicht weiter aufzählen. Sie sind Ihnen bekannt als Kennzeichen Ihrer Gesellschaft. Sie lassen sich zusammenfassen unter den Oberbegriff der umfassenden sozialen Sicherheit, welche dem Begriff des "Lebensstandards", der in seiner westlichen Wortbedeutung lediglich die individuelle Konsummöglichkeit beinhaltet, entgegensteht.

Das Neue an dieser Gesellschaft erscheint jedoch nirgends in reiner Form. Es ist nicht frei von Altem, so wahr es keinen reinen Sozialismus oder idealen Sozialismus gibt und so wahr die Geschichte nicht im Jahr 1945 beginnt, sondern die Zeit seit 1945 durch die vorhergehende Geschichte auf vielerlei Weise mitgeprägt ist. Überall, wo wir es heute mit Sozialismus zu tun haben, handelt es sich um ein mixtum compositum, ein Gemisch von alt und neu, bei den Institutionen angefangen bis hin zum Verhalten der einzelnen Bürger. Mit anderen Worten: Die sozialistische Gesellschaft ist eine Übergangsgesellschaft. Der VIII. Parteitag der SED hat es erneut ausgesprochen und ins Bewußtsein zurückgerufen: Wir sind immer noch eine Klassen gesellschaft, in der zwar die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie gebrochen ist, die Diktatur des Proletariats aber nach wie vor eine Notwendigkeit bleibt. Das negative Erbe, materieller und geistiger Schutt sind nach dem letzten Jahrhundert deutscher Geschichte noch lange nicht beseitigt. Was sind 24 Jahre Geschichte eines sich entwickelnden sozialistischen Deutschlands angesichts dieses Vorlaufs:

1848 eine verspätete und nur halb durchgeführte bürgerliche Revolution, die in der Konterrevolution endete. 1871 hat Bismarck die ökonomische und politische Einheit Deutschlands hergestellt und damit den raschen Weg des kapitalistischen Aufschwungs zum Imperialismus ermöglicht. Ein Deutschland, in dem zwar das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, "dessen Parlament jedoch keinerlei reale Macht besitzen durfte, dessen Politik weiter von den Hohenzollern und den zu Zivil- und Militärbürokraten gewordenen Junkern geleitet wurde". 1) Politische und weltpolitische Macht Deutschlands ohne politische Emanzipation seiner Bürger. Das ist unter anderem eine Erklärung dafür, warum der Faschismus gerade in Deutschland (neben Ungarn und Italien) zum ersten Mal zu derart verheerender politischer Macht emporsteigen konnte.

(Daß der Faschismus keine deutsche Eigenheit war, zeigt die Entwicklung der westlichen parlamentarischen Demokratien seit 1945 mit aller Deutlichkeit. Zum Faschismus gehört es, daß er der Ausdruck des in eine politische Sackgasse geratenen Bürgertums ist, das seine eigenen Prinzipien mit Füßen zu treten gezwungen ist, um seine Interessen aufrechtzuerhalten.)

Von Max Weber stammt das Wort: "Das nationale Unglück Deutschlands sei, daß man noch nie einen Hohenzollern geköpft hat." 2) Und Karl Marx schrieb vor 1848: "Deutschland wird sich ... eines Morgens auf dem Niveau des europäischen Verfalls befinden, bevor es jemals auf dem Niveau der europäischen Emanzipation gestanden hat." 3)

Das Jahr 1945 war für Deutschland der vorläufige Tiefpunkt dieses von Karl Marx prophezeiten Verfalls. Der imperialistische Raubkrieg, der im Westen ein Konkurrenzkrieg unter Imperialisten war und der im Osten das Ziel hatte, die Sowjetunion als sozialistisches Land physisch zu vernichten, brachte Deutschland selbst an das physische Ende seiner Existenz. Entsprechend den verschiedenen Kriegszielen Nazideutschlands waren auch die Kriegsziele seiner Gegner klar:

Auf der einen Seite die Ausschaltung des imperialistischen Konkurrenten und seine Degradierung zum willigen Wirtschaftspartner unter Beibehaltung der ökonomischen und politischen Strukturen einer auf dem Privateigentum basierenden Gesellschaft, die sich v.a. für den Konkurrenten USA als eine in der amerikanischen Geschichte noch nie dagewesene Goldgrube entwickelte.

Auf der anderen Seite die Kriegsziele der Sowjetunion: Ausschaltung eines ökonomischen und politischen Systems, welches die Sowjetunion mit ihrer Gesellschaftsordnung tödlich bedrohte. Sie strebte deshalb eine Sicherheitszone von Ländern

---

1) Georg Lukacz, Von Nietzsche zu Hitler, oder der Irrationalismus und die deutsche Politik, Fischer TB 784, S.13

2) Georg Lukacz, ebda. S.16

3) Zitiert nach G.Lukacz, ebda. S.13

an, "die der Sowjetunion freundlich gesinnt sind". 1) Es war nicht einfach Taktik, wenn die Sowjetunion in den von ihr besetzten Staaten, die zuvor unter der Herrschaft faschistischer Regimes standen, den Versuch machte, Regierungen einzusetzen, in denen auch das Bürgertum vertreten war, sondern es handelte sich um die Bemühung gemäß der Erklärung von Jalta (11.2.45), den befreiten Ländern Europas "auf demokratischem Wege" bei der "Lösung ihrer drängenden politischen und wirtschaftlichen Probleme beizustehen". 2) Daß das Wort "demokratisch" im Geiste des Antifaschismus auf keinen Fall im Sinne von "antikommunistisch" bzw. "sowjetfeindlich" ausgelegt werden durfte, wurde als selbstverständlich angenommen. Ebenso war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Begriff "demokratisch" die Sozialisierung der Grundindustrie und damit die Ausschaltung der Macht der Großbourgeoisie beinhaltete. Diese sich aus dem Begriff der Demokratie ergebenden Forderungen nicht in Angriff zu nehmen und auszuführen wäre für die Sowjetunion nicht nur eine politische Überforderung, sondern auch und vor allem eine Preisgabe ihrer Politik und ihres Selbstverständnisses gewesen. "Wie kämen sie, die Sieger, dazu, eine Ordnung zu konservieren, von der sie niemals etwas anderes als Feindschaft erfahren hatten und von der sie auch in der Zukunft nichts anderes als Feindschaft gewärtigen könnten? Dies wäre nicht allein widernatürlich, es wäre eine schamlose Umkehrung ihres großen Befreiungskriegs in sein vollkommenes Gegenteil gewesen." 3) Nichtsdestoweniger war es aber nicht das primäre Ziel der Sowjetunion, sozialistische Regierungen einzusetzen, sondern antifaschistische, demokratische und infolgedessen auch sowjetfreundliche Regierungen zuzulassen, die den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion Rechnung trugen, die vor allem darauf ausgingen, den ständig sich wiederholenden Interventionskriegen langfristig Einhalt zu gebieten. Daß es sich sehr bald zeigte, daß die Kommunisten die einzigen waren, die dieses politische Ziel der Sowjetunion respektierten, weil es mit ihren nationalen Interessen übereinstimmte, war vielleicht vorauszusehen, aber sicher nicht unumgänglich. Die Beispiele Finnland und Österreich zeigen dies auf verschiedene Weise.

- 
- 1) Formulierung aus der Zeit der Konferenz von Jalta zit. nach I. Deutscher, Stalin, Stuttgart 1962, S. 548 und Anm. 31, S. 630
  - 2) Erklärung von Jalta, in: Zur Deutschlandpolitik der Anti-hitlerkoalition, Berlin (DDR) 1968, S. 56
  - 3) Isaac Deutscher, Stalin, Stuttgart 1962, S. 569  
Zur Frage des Verhältnisses von Demokratisierung und Schaffung einer Sicherheitszone in Osteuropa siehe David Horowitz, Imperialismus und Revolution, Berlin 197 S. 166 f.

Nun waren es aber nicht bloß die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, die den Sozialismus in Osteuropa verlangten und ermöglichten. Im Falle der DDR heißt das, daß die deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich in der SED zusammengeschlossen hatten, nicht einfach sowjetische Willensvollstrekker bzw. "Statthalter Moskaus" waren. Das hieße die Eigendynamik der deutschen Geschichte und Tradition und auch die Eigendynamik der deutschen Arbeiterbewegung erkennen, die zwar zeitweise recht eingeengt war, jedoch nie ganz zum Stillstand gekommen ist und heute in einigen Punkten in der DDR eine interessante Renaissance zu erleben scheint. Das hieße aber auch den sowjetischen Internationalismus erkennen; der, trotz Stalins Theorie und Praxis vom "Sozialismus in einem Land", nie ganz erloschen ist, ja, durch die Besetzung Osteuropas im Zuge des zweiten Weltkriegs und durch die Entstehung von neuen sozialistischen Ländern gezwungenermaßen erneut zum Zuge gekommen ist und insofern den Stalinismus bereits zu Lebzeiten Stalins durchbrochen hat. 1)

Die Geschichte seit 1945 hat den Führern der Oktoberrevolution unter den Bedingungen der Resultate des 2. Weltkriegs recht gegeben, die von diesen nicht vorausgesehen werden konnten: Sie haben wiederholt geäußert, daß im Falle einer Beschränkung der sozialistischen Revolution auf Rußland bzw. die Sowjetunion die Zukunft des Sozialismus aufs äußerste gefährdet und in Frage gestellt wäre. 2)

In diesem Punkt gab es auch zwischen Lenin und Trotzki keine wesentlichen Meinungsunterschiede. Allerdings glaubten sie niemals daran, daß der Sozialismus auf den Bajonettspitzen der Roten Armee nach Westeuropa getragen werden würde, wie es Trotzki ausdrückte, sondern sie glaubten als gute Bolschewiki, daß die Westeuropäer ihre sozialistische Revolution selbst machen und sich dann zu einem sozialistischen Vaterland zusammenschließen würden, in dem sie als die Erfahreneren, Erprobteren und technisch-wirtschaftlich Fortgeschrittenen der noch schwachen Sowjetrepublik ihre Hilfe und Solidarität zuteil werden lassen würden.

Die Westeuropäer haben ihre Revolution nicht gemacht. Die deutsche Arbeiterklasse hatte den Aufstieg des Faschismus im Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus, in das die Bolschewiki in den Anfangsjahren der Revolution so große Hoffnungen gesetzt hatten, nicht verhindern können. Dies nicht nur aufgrund der Spaltung der Arbeiterklasse, sondern auch aufgrund der in verbrecherische Dimensionen gehenden Kominternpolitik Stalins. Deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten wurden nicht nur in den faschistischen Konzentrationslagern umgebracht, sondern auch in großer Zahl in der Sowjetunion verschickt und getötet. (In den Jahren der großen Säuberungen) 3)

- 
- 1) Siehe dazu David Horowitz, Imperialismus und Revolution, S.169 f.
  - 2) "Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution verloren sind" (Lenin, 27, S.81)
  - 3) Die an dieser Stelle in nur zwei Sätzen pauschal erwähnten Vorgänge müßten selbstverständlich mit Hilfe der vorhandenen Literatur differenzierter dargestellt werden.

Man kann sicher sagen, daß die Eigendynamik, die Stärke und das Niveau der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1945 auf einem Tiefpunkt ihrer Geschichte angelangt war. Es waren die Überlebenden der deutschen KZ's und es waren jene, die durch kluges Verhalten oder oft auch wie durch ein Wunder den Stalin'schen Säuberungen und den Häschern im westlichen Ausland entkommen waren, die daran gingen, gegen das durch den Faschismus korrumpte Bewußtsein breiter Schichten des deutschen Volkes den Weg zum Sozialismus zu ebnen. Die in jeder Beziehung dezimierte Partei der Arbeiterklasse machte sich in dem in jeder Beziehung zerstörten Deutschland daran, die Fundamente für ein Neues zu legen. Daß diese Umstände zusammen mit anderen Faktoren zu Härten und Fehlern geführt haben, ist eigentlich weiter nicht verwunderlich.

Das Alte und das Neue hart nebeneinander und gegeneinander, das Neue deshalb vom Alten mitgeprägt und sich nur langsam aber unaufhaltsam von ihm befreidend - unter diesem Blickwinkel kann man, ja muß man die vergangenen 28 Jahre deutscher Geschichte östlich der Elbe verstehen. Dabei muß betont werden, daß mit dem "Alten" nicht bloß der ausgeübte Faschismus gemeint sein kann, sondern daß es auch den v.a. durch die Arbeiterklasse auf verschiedene Weise erlittenen Faschismus und die durch sie erlittene Reaktion von Teilen des Bürgertums und des Adels seit ihrem Bestehen um die Mitte des letzten Jahrhunderts mit einschließt. Der "Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse" 1) ist meiner Meinung nach mit der Befreiung von Faschismus und Reaktion noch nicht beendet. Die Bewältigung, Aufarbeitung und Befreiung von ausgestandenen Leiden und Unterdrückungen und des Bewußtseins, mißbraucht worden zu sein von den Machthabern der vergangenen Gesellschaftsordnung, dürfte ein ebens. langwieriger und Generationen dauernder Prozeß sein wie die Vergangenheitsbewältigung der ehemals herrschenden Klasse.

## II

Und die Kirche? Wo stand und wo steht sie in diesem Teil Deutschlands während der letzten 28 Jahre?

Welches waren und sind ihre Antworten auf den Ruf der Stimme Gottes in der ihr anvertrauten Schrift mitten in diesen Umbrüchen und Veränderungen fundamentaler Art, wie sie die deutsche und europäische Geschichte vielleicht noch nie gesehen hat?

"Das Volk Gottes im Weltgeschehen" 2), wie verkündigt es das Evangelium, welche Gestalt gewinnt es im werdenden Sozialismus,

1) Karl Liebknecht, Trotz alledem! "Rote Fahne" vom 15.1.1919  
in: Gesammelte Reden u. Schriften, Band IX, Berlin (DDR)  
1971, S.713

2) Karl Barth, Kirchliche Dogmatik IV/3, S.780 ff.

so wahr als die Verkündigung des Evangeliums und die Gestalt der Kirche seit ihren Anfängen sich nie unabhängig vom Weltgeschehen, von der sozialen und ökonomischen Gestalt der verschiedenen Gesellschaften vollzogen haben?

Ich glaube, es braucht hier nicht betont zu werden, daß der Ruf der Stimme Gottes nicht aus den gesellschaftlichen Veränderungen hervorgeht, sondern einzig und allein aus dem Wort der Bibel, daß aber die gegenwärtigen welt- und regional-politischen Veränderungen, speziell die werdende sozialistische Gesellschaft der DDR, der Ort sind, wo die Kirche auf den Ruf ihres Herrn in der Bibel konkret, in historischer Gestalt und Neuwerdung zu antworten hat.

Wie hat die Kirche in der DDR seit 1945 auf das Geschehen in diesem Land reagiert, wie hat sie es interpretiert und welche Entscheidungen hat sie getroffen?

Diese Fragen sind deshalb so wichtig, weil die politischen Reaktionen, Interpretationen und Entscheidungen der Kirche ein Teil ihrer Verkündigung sind, so wahr als das Evangelium, die Ankündigung des Reiches Gottes, unteilbar ist. Die Teilung der Kirche in Verkündigung des reinen Evangeliums einerseits und in politische Irrtümer oder Richtigkeiten andererseits wäre eine Verleugnung der unteilbaren Herrschaft Gottes über die Welt. So ist gerade an den politischen Reaktionen, Interpretationen und Entscheidungen der Kirche abzulesen, wie es bei ihr um das Evangelium steht. 1)

---

1) Vgl. dazu den Brief Karl Barths an die Veranstalter einer Großkundgebung der Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" in der Dortmunder Westfalenhalle im Jahr 1966, in: Junge Kirche 1966, 6, S.327 f.:

"Wenn Ihr richtiges Bekenntnis zum nach dem Zeugnis der Heiligen Schrift für uns gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus ein rechtes, kostbares und fruchtbare Bekenntnis sein soll, dann müßten sie sich bereit erklären, auch gegen das Begehr nach Aufrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen, gegen Krieg und Kriegsführung der Amerikaner in Vietnam, gegen den immer wieder ausbrechenden Antisemitismus und für einen Friedensschluß Westdeutschlands mit den osteuropäischen Staaten unter Anerkennung der seit 1945 bestehenden Grenzen eine entsprechende Großkundgebung zu veranstalten. Wenn Ihr christliches Bekenntnis das nicht in sich schließt, dann ist Ihr Vorhaben in seiner ganzen Richtigkeit kein rechtes, kostbares und fruchtbare, sondern ein totes, billiges, mückenseiendes und kameleverschluckendes und also pharisäisches Bekenntnis."

In der Beantwortung dieser Fragen lassen sich m.E. drei fort-schreitende Phasen oder Momente unterscheiden, die sich jedoch zeitlich nicht trennen lassen. Sie geben die durchschnittliche Meinung der Kirche zum politischen Geschehen in den betreffenden Zeitabschnitten wider. Bei verschiedenen Gruppen und Personen der Kirche und in verschiedenen Publikationen sind sie meistens vermischt anzutreffen. Ich möchte mich in diesen Ausführungen, was das verarbeitete Material betrifft, v.a. auf solche Strömungen und Meinungen beziehen, die sich durchgesetzt haben und daher als repräsentativ gelten können.

1. Die Fortsetzung des traditionellen christlichen Antikommunismus. Seine Radikalisierung und Intensivierung bis etwa Ende der fünfziger Jahre.

Stichwort: Kirche gegen den "totalitären Staat"

2. Die existentiell zum Tragen kommende theologische Entdeckung, daß die Herrschaft Jesu Christi auch östlich der Elbe eine Realität ist und daß dementsprechend die Christen nicht eine fünfte Kolonne des Westens im sozialistischen Staat bilden, sondern "der Stadt Bestes suchen" sollen.

Stichwort: Kirche im "totalitären Staat"

3. Ein zunehmendes Verständnis für die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Anstrengungen und Ziele der sozialistischen Gesellschaft. Der Wille, Kirche, "nicht neben und nicht gegen, sondern im Sozialismus" zu sein. 1)

Zu 1.) Über die verschiedenen Äußerungen des militanten kirchlichen Antikommunismus in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der ersten zehn Jahre der DDR brauche ich mich hier nicht auszulassen. Der "Dibelianismus" ist Ihnen ja zur Genüge bekannt. Es scheint mir aber wichtig zu sein, einige der Gründe zu nennen, weshalb es nicht nur im deutschen, sondern auch im gesamten westlichen Kontext der Nachkriegszeit zu dieser militanten und umfassenden Neuaufgabe des christlichen Antikommunismus kommen konnte.

I. Gründe, die im internationalen Kontext wurzeln

a. Das Auseinanderbrechen der Kriegskoalition seit spätestens April 1945, das durch den Tod Präsident Roosevelts und die Übernahme der Präsidentschaft durch Harry S. Truman beschleunigt wurde.

Der Präsidentschaftswechsel bezeichnet den Anfang der britisch-amerikanischen Politik des containment, d.h. der "Eindämmung" der angeblichen sowjetischen Weltherrschaftsansprüche. Diese Politik findet ihren stärksten Ausdruck in der Rede Winston Churchills, die er am 5. März 1946 in Fulton (Missouri) gehalten hat und in der "Truman-Doktrin" von 1947.

Churchill sagte: "Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria hat sich ein eiserner Vorhang über den Kontinent herabgesenkt." 2) Churchill rief zu einer Allianz der englisch-sprechenden Völker auf, mit Flotten- und Luftstützpunkten

1) Formel, die auf der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR in Eisenach 1971 gebraucht wurde. Zit. nach Berliner Kirchenreport vom 4.6.73

2) Zitiert nach David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd.1, Berlin (West) 1969, S.55

"in der ganzen Welt" den Völkern auf der westlichen Seite des "eisernen Vorhangs" "eine überwältigende Sicherheitsgarantie" zu bieten. 1)

In der sog. "Truman-Doktrin" prägte der Präsident den Begriff der beiden "ways of life, indem er in geradezu manichäischer Weise von der absoluten Gegensätzlichkeit der beiden "ways" sprach und zum Kreuzzug gegen den Kommunismus und für die Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung der Völker im sowjetischen Herrschaftsbereich aufrief.

Truman sagte: "Die eine Art zu leben gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Institutionen, eine repräsentative Regierungsform, freie Wahlen und durch garantierte Freiheit der Person, der Rede und des religiösen Bekenntnisses sowie durch Freiheit von politischem Zwang aus. Die zweite Art zu leben basiert auf dem Willen einer kleinen Minderheit, der der Mehrheit gewaltsam aufgezwungen wird.

Sie beruht auf Terror und Unterdrückung, einem kontrollierten Presse- und Rundfunkwesen, vorher festgelegten Wahlergebnissen und auf der Unterdrückung persönlicher Freiheiten." 2)

Ein Ausspruch des amerikanischen Außenministers Byrnes auf der Potsdamer Konferenz vom August 1945, den er in einer vertraulichen Mitteilung an einen General machte, mag angesichts der programmatischen Erklärung von Präsident Truman und des Verlaufs, den der kalte Krieg genommen hatte, zum Nachdenken anregen:

"Was wir jetzt tun müssen, ist nicht, die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen." 3)

Es ist inzwischen durch die Geschichtsforschung erwiesen, daß der 1945 beginnende kalte Krieg von den USA gebraucht und gewollt wurde, v.a. auch, was seine Ideologie betrifft, um sich gute Gründe zu verschaffen und der sog. freien Welt ein gutes Gewissen zu geben, als es sich darum handelte, die eigene Expansion in Westeuropa und im Pazifik zu betreiben. Und es ist ferner erwiesen, daß die Sowjetunion weder das militärische noch das ökonomische Potential hatte, mit dem sie ihre angeblichen Expansionsabsichten hätte betreiben können. 4)

Für uns gilt es an dieser Stelle zunächst festzustellen, daß die Vorstellungen und die Ideologie des Kalten Krieges, wie sie sich in der Fulton-Rede Churchills und in der Truman-Doktrin niedergeschlagen haben, für die Wiederaufnahme des christlichen Antikommunismus nach 1945 eine, wenn nicht die entscheidende Rolle gespielt haben.

1) Der Begriff "eiserner Vorhang" stammt nicht, wie irrtümlich oft angenommen, von Churchill, sondern aus einer Rede von Goebbels, in der er sich gegen die Abmachungen von Jalta wandte. Eine Besetzung Ost- und Südeuropas durch die Rote Armee würde zur Folge haben, daß sich ein "eiserner Vorhang" über diese Gebiete herabsenkt. "Hinter diesem Vorhang würde dann eine Massenabschlachtung von Völkern beginnen, wahrscheinlich unter dem Beifall der Judenpresse in New York." (Aus: D. Horowitz, Kalter Krieg, S.55, Anm.)

2) D. Horowitz, a.a.O. S.60

3) ders., Band II, S.64

4) Die grundlegenden Arbeiten, die zu diesem Thema im Westen erschienen sind, sind u.a.: Das genannte Werk von David Horowitz und die bisher nur in Englisch erschienene Arbeit von D.F. Fleming, The Cold War and its Origins 1917 - 1960, New York 1961, 2 Bde.

b. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren für die meisten Christen nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa der anerkannte Garant nicht nur von Freiheit und Demokratie, sondern auch von freier Ausübung und Artikulierung christlichen Glaubens und Lebens, demzufolge also auch einer Neuordnung und Neuorientierung der Kirchen und Gemeinden. Die Kirchen erblickten angesichts des totalen physischen und moralischen Zusammenbruchs eine Chance zur kirchlichen Neuwerdung, zur neuen Bewährung und zur Evangelisation. Die Dokumente der werdenden EKD von 1945 bis 1948 oder die Korrespondenz zwischen Vertretern der BK dieser Zeit mit Persönlichkeiten aus der Ökumene legen Zeugnis davon ab, daß diese Christen die einmalige Chance der Stunde Null verstanden hatten. Die Konzeptionen und Tendenzen entscheidender Männer in der Kirche - abgesehen von einigen Vertretern des Bruderrates der BK - waren jedoch rein volkskirchlicher und restaurativer Natur.

Konservative kirchenpolitische und gemeindliche Bestrebungen sowie die in dieser Zeit oft auftauchende Vorstellung des christlichen Abendlandes erleichterten das Eindringen von Inhalt und Ziel etwa der Truman-Doktrin in das Denken und Verhalten der Kirche. 1)

Was die Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1948 betrifft, so stand sie ganz unter den genannten politischen Vorzeichen, was seinen beredtesten Ausdruck darin findet, daß eines der Hauptreferate auf der Konferenz von John Foster Dulles gehalten wurde, der als einer der Hauptakteure des Kalten Krieges bekannt ist. 2)

Gegenüber der scheinbaren Christlichkeit der amerikanischen Position sah man in der zunehmenden Entprivilegierung der Kirche in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und in der heutigen DDR, die Zug um Zug zur völligen Entkonstantinisierung des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft führte, nur die Bestätigung des schon immer beschworenen und gefürchteten Atheismus im Marxismus-Leninismus oder im "Bolschewismus", wie man sich pejorativ in Anlehnung an die von den Nationalsozialisten verwendete Terminologie ausdrückte.

## II Gründe, die aus dem Kontext der evangelischen Kirche in Deutschland, speziell aus der Stellung der Bekennenden Kirche im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit hervorgehen

### a. Die "Bürgerlichkeit" der BK

Es wäre von den meisten Vertretern der BK zu viel verlangt gewesen, politisch für die verfolgte Arbeiterbewegung und unmittelbar nach 1945 für den entstehenden Sozialismus zu optieren. Mit anderen Worten: Die BK war, politisch und soziologisch gesehen, ein rein bürgerliches Phänomen. Ihre Theologie und

1) Vgl. die Dokumente im Kirchlichen Jahrbuch für die Ev. Kirche in Deutschland 1945-1948, S.1-238.

2) Die Äußerungen Josef L. Hromadkas auf der Konferenz in Amsterdam blieben weithin unverstanden.

Praxis war einerseits eine weitreichende und folgenschwere Kritik und Selbstkritik an einer bürgerlichen Gesellschaft und Kirche, in der sie mit allen Fasern ihres Wesens verwurzelt war. Andererseits war die BK, v.a. auf der "inneren Linie" und für die "intakten Kirchen" ein Unternehmen zur reinen Selbsterhaltung gegenüber dem in den Faschismus abgerutschten bürgerlichen Staat.

Die theologische Kritik und das Bekennen der BK entbehrten zwar aller politischen Kategorien, die auf ein Alternativprogramm zum Faschismus hinausliefen oder sich an ein solches, etwa an das kommunistische oder das sozialdemokratische, anlehnten, aber sie wurden aufgrund der politischen Situation für den nationalsozialistischen Staat zu einem sein anmaßendes Selbstverständnis schlechthin in Frage stellendes *Politicum*, indem sie der totalitären Usurpation der nationalsozialistischen Macht den totalen Herrschaftsanspruch Jesu Christi entgegenstellten. Um es ganz pointiert zu sagen: Martin Niemöller wurde nicht deshalb zu einer Gegenfigur Adolf Hitlers, weil er wußte, wie und mit welchen Mitteln, mit welchem konkreten politischen Programm Deutschland aus dem Faschismus herauszuführen sei, sondern weil er dem nationalsozialistischen Staat als solchem sein globales und absolutes "Nein", das "Nein" des einen Herrn der Kirche und der Welt entgegenschleuderte.

Das politische Denken einzelner BK-Vertreter und ihre Vorstellungen über den Nachkriegsweg Deutschlands hingegen bewegte sich vermutlich zwischen den Positionen des ehemaligen Zentrums, dem Kreis um die Leute des 20. Juli und einer gemäßigten Sozialdemokratie. 1)

Von einer bürgerlichen Bewegung, wie es die BK politisch und soziologisch war, konnte kaum erwartet werden, daß sie sich mit einem politischen Programm und einer politischen Partei anfreundete, die ihr die existentiellen gesellschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen, von denen sie herkam und auf die sie ihrer Meinung nach angewiesen war, entziehen wollte. Es ist eine Tatsache, daß sich in der werdenden EKD nach 1945 im Großen und Ganzen die sog. "innere Linie" durchgesetzt hat, die die konstitutive Bindung der Kirche an das Bürgertum und die bürgerliche Gesellschaft bestätigte. Die kirchliche Restauration begann ihre Arbeit genau dort, wo sie 1933 aufgehört hatte, trotz der warnenden Stimmen aus dem Kreis der Bruderräte.

b. Die Natur des absoluten "Nein" im Namen des Evangeliums gegen den Nationalsozialismus war rein antitotalitärer Art. Ihm fehlte die notwendige politische, ökonomische und historische Analyse des Faschismus fast ganz. Dementsprechend dauerte die positive politische Wirkung dieses "Nein" genau so lange wie der nationalsozialistische Staat selbst. Vehementer und leidenschaftlicher Protest gegen das Hitlerregime bedeutete nicht automatisch den Beginn verantwortlichen politischen Denkens im Blick auf die Zeit nach dem Faschismus, eines

---

1) Meines Wissens gibt es bis heute noch keine Untersuchung über das politische Denken und über die Parteizugehörigkeit einzelner BK-Mitglieder

Denkens, das langfristige Konsequenzen aus der bankrötten Politik des Bürgertums zog. Aber, wie gesagt, vielleicht konnte diese Arbeit vom Bürgertum selbst gar nicht geleistet werden.

Der nachträgliche Beweis dafür, daß das "Nein" der BK von seinen Voraussetzungen her apolitisch war, weil es der historischen Reflexion entbehrte, war die Stuttgarter Schulerklärung. Sie ist ein merkwürdig abstraktes, gleichsam rein "geistliches" Dokument, dem jede politische Konkretion fehlt, obwohl die Erklärung in der damaligen Situation enorm viel politischen Staub aufgewirbelt hat. Die Kirchen sind dieser Staubwolke ausgewichen. Sie haben sich auf den Aufbau ihrer eigenen Organisation konzentriert.

Der viel schwerwiegender Beweis der fehlenden politisch und historisch verantwortlichen Reflexion und Praxis ist aber die große Hilflosigkeit und Immobilität der Kirchen dem Sozialismus gegenüber, v.a. was die von ihm radikal in Frage gestellten konstitutiven Bindungen an die bürgerliche Gesellschaft und an das bürgerliche Denken betrifft. Diese große sachliche Hilflosigkeit dem Programm und der Geschichte der Arbeiterbewegung gegenüber kommt dadurch zum Ausdruck, daß sie den Begriff des Totalitarismus, der sich in der Zeit der BK als Gegenbegriff zur totalen Herrschaft Jesu Christi geeignet und bewährt hatte, aufnahm und auf das neue, entstehende politische Gebilde anwandte.

Der Begriff "Totalitarismus" (s.o.) ist formaler und polemischer Art. Er ist aber kein analytischer Begriff und weder geeignet, den Nationalsozialismus noch den gegenwärtigen Sozialismus politisch, ökonomisch und historisch zu erklären. Wer diesen Begriff polemisch und mit dem Anspruch auf Sachlichkeit sowohl auf den Nationalsozialismus als auch auf die heute bestehenden marxistisch-leninistische Gesellschaftsform anwendet, begibt sich jeder politischen Glaubwürdigkeit. Er betreibt dann eine Phänomenologie, welche seinen Unwillen oder seine Unfähigkeit zu historischer, politischer und ökonomischer Einsicht kaschieren soll.

Theologisch wird dann das Nachdenken des Volkes Gottes über das Weltgeschehen und seine Stellung in demselben durch die Dämonologie ersetzt. Das Resultat sind unnötige theologische und politische Gegensätzlichkeiten, wie sie etwa in dem folgenden Satz Johannes Hamels aus dem Jahre 1952 zum Ausdruck kommen:

Der Christ ist "bei uns entweder Bote des Heils in Christus oder der Agitator und Vertreter eines anderen Evangeliums." 1)

Theologisch ist die Frage zu stellen, ob das von den Christen geglaubte und bezeugte Heil in Christus, in dem Gottes Plan mit der Welt und ihrer Geschichte am Ziel ist, so, wie es von der Kirche in diesem Land und anderswo geglaubt, bezeugt und praktiziert worden ist und wird, nicht einer fatalen Entgeschichtlichung, ja, Entweltlichung der Kirche gleichkommt.

---

1) Johannes Hamel, Seid nüchtern und wachet. Predigten und Vorträge, Göttingen 1958, S.19

Johannes Hamel kann schreiben: Gott ist der Kommende und Vergebende, Gott ist "nahe, darum verlieren die Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte so völlig ihr Gewicht." 1)

Nach dem Zeugnis der Schrift ist Gott der Welt nahe, indem er sich um das Tun der Menschen in der von ihnen gemachten Geschichte kümmert und nicht um die von der Geschichte losgelösten, "entweltlichten" Menschen, die es nicht gibt. Gott will, daß diejenigen, die ihm vertrauen, das Richtige und Gerechte (jaschar und zaddik) tun, gerade auch das politisch Richtige und Gerechte, und zwar nicht nur für sich und ihre Generation, sondern auch für die Zukunft der vielen Generationen, die nach ihnen kommen werden. (Für den kommenden Gottesstag, d.h. die nächsten tausend Jahre)

Die "teure Gnade" (Bonhoeffer), die der Mensch empfängt, ist immer eine konkrete Gnade, auch im politischen Bereich. Dies wird angesichts der weitverbreiteten und auf dem Hintergrund der Erfahrung mit den "deutschen Christen" im 3. Reich begründeten Angst vor der Gleichsetzung einer politischen Bewegung mit dem Willen Gottes leicht verdrängt und gern vergessen. Gott ist seinem Volk nahe, indem er ihm Weisung (Tora) gibt. Tora ist die konkrete Gnade, die zur Praxis ruft, zur sozialen Praxis. (Vgl. die Gesetzestexte im Pentateuch) Die Tora in einen Gegensatz zur neutestamentlichen charis zu bringen wäre ein verhängnisvoller Fehler, der meiner Meinung nach mit den abstrakten Schuldbekenntnissen und Ratschlägen der Kirche sehr viel zu tun hat. 2)

c) Die konkrete Entprivilegierung und Behinderung von Teilen der kirchlichen Arbeit durch den sozialistischen Staat sowie seine atheistische Propaganda war und ist m.E. nicht ein primärer, sondern ein sekundärer Grund für den kirchlichen Antikommunismus nach 1945. Die Ihnen allen bekannten Maßnahmen dienten lediglich seiner Bestätigung. Sie gehören nicht zu seinen Voraussetzungen.

Der Atheismus und Antiklerikalismus des wissenschaftlichen Marxismus beruht auf der negativen Erfahrung der Arbeiterklasse mit der Kirche, die sich unaufgebar mit der bürgerlichen Gesellschaft verbunden hatte, indem sie sie stabilisierte und eine der Hauptkräfte war, die den gesellschaftlichen Fortschritt hemmte. Marxistische Religionskritik trifft m.E. nicht so sehr den christlichen Glauben als solchen, sondern die Verflechtung der Kirche und ihrer von ihr verkündigten Ideologie mit reaktionärer Politik.

Die Kirche ist ihrerseits nicht primär wegen des Atheismus und Antiklerikalismus antikommunistisch, sondern weil der Kommunismus, einmal zur Macht gekommen, sie ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und Privilegien berauben wird.

---

1) a.a.O. S. 28

2) Vgl. damit etwa den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (DDR) 1967 S. 191 ff.

Es gibt genügend Beispiele dafür, wie die Kirche sich mit praktischem Atheismus und Antiklerikalismus in liberalen Staaten versöhnt hat (Schweiz!), die die Verankerung der Kirche in der Gesellschaft mehr oder weniger unangetastet ließen.

(Die konkreten gesellschaftlichen Grundlagen des Atheismus einerseits und des sich auf den Atheismus fixierenden Antikommunismus andererseits müßten für die DDR untersucht werden.)

Zu 2.) Stichwort: Kirche im totalitären Staat.

Ich halte Johannes Hamel für einen typischen Vertreter dieser Phase, die ihr Profil in den Auseinandersetzungen um die Studentengemeinde und die Junge Gemeinde Anfang der fünfziger Jahre gewinnt. Ihre wichtigsten Kennzeichen finden in den offiziellen Dokumenten der Kirche Ende der fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre ihren Niederschlag, 1) ja, sie finden sich auch in Dokumenten nach der Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR im Jahre 1969 wieder. Ich sehe, soweit ich das beurteilen kann, in diesen Kennzeichen Ansätze einer evangelischen Theologie und Existenz, die nicht gegen die neue Gesellschaft der DDR gerichtet ist.

a. Die existentielle Neuentdeckung, daß Jesus Christus der Herr der ganzen Welt ist und infolgedessen seine Herrschaft auch in der DDR eine Realität ist. Daraus folgt der Impuls für viele Christen, sich als solche in diesem Staat zu bewähren und diesem gegenüber die Herrschaft Christi predigend und singend, betond und fürbittend, in Ehrerbietung und Protest zu bezeugen, und zwar in vollem Bewußtsein dessen, daß es sich um einen atheistischen und kirchenfeindlichen Staat handelt. An dieser Stelle ist das berühmt gewordene Wort Hamels von "Gottes geliebter Ostzone" 2) zu nennen.

b. Nicht die Meinungen und Ansichten über die sozialistische Gesellschaft werden zunächst revidiert, sondern nach der Bibel wird jetzt gefragt, nach dem, was dort über die Kirche in einer nichtchristlichen Umwelt gesagt ist. Dabei ist zu beachten, daß der Begriff "Kirche" zugunsten der beiden Begriffe "Christ" und "Gemeinde" zurücktritt.

Der "Christ" ist der sich bewährende Einzelne, der im Kollektiv der Gemeinde Stärkung, Stütze und Geborgenheit findet. Der Christ als Zeuge Jesu wird sehr stark als einzelner herausgestrichen. Hamel spricht an einer Stelle sogar von der "einsamen Freiheit der Kinder Gottes" 3). Das ist wohl nicht nur auf den christlichen Individualismus zurückzuführen, sondern führt auch daher, daß etwa die Auseinandersetzungen um die Studentengemeinde in starkem Maße den einzelnen Engagierten in dieser Gruppe getroffen hatten, die Kirche als Institution dagegen relativ unangetastet ließen.

1) Handreichung der EKU: Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR (1958), Die zehn Artikel (1963)

2) J. Hamel, Seid nüchtern und wachet, S.16

3) a.a.O. S.19

Der Begriff "Gemeinde", der durch die Kirchentagsbewegung biblisch-theologisch und existentiell vertieft wurde, hat in diesem Zusammenhang m.E. zwei wichtige Komponenten:

1.) Dieser Begriff und das mit ihm Gemeinte und Gelebte markiert in der DDR den ersten Schritt weg vom traditionellen Kirchendenken, das bereits bei Teilen der Bekennenden Kirche abzubrockeln begann. Man beginnt die konstitutive Bindung der Kirche an das Bürgertum zu ahnen und auszusprechen. Dem "bloßen Kirchenmenschen" und traditionellen Kirchensteuerzahler, der dem Evangelium gegenüber indifferent ist, wird der "lebendige Zeuge Jesu" entgegengehalten, der den "entfremdeten Massen" das Evangelium neu bringen soll. 1) Die beabsichtigte Trennung von "evangelisch" und "bürgerlich" kommt äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß man das christliche Vereinswesen abgebaut hat: Die deutsche christliche Studentenvereinigung heißt jetzt "Evangelische Studentengemeinde". 2) Hamel interpretiert diesen Wandel folgendermaßen: "Er selbst, unser Herr, hat sich seine Gemeinde geschaffen, in der er regiert durch Wort, Taufe und Herrenmahl. In einem Verein kann ja Menschenmeinung herrschen, in den Kirchen herrscht öfters die Priesterschaft, in der Gemeinde, der Ekklesia des Neuen Bundes, regiert Er selbst und hat uns zu Brüdern und Schwestern gemacht. Das haben wir entdeckt." 3) + 4)

- 
- 1) a.a.O. S. 20
  - 2) Die äußereren Bedingungen des Umwandlung des christlichen Vereinswesens sind mir noch nicht bekannt.
  - 3) Hamel, a.a.O. S. 21
  - 4) Günter Jacob vollzieht diese Hinwendung vom "Bürgerlichen" zum "Evangelischen" theologisch sehr eindrücklich auf der außerordentlichen Synode der EKD in Berlin vom 27.-29.Juni 1956. Zit. nach Kirchl. Jahrbuch 1956, S.11 f.:  
"Wir stehen vor der Frage, ob wir im Bannkreis einer langen Überlieferung die konstantinische Konzeption von einer durch das Christentum bestimmten Ära weiterhin festhalten und sie vielleicht gegen alle Abfallsprozesse und Zersetzungerscheinungen mit Tapferkeit und Starrsinn verteidigen wollen, oder ob wir jenes konstantinische Vorzeichen heute in einer an die Wurzeln gehenden theologischen Besinnung in seiner Fragwürdigkeit durchschauen und abweisen wollen... Die gute Nachricht vom österlichen Sieg des gekreuzigten Herrn vor aller Welt zu proklamieren, werden die Apostel... auf die Straßen der Welt entsandt. Sie führen keine Verhandlungen, um sich den Raum zu sichern, in dem dieses Evangelium verkündigt werden könnte. Sie erobern nicht Machtpositionen, um so die Voraussetzungen für die Verkündigung des Evangeliums zu schaffen. Sie setzen sich auch nicht in einem religiösen Getto fest, um von hier aus entsprechend mit den jeweiligen taktischen Möglichkeiten offensiv oder defensiv zu operieren. Sie treten nicht vor die Obrigkeit mit der Forderung, den Raum für das Evangelium freizugeben. Sie reagieren auch nicht mit Protestaktionen, wenn sie aus allen Räumen ausgewiesen werden. Sie richten einfach das Evangelium aus, und zwar in der Öffentlichkeit mit allem Freimut... Die alte Christenheit hat erfahren, daß sie als Gemeinde Jesu Christi gerade dann das Evangelium verkündigen kann, wenn sie auf alle Selbstsicherheit und Selbstbehauptung verzichtet."

2.) Obwohl diese erneute Hinwendung zum Evangelium theologisch und was die Konzeption von der Kirche betrifft, weitreichende Konsequenzen in sich barg, bedeutete sie auf der Ebene der Praxis der Kirche und ihrer Neuorientierung im Kontext der sozialistischen Gesellschaft zunächst nur eine Akzentverschiebung, ohne daß die faktische Herrschaft des bürgerlichen Denkens und Verhaltens und die "Priesterherrschaft" auch in der "Gemeinde" aufgehört hätte.

Die Schriften Johannes Hamels aus dieser Zeit sind ein Beispiel dafür, wie sich die theologische Neubesinnung auf die "Gemeinde" und den "Christen" in der DDR mit einer beinahe unveränderten politischen Stellung verbinden kann:

Die Gemeinde ist die "Botenschar der Feinesliebe Gottes" 1), die sich in einer Welt bewährt, in der "Menschenwillkür und Menschenunrecht" 2) an der Tagesordnung sind. Die Christen fordert Hamel auf, den Kommunisten, die seiner Meinung nach Menschenwillkür und Menschenunrecht ausüben, nicht Haß, sondern die Liebe zum Feind entgegenzubringen. "Das eigentliche Drama bei uns ist ja nicht die Geschichte, von der die Zeitungen voll sind. Sondern wo Feindesliebe und Versöhnung im Namen Jesu den Sieg gewinnen in der täglichen Begegnung der Christen mit ihrer fanatisierten Umwelt, da schlägt Gott seine Schlacht, da ist es interessant und atemberaubend, da liegt unser Gebet und unsere Armut. Es wird der Glaube, der sich an den Namen Marx und Lenin knüpft und in dessen Kraft so Ungeheueres und Ungeheuerliches geschehen ist, nur überwunden von dem Gekreuzigten selbst und dem Trauen auf Ihn, der die ganze Menschenwelt überwunden hat zu ihrem Heil und nicht zu ihrer Ausrottung. Das Feld bei uns ist weiß zur Ernte, Gott gebe Schnitter der Versöhnung und Liebe." 3) Die Gewaltherrscher des alten Rom, Caligula, Nero und Domitian werden mit Pieck, Grotewohl und Ulbricht parallelisiert. 4) Für sie sollen Christen fürbittend eintreten, weil sie als Obrigkeit ihre Würde von Gott her haben und weil Gott will, daß auch sie zu seiner Erkenntnis kommen. Der Dienst des Christen in einer von ihm als totalitär aufgefaßten Gesellschaft besteht in der Fürbitte, die vor politischer Initiative bewahrt, ja, als eine Art Ersatzhandlung für gesellschaftliches Engagement verstanden werden kann. Das politische Geschehen im totalitär verstandenen Staat ist "Unruhe..., Brodeln und Gären, das unter dem Fluche steht... Betet für alle, sagt die Bibel heute, denn so werdet Ihr davor bewahrt bleiben... Die Christenheit soll wahrhaftig nicht die Unruhe dieser Welt um eine weitere vermehren." 5) Die Welt ist in den Händen von Cäsaren und Dämonen, in der die auf ihren Herrn hoffende Gemeinde betet und das Evangelium verkündigt.

---

1) Hamel, a.a.O. S.21

2) a.a.O. S.20

3) a.a.O. S.20f.

4) Hamel, a.a.O. S.37/38

5) a.a.O. S.38

Der Totalitarismus bleibt die entscheidende politische Kategorie, ja, sie wird biblisch und theologisch sogar noch untermauert und vertieft. 1)

Das positive Moment bleibt aber die Entdeckung der Fürbitte für die Gesellschaft der DDR und ihre Politiker. Hamel hat mit seiner Aufforderung zur Fürbitte für Pieck, Grotewohl und Ulbricht Erstaunen und z.T. auch Mißfallen erregt.

Zu 3.) Stichwort: Kirche in der sozialistischen Gesellschaft. Diese dritte Phase, deren Themen für einzelne und Gruppen am Rand der Kirche selbstverständlich seit dem Bestehen der DDR zentral waren, ist gekennzeichnet von der beginnenden sachlichen und differenzierten Auseinandersetzung mit der sozialistischen Gesellschaft und der sie leitenden marxistisch-leninistischen Partei. Der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und damit auch dem Einfluß von Person und Theologie Josef L. Hromadkas sind, so meine ich, die wichtigsten Impulse für den beginnenden bewußten Weg in die sozialistische Gesellschaft hinein zu ver danken.

Der oben schon zitierte Satz von der Bundessynode in Eisenach 1971 kennzeichnet vielleicht die gegenwärtige Stellung der offiziellen Kirche zum Sozialismus in der DDR am kürzesten und prägnantesten: "Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein."

Dieser Satz reflektiert die Einsicht in die Tatsache, daß es kein "Zurück" mehr gibt zu früheren Zuständen, zu der der Kirche so verhängnisvoll gewordenen Verbindung mit der bürgerlichen Gesellschaft. Er beinhaltet aber auch, daß die Ideologie von der Kirche als letzter gesamtdeutscher Klammer aufgegeben worden ist.

Dieser Satz ist m.E. eine Kompromißformel zwischen politischer Überzeugtheit von der grundsätzlichen Richtigkeit des sozialistischen Weges der DDR einerseits und von politischem Nichtanderskönnen und Genötigtsein, weil nichts anderes übrigbleibt, andererseits. Dieses letztere muß in den Augen der Marxisten als Opportunismus erscheinen.

Ich meine, daß Kirchen und Gemeinden in der gegenwärtigen Phase von diesen beiden Haltungen geprägt sind: Von der sozialistischen Überzeugung einerseits und vom Opportunismus andererseits.

Theologisch taucht für mein Empfinden bei der Betrachtung dieses Nebeneinanders von Überzeugung und Opportunismus die Frage auf, wie sich der neue Mensch in Christus und politische Umorientierung zueinander verhalten. Welches ist das Verhältnis zwischen der metanoia des Evangeliums und der Option von Christen für die sozialistische Gesellschaft? Ist im Blick auf die metanoia die eindeutige politische Option oder die opportunistische Haltung adiaphoron, d.h. sind sie für das neue Leben in Christus belanglos? 2).

- 
- 1) An dieser Stelle ist zu erwähnen, daß bei Hamel und anderen der Gerichtsgedanke eine große Rolle spielt.
  - 2) Diese Frage kann heute nur im ökumenischen Kontext beantwortet werden. Weiterführende Beiträge und Erfahrungsberichte aus Frankreich, Italien und Lateinamerika liegen vor.

Ein zweites Problem, das seit Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR eine große Rolle spielt, ist die Anschauung von der Kirche, die über den politischen Systemen und unabhängig von den verschiedenen Gesellschaftsordnungen existiert. Obwohl das Thema natürlich seit 1945 diskutiert worden ist, hat es durch die Debatte über die Versöhnungstheologie 1) erneut theologische Aktualität und politische Brisanz bekommen.

Ruft die Versöhnung in Christus Christen und Gemeinden dazu auf, politische Versöhnung zu betreiben anstatt im politischen Kampf ihren Ort und ihr Engagement zu suchen? Versöhnung zwischen Klassengegnern ("Versöhnlertum") anstatt Klassenkampf?

Auch dies ist keine DDR-spezifische Frage. Sie bewegt heute die ganze Ökumene.

Es gibt noch keine gültige theologische Antwort, wie sich die grenzüberschreitende Liebe Gottes in Jesus Christus zur politischen Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes, der um der Wiedergewinnung der Menschwürde willen geführt werden muß, verhält. Diese Frage ist theoretisch und theologisch wahrscheinlich überhaupt nicht zu beantworten. Ihre konkrete Antwort bekommt sie aber dort, wo sich Christen konkret in den Kampf um die Menschenwürde einreihen, sicher aber nicht abseits von diesem Geschehen. Bezeichnenderweise setzt sich die sog. "Theologie der Befreiung", die nicht mit der "Theologie der Revolution" zu verwechseln ist, vornehmlich aus Erfahrungsberichten zusammen, die von Christen stammen, die am aktiven politischen Kampf um die sozialistische Befreiung Lateinamerikas beteiligt sind. Meiner Meinung nach sind Kirche und Theologie in der DDR gerade an diesem Punkt vor eine wichtige und verantwortungsvolle ökumenische Aufgabe gestellt:

Vom praktischen Engagement der Christen in der sozialistischen Gesellschaft hin zur politischen und theologischen Reflexion und zurück zur Praxis - im Kontext dieser ständigen nie abbrechenden Bewegung könnte eine gültige Antwort auf die Frage nach Versöhnung und Klassenkampf gefunden werden. Es könnte die Antwort einer Kirche sein, die lernt, durch die Zeitalter, Gesellschaftsformationen und Epochen hindurch bewußt unterwegs zu sein und die deshalb an den politischen Kämpfen, welche bis heute immer Klassenkämpfe waren, teilhat und an den Geburtswehen des Übergangs von einer Gesellschaft zu r anderen mitleidet und als Kirche für die Welt an der Entstehung der neuen Gesellschaft mithilft.

---

1) Vgl. die Reaktionen auf das Referat Bischof Krusches auf der Konferenz Europäischer Kirchen in Nyborg 1971 (?) und auf das Referat Heino Falckes auf der Tagung der Bundessynode in Dresden Juni 1972

## Protokoll

### der Sitzung des Kuratoriums der Gessner-Mission in der DDR am 25.6.1973

#### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Burkhardt, Galley, Görig, Grebe, Orphal, Ziegler, Zietz (für Möller).  
b) ständiger Guest: Jacob  
Entschuldigt fehlten: Fleischhack, Grinbaum, Johann, Michel, Natho, Rettmann, Stelpe, Blaauert, Landmann  
Von der Dienststelle: Burkhardt, Kiekbusch, I. u. M. Richter, Hoepke, Schettstädt

#### Die Tagesordnung:

1. Andacht
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 28.3.73
3. Jahresrechnung 1972
4. Stellen- und Haushaltspunkt 1974
5. Vorbereitung des 200. Geburtstages von Johannes Gessner
6. Bestellung der Vorsitzenden für die Arbeitsgruppen "Behobeth" und "Gemeindedienste"
7. Vertrag des katholischen Theologen Adolf Brockhoff "Theologische Standortbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft."
8. Verschiedenes

Zu 1.: Görig liest die Tageslese aus Apostelgeschichte 9,1-9 und wirft folgende Fragen auf:

Was bedeutet das Damaskus-Ereignis für die missionarische Existenz unserer Gemeinden?

Wo hat dieses Ereignis seinen Platz bei uns?

Dürfen wir so tun, als ob in den Gottesdiensten sich die Bekhrten versammeln?

Ist nicht die Grundbefindlichkeit des Menschen der Atheismus?

Der Glaube ist immer Aktion - ein Ergriffensein von Christus. Und wir Christen sind immer wieder neu bekehrte Atheisten. Von daher haben wir unsere gemeinsame Existenzplattform mit unseren Zeitgenossen. Und von daher haben wir das Recht, unsere Lebensgeschichte mit Christus zu erzählen - als eine dankbare Beschreibung, ein Erzählen der Geschichte des Jesus Christus mit uns.

Orphal nennt die entschuldigten Mitglieder des Kuratoriums und begrüßt Pastorin Zietz, die Möller vertritt. Galley fragt nach der Beschlussfähigkeit des Kuratoriums, Burkhardt teilt mit: Nach der Satzung ist das Kuratorium beschlußfähig, wenn 1/3 seiner Mitglieder anwesend ist. Das Kuratorium sei darum beschlußfähig.

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 28.3.1973 wird ohne Beanstandung einstimmig gebilligt.

Schottstädt informiert über die Behandlung der Solidaritätsadressen. Der DRV-Botschaft ist eine Adresse zugestellt worden; was die RSV-Botschaft angeht, so hat der Verstand die Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste gebeten, der Botschaft einen Besuch abzustatten. Die Solidaritätsadresse an die DRV-Botschaft wird verteilt. Galley fragt nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund. Diese Frage soll nach Auskunft des Vorsitzenden zu Punkt 4 der Tagesordnung verhandelt werden.

Zu 3.: Burkhardt trägt die Jahresrechnung 1972 vor.

Er beginnt mit dem Prüfungsbericht der Revisions- und Treuhändstelle.

Zur Jahresrechnung 1972 des Hauses Rehoboth: Dem Bericht zufolge ist es versäumt worden, die Zeichnungsberechtigung für Fräulein Jacob im Blick auf das Bankkonto aufzuheben.

Burkhardt erwähnt aus dem Bericht, daß das Haus nur zu 50 % ausgelastet war, und daß der Naturaleinsatz für Verpflegung mit 3,83 M zu hoch sei.

Die Vollverpflegungskosten von Familie Richter seien mit 2,50 M pro Person pro Tag zu niedrig angesetzt. Handwerkern ist Beköstigung unentgeltlich gewährt werden. Das Haus sei, nach Aussagen des Prüfungsberichtes, nicht versichert. Und der Mehraufwand bzw. Verlust beträgt pro Guest 6,48 M.

Im Blick auf die Berliner Dienststelle gäbe es keine Beanstandungen.

Burkhardt macht aufmerksam auf die Telefonkosten, die erheblich angestiegen seien. Er verweist auf Erfahrungen in allen kirchlichen Dienststellen, in denen auch ein Ansteigen der Telefonkosten zu verzeichnen sei. Dies sei vorwiegend auf den Durchwählverkehr zurückzuführen. Die Dienststelle sollte eine Anweisung erlassen, daß jedes private Telefongespräch in ein Buch, das neben jedem Telefonapparat liegen muß, einzutragen sei. Nach dem Bericht der Prüfungskommission endet die Haushaltsführung der Gessner-Mission mit einem Stand per 31.12.1972 in Höhe von 48.144,89 M. Diese Summe wird als Vortrag für 1973 übernommen.

In den Prüfungsberichten der Treuhandstelle wird empfohlen, für das Rechnungsjahr 1972 Entlastung zu erteilen.

Nach mehreren Anfragen im Blick auf die Jahresrechnung beschließt das Kuratorium einstimmig die Erteilung der Entlastung für das Rechnungsjahr 1972.

Im Blick auf Haus Rehoboth werden folgende Empfehlungen gegeben:

Der Bank ist Mitteilung zu machen, daß Fräulein Jacob nicht mehr zeichnungsberechtigt ist.

Der Verpflegungssatz für die Familie Richter ist zu erhöhen (Richters teilen mit, daß dies bereits geschehen ist). Für Rüsten (vor allen Dingen Wechenendrüsten) müssen klare Sätze bestehen. Die Heimleiterin von Rehoboth kann von sich aus den Familien keine Kosten erlassen, es sei denn, ihr steht ein Fonds für bestimmte Kärttfälle zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Rehoboth soll sich ausführlich mit dem Prüfungsbericht der Treuhandstelle befassen.

Der Naturaleinsatz für Verpflegung ist niedriger zu halten. M. Richter bedauert, daß es erst jetzt nach 3 Jahren möglich war, eine so durchsichtige Wirtschaftsprüfung für Haus Rehoboth vorzulegen. Er erklärt, daß im Blick auf die Versicherung des Hauses der Prüfer sich nicht genügend informiert hat.

Das Kuratorium beschließt:

Für 1973 wird der Finanzausschuß beauftragt,  
die Prüfung der Jahresrechnung der Dienststelle  
und des Hauses Rehoboth vorzunehmen,

Für 1974 soll der Finanzausschuß dem Kuratorium  
einen Vorschlag unterbreiten.

Zu 4.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium das Zustandekommen  
des Stellenplanes. Wenn Finanzen eingespart werden müssen,  
so sind die Personalkosten zu schneiden. Die Dienst-  
stelle, der Vorstand und der Finanzausschuß sind davon  
ausgegangen, daß zu prüfen ist, welche Mitarbeiter in  
andere kirchliche Dienste übernommen werden können.  
Alle 3 Gremien sind zu der Einsicht gekommen, daß es  
am leichtesten bei Kiekbusch und Reepke möglich ist,  
aber auch bei M. Richter und Frau Sieg.  
Reepke kann auf Beschuß der leitenden Mitarbeiter des  
Ökumenisch-missionarischen Amtes schon am 1.10.73 in  
die Arbeit des Amtes 100%ig übernommen werden.  
Was die Arbeit der Arbeitsgruppe Berufstätige Jugend  
angeht, so liegt aufgrund des Antrages der Arbeits-  
gruppe ein Tendenzbeschluß des Ausschusses Kirchliche  
Jugendarbeit vor, der besagt: Die gesamte Arbeit der  
Arbeitsgruppe soll in den Verantwortungsbereich des  
Bundes übernommen werden. Es ist anzustreben, daß die  
Mitarbeiter Kiekbusch und Sieg voll vom Bund angestellt  
werden.  
Die Kirchenleitung Berlin/Brandenburg ist bereit,  
M. Richter als Pfarrer in der Umgebung von Buckow ein-  
zusetzen und damit die Arbeit von I. Richter als  
Leiterin des Hauses Rehoboth zu sichern. Es liegen  
keine konkreten Verschläge vor, ein Vorhaben hat sich  
zerschlagen.

Burkhardt erläutert im einzelnen die Planstellen im Vergleich zu 1973 und erwähnt den Antrag Galley. Er bittet darum, Galley anzu hören.

Vor Galley spricht Berger und erklärt den Stand im Blick auf die Arbeit Berufstätige Jugend. Die Arbeitsgruppe hat am 12.5.1973 beim Ausschuß Kirchliche Jugendarbeit den Antrag um völlige Übernahme der Arbeit gestellt, und der AKJ hat den schon erwähnten Tendenzbeschluß gefaßt. Die Arbeit soll vom Bund übernommen werden. Es ist ein Kreis eingesetzt worden, der zusammen mit Berger beraten soll, wie die Arbeit fertiggestellt werden kann und wer von den Mitarbeitern übernommen wird. Es ist damit zu rechnen, daß bis September ein Bescheid vorliegt.

Ozphak ergänzt: Ein Begleitbrief zu dem Antrag der Arbeitsgruppe ist an D. Schönherr und Stolpe geschrieben worden. Mit ihm wurde der Antrag der Arbeitsgruppe unterstützt. Damit ist auch zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeit wie es im Antrag heißt am 31.12.1973 innerhalb der Gossner-Mission beendet wird.

Galley trägt seinen Einspruch vor, der inhaltliche und formale Einwände enthält. Er verweist auf die Satzung des Kuratoriums am 7.3.1972, in der 25 % der Spenden für Vietnam und Algerien im Jahre 1972 für Bewußtseinsbildung in der DDR Verwendung finden sollen. Diese Bewußtseinsbildung geschah vorwiegend mit Hilfe der Arbeit eines hauptamtlichen Sekretärs, und wenn dieser Sekretär wegfällt, ist die Arbeit in der bisherigen Form nicht möglich.

Zur inhaltlichen Seite der Arbeit Hußert Galley: Wenn die finanzielle Lage dazu zwingt, Stellen einzusparen und die Konzeption der Arbeit verändert werden soll, muß darüber im Kuratorium gesprochen werden, und zwar so rechtzeitig, daß Alternativen möglich werden.

Ziegler: Alle Mitarbeiter müssen berücksichtigt werden. Nur dann kann einem Stellenplan zugestimmt werden.

Roepke: Ich möchte in der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste fest verankert bleiben und auch die Sekretärsarbeit tun. Dies fällt mir darum leichter, weil Frau Setskorn mir als selbständige Sekretärin zu 1/3 in dieser Arbeit zugeordnet ist.

Nach längerer Diskussion, an der sich fast alle Mitglieder des Kuratoriums und Mitarbeiter der Dienststelle beteiligen, beschließt das Kuratorium einstimmig:

Kuratorium ist damit einverstanden, daß P. Roepke ab 1.10.1973 zu 100 % beim Ökumenisch-missionarischen Amt angestellt wird. Mit P. Roepke ist ein Aufhebungsvertrag zu schließen, Kuratorium beauftragt Roepke, die Arbeit des Sekretärs in der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste fortzusetzen und bittet das Ökumenisch-missionarische Amt, Roepkes Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zu sichern.

Kuratorium beschließt einstimmig:

25 % aus den Spenden für Vietnam und Algerien werden im Rechnungsjahr 1973 für Bewußtseinsbildung einbehalten.

Dem Ökumenisch-missionarischen Amt ist ein Anteil für die Arbeit von Roepke für den Zeitraum 1.10. bis 31.12.1973 zu überweisen.

Für das Jahr 1974 soll die Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste dem Kuratorium einen Vorschlag für den Einsatz von Geldern in der Bewußtseinsbildung unterbreiten.

Kuratorium beauftragt die Dienststelle, dem Ökumenisch-missionarischen Amt einen Brief zu schreiben und darin mitzuteilen, daß die Gossner-Mission für das Gehalt Roepke einen bestimmten Betrag für seine Arbeit in der Bewußtseinsbildung überweisen wird.

Kuratorium nimmt den Stellen- und Haushaltsplan für 1974 unter der Voraussetzung an, daß es möglich wird, daß Richters in eine Pfarrstelle gehen

und daß der Tendenzbeschuß des AKJ verwirklicht werden kann. Für den Fall, daß eine oder beide Erwartungen sich nicht erfüllen, soll das Kuratorium in seiner nächsten Sitzung einen Zusatz-Haushaltsplan beschließen.

Kuratorium beauftragt den Vorsitzenden, mit dem Konsistorium Berlin/Brandenburg in Sachen Pfarrstelle für Richters zu verhandeln.

Zu 5.: Schottstädt erklärt den Plan zur Feier des 200. Geburtstages von Johannes Gessner am 14./15. Dezember 1973. Er berichtet, daß die Dienststelle ökumenische Gäste einladen wird und daß Einladungen aus Mainz und Westberlin zu erwarten seien. Mit der Gessner-Mission in Westberlin muß der Plan abgestimmt werden. Vor dem 14.12. soll mit den ökumenischen Gästen und Teilnehmern aus der DDR ein 3tägiges theologisches Seminar durchgeführt werden. In diesem Seminar geht es vor allen Dingen um die Fragen "Theologie und Sozialismus".

Zu 6.: Schottstädt berichtet, daß Hettmann grundsätzlich bereit ist, in Rehboch mitzuarbeiten. Er möchte aber seine Mitarbeit erst nach Übersiedlung nach Berlin antreten. Für die Arbeitsgruppe Gemeindedienste werden dem Kuratorium in der nächsten Sitzung Personalverschläge für die Leitung unterbreitet.

Zu 7.: Brockhoff hält einen theologischen Vortrag zum Thema "Theologische Standortbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft". Der Vortrag wird diskutiert. Im Anschluß daran trägt Brockhoff sein Anliegen vor. Er möchte für seine Arbeit im AKH und darüber hinaus eine Anstellung bei der Gessner-Mission in der DDR; für die Finanzen kommt ein Freundeskreis auf.

Nachdem Brockhoff die Sitzung verlassen hat, diskutiert das Kuratorium Brockhoff's Anliegen. Es kommt zu der Feststellung, daß es nicht möglich ist, eine Anstellung vorzunehmen. Brockhoff soll in dieser Sache Mitteilung gesucht werden.

Zu 8.: Berger berichtet dem Kuratorium von der Ordnungsstrafverfügung, die er erhalten hat. Das Kuratorium nimmt das Vorgehen zur Kenntnis, und Berger soll das Ordnungsstrafgeld erstattet bekommen.

Im Frühjahr 1974 soll eine Klausurtagung geplant werden. Die Dienststelle wird mit der Findung eines Hauses beauftragt.

Als nächster Sitzungstermin wird Donnerstag, der 27. September 1973, 10.00 Uhr, vereinbart.

Für das Protokoll:

gez.: Orphal

*W. N. Ophal*

## Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 25.6.1973

### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Burkhardt, Galley, Görig, Große, Orphal, Ziegler, Zietz (für Möller).

b) ständiger Guest: Jacob

Entschuldigt fehlten: Fleischhack, Grünbaum, Johann, Michel, Natho, Rottmann, Stolpe, Blauert, Landmann

Von der Dienststelle: Burkhardt, Kiekbusch, I. u. M. Richter, Roepke, Schottstädt

### Die Tagesordnung:

1. Andacht
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 28.3.73
3. Jahresrechnung 1972
4. Stellen- und Haushaltsplan 1974
5. Vorbereitung des 200. Geburtstages von Johannes Gossner
6. Bestellung der Vorsitzenden für die Arbeitsgruppen "Rehoboth" und "Gemeindedienste"
7. Vortrag des katholischen Theologen Adolf Brockhoff "Theologische Standortbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft."
8. Verschiedenes

Zu 1.: Görig liest die Tageslese aus Apostelgeschichte 9,1-9 und wirft folgende Fragen auf:

Was bedeutet das Damaskus-Ereignis für die missionarische Existenz unserer Gemeinden?

Wo hat dieses Ereignis seinen Platz bei uns?

Dürfen wir so tun, als ob in den Gottesdiensten sich die Bekehrten versammeln?

Ist nicht die Grundbefindlichkeit des Menschen der Atheismus?

Der Glaube ist immer Aktion, - ein Ergriffensein von Christus. Und wir Christen sind immer wieder neu bekehrte Atheisten. Von daher haben wir unsere gemeinsame Existenzplattform mit unseren Zeitgenossen. Und von daher haben wir das Recht, unsere Lebensgeschichte mit Christus zu erzählen - als eine dankbare Beschreibung, ein Erzählen der Geschichte des Jesus Christus mit uns.

Orphal nennt die entschuldigten Mitglieder des Kuratoriums und begrüßt Pastorin Zietz, die Möller vertritt. Galley fragt nach der Beschußfähigkeit des Kuratoriums, Burkhardt teilt mit: Nach der Satzung ist das Kuratorium beschlußfähig, wenn 1/3 seiner Mitglieder unwesend ist. Das Kuratorium sei darum beschlußfähig.

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 28.3.1973 wird ohne Beanstandung einstimmig gebilligt.

Schottstädt informiert über die Behandlung der Solidaritätsadressen. Der DRV-Botschaft ist eine Adresse zugestellt worden; was die RSV-Botschaft angeht, so hat der Vorstand die Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste gebeten, der Botschaft einen Besuch abzustatten. Die Solidaritätsadresse an die DRV-Botschaft wird verteilt. Galley fragt nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund. Diese Frage soll nach Auskunft des Vorsitzenden zu Punkt 4 der Tagesordnung verhandelt werden.

Zu 3.: Burkhardt trägt die Jahresrechnung 1972 vor.

Er beginnt mit dem Prüfungsbericht der Revisions- und Treuhandstelle.

Zur Jahresrechnung 1972 des Hauses Rehoboth:

Dem Bericht zufolge ist es versäumt worden, die Zeichnungsberechtigung für Fräulein Jacob im Blick auf das Bankkonto aufzuheben.

Burkhardt erwähnt aus dem Bericht, daß das Haus nur zu 50 % ausgelastet war, und daß der Naturaleinsatz für Verpflegung mit 3,83 M zu hoch sei.

Die Vollverpflegungskosten von Familie Richter seien mit 2,50 M pro Person pro Tag zu niedrig angesetzt.

Handwerkern ist Beköstigung unentgeltlich gewährt worden. Das Haus sei, nach Aussagen des Prüfungsberichtes, nicht versichert. Und der Mehraufwand bzw. Verlust beträgt pro Gast 6,48 M.

Im Blick auf die Berliner Dienststelle gäbe es keine Beanstandungen.

*3* *2* *4*  
Aufmerksam machte Burkhardt auf die Telefonkosten, die erheblich angestiegen seien. Er verweist auf Erfahrungen in allen kirchlichen Dienststellen, in denen auch ein Ansteigen der Telefonkosten zu verzeichnen sei. Dies sei vorwiegend auf den Durchwahlverkehr zurückzuführen. Die Dienststelle sollte eine Anweisung erlassen, daß jedes private Telefongespräch in ein Buch, das neben jedem Telefonapparat liegen muß, einzutragen sei. Nach dem Bericht der Prüfungskommission endet die Haushaltsführung der Gossner-Mission mit einem Stand per 31.12.1972 in Höhe von 48.144,89 M. Diese Summe wird <sup>als</sup> ~~durch~~ Vortrag für 1973 übernommen. In den Prüfungsberichten der Treuhandstelle wird empfohlen, für das Rechnungsjahr 1972 Entlastung zu erteilen.

Nach mehreren Anfragen im Blick auf die Jahresrechnung beschließt das Kuratorium einstimmig die Erteilung der Entlastung für das Rechnungsjahr 1972.

Im Blick auf Haus Rehoboth werden folgende Empfehlungen gegeben:

Der Bank ist Mitteilung zu machen, daß Fräulein Jacob nicht mehr zeichnungsberechtigt ist.

Der Verpflegungssatz für die Familie Richter ist zu erhöhen (Richters teilen mit, daß dies bereits geschehen ist.). Für Rüsten (vor allen Dingen Wochenendrüsten) müssen klare Sätze bestehen. Die Heimleiterin von Rehoboth kann von sich aus den Familien keine Kosten erlassen, es sei denn, ihr steht ein Fonds für bestimmte Härtefälle zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe Rehoboth soll sich ausführlich mit dem Prüfungsbericht der Treuhandstelle befassen.

Der Naturaleinsatz für Verpflegung ist niedriger zu halten.

M. Richter bedauert, daß es erst jetzt nach 3 Jahren möglich war, eine so durchsichtige Wirtschaftsprüfung für Haus Rehoboth vorzulegen. Er erklärt, daß im Blick auf die Versicherung des Hauses der Prüfer sich nicht genügend informiert hat.

Das Kuratorium beschließt:

Für 1973 wird der Finanzausschuß beauftragt, die Prüfung der Jahresrechnung der Dienststelle und des Hauses Rehoboth vorzunehmen.

Für 1974 soll der Finanzausschuß dem Kuratorium einen Vorschlag unterbreiten.

Zu 4.: Schottstädt erläutert dem Kuratorium das Zustandekommen des Stellenplanes. Wenn Finanzen eingespart werden müssen, so sind die Personalkosten zu beschneiden. Die Dienststelle, der Vorstand und der Finanzausschuß sind davon ausgegangen, daß zu prüfen ist, welche Mitarbeiter in andere kirchliche Dienste übernommen werden können. Alle 3 Gremien sind zu der Einsicht gekommen, daß es am leichtesten bei Kiekbusch und Roepke möglich ist, aber auch bei M. Richter und Frau Sieg. Roepke kann auf Beschuß der leitenden Mitarbeiter des Ökumenisch-missionarischen Amtes schon am 1.10.73 in die Arbeit des Amtes 100%ig übernommen werden. Was die Arbeit der Arbeitsgruppe Berufstätige Jugend angeht, so liegt aufgrund des Antrages der Arbeitsgruppe ein Tendenzbeschuß des Ausschusses Kirchliche Jugendarbeit vor, der besagt: Die gesamte Arbeit der Arbeitsgruppe soll in den Verantwortungsbereich des Bundes übernommen werden. Es ist anzustreben, daß die Mitarbeiter Kiekbusch und Sieg voll vom Bund angestellt werden. Die Kirchenleitung Berlin/Brandenburg ist bereit, M. Richter als Pfarrer in der Umgebung von Buckow einzusetzen und damit die Arbeit von I. Richter als Leiterin des Hauses Rehoboth zu sichern. Es liegen keine konkreten Vorschläge vor, ein Vorhaben hat sich zerschlagen.

Burkhardt erläutert im einzelnen die Planstellen im Vergleich zu 1973 und erwähnt den Antrag Galley. Er bittet darum, Galley anzuhören.

Vor Galley spricht Berger und erklärt den Stand im Blick auf die Arbeit Berufstätige Jugend. Die Arbeitsgruppe hat am 12.5.1973 beim Ausschuß Kirchliche Jugendarbeit den Antrag um völlige Übernahme der Arbeit gestellt, und der AKJ hat den schon erwähnten Tendenzbeschluß gefaßt. Die Arbeit soll vom Bund übernommen werden. Es ist ein Kreis eingesetzt worden, der zusammen mit Berger beraten soll, wie die Arbeit fortgesetzt werden kann und wer von den Mitarbeitern übernommen wird. Es ist damit zu rechnen, daß bis September ein Bescheid vorliegt.

Orphal ergänzt: Ein Begleitbrief zu dem Antrag der Arbeitsgruppe ist an D. Schönherr und Stolpe geschrieben worden. Mit ihm wurde der Antrag der Arbeitsgruppe unterstützt. Und <sup>ausch</sup> damit ist zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeit wie es im Antrag heißt am 31.12.1973 innerhalb der Gossner-Mission beendet wird.

Galley trägt seinen Einspruch vor, der inhaltliche und formale Einwände enthält. Er verweist auf die Satzung des Kuratoriums am 7.3.1972, in der 25 % der Spenden für Vietnam und Algerien im Jahre 1972 für Bewußtseinsbildung in der DDR Verwendung finden sollen. Diese Bewußtseinsbildung geschah vorwiegend mit Hilfe der Arbeit eines hauptamtlichen Sekretärs, und wenn dieser Sekretär wegfällt, ist die Arbeit in der bisherigen Form nicht möglich.

Zur inhaltlichen Seite der Arbeit äußert Galley: Wenn die finanzielle Lage dazu zwingt, Stellen einzusparen und die Konzeption der Arbeit verändert werden soll, muß darüber im Kuratorium gesprochen werden, und zwar so rechtzeitig, daß Alternativen möglich werden.

Ziegler: Alle Mitarbeiter müssen berücksichtigt werden. Nur dann kann einem Stellenplan zugestimmt werden.

Roepke: Ich möchte in der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste fest verankert bleiben und auch die Sekretärsarbeit tun. Dies fällt mir darum leichter, weil Frau Setzkorn mir als selbständige Sekretärin zu 1/3 in dieser Arbeit zugeordnet ist.

Nach längerer Diskussion, an der sich fast alle Mitglieder des Kuratoriums und Mitarbeiter der Dienststelle beteiligen, beschließt das Kuratorium einstimmig:

Kuratorium ist damit einverstanden, daß P. Roepke ab 1.10.1973 zu 100 % beim Ökumenisch-missionarischen Amt angestellt wird. Mit P. Roepke ist ein Aufhebungsvertrag zu schließen. Kuratorium beauftragt Roepke, die Arbeit des Sekretärs in der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste fortzusetzen und bittet das Ökumenisch-missionarische Amt, Roepkes Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zu sichern.

Kuratorium beschließt einstimmig:

25 % aus den Spenden für Vietnam und Algerien werden im Rechnungsjahr 1973 für Bewußtseinsbildung einbehalten.

Dem Ökumenisch-missionarischen Amt ist ein Anteil für die Arbeit von Roepke für den Zeitraum 1.10. bis 31.12.1973 zu überweisen.

Für das Jahr 1974 soll die Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste dem Kuratorium einen Vorschlag für den Einsatz von Geldern in der Bewußtseinsbildung unterbreiten.

Kuratorium beauftragt die Dienststelle, dem Ökumenisch-missionarischen Amt einen Brief zu schreiben und darin mitzuteilen, daß die Gossner-Mission für das Gehalt Roepke einen bestimmten Betrag für seine Arbeit in der Bewußtseinsbildung überweisen wird.

Kuratorium nimmt den Stellen- und Haushaltsplan für 1974 unter der Voraussetzung an, daß es möglich wird, daß Richters in eine Pfarrstelle gehen und daß der Tendenz-Beschluß des AKJ verwirklicht

*(etwas oder*  
werden kann. Für den Fall, daß beide Erwartungen sich nicht erfüllen, soll das Kuratorium in seiner nächsten Sitzung einen Zusatz-Haushaltsplan beschließen.

Kuratorium beauftragt den Vorsitzenden, mit dem Konsistorium Berlin/Brandenburg in Sachen Pfarrstelle für Richters zu verhandeln.

Zu 5.: Schottstädt erklärt den Plan zur Feier des 200. Geburtstages von Johannes Gossner am 14./15. Dezember 1973.

Er berichtet, daß die Dienststelle ökumenische Gäste einladen wird und daß Einladungen aus Mainz und Westberlin zu erwarten seien. Mit der Gossner-Mission in Westberlin muß der Plan abgestimmt werden.

Vor dem 14.12. soll mit den ökumenischen Gästen und Teilnehmern aus der DDR ein 3tägiges theologisches Seminar durchgeführt werden. In diesem Seminar geht es vor allen Dingen um die Fragen "Theologie und Sozialismus".

Zu 6.: Schottstädt berichtet, daß Rottmann grundsätzlich bereit ist, in Rehoboth mitzuarbeiten. Er möchte aber seine Mitarbeit erst nach Übersiedlung nach Berlin antreten.

Für die Arbeitsgruppe Gemeindedienste werden dem Kuratorium in der nächsten Sitzung Personalvorschläge für die Leitung unterbreitet.

Zu 7.: Brockhoff hält einen theologischen Vortrag zum Thema "Theologische Standortbestimmung in der sozialistischen Gesellschaft". Der Vortrag wird diskutiert.

Im Anschluß daran trägt Brockhoff sein Anliegen vor. Er möchte für seine Arbeit im AKH und darüber hinaus eine Anstellung bei der Gossner-Mission in der DDR; für die Finanzen kommt ein Freundeskreis auf.

Nachdem Brockhoff die Sitzung verlassen hat, diskutiert das Kuratorium Brockhoff's Anliegen. Es kommt zu der Feststellung, daß es nicht möglich ist, eine Anstellung vorzunehmen. Brockhoff soll in dieser Sache Mitteilung gemacht werden.

Zu 8.: Berger berichtet dem Kuratorium von der Ordnungsstrafverfügung, die er erhalten hat. Das Kuratorium nimmt das Vorgehen zur Kenntnis, und Berger soll das Ordnungsstrafgeld erstattet bekommen.

~~Für 1974 soll im Frühjahr~~ <sup>1974 soll</sup> eine Klausurtagung geplant werden. Die Dienststelle wird mit der Findung eines Hauses beauftragt.

Als nächster Sitzungstermin wird Donnerstag, der 27. September 1973, 10.00 Uhr, vereinbart.

Für das Protokoll:

*U. Jerschic*

*W. Röpke*

Protokoll  
der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 28.3.1973

Anwesend:

- a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Burkhardt, Fleischhack,  
Galley, Große, Grünbaum, Johann,  
Möller, Natho, Orphal, Rottmann,  
Stolpe, Ziegler
- b) ständige Gäste: Blauert, Jacob, Landmann
- Entschuldigt fehlten: Görig, Michel
- Von der Dienststelle: Burkhardt, Kiekbusch,  
I. u. M. Richter, Roepke,  
Schottstädt

Die Tagesordnung:

- |   |                           |
|---|---------------------------|
| 1. Biblische Besinnung  | Jacob                     |
| 2. Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 14.11.72                         |                           |
| 3. Berichte aus den Arbeitsgruppen  |                           |
| 4. Zur Weiterarbeit der Arbeitsgruppe<br>"Berufstätige Jugend"            |                           |
| 5. Zur Satzung - Verhandlungsstand  | Orphal                    |
| 6. Bericht von der Bangkokkonferenz                                       | Blauert                   |
| 7. Bericht zu Vietnam und Algerien  | Landmann                  |
| 8. Kurzbericht des Finanzausschusses                                      | Burkhardt/<br>Schottstädt |
| 9. Personalfragen   | Orphal/<br>Schottstädt    |
| 10. Verschiedenes   |                           |
| 10.1 Vorbereitung des 200. Geburtstages<br>von Johannes Gossner           |                           |
| 10.2 Brief der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg<br>- Erkundungsauftrag - | Orphal                    |

Zu 1.: D. Jacob spricht zu 1. Korinther 13: Im Blick auf den praxisbezogenen Umgang mit Christen untereinander zählt allein in allen Lebensfragen die Liebe. Die Überlegenheit des Christen ist keine billige Sache. Allein, was aus der Liebe ist, besticht. "Die Liebe ist schon jetzt das Christen ewiges Tun".

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 14.11.1972 wird ohne Beanstandung einstimmig gebilligt. Möller erklärt, daß er auf Grund der Witterungsverhältnisse fehlen mußte.

Zu 42: (Wird vorgezogen, da Berger gegen 12.00 Uhr die Sitzung verlassen muß)

Berger leitet ein anhand eines Arbeitsberichtes der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend". Dieser Bericht wird an die Mitarbeiter des Kuratoriums ausgeteilt. Berger nimmt die Kritik auf, die auf Grund von Anfragen an die Arbeitsgruppe formuliert wurde:

1. "Was die Gruppe tut, steht nicht genügend im politischen Zusammenhang unserer Gesellschaft." - Berger erwähnt, daß im Arbeitsplan von einem Zitat eines marxistischen Soziologen ausgangen worden sei.
2. "Theologie und christlicher Glaube werden in der Arbeit nicht deutlich erkennbar." - Berger begründet, daß in der Studie versucht worden sei, vom Jugendlichen her zu denken, seine Situation ernst zu nehmen und von daher nach den theologischen Ansatzpunkten (z.B. Leistung oder Gruppensituation) zu fragen.
3. "Die Arbeit ist zu soziologisch-methodisch." - Alles, was in der Methode geschiehe, sei aus der Erfahrung heraus in Angriff genommen worden. Die Gruppe wolle weg vom intellektuellen Theologisieren und durch Spiel, Grafiken, Kollagen etc. das menschliche Miteinander stärker zum Ausdruck bringen.

Die Arbeitsgruppe sei sich darüber klar, daß sie auch für die Gossner-Mission in der DDR ein "heißes Eisen" ist. Sie meine aber, daß es nicht darum gehen darf, eine Geteisierung anzunehmen. Bergers Meinung: Durch das Mißfallen, das die Gruppe bei staatlichen Organen gefunden hat, sei die Arbeit insgesamt auch für die Gossner-Mission in der DDR komplizierter geworden.

Orphal öffnet die Diskussion mit einem eigenen Votum: Es ginge der Gossner-Mission in der DDR nicht darum, die Gruppe loszuwerden. Die Gossner-Mission stünde zwar vor finanziellen Problemen, aber die Gruppe war von Anfang an als "Durchläufer" aufgenommen worden.

Orphal verweist auf die strukturelle Problematik und schlägt vor, die Sachfrage, die durch die Arbeit der Gruppe aufgekommen ist, anzusprechen. Da die Gruppe beim Bund und bei der Landeskirche Berlin-Brandenburg nicht unterkommen konnte, wird ohnehin die Sachproblematik vom Kuratorium erneut angesprochen und verantwortet werden müssen.

Ziegler: Das Personal- und Finanzproblem müßte klar vorgetragen werden, wenn sich das Kuratorium ein umfassendes Bild machen soll.

Blauert fragt nach der Genesis der Gruppe und bringt zum Ausdruck, daß die Arbeit inhaltlich in die Jugendarbeit des Bundes gehört. Er versteht nicht, warum der Bund diese Arbeit nicht aufnimmt.

Berger erläutert den Werdegang der Gruppe. Sie ist als Freie Arbeitsgemeinschaft entstanden, und es wurde von Anfang an darauf geachtet, daß Vertreter der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Jugendarbeit dabei sind. Von der Arbeit her sei man sich im klaren gewesen, daß die Gruppe ca. zwei Jahre als Gruppe der Gossner-Mission in der DDR arbeiten sollte.

Ziegler verweist auf den Beschuß vom 31.5.1972. Von Beschuß her ist die Arbeit nicht terminiert.

Burkhardts Anfragen:

Ist eine besondere Situation junger Christen in Industriebereichen gegeben?

Handelt es sich in dieser Arbeit nicht um eine neue Ständearbeit?

Sollten sich die berufstätigen Jugendlichen nicht zusammen mit allen anderen als Junge Gemeinde besser verstehen lernen?

Ist es nicht doch ein intellektuelles Theoretisieren, das hier im Blick auf die berufstätigen Jugendlichen von Funktionären der Jugendarbeit her geschieht, und reflektieren diese nicht die Erfahrungen anderer?

Grünbaum verweist auf Erfahrungen, die vor Ort gemacht worden sind. Danach braucht es ein gezieltes Hineinfragen in konkrete Situationen der einzelnen, und es braucht mobile Gruppen, die praxisbezogen zu leben trachten.

Es ist eine gute Tradition der Gossner-Mission in der DDR, solchen Gruppen Raum zu geben.

Galley verweist auf die Studentengemeinde, in der sich auch wesentliche Veränderungen vollziehen. Er behauptet, daß die verschiedenen Jugendarbeiten ihr Recht behalten, aber es sei auch von der Studentenarbeit her deutlich, daß die berufstätigen Jugendlichen in der Kirche wenig Beachtung finden. Die vorhandenen Jugendkreise werden vorwiegend von Oberschülern majorisiert.

Blauert bringt noch einmal sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Jugendarbeit der Kirche nicht bereit ist, diese Arbeit aufzunehmen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich fast alle Mitglieder des Kuratoriums.

Folgende Punkte werden noch einmal angesprochen:

Berufstätigendarbeit ist nötig. Diese Arbeit verlangt eine außerordentliche Selbstständigkeit. Da sich die Bereiche, in denen junge Menschen arbeiten, sehr schnell ändern, ist es sehr wichtig, die jungen Christen verantwortlich zu Wort kommen zu lassen (Große).

Die Arbeitsgruppe bittet die Gossner-Mission in der DDR, mit kirchlichen Institutionen zu verhandeln. Die Leitung der Gruppe könne keine Verhandlungen mehr führen (Berger).

Die Finanzen der Gossner-Mission in der DDR werden zusammen mit dem Stellenplan 1974 in der nächsten Kuratoriumssitzung beraten werden müssen. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsweise, Struktur und Personalfrage der Arbeitsgruppe noch einmal zu verhandeln.

Beschluß des Kuratoriums:

Da von Anfang an klar war, daß die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" am besten innerhalb der gesamt-kirchlichen Jugendarbeit zu verankern wäre, werden die Vorsitzenden des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle beauftragt, mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu verhandeln und die Möglichkeit zu erkunden, die Arbeitsgruppe ab sofort in die gesamt-kirchliche Jugendarbeit einzurichten. Wenn diese Verhandlungen scheitern, ist über die Weiterarbeit der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Aufstellung des Stellenplanes für 1974 zu entscheiden.

Zu 4.:

(Wird vorgezogen)

Blauert erklärt, daß die Bangkokkonferenz als wirklicher Neuanfang in der Missionsarbeit der Kirchen bezeichnet werden kann. Sein Bericht hat drei Punkte:

1. In Bangkok fand man das Ja zur Frömmigkeit. Man bekam neu Mut zur Bibelarbeit. Die Bibelstudien waren Mitte der Tagung. Die Konferenz war ein gruppendynamischer Arbeitsversuch.
2. Bangkok war ein Neuanfang im Blick auf das theologische Heilsverständnis. In diesem Zusammenhang verweist Blauert auf die Arbeitsgruppe 2, in der Moltmann mitgearbeitet hat. Der Haupttenor: Gottes befreieende Tat ändert Menschen und Strukturen.
3. Bangkok war ein Neuanfang im Missionsverständnis und in der Missionspraxis. Eine Missionsära geht zu Ende, nun beginnt die Weltmission.

Im Blick auf den Rechenschaftsbericht von Potter schlägt Blauert vor, das Missionsverständnis zu prüfen. Heil wurde allenthalben als Hoffnung in Aktion beschrieben. Die Mission ist berufen, verantwortlich zu handeln. Verantwortliches Handeln ist befreiendes Handeln. Zur Aktion gehört die Reflexion. Blauert verweist besonders auf das partnerschaftliche Handeln und nennt in diesem Zusammenhang das vorgeschlagene Moratorium. Sendende Kirchen ziehen Geld und Personal zurück.

Im Anschluß an Blauert spricht Schottstädt über Erlebtes in einer Arbeitsgruppe der Weltmissionsabteilung in Rom. Hier sei nach Bangkok deutlich hervorgetreten, daß verantwortliches Handeln heute befreiendes Handeln in Lateinamerika, Asien und Afrika bedeutet. Dieses befreiende Handeln wird von den Vertretern der Kirchen in diesen Kontinenten als politischer Befreiungskampf beschrieben. Wir müssen uns fragen, wie wir in diesem Kampf die Partnerschaft bewahren.

Zu 5.: Orphal berichtet dem Kuratorium, daß es erst im Januar 1973 möglich war, die neue Satzung zusammen mit dem Hilfsantrag an die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg einzurichten. Die Gesichtspunkte, die in der letzten Kuratoriumssitzung für ein Zusatzprotokoll zusammengetragen worden sind, wurden von der bestellten Arbeitsgruppe am 9.1.1973 überarbeitet und mit einem Vorspann und einem Nachsatz versehen und mit Brief vom 17.1.1973 dem Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums, Herrn Kupas, übergeben.

Am 14.3.73 hat Orphal ein Gespräch mit Schönherr geführt. In diesem Gespräch wurde von Orphal die Eingabe an die Kirchenleitung erläutert. Schönherr erwähnte ein für Anfang April 1973 mit Schottstädt in Aussicht genommenes Grundsatzgespräch. Nach seiner Sicht habe die Gossner-Mission in der DDR nicht mehr die Kennzeichen eines Werkes der Kirche mit spezifischem Auftrag, sondern müßte sich stärker zu einer bruderschaftsähnlichen Gruppierung profilieren. Orphal hatte nicht den Eindruck, daß eine baldige Behandlung der Satzung in der Kirchenleitung vorgesehen ist.

Große fragt nach der Vorstellung von Bruderschaft und ob nicht hinter den Anfragen nur personelle und finanzielle Gründe stünden.

Stolpe spricht über die Gesamtentwicklung der Kirche in der DDR und über die vorhandenen Trends im Bund und in den Landeskirchen.

Es sei ein Trend zum Zentralismus vorhanden, und da die Finanzen in den Landeskirchen zurückgehen, wird versucht, Werke und Bewegungen an den Bund abzugeben. Dies sei aber äußerst gefährlich. Wir können heute ausrechnen, wie unsere Finanzen in fünf Jahren aussehen werden. Dann werden wir auf keinen Fall in bisheriger Gestalt arbeiten können. Im Blick auf solche Gesamtlage sind Pionierdienste zu leisten. Es könnte sein, daß der Gossner-Mission solch ein Dienst erneut zukommt.

Das Kuratorium faßt keine Beschlüsse. Es wartet auf die Äußerung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg.

Zu 3.: Arbeitsberichte

3.1 L. Richter verweist auf die neue Gestalt der Kommunikation in Haus "Rehoboth". Der meditative Charakter, der dem Haus gegeben werden sollte, ist zurückgetreten. Über alle Arbeit könnte man schreiben: "Eine partnerschaftliche Haltung wird eingelibt".

I. Richter schildert im besonderen die Gestaltungsrüsten und die Rüsten mit geistig Behinderten.  
Fleischhack verweist auf das Ehepaar Neumann, die als Künstler für Gestaltungsrüsten in Frage kämen.

- 3.2 I. Burkhardt schildert die Arbeit der Arbeitsgruppe "Gemeindedienste" mit den beiden Hauptpunkten Gemeindebegleitung und Studienbriefprogramm. Im Blick auf die Begleitung der Gemeinden ist in der Gruppe vorgeschlagen worden, sog. Begleiterverträge für zwei bis drei Jahre auszuarbeiten, damit es zu einer verbindlichen Zusammenarbeit kommen kann. Die Arbeitsgruppe braucht einen neuen Vorsitzenden. Darüber soll bis zur nächsten Kuratoriumssitzung Verständigung erzielt sein. Im Blick auf die Beratung in Gemeinden sind Ältestenrüsten und Seminararbeit in der Region die Haupttätigkeiten. Für alle Arbeit sind die theologischen Bezüge wichtig. Die Ältesten sollen lernen, im Blick auf Rückfragen sich vom Glauben her zu äußern. Gelernt werden muß, was in einer Ortsgemeinde auf jeden Fall bleiben muß, was übergemeindlich zu geschehen hat und was wegfallen muß. In der Region wurde vorwiegend mit Hauptamtlichen gearbeitet. Sie sind dort die bestimmenden Personen. Stolpe fragt nach dem Knüpfen von Gemeindekontakte. I. Burkhardt: Über Mitarbeiterkonferenz, Mitarbeiter der AST, andere persönliche Kontakte, durch "Helft mit" und mündliche Informationen.

- 3.3 M. Richter spricht über die Mitarbeiterkonferenz. Die Verbindlichkeit der Glieder der Konferenz gehe zurück. Man merkt, daß neue Aufbrüche und Umbrüche kommen wollen und auch nötig sind. Aber man kann sie noch nicht formulieren. Gefragt wird nach dem Programm der Mitarbeiterkonferenz für die Herbsttagung 1973. Schottstädt berichtet, daß es noch keinen Beschluß der Leitung der Konferenz gäbe. Aber Vorerarbeiten sind geleistet. Die Arbeitsthemen wurden wie folgt formuliert:  
"Resignation trotz neuer Modelle" (Berichte aus den Gemeinden)  
"Wie Nichtchristen uns sehen und wie wir mit Nichtchristen umgehen"  
"Unsere Zeitgenossen - was bestimmt sie?"  
"Wie kommen Nichtchristen in der Gemeinde zu Wort?" Zu den einzelnen Themen berichten sich Arbeitsgruppen der Gossner-Mission in der DDR vor. An den Abenden sind Berichte aus Buckow und von Dr. Landmann vorgesehen. Möller fragt nach dem Austausch über Erfahrungen in der bruderschaftlichen Leitung des Kirchenkreises. Schottstädt berichtet, daß mehrere Anfragen dazu vorliegen. Im Rahmen des Gemeindedienstes der Gossner-Mission in der DDR soll gesondert zu einer solchen Informationstagung eingeladen werden.

Ziegler fragt: Wohnt der Vorsitzende der Mitarbeiterkonferenz nicht zu weit entfernt von Berlin?  
Richter: Die Kommunikation ist nicht einfach, und wir müssen erneut nach besseren Lösungen im Zusammenkommen der Leitungsgruppe suchen.

- 3.4 Schottstädt berichtet von der Arbeitsgruppe "Berlin". Die Gruppe hat in den letzten Kellergottesdiensten "Erziehung" als Gesprächsthema gehabt. Die Kellergottesdienste sind wie immer gut besucht. In den letzten Kellergottesdiensten hat neben einer Gruppe, die die Liturgie vorbereitete, Fritz Müller durch Leitung der Gesänge mitgearbeitet. Die Leitungsgruppe, die zur Zeit aus 17 Personen besteht, kommt in einer gewissen Regelmäßigkeit zusammen. Sie diskutiert z.Zt. Thesen zur offenen Gemeinde. (Schottstädt vertilgt dieselben). Die Arbeitsgruppe, die sich unter Leitung von Dr. R. Jacob mit Sexualfragen beschäftigt, ist mit ihrer Arbeit an ein gewisses Ende gekommen. Im nächsten Quartal wird der Arbeitsbericht vorgelegt. Das Kuratorium kann dann entscheiden, ob daraus ein Memorandum entstehen soll. Die Glieder der Arbeitsgruppe streben immer mehr danach, die Kinder in die Gemeinschaft mit einzubeziehen, und dies nicht nur in den Rüsten, die in Haus "Rehoboth" stattfinden. Die nächste Gemeinschaftsrüste ist für die Zeit vom 28.4. bis zum 1.5.73 geplant. Nach dem Kellergottesdienst zum Thema "Christliche Unterweisung in der Familie" will sich eine kleine Gruppe mit dieser Thematik für einen längeren Zeitraum befassen und Gesichtspunkte zusammentragen.
- Jacob fragt nach Gemeindeabenden mit Podiumsdiskussion. Schottstädt: Es war vorgesehen, im März ein Podium durchzuführen. Das Thema sollte katechetische Unterweisung sein. Die Gruppe hat den Plan fallenlassen, weil sie der Meinung ist, daß dieses Thema zunächst in kleinen Arbeitsgruppen behandelt werden muß. Für den kommenden Herbst ist wiederum ein Podium gedacht.
- 3.5 Roepke berichtet über die Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste Vietnam/Algerien". Die Basis der Arbeitsgruppe muß erweitert werden. "Helft mit" bekommt jetzt mehrmals nacheinander Beilagen, in denen zu Vietnam und Algerien berichtet wird. Das Spendenaufkommen hat z.Zt. steigende Tendenz. Die Informations- und Bewußtseinsbildung in den Gemeinden soll ausgebaut werden. Den Kirchenzeitungen "Die Kirche", "Potsdamer Kirche" und "Mecklenburgische Kirchenzeitung" sind Berichte zugegangen. Die Gruppe wird vom 6.-8-4.73 eine Klausurtagung durchführen. Dazu wurden von allen Gliedern der Arbeitsgruppe Vorrarbeiten geleistet. Das Thema: "Entwicklungsförderung in politischer Partnerschaft". Roepke verweist auf einzelne Vietnamabende, die er durchgeführt hat, und auf Veranstaltungen mit dem Farbtonfilm "Zwischen Hanoi und Ben Hai".

Mit dem ehemaligen Chefarzt von Frenda, Dr. Langer, der jetzt eine Klinik in Dresden leitet, konnte ein persönlicher Kontakt hergestellt werden. Er hat sich bereit erklärt, weitere Materialien zur Verfügung zu stellen. Arbeitskontakte bestehen zur INKOTA-Gruppe, die sich regelmäßig in Halle trifft.

Innerhalb einer Ausstellung zu den Weltjugendfestspielen werden auch Bilder zu Vietnam und Algerien aus der Arbeit der Gossner-Mission in der DDR gezeigt.

Große will sich darum bemühen, daß auch "Glaube und Heimat" Berichte aus dieser Arbeit bringt.

Zu 7.: Landmann beschreibt Möglichkeiten von Hilfsaktionen, die in der jetzigen Situation Vietnams da sind. Es kommen sehr viele vietnamesische Praktikanten in die DDR; um sie muß man sich kümmern. Die völlig neue Lage in Vietnam verlangt eine schnelle Unterstützung der Krankenhäuser. Hier werden große Summen benötigt. Die Gossner-Mission in der DDR sollte den Wiederaufbau und die Einrichtung der Krankenhäuser mit unterstützen. Im Blick auf Algerien berichtet Landmann, daß in Frenda die Kontinuität in der Arbeit nicht gewährleistet war. Durch vier Ärzte und drei weitere Mitarbeiter geht die Arbeit aber weiter. Eine neue Gruppe ist nach Oran geschickt worden - fünf Ärzte und neun Mitarbeiter des mittleren medizinischen Personals. In dem Krankenhaus in Oran werden vor allen Dingen Frauenkrankheiten behandelt und Geburtshilfen geleistet. Die Gossner-Mission in der DDR könnte auch diese zweite Gruppe in Algerien unterstützen. Aus der ersten liegt eine Wunschliste vor. Es ist damit zu rechnen, daß noch weitere Wünsche kommen.

Zu 8.: Burkhardt berichtet von der ersten Sitzung des Finanzausschusses. Er beschreibt die Hauptaufgabe des Ausschusses: die Finanzen und die Finanzplanung der Gossner-Mission in der DDR sichern zu helfen. Im einzelnen: Die Personalkosten betragen 60% aller Ausgaben. Unter den Sachaufwendungen gehen die meisten Gelder in die Unterhaltung der Kraftfahrzeuge. (In Zukunft muß die Größe der Fahrzeuge bedacht werden). Klärung wurde erzielt in der privaten Benutzung der Fahrzeuge und im Blick auf die Anfahrt zum Dienst, die grundsätzlich als Privatfahrt gilt, wenn nicht am selben Tag Tagungen oder andere dienstliche Verpflichtungen vorliegen.

Im Blick auf die Telefongebühren ist der Leiter der Dienststelle durch den Finanzausschuß beauftragt worden, mit den Mitarbeitern zu sprechen.

Schottstädt berichtet dem Kuratorium den Kontostand vom 1.1.1973: 48 144,89 M. Die Vietnam- und Algeriengelder sind insgesamt Landmann überwiesen worden, so daß in diesen Konten mit "0" begonnen werden kann.

Orphal: Das Kuratorium nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Es erwartet in der nächsten Sitzung die Vorlage eines Stellenplanes für 1974, den der Finanzausschuß zusammen mit dem Vorstand aufstellen möchte.

- Zu 9.: Schottstädt berichtet dem Kuratorium, daß auf Grund des Ausscheidens von Pfr. Schrem aus dem Vorstand ein neues Mitglied berufen werden muß. Da Görig Nachfolger von Schrem im Kuratorium geworden ist, hat Schottstädt ihn nach seiner Bereitschaft gefragt. Görig ist bereit, sich als Mitglied des Vorstandes wählen zu lassen. Nach kurzer Meinungsbildung und Anfrage durch den Vorsitzenden wählt das Kuratorium Görig einstimmig in den Vorstand. Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Haus "Rehoboth" und "Gemeindedienste" sollen in der nächsten Kuratoriumssitzung bestimmt werden. Die Dienststelle wird beauftragt, Personalvorschläge zu machen.
- Schottstädt berichtet dem Kuratorium von der Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Kirchengemeinde St. Nikolai und St. Marien und der Gossner-Mission in der DDR, die den Einsatz von Kickbusch zu 50% seines genannten Dienstes beinhaltet. Kickbusch ist ab 1.3.1973 zu 50% für die Jugendarbeit in der Elias-Gemeinde angestellt. Dieser Auftrag geht bis zum 31.12.1973.
- Zu 10.1.: Soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden.
- Zu 10.2.: Berichtet Orphal von einem Schreiben der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg im Blick auf einen Erkundungsauftrag für nebenamtliche Theologen. Das Behandeln des Auftrages durch den Leiter der Dienststelle wurde als widersprüchlich bezeichnet. Orphal hat der Kirchenleitung mitgeteilt, daß sich die Dienststelle um die Erfüllung des Auftrages bemühen wird.
- Schottstädt berichtet, daß Richter, Burkhardt und er selbst einen Fragenkatalog erarbeiten werden. Die gleichen Fragen sollen Lüdecke, Seeliger und Ludwig vorgelegt werden. Das Resultat dieser Befragung wird der Kirchenleitung mitgeteilt. Das Kuratorium stimmt diesem Vorhaben zu.
- Zu 10.4.: Roepke verliest zwei Solidaritätsadressen an die Botschaften der DRV und RSV. Nach kurzer Diskussion beauftragt das Kuratorium den Vorstand, diese Adressen zu behandeln.

Ende der Sitzung gegen 15.55 Uhr.

Für das Protokoll:

gez.: Orphal

*hudeck*

## E n t w u r f

### P r o t o k o l l

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 28.3.1973

---

#### Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Burkhardt, Fleischhack,  
Galley, Große, Grünbaum, Johann,  
Möller, Natho, Orphal, Rottmann,  
Stolpe, Ziegler

b) ständige Gäste: Blauert, Jacob, Landmann

Entschuldigt fehlten: Görig, Michel

Von der Dienststelle: Burkhardt, Kiekbusch, I.u.M. Richter,  
Roepke, Schottstädt

#### Die Tagesordnung:

1. Biblische Besinnung Jacob
2. Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 14.11.72
3. Berichte aus den Arbeitsgruppen
4. Zur Weiterarbeit der Arbeitsgruppe  
"Berufstätige Jugend"
5. Zur Satzung - Verhandlungsstand Orphal
6. Bericht von der Bangkokkonferenz Blauert
7. Bericht zu Vietnam und Algerien Landmann
8. Kurzbericht des Finanzausschusses Burkhardt/  
9. Personalfragen Schottstädt
- Orphal/  
Schottstädt

#### 10. Verschiedenes.

- 10.1 Vorbereitung des 200. Geburtstages von Johannes Gossner

- 10.2 Brief der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg - Erkundungsauftrag

Orphal

Zu 1.: D. Jacob spricht zu 1. Korinther 13: Im Blick auf den praxisbezogenen Umgang mit Christen untereinander zählt allein in allen Lebensfragen die Agape. Die Überlegenheit des Christen ist keine billige Sache, allein, was "Liebe ist, besteht. "Die Liebe ist schon jetzt des Christen ewiges Tun".

Zu 2.: Das Protokoll der Sitzung vom 14.11.72 wird ohne Beanstandung einstimmig gebilligt. Möller erklärt, daß er auf Grund der Witterungsverhältnisse fehlen mußte.

Zu 4.: (Wird vorgezogen, da Berger gegen 12.00 Uhr die Sitzung verlassen muß)

*berichtet ein* Berichtet Berger anhand eines Arbeitsberichtes der Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend". Dieser Bericht wird an die Mitarbeiter des Kuratoriums ausgeteilt. Berger nimmt die Kritik auf, die auf Grund von Anfragen an die Arbeitsgruppe formuliert wurde:

1. Was die Gruppe tue, stünde nicht genügend im politischen Zusammenhang unserer Gesellschaft. Berger erwähnt, daß im Arbeitsplan von einem Zitat eines marxistischen Soziologen ausgangen worden sei.
2. Theologie und christlicher Glaube wird in der Arbeit nicht deutlich erkennbar. — Berger begründet, daß in der Studie versucht worden sei, vom Jugendlichen her zu denken, seine Situation ernst zu nehmen und von daher nach den theologischen Ansatzpunkten (z.B. Leistung oder Gruppensituation) zu fragen.
3. Die Arbeit sei zu soziologisch-methodisch. — Alles, was in der Methode geschiehe, sei aus der Erfahrung heraus in Angriff genommen worden. Die Gruppe wolle weg vom intellektuellen Theologisieren und durch Spiel, Grafiken, Kollagen etc. das menschliche Miteinander stärker zum Ausdruck bringen.

Die Arbeitsgruppe sei sich darüber klar, daß sie auch für die Gossner-Mission in der DDR ein "heißes Eisen" ist. Sie meine aber, daß es nicht darum gehen darf, eine Gettoisierung anzunehmen.

Bergers Meinung: Durch das Mißfallen, das die Gruppe bei staatlichen Organen gefunden hat, sei die Arbeit insgesamt auch für die Gossner-Mission in der DDR komplizierter geworden.

Orphal eröffnet die Diskussion mit einem Votum: Es ginge der Gossner-Mission in der DDR nicht darum, die Gruppe loszuwerden. Die Gossner-Mission stünde zwar vor finanziellen Problemen, aber die Gruppe war von Anfang an bei der ~~Gossner Mission in der DDR~~ als "Durchläufer" aufgenommen worden.

Orphal verweist auf die strukturelle Problematik und schlägt vor, die Sachfrage, die durch die Arbeit der Gruppe aufgekommen ist, anzusprechen. Da die Gruppe beim Bud und bei der Landeskirche nicht unterkommen konnte, wird ohnehin die Sachproblematik vom Kuratorium erneut angesprochen, und verantwortet werden müssen.

Ziegler: Das Personal- und Finanzproblem müßte klar vorgebracht werden, wenn sich das Kuratorium ein umfassendes Bild machen soll.

Blauert fragt nach der Genesis der Gruppe und bringt zum Ausdruck, daß die Arbeit inhaltlich in die Jugendarbeit des Bundes gehört. Er versteht nicht, warum der Bund diese Arbeit nicht aufnimmt.

Berger erläutert den Werdegang der Gruppe. Sie ist als freie Arbeitsgemeinschaft entstanden, und es wurde von Anfang an darauf geachtet, daß Vertreter der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Jugendarbeit dabei sind. Von der Arbeit her sei man sich im klaren gewesen, daß die Gruppe ca. zwei Jahre als Gruppe der Gossner-Mission in der DDR arbeiten sollte.

Ziegler verweist auf den Beschuß vom 31.5.72. Vom Beschuß her ist die Arbeit nicht terminiert.

Burkhardts Anfragen:

Ist eine besondere Situation junger Christen in Industriebereichen gegeben?

Handelt es sich in dieser Arbeit nicht um eine neue Ständearbeit?

Sollten sich die berufstätigen Jugendlichen nicht zusammen mit allen anderen als Junge Gemeinde besser verstehen lernen?

Ist es nicht doch ein intellektuelles Theoretisieren, das hier im Blick auf die berufstätigen Jugendlichen von Funktionären der Jugendarbeit her geschieht und reflektieren diese nicht die Erfahrungen anderer?

Grünbaum verweist auf Erfahrungen, die vor Ort gemacht worden sind. Danach braucht es ein gezieltes Hineinfragen, konkrete Situationen der einzelnen, und es braucht mobile Gruppen, die praxisbezogen zu leben trachten.

Es ist eine gute Tradition der Gossner-Mission in der DDR, solchen Gruppen Raum zu geben.

Galley verweist auf die Studentengemeinde, in der sich auch wesentliche Veränderungen vollziehen. Er behauptet, daß die verschiedenen Jugendarbeiten, die ihr Recht behalten, aber es sei auch von der Studentenarbeit her deutlich, daß die berufstätigen Jugendlichen in der Kirche wenig Beachtung finden. Die vorhandenen Jugendkreise werden vorwiegend von Oberschülern majorisiert.

Blauert bringt noch einmal sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Jugendarbeit der Kirche nicht soweit ist, diese Arbeit aufzunehmen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich fast alle Mitglieder des Kuratoriums.

Folgende Punkte werden noch einmal angesprochen:

Berufstätigenarbeit ist nötig. Diese Arbeit verlangt eine außerordentliche Selbständigkeit. Da sich die Bereiche, in denen junge Menschen arbeiten, sehr schnell ändern, ist es sehr wichtig, die jungen Christen verantwortlich zu Wort kommen zu lassen (Große).

Die Arbeit wird inhaltlich von allen Mitarbeitern bejaht. Was die Struktur und die Personen angeht, liegen unterschiedliche Meinungen vor.

~~Die~~ Die Arbeitsgruppe bittet die Gossner-Mission in der DDR, mit kirchlichen Institutionen zu verhandeln. Die Leitung der Gruppe könne diese nicht tun (Berger). (Bejaht)

*Nein Verhandlungen mehr führen.* - 4 -

Die Finanzen der Gossner-Mission in der DDR werden zusammen mit dem Stellenplan 1974 in der nächsten Kuratoriumssitzung beraten werden müssen. *Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt.*

Beschluß des Kuratoriums: *Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt. Die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" soll eine Arbeitssatzung aufstellen, die die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" und den Arbeitskreis "Berufstätige Jugend" zusammenführt.*  
Da von Anfang an klar war, daß die Arbeitsgruppe "Berufstätige Jugend" am besten innerhalb der gesamtkirchlichen Jugendarbeit zu verankern wäre, werden der Vorsitzende des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle beauftragt, mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zu verhandeln und die Möglichkeit zu erkunden, die Arbeitsgruppe ab sofort in die gesamtkirchliche Jugendarbeit einzurichten. Wenn diese Verhandlungen scheitern, ist über die Weiterarbeit der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit der Aufstellung des Stellenplanes für 1974 zu entscheiden.

Zu 6.: (Wird vorgezogen)

Blauert erklärt, daß die Bangkokkonferenz als wirklicher Neuanfang in der Missionsarbeit der Kirchen bezeichnet werden kann. Sein Bericht hat drei Punkte:

1. In Bangkok fand man wieder das Ja zur Frömmigkeit. Man bekam neu Mut zur Bibelarbeit. Die Bibelstudien waren Mitte der Tagung. Die Konferenz war ein gruppendynamischer Arbeitsversuch.
2. Bangkok war ein Neuanfang im Blick auf das theologische Heilsverständnis. In diesem Zusammenhang verwies C. Blauert auf die Arbeitsgruppe 2, in der Moltmann mitgearbeitet hat. Der Haupttenor: Gottes befreiende Tat ändert Menschen und Strukturen.
3. Bangkok war ein Neuanfang im Missionsverständnis und in der Missionpraxis. Eine Missionsära geht zu Ende, nun beginnt die Weltmission.

Im Blick auf den Rechenschaftsbericht von Potter schlägt Blauert vor, das Missionsverständnis zu prüfen. Heil wurde allenthalben als Hoffnung in Aktion beschrieben. Die Mission ist berufen, verantwortlich zu handeln. Verantwortliches Handeln ist befreiendes Handeln. Zur Aktion gehört die Reflexion. Blauert verweist besonders auf das ~~biologische~~ und partnerschaftliche ~~Handeln~~ Handeln und nennt in diesem Zusammenhang das vorgeschlagene Moratorium. Sendende Kirchen ziehen Geld und Personal zurück.

Im Anschluß an Blauert spricht Schottstädt über Erlebtes in einer Arbeitsgruppe der Weltmissionsabteilung in Rom. Hier sei nach Bangkok deutlich hervorgetreten, daß verantwortliches Handeln heute befreiendes Handeln in Lateinamerika, Asien und Afrika bedeutet. Dieses befreiende Handeln wird von den Vertretern der Kirchen in diesen Kontinenten als politischer Befreiungskampf beschrieben. Wir müssen uns fragen, wie wir in diesem Kampf die Partnerschaft bewahren.

Zu 5.: Orphal berichtet dem Kuratorium, daß es erst im Januar 1973 möglich war, die neue Satzung zusammen ~~zusammen~~ mit dem Hilfsantrag an die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg einzureichen. Die Gesichtspunkte, die in der letzten Kuratoriumssitzung für ein Zusatzprotokoll zusammengetragen worden sind, wurden von der bestellten Arbeitsgruppe am 9.1.73 überarbeitet und mit einem Vorspann und einem Nachsatz versehen und mit Brief vom 17.1.73 dem Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums, Herrn Kupas, übergeben.

Am 14.3.73 hat Orphal ein Gespräch mit Schönherr geführt. In diesem Gespräch wurde von Orphal die Eingabe an die Kirchenleitung erläutert. Schönherr erwähnte ein für Anfang April 73 mit Schottstädt in Aussicht genommenes Grundsatzgespräch. Nach seiner Sicht habe die Gossner-Mission in der DDR nicht mehr die Kennzeichen eines Werkes der Kirche mit spezifischem Auftrag, sondern müßte sich stärker zu einer bruderschaftsähnlichen Gruppierung profilieren. Orphal hatte nicht den Eindruck, daß eine baldige Behandlung der Satzung in der Kirchenleitung vorgesehen ist.

Große fragt nach der Vorstellung von Bruderschaft und ob nicht das Anliegen der Gossner-Mission als Werk der Kirche nur durch personelle und finanzielle Gründe bestimmt ist.

Stolpe spricht über die Gesamtentwicklung der Kirche in der DDR und über die vorhandenen Trends im Bund und in den Landeskirchen.

Es sei ein Trend zum Zentralismus vorhanden, und da die Finanzen in den Landeskirchen zurückgehen, wird versucht, Werke und Bewegungen an den Bund abzugeben. Dies sei aber äußerst gefährlich. Wir können heute ausrechnen, wie unsere Finanzen in fünf Jahren aussehen werden. Dann werden wir auf keinen Fall in bisheriger Gestalt arbeiten können. Im Blick auf solche Gesamtlage sind Pionierdienste zu leisten. Es könnte sein, daß der Gossner-Mission solch ein Dienst erneut zukommt.

Das Kuratorium faßt keine Beschlüsse. Es wartet auf die Äußerung der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg.

Zu 3.: Arbeitsberichte geben ~~nacheinander~~ I. Richter <sup>x</sup> zu der Arbeit in Haus "Rehoboth", I. Burkhardt <sup>x</sup> zu "Gemeindedienste", M. Richter zur Mitarbeiterkonferenz, Schottstädt zu Berlin, Roepke zu Solidaritätsdienste.

I. Richter verweist auf die neue Gestalt der Kommunikation in Haus "Rehoboth". Der meditative Charakter, der dem Hause gegeben werden sollte, ist zurückgetreten. Über alle Arbeit könnte man den Teil schreiben: "Eine partnerschaftliche Haltung wird eingeübt".

I. Richter schildert im besonderen die Gestaltungsrüsten und die Rüsten mit geistig Behinderten.

Fleischhack verweist auf das Ehepaar Eberhard Neumann, die als Künstler für Gestaltungsrüsten in Frage kämen.

3. 2. I. Burkhardt schildert dem Kuratorium die Arbeit der Arbeitsgruppe "Gemeindedienste" mit den beiden Hauptpunkten Gemeindebegleitung und Studienbriefprogramm.

Im Blick auf die Begleitung der Gemeinde ist in der Gruppe vorgeschlagen worden, sog. Begleiterverträge für zwei bis drei Jahre auszuarbeiten, damit es zu einer verbindlichen Zusammenarbeit kommen kann.

Die Arbeitsgruppe braucht einen neuen Vorsitzenden. Darüber soll bis zur nächsten Kuratoriumssitzung Verständigung erzielt sein.

Im Blick auf die Beratung in Gemeinden sind Ältestenrüsten und Seminararbeit in der Region die Haupttätigkeiten. Für alle Arbeit sind die theologischen Bezüge wichtig. Die Ältesten sollen lernen, im Blick auf Rückfragen sich vom Glauben her zu äußern.

Gelernt werden muß, was in einer Ortsgemeinde auf jeden Fall bleiben muß, was übergemeindlich zu geschehen hat und was wegfallen muß. In der Region wurde vorwiegend mit Hauptamtlichen gearbeitet. Sie sind dort die bestimmenden Personen.

Stolpe fragt nach dem Knüpfen von Gemeindekontakte.

I. Burkhardt: Über Mitarbeiterkonferenz, Mitarbeiter der AST, andere persönliche Kontakte, durch "Helft mit" und mündliche Informationen.

3. 3. M. Richter spricht über die Mitarbeiterkonferenz. Die Verbindlichkeit der Glieder der Konferenz gehe zurück. Man merkt, daß neue Aufbrüche und Umbrüche kommen wollen und auch nötig sind. Aber man kann sie noch nicht formulieren.

Gefragt wird nach dem Programm der Mitarbeiterkonferenz für die Herbsttagung 1973. Schottstädt berichtet, daß es noch keinen Beschuß der Leitung der Konferenz gäbe. Aber Vorarbeiten sind geleistet. Die Arbeitsthemen wurden wie folgt formuliert:

"Resignation trotz neuer Modelle" (Berichte aus den Gemeinden)

"Wie Nichtchristen uns sehen und wie wir mit Nichtchristen umgehen"

"Unsere Zeitgenossen - was bestimmt sie?"

"Wie kommen Nichtchristen in der Gemeinde zu Wort?"

Zu den einzelnen Themen bereiten sich Arbeitsgruppen der Gossner-Mission in der DDR vor. An den Abenden sind Berichte aus Buckow und von Dr. Landmann vorgesehen.

Möller fragt nach dem Austausch über Erfahrungen in der bruderschaftlichen Litung des Kirchenkreises. Schottstädt berichtet, daß mehrere Anfragen dazu vorliegen. Im Rahmen des Gemeindedienstes der Gossner-Mission in der DDR soll gesondert zu einer solchen Informationstagung eingeladen werden.

Ziegler fragt: Wohnt der Vorsitzende der Mitarbeiterkonferenz nicht zu weit entfernt von Berlin?

Richter: Die Kommunikation ist nicht einfach, und wir müssen erneut nach besseren Lösungen im Zusammenkommen der Leitungsgruppe suchen.

3.8. Schottstädt berichtet von der Arbeitsgruppe "Berlin".

Die Gruppe hat in den letzten Kellergottesdiensten "Erziehung" als Gesprächsthema gehabt. Die Kellergottesdienste sind wie immer gut besucht. In den letzten Kellergottesdiensten hat neben einer Gruppe, die die Liturgie vorbereitete, Fritz Müller mit Gesang und Leitung der Gesänge gut mitgearbeitet.

Die Leitungsgruppe, die zur Zeit aus 17 Personen besteht, kommt in einer gewissen Regelmäßigkeit zusammen. Sie diskutiert z.Zt. Thesen zur offenen Gemeinde. (Schottstädt verteilt dieselben).

Die Arbeitsgruppe, die sich unter Leitung von Dr. R. Jacob mit Sexualfragen beschäftigt, ist mit ihrer Arbeit an ein gewisses Ende gekommen. Im nächsten Quartal wird der Arbeitsbericht vorgelegt. Das Kuratorium kann dann entscheiden, ob daraus ein Memorandum entstehen soll.

Die Glieder der Arbeitsgruppe streben immer mehr danach, die Kinder in die Gemeinschaft mit einzubeziehen, und dies nicht nur in den Rüsten, die in Haus "Rehoboth" stattfinden. Die nächste Gemeinschaftsrüste ist für die Zeit vom 28.4. bis zum 1.5.73 geplant.

Nach dem Kellergottesdienst zum Thema "Christliche Unterweisung in der Familie" will sich eine kleine Gruppe mit dieser Thematik für einen längeren Zeitraum befassen und Gesichtspunkte zusammentragen.

Jacob fragt nach Gemeindeabenden mit Podiumsdiskussion.

Schottstädt: Es war vorgesehen, im März ein Podium durchzuführen. Das Thema sollte katechetische Unterweisung sein. Die Gruppe hat den Plan fallenlassen, weil sie der Meinung geworden ist, daß dieses Thema zunächst in kleinen Arbeitsgruppen behandelt werden muß. Für den kommenden Herbst ist wieder <sup>an</sup> ein Podium gedacht.

3.5.

Roepke berichtet über die Arbeitsgruppe "Solidaritätsdienste Vietnam/Algerien". Die Basis der Arbeitsgruppe muß erweitert werden. "Helft mit" bekommt jetzt mehrmals nacheinander Beilagen, in denen zu Vietnam und Algerien berichtet wird. Die Informations- und Bewußtseinsbildung in den Gemeinden soll ausgebaut werden. Den Kirchenzeitungen "Die Kirche", "Potsdamer Kirche" und "Mecklenburgische Kirchenzeitung" sind Berichte zugegangen.

Die Gruppe wird vom 6.-8.4.73 eine Klausurtagung durchführen. Dazu wurden von allen Gliedern der Arbeitsgruppe Vorarbeiten geleistet. Das Thema "Entwicklungsförderung in politischer Partnerschaft". Roepke verweist auf einzelne Vietnamabende, die er durchgeführt hat, und auf Veranstaltungen mit dem Farbtonfilm "Zwischen Hanoi und Ben Hai".

*X das Grundstück aufhören, mein Rab  
8. M. 1973. Sie wurde darüber.*

Mit dem ehemaligen Chefarzt von Frenda, Dr. Langer, der jetzt eine Klinik in Dresden leitet, konnte ein persönlicher Kontakt hergestellt werden. Er hat sich bereit erklärt, weitere Materialien zur Verfügung zu stellen. Arbeitskontakte bestehen zur INKOTA-Gruppe, die sich regelmäßig in Halle trifft. Innerhalb einer Ausstellung zu den Weltjugendfestspielen werden auch Bilder zu Vietnam und Algerien aus der Arbeit der Gossner-Mission in der DDR gezeigt. Große will sich darum bemühen, daß auch "Glaube und Heimat" Berichte aus dieser Arbeit bringt.

Zu 7.: Landmann beschreibt Möglichkeiten von Hilfsaktionen, die in der jetzigen Situation Vietnams da sind. Es kommen sehr viele vietnamesische Parktikanten in die DDR; um sie muß man sich kümmern. Die völlig neue Lage in Vietnam verlangt eine schnelle Unterstützung der Krankenhäuser. Hier werden große Summen benötigt. Die Gossner-Mission in der DDR sollte den Wiederaufbau und die Einrichtung der Krankenhäuser mit unterstützen.

Im Blick auf Algerien berichtet Landmann, daß in Frenda die Kontinuität in der Arbeit nicht gewährleistet ist. Durch vier Ärzte und drei weitere Mitarbeiter geht die Arbeit aber weiter. Eine neue Gruppe ist nach Oran geschickt worden - fünf Ärzte und neun Mitarbeiter ~~der~~ mittleren medizinischen Personals. In dem Krankenhaus in Oran werden vor allen Dingen Frauenkrankheiten behandelt und Geburtshilfen geleistet. Die Gossner-Mission in der DDR könnte auch diese zweite Gruppe in Algerien unterstützen. Aus der ersten liegt eine Wunschliste vor. Es ist damit zu rechnen, daß noch weitere Wünsche kommen.

Zu 8.: Burkhardt berichtet von der ersten Sitzung des Finanzausschusses. Er beschreibt die Hauptaufgabe des Ausschusses: die Finanzen und die Finanzplanung der Gossner-Mission in der DDR sichern zu helfen. Im einzelnen: Die Personalkosten betragen 60 % aller Ausgaben. Unter den Sachaufwendungen gehen die meisten Gelder in die Unterhaltung der Kraftfahrzeuge. (In Zukunft muß die Größe der Fahrzeuge bedacht werden) Klärung wurde erzielt in der privaten Benutzung der Fahrzeuge und im Blick auf die Anfahrt zum Dienst, die grundsätzlich als Privatanfahrt gilt, wenn nicht am selben Tag Tagungen oder andere dienstliche Verpflichtungen vorliegen.

Im Blick auf die Telefongebühren ist der Leiter der Dienststelle durch den Finanzausschuß beauftragt worden, mit den Mitarbeitern zu sprechen.

Schottstädt berichtet dem Kuratorium den Kontostand vom 1.1.73: 48 144,89 M. Die Vietnam- und Algeriengelder sind insgesamt Landmann überwiesen worden, so daß in diesen Konten mit ~~Null~~ begonnen werden kann.

Orphal: Das Kuratorium nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Es erwartet in der nächsten Sitzung die Vorlage eines Stellenplanes für 1974, den der Finanzausschuß zusammen mit dem Vorstand aufstellen möchte.

- Zu 9.: Schottstädt berichtet dem Kuratorium, daß auf Grund des Ausscheidens von Pfr. Schrem aus dem Vorstand ein neues Mitglied berufen werden muß. Da Görig Nachfolger von Schrem im Kuratorium geworden ist, hat Schottstädt Görig nach seiner Bereitschaft gefragt. Görig ist bereit, sich als Mitglied des Vorstandes wählen zu lassen. Nach kurzer Meinungsbildung und Anfrage durch den Vorsitzenden wählt das Kuratorium Görig einstimmig in den Vorstand. Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen "Haus Rehoboth" und "Gemeindedienste" sollen in der nächsten Kuratoriumssitzung bestimmt werden. Die Dienststelle wird beauftragt, die Personalvorschläge zu machen. Schottstädt berichtet dem Kuratorium von der Aufhebung der Vereinbarung zwischen der Kirchengemeinde St. Nikolai und St. Marien und der Gossner-Mission in der DDR, die den Einsatz von Kiekbusch in der Marienkirche zu 50 % seines gesamten Dienstes beinhaltete. Kiekbusch ist ab 1.3.73 zu 50 % für die Jugendarbeit in der Elias-Gemeinde angestellt. Dieser Auftrag geht bis zum 31.12.73.
- Zu 10.1.: Soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden.
- Zu 10.2.: Berichtet Orphal von Schreiben der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg im Blick auf einen Erkundungsauftrag für nebenamtliche Theologen. Das Behandeln des Auftrages durch den Leiter der Dienststelle wurde als widersprüchlich bezeichnet. Orphal hat der Kirchenleitung mitgeteilt, daß sich die Dienststelle um die Erfüllung des Auftrages bemühen wird.
- Schottstädt berichtet, daß Richter, Burkhardt und ~~Schottstädt~~ <sup>selbst</sup> einen Fragenkatalog erarbeiten werden. Die gleichen Fragen sollen Lüdecke, Seeliger und Ludwig vorgelegt werden. Das Resultat dieser Befragung wird der Kirchenleitung zusammenfassend mitgeteilt. Das Kuratorium stimmt diesem Vorhaben zu.
- Zu 10.3.: Die nächste Sitzung des Kuratoriums ist für Montag, 25.6.73 von 10.00 bis 16.00 Uhr vereinbart.
- Zu 10.4.: Roepke verliest zwei Adressen an die Botschaften der DRV und RSV. Nach kurzer Diskussion beschließt das Kuratorium, <sup>antrag</sup> ~~den Vorsitz~~ diese Adressen in der Sitzung des Vorstandes zu behandeln.

Ende der Sitzung gegen 15.55 Uhr.

Für das Protokoll:

*Haase*

gez. Orphal

*Orphal*

Berlin, am 12.12.72

Protokoll

der Sitzung des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR  
am 14.11.1972

Anwesend:

a) Mitglieder des Kuratoriums: Berger, Burkhardt, Fleischhack,  
Galley, Görig, Grünbaum, Natho,  
Orphal, Rottmann, Stolpe, Ziegler  
Jacob, Landmann  
b) ständige Gäste: Blauert, Große, Johann, Michel  
Entschuldigt fehlten: Möller  
Umentschuldigt fehlte: Kiekbusch, Roepke, Schottstädt,  
Von der Dienststelle: Tischhäuser

Die Tagesordnung:

1. Biblische Besinnung (Jacob)
2. Zum Protokoll der Sitzung vom 31.5.72
3. Zur Satzung
4. Zu den Finanzen
  - a) Jahresrechnung 1971
  - b) Stellenplan 1973
  - c) Haushaltsplan 1973
5. Kurzer Arbeitsbericht des Leiters der Dienststelle
6. Verschiedenes.

Zu 1.: Jacob spricht über Matth. 4, 1-11.

Zu 2.: Orphal nennt die entschuldigten Mitglieder und  
ständigen Gäste des Kuratoriums und der  
Dienststelle.

Das Protokoll der Sitzung vom 31.5.72 wird auf  
Seite 5 zu 7 b) 4. Absatz dahingehend geändert:  
"Es wird bedauert, daß mit der Gruppe Gemeinde-  
dienste verher keine gründlichen Aussprachen  
geführt wurden" und einstimmig gebilligt.

Zu 3.:

Orphal berichtet über die geführten Verhandlungen mit dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg. Zwischen Schröter und Schottstädt wurden zwei Gespräche geführt. Orphal konnte mit Kupas unter vier Augen sprechen. Am 30.8.72 fand im Konsistorium ein Grundsatzgespräch statt, an dem Orphal und Schottstädt teilnahmen. Von Seiten des Konsistoriums waren fünf Herren zugegen (Kupas, Schröter, Giering, Kunkel, Kirschner).

Das Konsistorium nahm den Antrag des Kuratoriums zum Anlaß, grundsätzlich die Arbeit der Gossner-Mission in der DDR erneut in Frage zu stellen. Es bestand die Erwartung, daß auf Grund der Überführung bestimmter Arbeitsgebiete ins ÖMA eine radikale Reduzierung der Arbeit der Gossner-Mission in der DDR eintreten würde.

Nun sah man im Konsistorium eine erneute Ausdehnung der Arbeit der Gossner-Mission.

Orphal fragte in dem Gespräch, ob das Konsistorium hinter die Satzung von 1962 zurück wolle. Diese Frage wurde mit einem eindeutigen Ja beantwortet. Darüber hinaus wurde die Überlegung geäußert, ob nicht das ganze Arbeitsgebiet der Gossner-Mission in der DDR an den Bund abzutreten sei. Jedenfalls würde das Konsistorium die neue Satzung nur mit einem negativen Votum an die Kirchenleitung weiterleiten.

Daraufhin machten die Vertreter der Gossner-Mission in der DDR den Vorschlag, bei der alten Satzung zu bleiben und evtl. ein Zusatzprotokoll anzufertigen. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern des Konsistoriums aufgegriffen, und es wurde vereinbart, ein Zusatzprotokoll anzufertigen. Nach einem Schreiben der Gossner-Mission in der DDR sollte das Konsistorium dieses Protokoll vorlegen.

Gekoppelt wurde dieser Auftrag mit der Zusage des Konsistoriums zur Mitfinanzierung des Hauses "Rehoboth" in Buckow. Alle anwesenden Mitglieder des Konsistoriums waren der Meinung, daß das Haus "Rehoboth" in den Finanzierungsplan des Konsistoriums übernommen werden müßte.

In diesem Zusammenhang erinnert Orphal an das von Schröter vorgelegte Zusatzprotokoll, das nach seiner Meinung so nicht angenommen werden dürfte.

Punkt 4 und 5 dieses Protokolls seien auch nicht abgesprochen worden, ebenso neu ist der Zusatz Punkt 6: "Aus diesem Protokoll können von der Gossner-Mission in der DDR finanzielle Ansprüche gegenüber der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg nicht hergeleitet werden."

Schottstädt berichtet von zwei unerfreulichen Gesprächen mit Schröter. Kupas hatte sich in seinen Äußerungen von denen des Kollegiums des Konsistoriums sehr unterschieden. Darum muß man den Eindruck haben, das Zusatzprotokoll ist so negativ ausgefallen, weil sich Kupas im Krankenhaus befindet.

In der Diskussion werden folgende Fragen behandelt: Kann ein amtierender Propst solche entscheidenden Dinge "verantworten" und "durf" diesen "Kürzungen" "klein beigegeben" werden? (Burkhardt).

Kann ein Konsistorium einen Antrag an die Kirchenleitung so blockieren und müßte man nicht erneut mit der Kirchenleitung ins Gespräch kommen? (Fleischhack).

Kuratorium stellt fest: Die Vorlage des Zusatzprotokolls vom Konsistorium bietet keine Grundlage für das Gespräch. Es wird inhaltlich nicht behandelt. Die Mitglieder des Kuratoriums einigen sich dahin, daß erneut der Versuch gemacht werden muß, mit der Kirchenleitung zu Abmachungen zu kommen. Ein neuer Entwurf eines Zusatzprotokolls soll im Kuratorium erarbeitet werden. Dieser Entwurf ist der Kirchenleitung zu unterbreiten. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollten mit dem Vorsitzenden der Kirchenleitung das Gespräch suchen. Dabei soll der neue Entwurf die Gesprächsbasis bleiben.

Stolpe: Der neue Entwurf ist unsere Gesprächsgrundlage. Alle Argumente veranlassen uns nicht, dahinter zurückzugehen. Unser vorgelegter Text ist allerdings nicht als endgültig anzusehen, darum werden wir einen Antrag und einen Hilfsantrag (formuliertes Zusatzprotokoll) stellen müssen.

Ziegler macht darauf aufmerksam, daß wir selber die Fragen, die das Konsistorium hat, provozierten, indem wir die Frage aufwarfen, ob unsere Arbeit nicht beendet werden müßte. Nun befinden wir uns erneut in einer Entwicklungsphase. Wir haben uns zu profilieren und herauszubekommen, welches unsere neuen Aufgaben sind. Von daher sollten wir das ganze Gespräch als offen ansehen.

Natho: Unsere Arbeit geht weiter. Die Entscheidungen sind gefallen. Der Klärungsprozeß ist erreicht, und wir müssen uns nach vorn orientieren.

Jacob: Die Frage nach Selbstauflösung, die wir gestellt haben, kann uns nur ehren. Wir sind aber weitergekommen und müssen heute der Kirche gegenüber, die in Gefahr ist zu verbürokratisieren, mit wirksamen Gruppen an der Arbeit bleiben. Darum hat unser Antrag gezielt an die Kirchenleitung zu gehen.

Beschluß des Kuratoriums:

Die neue Satzung wird erneut eingereicht. Als Hilfsantrag wird zur alten Satzung ein erarbeiteter Kommentar aufgestellt. Gesichtspunkte dafür stellt Stolpe zusammen. (Liegen diesem Protokoll bei). Grünbaum, Stolpe, Orphal und Schottstädt werden beauftragt, die Gesichtspunkte zu überarbeiten, und der Vorsitzende bekommt den Auftrag, innerhalb der nächsten vier Wochen beide Anträge der Kirchenleitung einzureichen. Der Beschuß wird einstimmig gefaßt.

- Zu 4.: a) Schottstädt legt dem Kuratorium die Jahresrechnung 1971 vor und erläutert sie in den einzelnen Posten nach Ausgaben und Einnahmen. Er erklärt die Differenzen zwischen den Zahlen der Jahresrechnung und denen der Ergebnisrechnung der Revisions- und Treuhandstelle in Potsdam. Schottstädt erläutert den Prüfungsbericht der Revisions- und Treuhandstelle und verweist auf einzelne Punkte, die in der Buchhaltung mehr Beachtung finden müssen. Er erklärt, daß Buchhalter Grabert im kommenden Jahr an Kursen der Revisions- und Treuhandstelle teilnehmen wird, um in die Materie der Wirtschaftsbuchhaltung, die erheblich komplizierter ist als die frühere, noch besser einzudringen. Burkhardt, der den Prüfungsbericht durchgearbeitet hat, beantragt, den Beanstandungen der Revisions- und Treuhandstelle soll künftig noch mehr Beachtung geschenkt werden. Dem stimmt das Kuratorium zu. Burkhardt verliest die letzten Sätze des Prüfungsberichtes und beantragt, für das Rechnungsjahr 1971 die Entlastung zu erteilen. Das Kuratorium beschließt einstimmig die Entlastung für das Rechnungsjahr 1971.
- b) u. c) Schottstädt erläutert den Stellen- und Haushaltspan 1973. Beide Pläne werden diskutiert. Kuratorium bestätigt den Stellenplan 1973 und beschließt den Haushaltspan 1973 für die Berliner Dienststelle mit 105 000,-- M in Einnahmen und Ausgaben und für Haus "Rehoboth" mit 48 000,-- M in Einnahmen und Ausgaben. In der ersten Sitzung des Jahres 1973 soll der Kassenbestand vom 31.12.1972 mitgeteilt werden.

Schottstädt beantragt die Einsetzung eines Finanzausschusses. Er begründet den Antrag.

Nach kurzer Diskussion beschließt das Kuratorium einstimmig: Ein Finanzausschuss der Gossner-Mission in der DDR wird eingesetzt. Ihm sollen angehören: Burkhardt, Galley, der Leiter der Dienststelle und sein Stellvertreter, Ziemann und ein Vertreter des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg. Burkhardt übernimmt den Vorsitz. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe "Rehoboth" soll ein anderes Mitglied des Kuratoriums übernehmen. Die Aufgabe des Finanzausschusses ist es, alle Finanzierungspläne der Gossner-Mission in der DDR dem Kuratorium vorzubereiten.

Zu 5.: Schottstädt berichtet:

1. Das Gespräch mit der Gossner-Mission in Mainz und Westberlin hat auch im Jahre 1972 stattgefunden. Fast alle Mitarbeiter waren einen Tag lang Gäste der Dienststelle.
2. Das Gespräch mit dem Mainzer Konvent im Herbst 1972 wurde im kleinen Kreis zu zwei Themen geführt: "Gottesdienst" und "Europäische Sicherheit". Für das kommende Jahr ist erneut ein Gespräch geplant. Bis dahin werden einzelne Glieder des Konventes mit einzelnen Gliedern der Mitarbeiterkonferenz Kontakte aufnehmen.
3. Das Thema "Kirche und Gesellschaft" wird besonders im Rahmen des ÖMA behandelt. Dort ist die Arbeitsgruppe zwar aufgelöst, aber eine neue Gruppe zum Thema UIM (Urban and Industrial-Mission) hat sich aus der alten herausgebildet und mehrere Begegnungen durchgeführt. Unter anderem eine sehr wichtige mit der Europäischen Arbeitsgemeinschaft "Kirche und Industrie". (Schottstädt verteilt an die Mitglieder des Kuratoriums eine Arbeitsmappe zur UIM-Thematik).
4. Gespräche mit den Kirchenleitungen fanden in Berlin, Magdeburg und Dessau statt. In Berlin wurden Orphal und Schottstädt von der Kirchenleitung empfangen. In Magdeburg besuchten beide den Propstkonvent und in Dessau den Kirchenpräsidenten. Ein Gespräch in Greifswald soll im ersten Halbjahr 1973 geführt werden.
5. Besuche in Ephorenkonventen werden für die Zukunft von Bedeutung sein. Ein Gespräch in Eberswalde (Besucher waren Tischhäuser und Schottstädt) führte zu vielen neuen Kontakten innerhalb des Sprengels. Solche Gespräche sind für die Zukunft in Propstekonventen der Kirchenprovinz Sachsen gleichfalls vorgesehen.

6. Regionale Arbeitstagungen mit Freunden und Mitarbeitern sind geplant. Eine erste Tagung hat in Magdeburg stattgefunden. Für dieses Jahr ist in Halle und Erfurt noch je eine Tagung vorgesehen; für das nächste Frühjahr in Cottbus.

7. Die Arbeit in Haus "Rehoboth":

Erstmalig hat das Haus eine Baugenehmigung erhalten. Es konnte ein Mehrzweckbau erstellt werden. Ein Betonzaun wurde aufgestellt.

In "Rehoboth" fanden folgende Rüsten statt:

Seelsorgeklausur (M. Richter)

Fidelbau (Hukental)

Fidelspiel (Frau Dr. Herrmann)

Mal- und Gestaltungsrüsten (H. Seidel)

Gitarrenrüsten (K. Gubener)

Wochenend- und Familiengemeinschaften mit geistig Behinderten aus den Samariteranstalten in Rüstenwalde (M. Richter und K. Gubener)

Unterrichtsgemeinschaften (I. Richter, R. Priese, K. Gubener).

Außer diesen Rüsten haben Jugendgruppen in "Rehoboth" ihr Programm selbstständig gestaltet.

Im Blick auf die Seidelarbeit wird eine Tonbild-Serie angefertigt. Den Auftrag hat M. Richter übernommen.

Diese Serie soll Anfang 1973 fertig sein. M. Richter plant außerdem Aufsätze zum Thema "Kunst und Kirche". Die Katechetische Arbeitsgemeinschaft ist ein Teil der Arbeitsgruppe "Rehoboth". Sie kam erneut im Kirchenleitungsbericht Berlin-Brandenburg vor.

An Katecheten und Pfarrer wurde ein Erkundungsauftrag zur Erprobung des neuen Lehrplanes erteilt. Die Kirchenleitung erwartet 1974 Bericht. Es wird sehr darauf ankommen, daß die Katechetische Arbeitsgemeinschaft diese ausgesuchten Mitarbeiter in der Zwischenzeit begleitet.

8. Die Jahrestagung der Mitarbeiterkonferenz fand vom

13. bis 15.10.72 statt. Galley hielt das Hauptreferat über "Verantwortliche Gruppen". Es waren ca. 30 Teilnehmer, davon 50 % Nichttheologen. In der Tagung wurde ein neuer Stil versucht: Arbeit in kleinen Gruppen, Vorbereitung von Gruppenspielen, Zeichnen, Nacharbeit der Gruppenspiele etc. Alle Teilnehmer waren durch diesen Stil an der Tagung beteiligt und fanden sich engagiert.

Im Blick auf die Jahrestagung waren drei Arbeitsgruppen geplant, von denen nur eine gearbeitet hat. Die sog. "Engagierten" versuchten, ihre gesellschaftliche Existenz in mehreren Gesprächen zu reflektieren. M. Richter war in Buckow sehr gefordert und kam nicht zu genügenden Besuchen bei Gliedern der Konferenz. Durch die Verlagerung seiner Arbeit nach Buckow hat die Dienststelle beschlossen,

1. Tischhäuser und B. Schottstädt mit in die Verantwortung der Mitarbeiterkonferenz zu entsenden.  
(Sekretärskollektiv)

9. Solidaritätsdienste Vietnam - Algerien.

Schottstädt berichtet dem Kuratorium von Informationsbriefen, die an einen größeren Adressatenkreis gehen sollen. Es ist beschlossen, den nächsten drei "Helft-mit"-Sendungen einen Sonderbrief für Vietnam und Algerien beizufügen.

Der Sekretär Roepke war in mehreren Gemeindeveranstaltungen tätig. Dabei stand der Farbtonfilm "Zwischen Hanoi und Ben Hai" im Mittelpunkt.

Im Blick auf Algerien konnte eine ausgezeichnete Tonbildserie hergestellt werden, die in mehreren Exemplaren vorrätig ist - "Algerien - von der Kolonie zum sozialistischen Industriestaat".

Eine Vietnamabrechnung ist allen Freunden und Spendern zugegangen. Im Blick auf Algerien wird dieselbe noch Ende des Jahres fertiggestellt.

Bei der Botschaft der DRV wurde ein Besuch durchgeführt. (Landmann, Galley, Roepke, Schottstädt). Der Botschaft wurde eine Mitteilung über die gesammelten Gelder übergeben, und die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk wurde erneut zum Ausdruck gebracht. Über diesen Besuch wird im ENA ein Bericht erscheinen.

Das Thema der Arbeitsgruppe Solidaritätsdienste für die Zukunft: "Entwicklungsförderung - der Beitrag von Christen in politischer Partnerschaft". Es soll herausgearbeitet werden, wie ökumenische Partnerhilfe aus einem sozialistischen Staat heraus für Christen Entwicklungsländern gegenüber auszusuchen hat. Für den Sekretär der Arbeitsgruppe sind die sog. Basisgruppen von Wichtigkeit.

Von daher Gespräche in einer Arbeitsgemeinschaft, die sich regelmäßig in Halle trifft.

10. Arbeitsgruppe Berufstätige Jugend.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich z.Zt. besonders mit Problemen der Lehrlinge und der Schichtarbeiter und arbeitet an einer kleinen Studie, die Mitarbeitern der Kirche in die Hand gegeben werden soll. In Berlin bildet sich eine Regionalgruppe.

In Hennigsdorf finden Begegnungen statt. In Wismar fand eine Tagung statt; eine neue ist geplant.

Mehrere Arbeitstagungen wurden in Premnitz durchgeführt. Die Arbeitsgruppe wird sich auf Berlin-Brandenburg beschränken müssen, da der Sekretär nur zu 50 % für die Arbeitsgruppe zur Verfügung steht. Es ist daran gedacht, mit den katholischen Freunden eng zusammenzuarbeiten. Der Schriftwechsel wird von der Sekretärin in eigener Verantwortung durchgeführt.

11. Die Arbeitsgruppe Berlin hat 10 Arbeitsgespräche durchgeführt, zwei Podien zu den Themen "Sinn des Lebens" und "Der Pfarrer der Zukunft". Der Kreis mit Mitarbeitern aus dem Gesundheitswesen war mehrmals beieinander. Das neueste Thema: "Der seelisch kranke Mensch". Dazu wird die Arbeitsgruppe ein Referat eines Nervenarztes veröffentlichen.
- Die Arbeitsgruppe zu Sexualfragen unter Leitung von Dr. Roland Jacob arbeitet an einem Grundlagenpapier, das veröffentlicht werden soll.
- Im Keller der Gossner-Mission in der DDR finden monatlich Gottesdienste statt. Wichtige Gottesdienste waren die mit Kirchenpräsident Natha, einem schwarzen Pfarrer aus den USA und Dr. Bovet. Die Einzelgespräche mit Gliedern der offenen Gemeinde werden hauptsächlich zu Problemen der Ehe, der Kindererziehung und der politischen Existenz geführt.
- Zwei Hauskreise versammeln sich regelmäßig und geben von Zeit zu Zeit Bericht an die Arbeitsgruppe.
12. Die Arbeitsgruppe Gemeindedienste, in der Inge Tischhäuser hauptamtlich tätig ist, hat die Begleitung von Kirchenkreisen und Gemeinden sowie das Studienbriefprogramm als Hauptpunkte. Neben den bereits bekanntem Kreisen Beeskow, Barth und Wismar ist I. Tischhäuser viel in Tangermünde tätig. Einzelgemeinden sind Lauchhammer und Ruhlsdorf. (Schottstädt verteilt das zweite Ruhlsdorfer Protokoll). In den nächsten Studienbriefen soll die Gottesfrage behandelt werden. Einzelne Gemeindevorträge werden zu folgenden Themen gewünscht:
- Offene Gemeinde  
Erziehung  
Seelsorge.
- (Letzteres auch besonders auf Pfarrkonventen).
13. Die Mitarbeiter der Dienststelle haben in der letzten Zeit verhältnismäßig viel in dem Buch von Gollwitzer "Krummes Holz - aufrechter Gang" gelesen. Das Thema Reich Gottes und Sozialismus stand - durch die Lektüre angeregt - zur Diskussion.
14. Für Dezember 1972 ist eine theologische Klausurtagung zum Gollwitzer-Buch in Templin unter Leitung von Pfr. Kasner und B. Schottstädt geplant. Es wird damit gerechnet, daß ökumenische Freunde an dieser Klausur teilnehmen können.

In der darauffolgenden Diskussion werden Fragen der Mitglieder des Kuratoriums beantwortet.

Kuratorium beschließt auf Antrag der Dienststelle:

Da Martin Richter um Entlastung in seiner Funktion als Sekretär der Mitarbeiterkonferenz gebeten hat, wird dem zugestimmt, daß Inge Tischhäuser und Bruno Schottstädt in ständigem Kontakt mit Martin Richter die Arbeitsverbindungen zu den Mitgliedern der Konferenz halten.

Zu 8.: Der Termin für die nächste Sitzung des Kuratoriums:  
28.3.1973.

Wichtigster Punkt der Tagesordnung: Direktberichte der Arbeitsgruppen mit ausführlicher Diskussion.

Für das Protokoll:

*Wittstock*

gez. Orphal

Jahresrechnung 1972

Gossner-Mission in der DDR

<u>A u s g a b e n</u>		M	M
<u>Personalaufwand</u>			
4010/4011	Gehälter und Sozialabgaben	78.226,68	
	50% Gehälter (Scho., Roe.), Kie.	11.865,70	
448	Nebenkosten	<u>1.193,30</u>	91.285,68
410	Verpflegung Tagungsteilnehmer		
	a) eigene	4.045,39	
	b) fremde	3.135,35	
4101	Verpflegung Mitarbeiter	1.296,77	
31	Gas, Licht	<u>1.793,90</u>	10.271,41
<u>Wirtschaftsaufwand</u>			
433	Treibstoffe	6.878,85	
457	Kfz.-Kosten u. -Unterhaltung	10.309,49	
4401	Hausverbrauch	257,88	
441/442	Reinigung, Wäschereinigung	508,79	
458	Wohnwagen, Kosten u. Unterhaltung	<u>497,20</u>	18.452,21
<u>Verwaltungsaufwand</u>			
450	Bürobedarf, Drucksachen	2.793,06	
451	Fernsprecher, Telegramme	3.038,85	
452	Porto, Bankgebühren	1.621,11	
453/4531	Reisekosten Tagungsteilnehmer	707,60	
	" Dienststelle	899,92	
454	Übernachtungen	417,60	
455	Beratungs-, Prüfungskosten (2 Jahre)	2.047,20	
456	Zeitschriften, Literatur	535,65	
4593	Saalmiete	350,--	
4594	Sonstige Aufwendungen	206,86	
4598	Beihilfen (Missionarsangehörige/ Lärz)	3.440,--	
462	Kfz.-Steuern	1.905,50	
473	Büromiete	2.488,20	
481	Instandhaltung Gebäude	527,59	
482	" Inventar	26,20	
483	" Büromaschinen	932,71	
485	" Küchengeräte	<u>15,14</u>	21.953,19
182	Berufstätige Jugend		<u>1.307,25</u>
	Übertrag		143.269,74

## Übertrag

M

M

143.269,74

## Anschaffungen

0409	Büro- u. Geschäftsausstattung	1.093,24
043	Tonbildarchiv	<u>334,-</u>
		<u>1.427,24</u>

---

		144.696,98
--	--	------------

Einnahmen

85	Kollekte Berlin-Brandenburg	8.450,63
	Zinsen	140,14
	Einnahmen Wohnwagen	390,-
	Sonderspenden v. Kirchenleitungen	18.500,-
	Freiw. Gaben v. Einzelnen	57.920,77
	und Gemeinden	<u>38.955,23</u>
		<u>124.356,77</u>
852	Beiträge Tankkreditscheine u.) Benzinrückerstattung	4.989,47
853	Sonstige Einnahmen	
	PKW Verkauf und Sonderspenden	27.525,-
	Hilfswerk f. Kfz.-Rep. und Versicherung (Rückzahlg. Richter)	2.800,- 2.765,25
	Fernsprechkassen	267,80
	Briefmarken, Büromaterial, Honorar Tischhäuser	156,30
	Umbuchung für Bewußtseinsbildung u. Gehalt Sekretär v. Vietn.-Kto.	<u>6.000,-</u>
	Gehaltszuschüsse (Scho., Roe., Kie.)	11.865,70
	Hilfswerk Ausgleichszahlung	<u>2.039,-</u>
803	Tagungen fremder Gruppen	
8082	Betriebsküche	3.135,35
182	Berufstätige Jugend	1.565,-
	Ev. Jugendarbeit	1.740,90
	Einzahlungen Kickb.	299,20
	Einzel- u. Gemeindespenden	<u>1.303,06</u>
	Landjugendpfarramt Potsdam	<u>1.000,-</u>
		<u>4.343,16</u>
		<u>191.808,80</u>

Jahresrechnung 1972

Haus Rehoboth, Buckow

	<u>A u s g a b e n</u>	M	M
	Personalaufwand		
4012/13	Gehälter, Sozialabgaben	9.920,25	
4481	Nebenkosten, Honorare	<u>2.768,50</u>	12.688,75
4103	Verpflegung Rehoboth	18.157,45	
430	Heizung	1.007,44	
4311	Gas, Licht	<u>1.486,60</u>	20.651,49
	Wirtschaftsaufwand		
440	Hausverbrauch	474,20	
4411/4421	Reinigung, Wäschereinigung	<u>934,77</u>	1.408,97
	Verwaltungsaufwand		
443	Materialaufwand Rüsten	493,68	
4511	Fernsprecher	406,35	
4521	Porto, Bankgebühren	27,20	
4532	Reisekosten (Tagungsteilnehmer)	410,70	
4594	Sonstige Aufwendungen	78,--	
4541	Werbeaufwand	423,76	
461	Grundstückslasten	2.594,25	
4731	Mieten (Mees)	735,--	
4811/4861	Instandhaltung u. Inventar	<u>435,17</u>	5.204,11
	Anschriften		
010	Ausbau Rehoboth (Dach-Geländer)	<u>1.341,73</u>	
0401	Inventar	<u>898,78 M)</u>	<u>266,93</u>
			<u>1.608,66</u>
			<u>41.961,98</u>
	<u>E i n n a h m e n</u>		
807	Erträge aus Rüsten (Erwachsene)	12.819,02	
808	" " " (Jugendliche)	<u>7.274,15</u>	20.093,17
8082	" " Verpflegung Betriebs- angehöriger	4.050,--	
851	Arbeit der Gossner-Mission Rehoboth	1.813,01	
8531	Sonstige Einnahmen: Honorarerstattung, Telefonkasse, Miete (darin 900,-- M. Spende Ausbau Rehoboth)	<u>2.343,24</u>	<u>8.206,25</u>
			<u>28.299,42</u>
			=====

## Z u s a m m e n s t e l l u n g

---

B e s t a n d 1.1.1972

Berlin:	12.819,95	
Buckow:	<u>1.875,68</u>	14.695,63
Vietnamkonto:	20.543,73	
Algerienkonto	5.717,24	26.260,97
		=====
		40.956,60

---

E i n n a h m e n 1.1.1972 - 31.12.1972

Berlin:	191.808,80	
Buckow:	<u>28.299,42</u>	220.108,22
		=====

---

A u s g a b e n 1.1.1972 - 31.12.1972

Berlin:	144.696,98	
Buckow:	<u>41.961,98</u>	186.658,96
		=====

---

B e s t a n d 31.12.1972

Berlin:	46.070,77	
Buckow:	<u>2.074,12</u>	48.144,89
		=====

Jahresrechnung 1972

Vietnam-Konto der Gossner-Mission in der DDR

	M
1. Bestand 1.1.1972	20.543,73
2. Einnahmen 1.1. - 31.12.1972	<u>7.538,25</u>
	28.081,98
 Ausgaben 1.1. - 31.12.1972	 <u>15.248,56</u>
	 12.833,42
Lt. Kuratoriums beschluß v. 19.1.72 für Bewußtseinsbildung - für 1972 - 1960 - 1972	2.800,-- <u>2.200,--</u> 5.000,--
 Bestand 31.12.1972 (überwiesen an Dr. Landmann)	 <u>7.833,42</u>
	 =====

Algerien-Konto der Gossner-Mission in der DDR

1. Bestand 1.1.1972	5.717,24
2. Einnahmen 1.1. - 31.12.1972	<u>3.327,47</u>
	9.044,71
 Ausgaben 1.1. - 31.12.1972	 <u>6.126,80</u>
Lt. Kuratoriumsbeschluß v. 19.1.72 für Bewußtseinsbildung - für 1972 -	1.000,--
	7.126,80
 Bestand 31.12.1972 (überwiesen an Dr. Landmann)	 <u>1.917,91</u>
	 =====

Jahresrechnung 1971

Gossner-Mission in der DDR

<u>Einnahmen 1.1.1971 bis 31.12.1971</u>		M	M
Bestand per 1.1.1971 (Psch., Bank, Kasse)		81 705,10	
1. Kollekte Berlin-Brandenburg v. 31.12.70 (Anteil)		5 465,85	
2. Schriftenmission Potsdam einmalige Beihilfe aus Mitteln "Frohe Botschaft"		10 000,--	
3. Konsistorialkasse Berlin Bauzuschuß Berlin-Brandenburg v. 3.6.71		5 000,--	
4. ÖMA Kollekteneanteil IV/70		2 794,14	
5. ÖMA KM-Abrechnung		2 810,23	
6. aus Erntedankfestkollekte Berlin-Brandenburg 1970		20 000,--	
7. Pkw-Verkauf (Schülzgen)		10 000,--	
8. Freiwillige Gaben von Einzelpersonen und Gemeinden a) für Arbeit in der DDR b) für Vietnam (durchlaufend) c) für Algerien d) Hilfsdienst VD	43 260,53 10 272,82 9 792,50 1 096,80	64 422,65	
9. Vom Hilfswerk für Literatur VD (Kirchen in soz. Staaten)		6 000,--	
10. Jahresausgleichszahlung		2 064,--	
11. vom ÖMA Gehaltzzuschuß (Schottstädt, Roepke, Schülzgen)		12 530,77	
12. von Eliasgemeinde Gehaltzzuschuß (Kiekbusch)		960,--	
13. Rückzahlung ~ Uckert, Wogenstein		58,50	
14. für Tagungen ~ vom Hilfswerk - Mitarbeiterkonferenz, Land- jugend, AST	800,-- 2 916,95	3 716,95	
15. Jahreszinsen, Festgeldkonto für 1970		2 653,94	
16. Einnahmen Betriebsküche (Verpfleg.d.Mitarb.)		1 328,57	
17. Benzinungutscheine		4 350,--	
18. Einnahmen Wohnwagen		320,--	
19. vom Hilfswerk Kfz-Kosten (Verkehrshilfe, Reparaturen)		2 000,--	
20. Versicherungsbetrag u. Reifenverkauf (Autoreparatur Roepke)		388,70	
21. Einnahmen von Telefon-Privatgesprächen		120,91	
22. Gutschrift v. Zeitungen		14,--	
23. Abgabe v. Büromaterial		55,90	
		157.055,11	

- 2 -

H

Übertrag:

157 055,11

24. Durchlaufende Gelder  
Gehalt Gutsch und Salzwedel  
1.1.71 bis 31.10.71

12 075,58  
169 130,69

Jahresrechnung 1971

Gossner-Mission in der DDR

M

M

A u s g a b e n 1.1.1971 bis 31.12.1971

1. Gehälter	87 751,56	
gelegentliche Arbeitsbelohnungen	<u>2 679,50</u>	90 425,06
2. Tagungen	9 881,89	
Klausurtagungen	<u>701,14</u>	10 583,03
3. Verwaltungskosten		
Büromaterial, Porto, Bankgebühren	4 529,79	
Zeitungen, Zeitschriften	<u>128,15</u>	
Fernsprecher	2 217,52	
Gas, Licht	2 095,92	
Wäschereinigung, Putzmittel	<u>457,56</u>	
Baratungskosten, Prüfungskosten	<u>7,20</u>	9 436,14
4. Kraftfahrzeuge		
Treibstoffe	6 542,—	
Steuer und Versicherung	<u>2 302,09</u>	
Reparaturen, Unterhaltung	<u>10 617,98</u>	19 482,07
5. Mieten		
Büromiete	2 488,20	
Saalmiete	<u>467,50</u>	
Übernachtungen	<u>815,30</u>	3 771,—
6. Inventar		
Instandhaltung	<u>773,34</u>	
Instandhaltung Maschinen	<u>60,—</u>	
Anschaffungen	<u>1 565,72</u>	2 399,06
7. Fahrgeld, Spesen		
Dienststelle	<u>769,06</u>	
Tagungsteilnehmer	<u>1 280,45</u>	2 049,51
8. Ton- und Bildarchiv		165,68
9. Sonstige Aufwendungen		<u>3 926,04</u>
10. Literatur, Urlauberfürsorge für Brüder u. Schwestern aus soz. Staaten		7 945,61
11. Vietnam		62,40
12. Algerien		2 048,76
13. Wohnwagenkosten u. -unterhaltung		
Anschaffungen		1 019,35
14. Verpflegung der Mitarbeiter		1 328,57
15. Beihilfen (ehem. Missionare)		2 140,—
16. Ausbauten Göhrener Straße		809,29
17. Benzingutscheine		4 350,—
18. Indienspenden an ÖMA 1.1.71-31.10.71 einschl. Erntedankfestkollekte 1970 (20 000,—)		22 136,50
19 Durchlaufende Gelder (Geh. Gutsch u. Salzwedel I.-III./71	<u>12 075,58</u>	
Bestand 31.12.1971	<u>39 080,92</u>	<u>196 153 65</u>

Jahresrechnung 1971

Gossner-Mission in der DDR  
"Haus Rehoboth"

<u>Einnahmen</u>	1.1.71 bis 31.12.1971	M
Bestand per 1.1.1971	2 456,65	=====
Stationsbeiträge	27 672,89	
Spenden	1 743,43	
Fernsprechkasse	76,40	
Hilfswerk Honorare	1 000,--	=====
	30 492,72	

Jahresrechnung 1971

Gossner-Mission in der DDR

"Haus Rehoboth"

A u s g a b e n 1.1.1971 bis 31.12.1971

M.

1. Ausbau	1 493,84
2. Inventar	1 660,51
3. Gehälter	13 152,80
4. Heizung	986,87
5. Gas, Licht	1 307,45
6. Hausverbrauchsmaterial	543,03
7. Reinigung, Putzmittel	157,28
8. Wäschereinigung	819,10
9. Materialaufwand Rüsten	186,55
10. Porto	6,31
11. Reisekosten Tagungsteilnehmer	171,80
12. Sonstige Aufwendungen	137,60
13. Grundstückslasten	4 311,30
14. Versicherung	49,70
15. Instandhaltung, Renovierung	161,35
16. Instandhaltung Inventar	131,32
17. Verpflegung Rehoboth	17 959,64
18. Fernsprecher	417,30
19. gelegentl. Arbeitsbelohnungen	2 313,34
	<u>45 972,09</u>
	<u>=====</u>

Bestand 31.12.1971

2 578,50

=====

Jahresrechnung 1971

Gossner-Mission in der DDR

Zusammenstellung

Bestand 1.1.1971

Berlin	81 705,10	
Buckow	<u>2 456,65</u>	84 161,75
	=====	=====

Einnahmen 1.1.71 - 31.12.1971

Berlin	157 055,11	
Buckow	<u>30 492,72</u>	187 547,83
	=====	=====

Durchlaufende Gelder

Gehälter Gutsch, Salzwedel		
1.1. - 31.10.1971		<u>12 075,58</u>
		283 785,16

Ausgaben 1.1.71 - 31.12.1971

Berlin	184 078,07	
Buckow	<u>45 972,09</u>	230 050,16
	=====	=====

Durchlaufende Gelder

Bestand 31.12.1971

Berlin	39 080,92	
Buckow	<u>2 578,50</u>	41 659,42
	=====	=====

Gliederung des Bestandes

I. Gebundene Gelder

für Vietnam	20 543,73	
für Algerien	<u>5 717,24</u>	26 260,97
	=====	=====

II. Für die eigene Arbeit

	<u>15 398,45</u>	
	41 659,42	
	=====	=====

Vorstand

Vorstand

Satungen



Zusatzprotokoll

zur "Satzung für die Gossner-Mission in der DDR  
vom 9.8.1962".

Die Gossner-Mission in der DDR, vertreten durch ihren Vorstand, gibt gegenüber dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg folgende Erklärung ab:

1. Die Gossner-Mission stimmt mit dem Evangelischen Konsistorium darin überein, dass es sich bei ihr um ein Werk der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg im Sinne der Artikel 146 - 150 der Grundordnung vom 15.12.1948 in Verbindung mit Artikel 106 Absatz 2 der Grundordnung in der Fassung des Kirchengesetzes vom 26.3.1972 zur 11. Änderung der Grundordnung handelt.
2. Die Gossner-Mission in der DDR verpflichtet sich, vor der Berufung von kirchlichen Amtsträgern und Mitarbeitern in die Arbeit der Gossner-Mission durch eine entsprechende schriftliche Mitteilung Verbindung mit dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg aufzunehmen.
3. Die Gossner-Mission gestattet dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg auf Verlangen jederzeit die Einsichtnahme in ihren Haushalts- und Stellenplan sowie in die Jahresrechnung.
4. Zur Vermeidung von Überschneidungen bei der Ausübung ihrer Dienste verpflichtet sich die Gossner-Mission Hilfestellungen (sog. Begleitungen) für Kirchenkreise und Gemeinden, in denen von der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg verantwortete Erprobungen (z.B. in bezug auf Leitungsformen und Durchführung anderer Aufgaben) stattfinden, erst nach vorheriger Absprache mit dem Propst des Evangelischen Konsistoriums durchzuführen.
5. Die Gossner-Mission verpflichtet sich ferner, dem Evangelischen Konsistorium vor einer anderweitigen Bekanntgabe von ihr ausgegangene Verlautbarungen anzuseigen, die

Anregungen für Erprobungen auf dem Gebiet der kirchlichen Arbeit zum Inhalt haben.

6. Aus diesem Protokoll können von der Gossner-Mission in der DDR finanzielle Ansprüche gegen die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg nicht hergeleitet werden.

Berlin, den 1972

K. Ia Nr. 1751/72

Der Vorstand  
der Gossner-Mission in der DDR

(L.S.)

Evangelisches Konsistorium  
Berlin-Brandenburg

Gesichtspunkte für ein Zusatzprotokoll zur Satzung  
"Satzung für die Gossner-Mission in der DDR vom  
9.8.1962"

---

1. Zwischen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und dem Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR besteht Übereinstimmung, daß die Satzung der Gossner-Mission vom 9.8.1962 im Sinne des vorliegenden Entwurfs überarbeitet werden soll.
2. Zur Kommentierung der Ziffer I der Satzung vom 9.8.1962 besteht Übereinstimmung hinsichtlich der Aufgaben der Gossner-Mission in der DDR in folgender Weise: (Hier wird der entsprechende Wortlaut aus dem Entwurf eingesetzt).
3. Zur Kommentierung der Ziffer II der Satzung vom 9.8.1962 besteht Übereinstimmung hinsichtlich der Arbeitsweise der Gossner-Mission in der DDR wie folgt: (Hier aus dem Entwurf einsetzen).
4. Zur Kommentierung der Ziffer III der Satzung vom 9.8.1962 hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und der Gossner-Mission in der DDR besteht Übereinstimmung wie folgt:
  - 4.1 Bei der Berufung leitender Mitarbeiter der Gossner-Mission in der DDR wird das Einverständnis mit dem Konsistorium gesucht.
  - 4.2 Der Haushalts- und Stellenplan sowie die Jahresrechnung der Gossner-Mission in der DDR werden dem Konsistorium zur Kenntnisnahme überlassen.
  - 4.3 Der Arbeitsbericht des Werkes wird der Kirchenleitung jährlich zur Kenntnis gegeben.
  - 4.4 Außer den bereits o.g. Vertretern der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg im Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR haben der Bischof und der Konsistorialpräsident das Recht, an den Sitzungen des Kuratoriums teilzunehmen.

## Dienstordnung für das Haus Rehoboth

Durch Beschuß des Kuratoriums der Gossner-Mission in der DDR vom 16. 9. 1976 wird die Arbeit im Haus Rehoboth/Buckow wie folgt geordnet:

- I 1. Zur Durchführung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben hat die Gossner-Mission in der DDR durch Vertrag vom 29.5.1964 das Nutzungsrecht an dem Hausgrundstück Buckow, Neue Promenade 34, erworben.
2. Auf diesem Grundstück wird als Einrichtung der Gossner-Mission in der DDR das Rüstzeitenheim Haus Rehoboth betrieben.
- II 3. Grundlegend für die Arbeit des Hauses Rehoboth, Einrichtung der Gossner-Mission in der DDR, sind die Satzung der Gossner-Mission vom 9.8.1962 und die Beschlüsse des Kuratoriums.
4. Die besondere Aufgabe des Hauses Rehoboth ist es, Gemeindelieder aller Altersgruppen in Kursen, Seminaren und Rüstzeiten zu sammeln und sie auf ihren Auftrag und Dienst in ihren Gemeinden vorzubereiten.
5. Die Verantwortung für die Arbeit im Haus Rehoboth trägt das Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR.
- III 6. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte wird vom Kuratorium der Gossner-Mission ein Beirat für das Haus Rehoboth berufen.
7. Dem Beirat sollen mindestens zwei Mitglieder des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle angehören. Weitere Persönlichkeiten können in den Beirat berufen werden. Die Mitglieder des Beirates können vom Kuratorium jederzeit abgerufen werden.

8. Der Beirat ist berechtigt, in Zusammenhang mit dem Haus Rehoboth notwendige Entscheidungen zu treffen und den Dienst im Hause zu ordnen.
  9. Das Kuratorium behält sich folgende Entscheidungen vor:
    - a) Verabschiedung des Haushaltsplanes
    - b) Anstellung des Heimleiters
    - c) Vermögensfragen über 5.000,-- M.  
Es kann darüber hinaus alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung an sich ziehen.
  10. Der Beirat ist dem Kuratorium voll verantwortlich und auf Anforderung jederzeit zur Rechenschaft verpflichtet. Er tritt auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich zusammen. Der Vorsitzende muß ihn einladen, wenn es das Kuratorium oder zwei Mitglieder des Beirates verlangen.
  11. Bei Behinderung von Mitgliedern kann in dringenden Fällen schriftlich abgestimmt werden. Über die Verhandlungen ist ein Beschußprotokoll zu führen und vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen.
- IV 12. Das Kuratorium der Gossner-Mission bestellt aus den Mitgliedern des Beirates den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates.
13. Der Vorsitzende des Beirates - im Falle seiner Verhinderung der stellvertr. Vorsitzende - und der Heimleiter sind gemeinsam berechtigt, das Kuratorium der Gossner-Mission in allen Angelegenheiten des Hauses Rehoboth zu vertreten. Die Regelung der Bankvollmacht bleibt davon unberührt.

- V 14. Die Durchführung der laufenden wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben obliegt dem Heimleiter.
15. Der Heimleiter ist dem Kuratorium und dem Beirat verantwortlich, die ihm Weisungen erteilen können.
16. Der Heimleiter führt die laufenden Aufgaben selbstständig durch. Bei Entscheidungen, die über den Rahmen der laufenden Geschäfte hinausgehen und bei allen besonderen Vorkommnissen hat er den Beirat umgehend zu verständigen.
17. Der Heimleiter nimmt an allen Sitzungen des Beirates teil. Ist der Heimleiter an einem Gegenstand der Beschlusffassung durch den Beirat persönlich beteiligt, so darf er nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Beirates der Verhandlung beiwohnen und hat sich vor der Abstimmung zu entfernen. Die Beachtung dieser Vorschrift ist im Protokoll festzuhalten.
- VI 18. Streitigkeiten und Zweifelsfragen der Auslegung dieser Ordnung entscheidet das Kuratorium der Gossner-Mission in der DDR.

Berlin, den 16. 9. 1976

## Dienstordnung für das Haus Rehoboth

Durch Beschuß des Kuratoriums der Goßner-Mission in der DDR vom 25.6.1964 wird die Arbeit im Haus Rehoboth/Buckow wie folgt geordnet:

- I 1. Zur Durchführung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben hat die Goßner-Mission in der DDR durch Vertrag vom 29.5.1964 das Nutzungsrecht an dem Hausgrundstück Buckow, Neue Promenade 34, erworben.
2. Auf diesem Grundstück wird als Einrichtung der Goßner-Mission in der DDR das Rüstzeitenheim Haus Rehoboth betrieben.
- II 3. Grundlegend für die Arbeit des Hauses Rehoboth, Einrichtung der Goßner-Mission in der DDR, sind die Satzung der Goßner-Mission vom 9.8.1962 und die Beschlüsse des Kuratoriums.
4. Die besondere Aufgabe des Hauses Rehoboth ist es, Gemeindeglieder aller Altersgruppen in Kursen, Seminaren und Rüstzeiten zu sammeln und sie auf ihren Auftrag und Dienst in ihren Gemeinden vorzubereiten.
5. Die Verantwortung für die Arbeit im Haus Rehoboth trägt das Kuratorium der Goßner-Mission in der DDR.
- III 6. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte wird vom Kuratorium der Goßner-Mission ein Beirat für das Haus Rehoboth berufen.
7. Dem Beirat sollen mindestens 3 Mitglieder des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle angehören. Weitere Persönlichkeiten können mit beratender Stimme in den Beirat berufen werden. Die Mitglieder und beratenden Mitglieder des Beirates können vom Kuratorium jederzeit abberufen werden.
8. Der Beirat ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit dem Haus Rehoboth notwendigen Entscheidungen zu treffen und den Dienst im Hause zu ordnen.

9. Das Kuratorium behält sich folgende Entscheidungen vor:
    - a) Verabschiedung des Haushaltsplanes
    - b) Anstellung des Heimleiters
    - c) Vermögensfragen über 5.000,--DM

Es kann darüber hinaus alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung an sich ziehen.
  10. Der Beirat ist dem Kuratorium voll verantwortlich und auf Anforderung jederzeit zur Rechenschaft verpflichtet. Er tritt auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich, zusammen. Der Vorsitzende muß ihn einladen, wenn es das Kuratorium der Goßner-Mission, ein Mitglied oder 2 beratende Mitglieder des Beirates verlangen.
  11. Bei Behinderung von Mitgliedern kann in dringenden Fällen schriftlich abgestimmt werden. Über die Verhandlungen ist ein Beschußprotokoll zu führen und vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen.
- IV
12. Das Kuratorium der Goßner-Mission bestellt aus den drei von ihm entsandten Mitgliedern den Vorsitzenden und den stellvertr. Vorsitzenden des Beirates.
  13. Der Vorsitzende des Beirates - im Falle seiner Verhinderung der stellvertr. Vorsitzende - und der Heimleiter sind gemeinsam berechtigt, das Kuratorium der Goßner-Mission in allen Angelegenheiten des Hauses Rehoboth zu vertreten. Die Regelung der Bankvollmacht bleibt davon unberührt.
- V
14. Die Durchführung der laufenden wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben obliegt dem Heimleiter.
  15. Der Heimleiter ist dem Kuratorium und dem Beirat verantwortlich, die ihm Weisungen erteilen können.

16. Der Heimleiter führt die laufenden Aufgaben selbständig durch. Bei Entscheidungen, die über den Rahmen der laufenden Geschäfte hinausgehen und bei allen besonderen Vorkommnissen hat er den Beirat umgehend zu verständigen.
  17. Der Heimleiter nimmt an allen Sitzungen des Beirates teil. Ist der Heimleiter an einem Gegenstand der Beschußfassung durch den Beirat persönlich beteiligt, so darf er nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Beirates der Verhandlung beiwohnen und hat sich vor der Abstimmung zu entfernen. Die Beachtung dieser Vorschrift ist im Protokoll festzuhalten.
- VI 18. Streitigkeiten und Zweifelsfragen der Auslegung dieser Ordnung entscheidet das Kuratorium der Goßner-Mission in der DDR.

Änderung der Dienstordnung für Haus Rehoboth

- III. 7. Dem Beirat sollen mindestens 2 Mitglieder des Kuratoriums und der Leiter der Dienststelle angehören. Weitere Persönlichkeiten können in den Beirat berufen werden. Die Mitglieder des Beirates können vom Kuratorium jederzeit abberufen werden.
- III. 10. Der Beirat ist dem Kuratorium voll verantwortlich und auf Anforderung jederzeit zur Rechenschaft verpflichtet. Er tritt auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich, zusammen. Der Vorsitzende muß ihn einladen, wenn es das Kuratorium der Gossner-Mission oder zwei Mitglieder des Beirates verlangen.
- IV. 12. Das Kuratorium der Gossner-Mission bestellt aus den Mitgliedern den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates.

März 1976 Sept. 76.